

Der Einfluß der Arbeitslosenversicherung auf das Arbeitsangebotsverhalten der Arbeitnehmer

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Wirtschaftswissenschaften
an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Diplomvolkswirt Hans-Joachim Gersmann
aus Lüneburg

1979

Der Einfluß der Arbeitslosenversicherung auf das Arbeitsangebotsverhalten der Arbeitnehmer

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Wirtschaftswissenschaften
an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Diplomvolkswirt Hans-Joachim Gersmann
aus Lüneburg

1979



Referent: Prof. Dr. B. Kulp
Korreferent: Prof. Dr. G. Blümle

Tag der mündlichen Prüfung: 10. Juli 1979

**Die Gutachter wurden durch
die Fakultät bestellt.**

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Seite

Teil I: Theoretische Überlegungen zum Arbeitsangebotsverhalten bei Existenz einer Arbeitslosenversicherung	1
1. Führt Arbeitslosengeld zu Arbeitslosigkeit?	1
2. Abriß der Suchtheorie	6
2.1. Die Grundannahmen der Theorie	6
2.2. Veränderungen im Suchverhalten der Arbeitslosen aufgrund der Existenz einer Arbeitslosenversicherung	13
2.2.1. Einfluß auf die Dauer der Suche	13
2.2.2. Einfluß auf das Suchergebnis	15
2.2.2.1. Formale Darstellung eines Suchmodells in Umrissen	16
2.2.2.2. Suchergebnis und Dauer der Arbeitslosigkeit	18
2.3. Zusammenfassung der Arbeitshypothesen	19
3. Arbeitslosenversicherung und Arbeitsangebotsverhalten	20
3.1. Ziele der Arbeitslosenversicherung	20
3.2. Mögliche Work Disincentive Effects im System einer Arbeitslosenversicherung	23
3.3. Work Disincentives aufgrund von Steuerersparnissen	25
4. Strukturwandlungen des Arbeitsmarktes	29
4.1. Arbeitslosigkeit einzelner Bevölkerungsgruppen ...	29
4.2. Suchstrategie des Haushalts	36
4.3. Mobilitätshemmnisse	41
5. Kritische Bemerkungen zum ersten Teil	44
Teil II : Empirische Untersuchungen zu den postulierten Effekten	49
6. Indirekte Erfassung von Strukturänderungen am Arbeitsmarkt	54

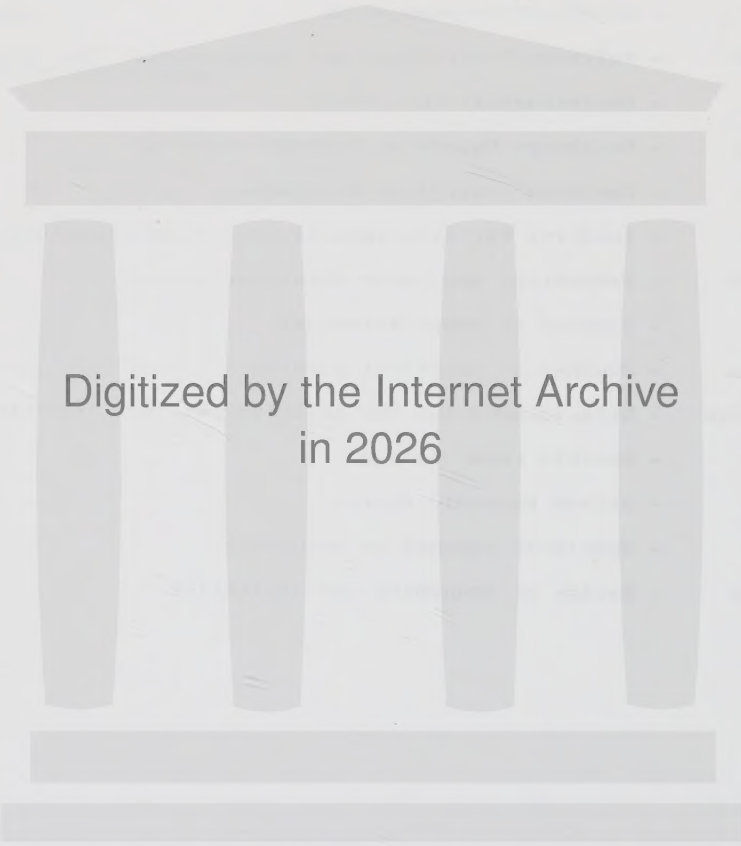
6.1.	Die Grundidee der Arbeitslose-Offene-Stellen-Relation	54
6.2.	Die Relationen ausgewählter Länder	56
7.	Work Disincentives in Arbeitslosenversicherungs- systemen	61
7.1.	Kreis der Leistungsempfänger	62
7.2.	Dauer der Leistungsgewährung	68
7.3.	Höhe der Leistungen	72
7.4.	Wartezeiten	80
7.5.	Sonstige Leistungen	85
7.5.1.	Sozialpläne	85
7.5.2.	Vorgezogenes Altersruhegeld	86
7.5.3.	"Kindergeld - Arbeitslose"	87
7.6.	Zusammenfassung	88
8.	Finanzielle Belastungen und Suchverhalten von Ar- beitslosen	90
8.1.	Untersuchungen zur finanziellen Situation von Ar- beitslosen	90
8.2.	Suchverhalten	95
8.2.1.	Häufigkeit von Arbeitslosigkeit	95
8.2.2.	Eigene Suchanstrengungen	99
8.3.	Ergebnis der Suche	101
8.4.	Zusammenfassung	104
9.	Bestimmungsgründe für die Dauer von Arbeitslosigkeit.	106
9.1.	Die Dauer der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Arbeitnehmergruppen	107
9.2.	Determinanten der Dauer von Arbeitslosigkeit	110
9.2.1.	Verhaltensänderungen aufgrund finanzieller Änderungen	110
9.2.2.	Nichtmonetäre Faktoren	112
9.2.2.1.	Art der Tätigkeit	113
9.2.2.2.	Gesundheit und Alter	114
9.3.	Sozialpläne	116
9.4.	Arbeitslosigkeit ausländischer Arbeitnehmer	118
9.5.	Zusammenfassung	119

	Seite
10.	Ökonometrische Querschnittsanalysen121
10.1.	Methodische Grundlagen der Querschnittsanalysen121
10.2.	Daten123
10.3.	Tests zum Einfluß des Arbeitslosengeldes auf die Dauer der Arbeitslosigkeit126
10.3.1.	Tests für die USA126
10.3.2.	Auswirkungen von Zusatzleistungen129
10.3.3.	Verkürzung der Dauer mittels administrativer Maß- nahmen130
10.3.4.	Eine Studie für Großbritannien132
10.4.	Effektivität der Suche135
10.5.	Abschließende Beurteilung139
11.	Ökonometrische Zeitreihenanalysen140
11.1.	Grundprobleme140
11.2.	Studien für Großbritannien141
11.2.1.	Gujarati.....141
11.2.2.	Maki/Spindler143
11.2.3.	Taylor145
11.2.4.	Knight/Wilson147
11.2.5.	Cubbin/Foley148
11.3.	Studien für Kanada150
11.3.1.	Die Ansätze von Grubel und seinem Team150
11.3.2.	Green/Cousineau153
11.3.3.	Einwirkungen auf die Dauer157
11.4.	Studien für die USA158
11.4.1.	Grubel/Maki158
11.4.2.	Einfluß auf Saisonarbeitslosigkeit160
11.5.	Studien für die Bundesrepublik Deutschland162
11.5.1.	Der Test mit Jahresdaten von König/Franz162
11.5.2.	Ein Test mit Vierteljahresdaten164
11.6.	Zusammenfassung169
12.	Schätzung der erwarteten Dauer171
12.1.	Das Schätzmodell für die USA von Marston171
12.1.1.	Schätzung der erwarteten Dauer171
12.1.2.	Schätzung der Abgangswahrscheinlichkeit aus der Arbeitslosigkeit173
12.2.	Das Markov-Modell von König175

	Seite
13. Makroökonomische Modelle	181
13.1. Das erweiterte Arbeitsmarktmodell von Franz	181
13.2. Simulationsmodell	184
Teil III : Abschließende Betrachtung	188
Anlagen	194
Literaturverzeichnis	214

A B K Ü R Z U N G S V E R Z E I C H N I S

AER	- American Economic Review
AFG	- Arbeitsförderungsgesetz
ANBA	- Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit
BfA	- Bundesanstalt für Arbeit
BPEA	- Brookings Papers on Economic Activity
CJE	- Canadian Journal of Economics
IAB	- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
ILRR	- Industrial and Labor Relations Review
JHR	- Journal of Human Resources
JPE	- Journal of Political Economy
MittAB	- Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
MIR	- Monthly Labor Review
OEP	- Oxford Economic Papers
QJE	- Quarterly Journal of Economics
REAS	- Review of Economics and Statistics



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41545304_0027

Teil I : Theoretische Überlegungen zum Arbeitsangebotsverhalten bei Existenz einer Arbeitslosenversicherung

1. Führt Arbeitslosengeld zu Arbeitslosigkeit?

"Die schicken uns nur Schrott", unter dieser Überschrift machte die "Wirtschaftswoche"¹⁾ auf eine Umfrage der Industrie- und Handelskammer Koblenz bei einigen ihrer Mitglieder aufmerksam, als deren Ergebnis beklagt wurde, daß viele Arbeitslose, die vom Arbeitsamt zu den Unternehmen geschickt werden, gar nicht arbeitswillig seien. Von den befragten Unternehmen haben auf die Frage "Sind offene Stellen nicht zu besetzen, weil geeignete Arbeitskräfte arbeitsunwillig sind?" 57.2 Prozent mit "Ja, oft" geantwortet²⁾.

Etwa ein Jahr später beschreibt in einem ähnlich gelagerten Artikel "DIE ZEIT", ebenfalls anhand einer Reihe von Beispielen, wie "schon betrunkene Bewerber"³⁾ eine Personalchefin beschimpfen. Zitiert wird eine Infratest-Umfrage nach der zehn Prozent (sic!) der Arbeitslosen "gar nicht arbeiten wollen. Nach Ansicht vieler Personalchefs liegt die echte Zahl der Drückeberger allerdings weit höher"⁴⁾. Rechnet man diese Zahlen hoch, so heißt dies, daß im Jahresdurchschnitt ca. 100 000 Arbeitslose die Arbeitslosenversicherung ausnutzen; bezieht man sich auf die Gesamtzahlen der in den letzten Jahren arbeitslos gewordenen Personen, so hätten jedes Jahr etwa 300 000 von ihnen betrügerische Absichten gehabt - und das wohl gemerkt wären die Mindestgrößen.

Gegen die Mitgliederbefragung der IHK Koblenz muß eingewendet werden, daß erstens der Kreis der Befragten viel zu klein ist, um mit ihr eine weitergehende politische Aussage zu treffen.

1) "Wirtschaftswoche", 31. Jg., Nr. 32 vom 29.07.1977, S. 14f.

2) ebenda, S. 15.

3) Mayer-List, Irene: "Von nichts kommt nichts", in: DIE ZEIT, 33. Jg., Nr. 27 vom 30. Juni 1978, S. 18.

4) ebenda.

Zweitens handelt es sich bei dem Befragungskatalog ausschließlich um Suggestivfragen, deren Aussagewert allein deshalb relativiert werden muß. Schließlich bestimmen was eine "geeignete Arbeitskraft" ist die Arbeitgeber; und eine sichere Erkenntnis der Rezession seit 1974 ist, daß die Anforderungen an die Qualität der Arbeitnehmer in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind.

Allerdings häufen sich in den letzten Jahren die Klagen über arbeitsunwillige Arbeitslose. In der Bundesrepublik Deutschland sind diese Klagen relativ neu, hingegen sind sie in einigen anderen Ländern bereits seit Jahren Gegenstand der Diskussion über die Auswirkungen der Sozialgesetzgebung. Nun waren bereits die ersten sozialgesetzgeberischen Maßnahmen von kritischen Stimmen begleitet gewesen, die in ihnen lediglich eine staatliche Sanktionierung und Unterstützung von Faulheit sahen. Dies galt besonders für Gesetze die den Arbeitsmarkt betrafen. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und ihrer Nachwirkungen war diese Kritik fast völlig verstummt und erlebte erst Ende der 60iger Anfang der 70iger Jahre eine gewisse Wiedergeburt. Ein Aspekt der Sozialgesetzgebung, nämlich das Arbeitslosengeld, wurde Anfang der 60iger Jahre zum erstenmal¹⁾ dahingehend untersucht, ob von der Arbeitslosenversicherung (und den Zahlungen von Arbeitslosengeld) Einflüsse auf das Arbeitsangebotsverhalten der Arbeitnehmer ausgehen. Der Gedanke wurde einige Jahre später in einem Artikel wieder aufgegriffen²⁾, doch wurden beide Arbeiten so gut wie gar nicht beachtet.

Das änderte sich nahezu schlagartig mit Beginn der Rezession 1974 wobei zwei Artikel von Gujarati³⁾ und Feldstein⁴⁾ sozusagen Tür und Tor öffneten. Sie trafen zeitlich zusammen mit

- 1) Lininger, Charles A., Jr.: Unemployment Benefits and Duration: A Study of the Effect of Weekly Unemployment Benefit Amounts on the Duration of Unemployment, Institute for Social Research, University of Michigan, Juni 1963.
- 2) Chapin, Gene: Unemployment Insurance, Job Search, and the Demand for Leisure, Western Economic Journal, Vol. 9, 1971, S. 102ff.
- 3) Gujarati, Damodar: The Behaviour of Unemployment and Unfilled Vacancies: Great Britain 1958 - 1971; in: The Economic Journal, Vol. 82, 1972, S. 195ff.
- 4) Feldstein, Martin: Unemployment Compensation: Adverse Incentives

der starken Weiterentwicklung der "job search theory" in der amerikanischen Wirtschaftstheorie. Auf ihren Thesen und denen des - mittlerweile schon traditionellen - income-leisure-trade-offs der Arbeitsangebotstheorie aufbauend erklärt Feldstein, daß die Arbeitslosenzahlen der USA aber auch anderer westlicher Industriestaaten gesenkt werden könnten, wenn das Arbeitslosengeld gesenkt würde und die staatlichen Stellen stärker darauf achteten, daß die Arbeitslosen sich auch tatsächlich aktiv an der Suche nach neuen Beschäftigungen beteiligten. Denn, so seine Argumentation, in den meisten westlichen Industriestaaten sind die Arbeitslosengelder mittlerweile derart hoch, daß die Arbeitslosen überhaupt kein Interesse an einer neuen Anstellung haben, sondern es vorziehen, arbeitslos zu bleiben und sich eventuell Zusatzeinkommen mittels Nebenbeschäftigungen zu beschaffen.

Im gleichen Sinne, wenn auch zurückhaltender in der Diktion, vermuten Green/Cousineau speziell für Kanada, daß das dortige "unemployment insurance program has tempted some workers, especially those whose alternatives are lowpaying jobs, to choose a period of unemployment with pay instead of work"¹⁾.

Schlagworte wie "echte" und "unechte" Arbeitslosigkeit tauchen in der Öffentlichkeit auf, wobei mit letzterem diese (freiwillige) Arbeitslosigkeit belegt wird. Und es ist sicherlich kein Zufall, daß sie erst seit Beginn der Rezession 1974 die Runde machen. Natürlich nehmen Institutionen die mit dem Arbeitsmarkt verbunden sind dies nicht ohne Weiteres hin. So erklärte die Bundesanstalt für Arbeit: "Die überwiegende Mehrheit der Arbeitslosen ist an einer umgehenden Aufnahme einer Arbeit interessiert. Gut vier Fünftel aller Arbeitslosen haben neben den Bemühungen der Arbeitsämter auch selbst versucht, einen Arbeitsplatz zu erlangen. Die Suchanstrengungen nehmen mit der Dauer der Arbeitslosigkeit zu. Die Rezession auf dem Arbeitsmarkt hat zusammen

and Distributional Anomalies; in: National Tax Journal, Vol. 27, 1974, S. 231 - 244.

- 1) Green, Christopher/ Cousineau, Jean-Michel: Unemployment in Canada: The Impact of Unemployment Insurance, Ministry of Supply and Services, Ottawa 1976, S. 3.

mit der gesetzlichen Neuregelung über die Zumutbarkeit einer Beschäftigung dazu geführt, daß die Arbeitslosen ihre Arbeitsbereitschaft in großem Umfang den Erfordernissen des Arbeitsmarktes anpassen. Vorübergehende oder endgültige Sperren des Leistungsbezuges bei Ablehnung zumutbarer Arbeit halten sich in engen Grenzen, z.B. 1977 weniger als 1% von über 8 Mio. Vermittlungsvorschläge. Es bedürfte der stärkeren Mitwirkung der Arbeitgeber, um pauschalierende und damit diskriminierende Behauptungen in diesem Zusammenhang überprüfen zu können" ¹⁾).

Während in der Öffentlichkeit dies auf Betrug ausgehende Verhalten von Arbeitnehmern im Vordergrund der Diskussion steht, interessiert die wissenschaftlichen Arbeiten vornehmlich die Frage, ob vom Arbeitslosengeld generell, d.h. für alle Arbeitnehmer, Veränderungen des Arbeitsangebotverhaltens ausgehen.

Diese Arbeit stellt sich zwei Ziele. Einmal soll ein bibliographischer Überblick über die zu diesem Problem durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen gegeben und eine Art Zwischenbilanz des gegenwärtigen Erkenntnisstandes gezogen werden. Dabei wird vor allem auf Forschungsarbeiten aus den USA, Kanada und Großbritannien zurückgegriffen und deren Erfahrungen mit denen für die Bundesrepublik Deutschland verglichen werden. Für die Auswahl gerade dieser Länder waren keinerlei theoretische oder sonstige Überlegungen maßgebend, sondern einzig und allein, daß für sie bereits eine große Anzahl unterschiedlicher Studien zu dem Thema durchgeführt wurden.

Das zweite Ziel besteht darin, die Thesen für den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland dahingehend zu überprüfen, ob und in welchem Ausmaß derartige Effekte zur Erklärung der Arbeitslosigkeit der letzten Jahre beitragen können.

1) Bundesanstalt für Arbeit (J. Kühl, A.G. Paul, D. Blunk): Überlegungen II zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik, Nürnberg 1978, S. 49.

Die Arbeit zerfällt in drei Teile. Im ersten werden die unterschiedlichen theoretischen Ansätze für die Thesen aufgezeigt. Dabei wird weder auf ein bestimmtes Arbeitslosenversicherungssystem abgestellt, noch werden die aufgestellten Hypothesen eingehend empirisch überprüft. Dies erfolgt im zweiten Teil, wobei schwerpunktmäßig die Bundesrepublik Deutschland betrachtet wird. Erst in den Kapiteln zehn bis dreizehn wird detailliert auf ausländische Erfahrungen eingegangen. Der dritte Teil zieht ein Resümee der gewonnenen Erkenntnisse.

2. Abriß der Suchtheorie

2.1. Die Grundannahmen der Theorie

Wie im vorhergehenden Kapitel bereits kurz erwähnt wurde, ist der Gedanke, daß die Arbeitslosenversicherung Einfluß auf das Arbeitsangebotsverhalten versicherter Arbeitnehmer haben könnte, Ausfluß von Überlegungen des income-leisure-trade-offs und der Suchtheorie (job search theory/search theory). Dieses Kapitel wird die Gedanken und die Argumentationskette der zuletzt genannten Theorie aufzeigen. Dabei werden aber nur die Überlegungen dargelegt und die Hypothesen aufgestellt, die für den empirischen Teil von Bedeutung sind. Das hat zur Folge, daß wichtige und interessante Teile dieser Theorie außer Betracht bleiben. Für eine ausführliche Darstellung der Theorie mit all ihren Implikationen und mathematischen Feinheiten sei auf die Arbeit von Lippmann/McCall¹⁾ verwiesen. Eine kurzgefaßte Darstellung in graphischer Form geben Grubel/Maki²⁾, und eine leicht zu lesende Einführung in deutscher Sprache ist der Aufsatz von Freiburghaus³⁾.

Es sei noch darauf verwiesen, daß die Suchtheorie noch nicht abschließend ausformuliert ist. Die einzelnen Autoren gehen von unterschiedlichen Schwerpunkten (die teilweise zueinander in Gegensatz stehen) in ihrer Argumentation aus. Die Folge ist, daß manche Aussagen, wenn man sie wie hier als zusammengehörig darstellt, widersprüchlich werden und so Interpretationsprobleme entstehen.

Die ersten Ansätze der job search theory reichen in die frühen 60iger Jahre zurück und waren ein Nebenprodukt der Entwicklung der "new microeconomics" in den USA durch Stigler. Doch erhielt sie ihren Hauptanstoß von der Philipps-kurven-Diskussion durch Phelps. Er erklärte den shift in der Philipps-Kurve mit verän-

1) Vgl. Lippman, Stephen L./McCall, John: The Economics of Job Search. A Survey; in: Economic Inquiry, Vol. 14, 1976, Part I: S. 155 - 189; Part II: S. 347 - 367.

2) Vgl. Grubel, Herbert G./Maki, Dennis: The Effects of Unemployment Benefits on U.S. Unemployment Rates; in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 112, 1976, S. 275 - 283.

3) Vgl. Freiburghaus, Dieter: Zentrale Kontroversen der neuen Arbeitsmarkttheorie; in: Bolle, Michael (Hrsg.): Arbeitsmarkttheorie und Arbeitsmarktpolitik, Opladen 1976.

dertem Arbeitsangebotsverhalten der Arbeitnehmer. Die mikroökonomische Begründung dieser Verhaltensänderung basiert ihrerseits auf dem income-leisure-trade-off. Dies macht die enge Verzahnung beider Theorien deutlich, und die Schwierigkeit, sie getrennt darzustellen, denn die Übergänge zwischen ihnen sind fließend.

Im Allgemeinen werden heute drei Erklärungsansätze des Arbeitsangebotsverhaltens innerhalb der neoklassischen Theorie unterschieden; es sind dies: human capital approach, short run labor supply theory und job search theory. Allen drei ist der Versuch gemeinsam, Aussagen darüber zu machen, wann und wie ein Individuum seine Zeit auf Arbeit, Muße (leisure) und/oder Suche nach einer neuen Arbeit aufteilt. Dabei bestehen folgende Unterschiede: "Human capital theory gives an explanation of long run decisions of time between various alternative kinds of consumption and investment activities whereas the short run theory of labor supply predicts more immediate time allocations in terms of income and substitution effects. Finally, a special case of human capital theory, the theory of search, outlines the expected behavior of individuals seeking new employment while they are engaged in short run allocations between work, search, and leisure"¹⁾.

Der letztgenannte Ansatz, die Suchtheorie, hat sich von einem anfangs wenig beachteten Gedanken Stiglizers mittlerweile zu einem eigenen Theoriezweig der Volkswirtschaftslehre in den USA entwickelt. Wie oben bereits gesagt wurde, sind die Ansätze z.T. recht unterschiedlich, weshalb hier nur die allen gemeinsamen Grundannahmen aufgezeigt werden können.

Entscheidende Prämisse aller Modelle ist der Ausgang von einem arbeitslos gewordenen Individuum. Der Grund für die Arbeitslosigkeit bleibt in den neueren Arbeiten außer Betracht. Dagegen spielte er in den ersten Ansätzen eine Rolle, denn die Überlegung von Stigler und Phelps war, daß der Arbeitsmarkt kein statisches Gebilde ist, sondern daß sich auf ihm große Ströme von Arbeitsangeboten und Arbeitsnachfrage (offene Stellen) bewegen. Nicht

1) Hills, Stephen M.: Unemployment Insurance, Job Search and the Duration of Unemployment, Unveröff. Diss. der University of Wisconsin, Madison 1975, S. 17.

das stabile Arbeitsverhältnis kennzeichne die Beschäftigungssituation von Individuen in der Zeit, sondern der Wechsel der Arbeitsverhältnisse (labor turnover). Zu jeder Zeit finden auf dem Arbeitsmarkt große Veränderungen statt, die in der Regel nicht bemerkt werden, da auf einem gut funktionierenden Arbeitsmarkt die Arbeitslosigkeit sehr kurz sein wird. Erst wenn dieser Wechsel gestört wird, wenn Friktionen auftreten, wird (längere) Arbeitslosigkeit verstärkt auftreten.

An sich ist zu dieser labor-turnover-These die Annahme einer Zwischenperiode von Arbeitslosigkeit nicht notwendig. Wie Burdett gezeigt hat, bleiben die Annahmen der Suchtheorie bezüglich des Suchverhaltens dennoch gültig (zumindest bleibt die mathematisch formulierte Theorie hiervon unberührt)¹⁾. Doch will die Suchtheorie nicht den Arbeitsplatzwechsel generell erklären, sondern die Faktoren die das Suchverhalten eines arbeitslosen Individuums bestimmen; sie stellt also auf einen speziellen Aspekt des Verhaltens am Arbeitsmarkt ab.

Es wird in den Modellen keine Unterscheidung dahingehend getroffen, ob es sich bei "dem Individuum" um einen Mann oder eine Frau handelt, noch wird der familiäre Status angesprochen; jedes Individuum verhält sich gemäß der gleichen Prinzipien, d.h.: die Individuen werden als homogen angesehen.

Bei der Aufteilung seiner Zeit hat sich das Individuum zu entscheiden zwischen a) völliger Muße (total leisure), b) sich nach zeitweiliger Arbeit umzusehen (vorübergehende Tätigkeit, Teilzeit-, Saison- oder Schwarzarbeit), und c) sich eine neue Stelle zu suchen; oder, um es auf zwei Alternativen zu beschränken: die "work/leisure choice of individuals while employed is paralleled by the search/leisure 'choice' of individuals while unemployed"²⁾. Wie die Zeitallokation letztlich aussieht, hängt von einer Reihe von Faktoren ab.

1) Vgl. Burdett, Kenneth: A Theory of Employee Job Search and Quit Rates; in: AER, Vol. 68, 1978, S. 212 ff.

2) Hills: Unemployment ..., a.a.O., S. 24.

Generell gilt, daß "the way in which the mix of time usage is determined depends on the relative prices of the alternative uses of time!"

When an individual is employed, the price of leisure time is the opportunity cost of not working, but during a period of unemployment, it is more difficult to establish the opportunity cost of time. For the unemployed individual, the opportunity cost of time depends on expectations concerning the value of search compared with the alternative to wait for recall"¹⁾.

Um diese Opportunitätskosten besser herausarbeiten zu können, wurde der Terminus des "reservation wage" eingeführt. Damit ist gemeint, daß jedes Individuum eine bestimmte Vorstellung hat, wie hoch der Minimallohn sein soll, zu dem es bereit ist, eine bestimmte Arbeit durchzuführen. Dieser Minimallohn (nicht zu verwechseln mit dem gesetzlich vorgegebenen Mindestlohn) ist der reservation wage. Seine Höhe ist keineswegs eine feste, vorgegebene Größe, sondern wird von mehreren Faktoren beeinflusst auf die wir noch eingehen werden. Jedes Stellenangebot das über dem reservation wage liegt, hat die Chance angenommen zu werden, jedes darunter wird abgelehnt.

Nun spielen bei der Wahl eines Arbeitsplatzes neben den finanziellen noch andere, nichtmonetäre, Faktoren eine große Rolle. Da sie aber nur sehr selten und wenn dann nur in geringem Umfang meßbar - und somit vergleichbar - sind, enthält sich die Theorie der Aussage über den Einfluß dieser Faktoren, indem sie sie aus der Betrachtung ausschließt. Daß dies zu Beurteilungsschwierigkeiten führen kann, wird gesehen und auch zugegeben, müsse aber der theoretischen Klarheit und Exaktheit (der mathematischen Beweisführung) geopfert werden. Demzufolge wird das monetär höchste Angebot gleichzeitig als das beste angesehen.

Nun besteht für das Individuum das Problem, daß es im Moment, in

1) Hills: Unemployment..., a.a.O., S. 24.

dem es arbeitslos wird wohl kaum Informationen über offene Stellen hat und schon gar nicht darüber, was das beste Angebot ist. Es muß sich deshalb Angebote suchen gehen.

Eine wichtige Annahme der Suchtheorie ist, daß die Arbeitsnachfrage (Stellenangebote) gemäß einer bestimmten Häufigkeitsverteilung verteilt sind. Es gibt eine (exogene¹⁾) Dichtefunktion aus der das Individuum zufällig (at random) Angebote entnimmt. Allerdings ist diese Verteilungsfunktion am Anfang der Suche nicht bekannt; erst durch häufiges Suchen (Angebote entgegennehmen) kann das Individuum über sie Klarheit bekommen. Schließlich wird es sich für das höchste Angebot entscheiden. Dabei wird von der Theorie erlaubt, daß, wenn das Individuum bei weiterem Suchen nur noch auf niedrigere Angebote stößt, es zu vorher gefundenen höheren zurückgehen kann. Außerdem ist möglich, daß das beste Angebot gar nicht gefunden wird, weil die Suche abgebrochen und ein Angebot akzeptiert wird, das unter dem absolut höchsten liegt.

Einen Grund für den Abbruch der Suche hat Barron²⁾ herausgearbeitet. In der obigen Darstellung der Suchanstrengungen bleiben Fragen wie z.B. die Konkurrenz durch Mitbewerber außer Betracht. Ebenso die gegenseitige Beeinflussung von Suchanstrengungen und Suchchancen (Zahl der offenen Stellen) - denn mit der Annahme der exogenen Verteilung der Stellenangebote wurde dies Problem ausgeklammert. Barron stellt darauf ab, daß jede Suche zeiteabhängig ist, wobei ihre Dauer von den Suchchancen beeinflusst wird. Sahen Stigler und Phelps in geringeren Suchchancen eine Verlängerung der Dauer, so vermutet er den umgekehrten Einfluß. Die Kombination von weniger offenen Stellen bei gleichzeitiger Zunahme von Mitbewerbern, wird das Individuum eher geneigt sein lassen, seinen reservation wage zu senken und die Suche vorzeitig abzubrechen.

1) Zur Problematik dieser Annahme vgl. Lippman/McCall: The Economics..., a.a.O., S. 173 und S. 185 und die dort angg. Lit..

2) Vgl. Barron, John M.: Search in the Labor Market and the Duration of Unemployment: Some Empirical Evidence; in: AER, Vol. 65, 1975, S. 934 - 942.

Dies ist allerdings eine Minderheitsmeinung. Die Mehrzahl der Arbeiten begründet den Abbruch der Suche mit den anfallenden Suchkosten. Dies können direkte Kosten sein (z.B. Angebote einholen, Fahrkosten, u.dgl.m.), als auch die schon erwähnten zeitlichen Opportunitätskosten. Die letzteren werden von mehreren Faktoren beeinflusst. "The opportunity costs of time will be evaluated with respect to the expected value of search for temporary employment opportunities and will be a function of the length of the expected lay-off, the number of other workers in the community affected by the lay-off, the nature of the industrial mix in the area, and the kinds of secondary skills an individual has developed in the past. If no alternatives exist, the value of time will be zero"¹⁾. "In summary, the value of unemployed time depends on the expected value of returning to work on the job held prior to unemployment, the alternatives for temporary work during periods of unemployment, and the anticipated value of search for new and permanent employment"²⁾.

Direkte Kosten und die auf gewissen Erwartungen basierenden zeitlichen Opportunitätskosten machen also die Suchkosten aus. Da gemäß der neoklassischen Theorie Individuen ein nutzenmaximierendes Verhalten verfolgen, wird der Arbeitslose aufgrund dieser Kosten eine Suche nicht ad infinitum fortsetzen, sondern sie dort beenden, wo die Grenzkosten der Suche gleich ihren Grenzerträgen werden. In einigen Fällen werden nun die Grenzkosten als dermaßen hoch angesehen, daß eine Suche erst gar nicht aufgenommen wird; das erste Stellenangebot wird akzeptiert. Das Extrem zur anderen Seite - wenn die Suchkosten gleich null sind - ist, daß sie keine zeitliche Begrenzung erfährt.

Die Berechnung der Grenzerträge ist abhängig von der Höhe des reservation wage (der ja den erwarteten Ertrag der neuen Anstellung darstellt). Andererseits wird er aber ebenfalls von den Suchkosten beeinflusst. Wie oben bereits gesagt, ergibt sich seine Höhe aus den Erwartungen des jeweiligen Individuums bezüglich

1) Hills: Unemployment..., a.a.O., S. 25.

2) ebenda, S. 26.

seiner Position am Arbeitsmarkt. Der Einfluß besteht darin, daß "... the lower [higher] the cost of search the higher [lower] the reservation wage and the longer [shorter] the duration of search"¹⁾. Da mit der Dauer der Arbeitslosigkeit ein Anstieg der Suchkosten zu erwarten ist, ist anzunehmen, daß der reservation wage mit zunehmender Dauer eher und stärker gesenkt wird.

Die Dauer ist aber wiederum ihrerseits abhängig von den Erwartungen des Individuums bezüglich der Stellenangebote, die es erhalten kann und der Unternehmen, die sie abgeben. Im Gegensatz zu der oben gemachten Annahme, soll das Individuum einen Einblick in die Verteilung der Stellenangebote insoweit haben, als es die Angebote verschiedener Unternehmen verschieden bewertet - es bringt die Unternehmen und deren Angebote in eine Reihenfolge (ranking). Es wird sich nun zunächst bei den Unternehmen bewerben, die auf seiner Liste die ersten Plätze einnehmen. Kann es bei ihnen keine Anstellung erhalten, so geht es zu den nächsten über, wobei mit zunehmenden Ablehnungen auch der reservation wage gesenkt wird²⁾.

Wie bereits mehrfach gesagt, ist die Suchtheorie kein abgeschlossenes Gedankengebäude. Die bis hierher dargestellte Flexibilität des reservation wage ist sozusagen die Mehrheitsmeinung. Dagegen gibt es Darstellungen, die von einem über die Zeit festgelegten Lohn ausgehen. Inwieweit der reale reservation wage bei langanhaltender Arbeitslosigkeit dann doch abgesunken ist, weil z.B. die Tariflöhne mittlerweile gestiegen sind und ein vorher abgelehntes Angebot dem Individuum jetzt nominal besser erscheint, ist in der theoretischen Diskussion unbeachtet geblieben. Dies wird später bei den empirischen Tests noch zu Schwierigkeiten führen.

Zusammenfassend ergibt sich aus dieser generellen Darstellung:

1) Lippman/McCall: The Economics..., a.a.O., S. 160.

2) Vgl. ebenda, S. 178.

"Unemployed workers select a strategy to maximize **their** own discounted lifetime income in a market where job offers are envisaged as random draws from a known distribution of wage offers. It has been shown that the best strategy in such a market is for a worker to select a reservation wage before an offer is received. Any offer then made to that worker will be accepted if and only if the wage offered is at least as great as the reservation wage"¹⁾.

2.2. Veränderungen im Suchverhalten der Arbeitslosen aufgrund der Existenz einer Arbeitslosenversicherung

2.2.1. Einfluß auf die Dauer der Suche

Durch die Leistungen der Arbeitslosenversicherung werden die Opportunitätskosten der Arbeit (also die Kosten der Muße) reduziert, als deren Folge sich der Maximalpunkt von Grenzkosten und Grenzerträgen der Suche verlagert. Das Individuum wird seine Suchanstrengungen mindern. Wenn es überhaupt noch weiter sucht, so deshalb, weil es weiß, daß die Leistungen nicht unbegrenzt gewährt werden, sondern nur für einen gewissen Zeitraum. Ging die allgemeine Diskussion im vorigen Abschnitt von einer nicht näher spezifizierten (unbegrenzten) Suchzeit aus, was für das seinen Nutzen maximierende Individuum Unwägbarkeiten (wegen der Diskontierungsschwierigkeiten der Zeit) mit sich brachte, so hat es jetzt mit dem Leistungszeitraum einen begrenzten, und d.h. kalkulierbaren, Zeithorizont vor sich. Für besonders risikoscheue Individuen, die vorher vor der Unberechenbarkeit des infiniten Zeitraumes zurückgeschreckt sind, mag jetzt ein Anreiz bestehen, zumindest für kurze Zeit ein begrenztes Risiko einzugehen. Für risikofreudige Individuen sind die Kosten des Risikos etwas geringer geworden.

Die Suchkosten haben sich jetzt verringert, doch sind sie nicht

1) Burdett: A Theory..., a.a.O., S. 212 [Unterstreichung von mir - H-J G.] .

verschwunden (jedenfalls sollten sie es nicht sein). Damit bleiben die Folgerungen des vorigen Abschnitts insoweit bestehen, als auch jetzt die Kosten mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit ansteigen, während gleichzeitig der Nutzen der Muße sinkt. Die Zeit der Beendigung der Suche und der Annahme einer Arbeit liegt zwischen folgenden beiden Extremen: "At one extreme, when expected job-search days equal maximum benefit coverage and search activity has the same disutility as work, then incentives to consume the good, leisure, created by the unemployment scheme, are zero. On the other extreme, if job-search costs are zero, the entire period under unemployment coverage can be enjoyed as leisure"¹⁾.

Der Haupteffekt den Arbeitslosengeld ausüben kann wird also darin gesehen, daß die Zeit bevor Suche aufgenommen wird, aber vor allem die Zeit der Suche selbst, verlängert wird. Letztendlich heißt dies, daß die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu längerer Dauer von Arbeitslosigkeit führen. Aufgrund der längeren Dauer, werden zu jedem Zeitpunkt mehr Arbeitslose auf der Suche sein, was sich statistisch in höheren Arbeitslosenzahlen niederschlägt.

Eine notwendige Annahme dieser Argumentation ist, daß Muße ein "normales" Gut ist. Nur dann wird der durchschnittliche Arbeitnehmer direkt auf die Veränderung der Suchkosten reagieren. Eingräumt wird aber, daß auch andere Erwartungen die Stärke des Effekts mitbewirken. Vermutet der Arbeitnehmer, daß seine Arbeitslosigkeit nur temporal ist und er bald zu seiner früheren Arbeitsstelle zurückkehren kann, so wird wegen der Absicherung durch das Arbeitslosengeld keinerlei Suchtätigkeit, auch nicht für eine zwischenzeitliche Beschäftigung, aufgenommen werden. Dies Verhalten wird vor allem in Saisonberufen erwartet. Bei länger erwarteter Arbeitslosigkeit hingegen wird die Suche früher einsetzen. Dies wird dann der Fall sein, wenn die Arbeitslosigkeit z.B. Folge einer Firmenschließung ist. Insofern

1) Grubel, H./Maki, D./Sax, Shelley: Real and insurance-induced unemployment in Canada; in: Canadian Journal of Economics, Vol. 8, 1975, S. 177.

spielen, entgegen der auf Seite 7 gemachten Bemerkung, doch in gewisser Weise Gründe für die Arbeitslosigkeit in das Suchverhalten mit hinein. Kündigungsfristen werden in den Modellen nicht betrachtet; gemäß den Annahmen bleibt die Suche noch während einer Anstellung außerhalb des Erklärungsgebietes der Suchtheorie, und mit dem Tage der Arbeitslosigkeit gelten für alle Individuen die gleichen Kosten-Nutzen-Falküle unabhängig von dem Zeitpunkt an dem es wußte, daß es arbeitslos werden würde.

Um das Gesagte zusammenzufassen: aufgrund des Arbeitslosengeldes werden die Suchkosten eines arbeitslosen Individuums gesenkt, weshalb es die Zeit seiner Suche verlängern kann und/oder mit der Suche überhaupt erst später beginnt. Die Dauer ist dabei direkt abhängig von der Höhe der Suchkosten. Im Endeffekt wird dies höhere Arbeitslosenzahlen zur Folge haben.

2.2.2. Einfluß auf das Suchergebnis

Im ersten Abschnitt wurden keinerlei Aussagen zum Suchergebnis gemacht. Auch findet man bei den Vertretern der Suchtheorie darüber kaum explizite Angaben. Allerdings läßt sich aus der Art der oben dargestellten Argumentation schließen, daß ein Suchprozeß für das Individuum immer positiv in dem Sinne enden muß, als es ihn mit der Annahme einer besseren (d.h. höher bezahlten) Stellung abschließt. Obwohl dies eine der wichtigsten Annahmen der Theorie ist, die implizit in allen Arbeiten auftaucht, wird auf sie fast nie ausdrücklich hingewiesen. Wenn im folgenden ein sehr einfaches formales Modell der bisher verbal dargestellten Theorie wiedergegeben wird, so nicht, um bereits gesagtes noch einmal in anderer Form zu wiederholen, sondern um diesen Aspekt zu verdeutlichen.

2.2.2.1. Formale Darstellung eines Suchmodells in Umrissen

Wie bereits gesagt, zieht das Individuum Nutzen aus dem Konsum von Muße und Gütern (für deren Konsum es arbeiten muß). Man kann die Nutzenfunktion deshalb schreiben als

$$(1) \quad U = u(X, l) \quad \text{wobei: } U = \text{Nutzen} \\ X = \text{Vektor von Gütern} \\ l = \text{Muße}$$

Arbeits- und Suchzeit gehen nicht direkt in die Nutzenfunktion ein, sondern erscheinen in der Budgetbeschränkung (Budgetgeraden bei graphischer Darstellung):

$$(2) \quad pX = w(T - l - s) + E$$

wobei: p = Preis der Güter
 w = Lohnsatz (reservation wage oder darüber)
 T = Gesamtzeit (24 Stunden)
 s = Suchzeit
 E = Nicht - Arbeitseinkommen (sonst. Einkommen)

Die Arbeitszeit ergibt sich als Residuum von $(T - l - s)$.

Bezüglich der Suchzeit(s) wird postuliert:

$$(3) \quad w = w(s) \quad \text{mit} \quad \frac{dw}{ds} > 0$$

d.h. der Lohnsatz ist von der Suchzeit abhängig und zwar positiv; je länger die Suche, desto höher der Lohnsatz den das Individuum erzielen wird.

Wegen der Existenz einer Arbeitslosenversicherung bezieht das Individuum ein nicht erarbeitetes Einkommen. E läßt sich somit aufspalten in:

$$(4) \quad E = E_1 + E_2$$

wobei E_1 = Arbeitslosengeld und E_2 = sonstige Einkünfte.

Da gemäß Annahme Arbeitslosigkeit und Suchzeit identisch sind, ist E_1 (seine Höhe) abhängig von der Dauer der Arbeitslosigkeit bzw. der Suchzeit. Es gilt also:

$$(4a) \quad E_1 = e(s)$$

Zu maximieren ist die Nutzenfunktion (1) unter den Nebenbedingungen (2), (4) und (4a):

$$(5) \quad \text{Max!} \quad U = u(X, l) + \lambda(pX - w(T - l - s) - e(s) - E_2)$$

Vorausgesetzt, daß die zweiten Ableitungen existieren, ergeben sich als erste, gleich null gesetzte Ableitungen:

$$(6) \quad \frac{\partial U}{\partial X} - \lambda p = 0$$

$$(7) \quad \frac{\partial U}{\partial l} - \lambda w = 0$$

$$(8) \quad \frac{\partial U}{\partial \lambda} - pX + w(T - l - s) + e(s) + E_2 = 0$$

Wegen Annahme (3) ist die Ableitung des Nutzens aus der Suche

$$(9) \quad \frac{\partial U}{\partial s} - \lambda \left(\frac{dw}{ds} (T - l - s) - w + \frac{de(s)}{ds} \right) = 0$$

Aus (6) und (7) folgt

$$(10) \quad \frac{\frac{\partial U}{\partial l}}{w} = \frac{\frac{\partial U}{\partial X}}{p}$$

was besagt, daß das Individuum die Dauer Muße wählen wird, die dem Grenznutzen der letzten Geldeinheit für Konsumgüter entspricht, wobei der Preis der Muße der entgangene Lohn ist.

Aus (9) folgt

$$(11) \quad -\frac{dw}{ds} (T - l - s) = w - \frac{de(s)}{ds}$$

d.h. ein Individuum wird solange nach einer neuen Stellung suchen, bis der Grenzertrag der Suche $(\frac{dw}{ds} (T - l - s))$ gleich ihren Grenzkosten $(w - \frac{de(s)}{ds})$ ist. Bei den Grenzerträgen wird der Lohn durch die Suche erhöht, bei den Grenzkosten der entgangene Arbeitslohn durch das Arbeitslosengeld verringert. Um dieses Maximierungsskal- küll zu erhalten, ist Annahme (3) notwendig.

2.2.2.2. Suchergebnis und Dauer der Arbeitslosigkeit

Das hier dargestellte Modell ist natürlich eine äußerst starke Vereinfachung der Modelle wie sie in der Literatur anzutreffen sind. Doch bezieht sich deren Komplexität auf zusätzliche Nebenbedingungen; das oben aufgezeigte Nutzenmaximierungskalkül, zu dem Annahme (3) notwendig ist, wird durch die Vereinfachung nicht verändert. In der formalen Darstellung wird die Tragweite dieser Annahme völlig klar: es wird eine eindeutige (kausale) Abhängigkeit des Suchergebnisses von der Suchdauer, und d.h. von der Dauer der Arbeitslosigkeit, postuliert - je länger die Suche (Arbeitslosigkeit), desto besser das Ergebnis das am Ende des Suchprozesses steht.

Wie im nächsten Kapitel gezeigt werden wird, ist eine der wichtigsten Begründungen für die Existenz einer Arbeitslosenversicherung, daß durch sie eine effektive Arbeitssuche überhaupt erst möglich wird und zwar deshalb, weil das Individuum durch sie materiell in die Lage versetzt wird, auf ein seinen Wünschen entsprechendes Stellenangebot warten zu können (es braucht nicht jedes erstbeste Angebot zu akzeptieren). Was in Abschnitt 2.2.1. kritisiert wurde, wird jetzt positiv gesehen - aufgrund der längeren Arbeitslosigkeit (Suche) können schließlich bessere Positionen eingenommen werden, wodurch die gesellschaftlichen Ressourcen besser alloziiert werden. Hinter dieser Aussage steht die Grenzproduktivitätstheorie nach der bekanntlich der Lohn Ausdruck der Grenzproduktivität einer Arbeit ist. Hieran wird wiederum der neoklassische Ansatz der Suchtheorie deutlich.

Nun haben aber Untersuchungen zur human capital theory gezeigt, daß gerade bei Dauerarbeitslosigkeit der Arbeitslose nur zu einem reduzierten Lohn eine neue Anstellung findet, woraus sogar ein Abstieg in seiner ökonomischen Situation folgen kann. Und wie in Abschnitt 2.1. gezeigt wurde, vermuten die Vertreter der Suchtheorie selbst, daß der reservation wage mit der Zeit gesenkt wird. Woher dann der "wage gain" kommen soll, ist nicht festzustellen. Dieser logische Widerspruch wird auch in keiner Weise begründet oder erklärt.

2.3. Zusammenfassung der Arbeitshypothesen

In diesem Kapitel wurde von einem wirtschaftstheoretischen Gesichtspunkt aus gezeigt, welche Effekte von einem Arbeitslosenversicherungssystem auf das Arbeitsangebotsverhalten von Individuen erwartet werden. Für die empirische Überprüfung im zweiten Teil lassen sich aus der vorangegangenen Diskussion die folgenden Arbeitshypothesen ableiten:

1. Die Existenz einer Arbeitslosenversicherung verlängert die Dauer der Arbeitslosigkeit und erhöht dadurch zu jedem beliebigen Zeitpunkt die Arbeitslosenzahlen (-quote).
2. Die Dauer der Arbeitslosigkeit ist dabei direkt abhängig von der Höhe der Suchkosten.
3. Je länger die Dauer der Suche, desto höher das Gehalt der Stellung die der Arbeitslose schließlich annehmen wird.

Nach diesem theoretischen wird das nächste Kapitel auf institutionelle Aspekte eingehen, d.h. es untersucht, wie die Ausgestaltung eines Arbeitslosenversicherungssystems das hier postulierte Verhalten fördern oder verhindern kann.

3. Arbeitslosenversicherung und Arbeitsangebotsverhalten

3.1. Ziele der Arbeitslosenversicherung

Eine Unterstützung von arbeitslos gewordenen Erwerbspersonen gehörte in keinem Land zu den ersten Aufgaben sozialer Gesetzgebung. Während im Deutschen Reich als dem Vorreiter unter den Industriestaaten Renten- und Krankenversicherungsgesetze in die 80iger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückreichen, wurde eine Arbeitslosenversicherung erst 1927 unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit im Anschluß an den ersten Weltkrieg eingeführt, und dann auch nur mit unzureichenden Mitteln. Erst der allgemeine Ausbau der sozialen Sicherungssysteme in allen westlichen Industriestaaten nach dem zweiten Weltkrieg brachte auch eine Verstärkung der Arbeitslosenversicherung mit sich.

Dieser Ausbau wurde mit einer Reihe von Gründen gerechtfertigt die, obwohl hauptsächlich auf den Erfahrungen der großen Depression basierend, auch heute noch als gültig angesehen werden. Die umfassendste Auflistung dieser Gründe gibt unseres Wissens Rejda. Er nennt¹⁾:

- a) provide cash payments during involuntary unemployment
- b) maintain the worker's standard of living
- c) provide time to locate or regain employment
- d) help unemployed workers to find jobs
- e) desirable countercyclical effects (deficit spending)
- f) improved allocation of social costs
- g) improving manpower utilization
- h) encourage employers to stabilize work
- i) maintenance of skilled work force".

Bei a) liegt die Betonung auf "unfreiwillig"; wie erinnerlich, wurde im ersten Kapitel die Unterscheidung zwischen "echter" (unfreiwilliger) und "unechter" (freiwilliger) Arbeitslosigkeit getroffen, wobei letztere die Personen anspricht, die an der Aufnahme einer Arbeit gar nicht interessiert sind. Sie sollen nicht abge-

1) Vgl. Rejda, George E.: Social Insurance and Economic Security, Englewood Cliffs, N.J., 1976, S. 374ff.

sichert werden. Denn einer der wichtigsten Grundsätze eines jeden Arbeitslosenversicherungssystems ist die Absicherung arbeitswilliger Personen, die aufgrund der Arbeitsmarktbedingungen, ohne eigenes Verschulden, in keinem Berufsverhältnis stehen. Auf diesen Grundsatz wird noch mehrfach eingegangen werden. Einen Unterschied zwischen c) und d) macht Rejda deshalb, weil er mit c) eine Tätigkeit meint, die derjenigen entspricht, die der Arbeitslosigkeit vorausging, während d) irgendeine Arbeit bezeichnet. Bei f) bezieht er sich auf den Arbeitgeberbeitrag über den die Kosten der Arbeitslosigkeit auch in die Produktionskosten der Unternehmen eingehen und deshalb nicht nur von den Arbeitnehmern getragen werden müssen. g) folge daraus, daß sich Arbeitslose beim Arbeitsamt registrieren müssen und dabei gleichzeitig zu aktiver Suche nach Arbeit angehalten werden. h) muß z.B. für die Bundesrepublik ausgeklammert werden, da es sich auf eine Besonderheit des gesamten sozialen Sicherungssystems der USA bezieht - dem "experience rating"¹⁾. Schließlich schneidet i) das Problem der "zumutbaren Beschäftigung" (dies klang bereits bei c) mit an) und das Ziel an, zu verhindern, daß Facharbeiter in ihrer Ausbildung nicht gemäße Tätigkeiten abgedrängt werden.

Da sich diese Punkte überschneiden, ergänzen oder gar auseinander hervorgehen, werden im Allgemeinen nur zwei als die wichtigsten genannt, nämlich a) die Aufrechterhaltung des Lebensstandards des arbeitslos gewordenen Individuums, und b) den Arbeitslosen in die Lage zu versetzen, sich eine neue, seinen Fähigkeiten entsprechende, Stelle suchen zu können.

Nun werden diese Ziele von Feldstein und den anderen Kritikern in keiner Weise bestritten. So ist z.B. die Frage des deficit

1) Die USA kennen keinen für alle Unternehmen einheitlichen Arbeitgeberbeitrag, sondern das Unternehmen das - in diesem Fall - überdurchschnittlich Arbeitskräfte entläßt (der Durchschnitt bezieht sich i.A. auf die Branche), hat einen höheren Beitragsatz für jeden beschäftigten Arbeitnehmer zu leisten, als eins, das unterdurchschnittlich Entlassungen vornimmt. Ziel dieser Staffellung ist, die Unternehmer zu einem gleichmäßigerem Verhalten in der Zeit zu zwingen; d.h. es soll die Praxis des "hire and fire" (die ja auch von der mikroökonomischen Theorie zur Erreichung des kurzfristigen Gewinnmaximums vorgeschlagen wird) verhindert (zumindest verteuert) werden. (Es sollte aber beachtet werden, daß die wenigen empirischen Studien hierzu diese erhofften Effekte nicht finden konnten)

spending (Punkt e)), also die antizyklische Wirkung der Arbeitslosenversicherung - ihr makroökonomischer Aspekt - überhaupt nicht Gegenstand der Diskussion. Insoweit geht die Gegenkritik von Pfried¹⁾ völlig ins Leere. Die Zielsetzung und die moralischen Ansprüche dieser Gesetzgebung werden von niemanden bestritten. Wie Milton Friedman generell ausgeführt hat²⁾, so sind auch hier die letzten Ziele unter Wissenschaftlern und Politikern unglaublich kohärent und unterliegen keinem Zweifel; die Debatte entzündet sich hingegen an der Frage, wie diese Ziele am besten zu erreichen seien. So wird auch nicht von dem schärfsten Kritiker (M. Feldstein) die Existenz der Arbeitslosenversicherung angegriffen (und das möge im weiteren Verlauf dieser Arbeit immer im Auge behalten werden), sondern Bereiche ihrer praktischen Ausgestaltung (allerdings wesentliche Bereiche). Wie im ersten Kapitel bereits angesprochen wurde, behaupten die Kritiker, daß die finanziellen Leistungen der heutigen Arbeitslosenversicherungssysteme so hoch seien, daß, statt sich nach einem neuen Arbeitsplatz umzuschauen, Arbeitslose es vorzögen, von dem Arbeitslosengeld zu leben und lieber arbeitslos zu bleiben; ein Verhalten, das als "work disincentive effect" der Arbeitslosenversicherung bezeichnet wird. Die genaue Definition des Begriffes lautet: "'The work disincentive effects of the UI [unemployment insurance] system' is a term referring to any reductions in worktime which can be attributed to the unemployment insurance program"³⁾.

In den folgenden Abschnitten werden - ohne Bezug auf ein bestimmtes Arbeitslosenversicherungssystem - Möglichkeiten erörtert, wie derartige Effekte von einem Arbeitslosenversicherungssystem ausgehen können.

-
- 1) Vgl. Pfried, Hanns: Gesamtwirtschaftliche Aspekte bei der Reform der Arbeitslosenversicherung; in: WSI-Mitteilungen, 29. Jg., 1976, S. 202 - 209.
 - 2) Vgl. Friedman, Milton: Essays in Positive Economics, Chicago/London 1953, S. 5.
 - 3) Hunts, Raymond/ Garfinkel, Irving: The Work Disincentive Effects of Unemployment Insurance; Upjohn Institute, September 1974, S. 1.

3.2. Mögliche Work Disincentive Effects im System einer Arbeitslosenversicherung

Wie immer in den Wirtschaftswissenschaften, ist auch hier Ausgang der Überlegungen der Kostenbegriff. Denn Arbeitslosigkeit verursacht Kosten; gesamtwirtschaftlich, weil die Kapazitäten der Wirtschaft nicht ausgelastet werden und obendrein Arbeitslosengeld gezahlt werden muß, was den Staatshaushalt belastet und andere Ausgaben reduziert¹⁾, und einzelwirtschaftlich, weil die betroffenen Individuen einen Ausfall an verfügbarem Einkommen erleiden. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten sind nicht Gegenstand dieser Arbeit, hier interessiert der letztgenannte, der einzelwirtschaftliche Aspekt.

Im Zusammenhang mit den Suchkosten wurden bereits im vorhergehenden Kapitel unterschiedliche Kosten die das Individuum tragen muß angesprochen. Allerdings wurde nicht weiter verfolgt, wie Veränderungen dieser Einzelkomponenten der Suchkosten deren Höhe beeinflussen. Diese Komponenten und ihre Wirkungen wurden von Munts/Garfinkel näher analysiert. Allerdings orientierten sie sich ausschließlich am income-leisure-trade-off und gingen in keiner Weise auf die Suchtheorie ein. Doch wie schon zu Beginn des vorigen Kapitels erwähnt, basieren deren Gedanken z.T. auch auf diesem theoretischen Ansatz, und wie im folgenden zu sehen sein wird, sind ihre Analysen lediglich Ausführungen zum vorhergehenden Kapitel.

Vor der Existenz einer Arbeitslosenversicherung waren die Kosten des arbeitslosen Individuums identisch mit dem vor der Arbeitslosigkeit bezogenen Arbeitseinkommen. Dabei ist nicht der erhaltene Lohnsatz gemeint, sondern, da sich Arbeitslosigkeit über einen Zeitraum erstreckt, ist "..., the cost to a worker of being unemployed for any length of time [...] equal to his potential earnings during that period of time. Since unemployment insurance

1) Dies gilt natürlich nur für Länder in denen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus den allgemeinen Steuermitteln finanziert werden, während für die Bundesrepublik Kreislaufeffekte eher über den Geld- und Kapitalmarkt zu erwarten sind. Allerdings kann gemäß § 187 AFG auch hier in besonderen Fällen der Bundesetat in Anspruch genommen werden - was in den letzten Jahren auch der Fall war.

benefits replace a fraction of these foregone earnings, they reduce the cost of being unemployed by that fraction of earnings"¹⁾. "By reducing the cost of being unemployed the UI [unemployment insurance] system is likely to: (1) increase the number of unemployed workers, (2) increase the duration of a given spell of unemployment, (3) decrease part-time employment of the unemployed, and (4) increase the number of seasonal jobs, and thereby increase seasonal unemployment"²⁾.

Die Autoren glaubten, diese unterstellten Effekte mittels einer "earnings-replacement ratio" messen zu können, und damit einen Indikator für das Ausmaß der Incentives zu bekommen. Diese "ratio", die in den ökonometrischen Arbeiten des zweiten Teils noch eine wichtige Funktion spielen wird, hat die Form:

$$\frac{\text{net weekly benefit amount}}{\text{net real weekly earnings}} \quad 3)$$

"The appropriate earnings-replacement ratio, (...), measures the extent to which the UI system reduces the weekly cost to the worker of being unemployed"⁴⁾. Alle Maßnahmen (Leistungen), die diesen Bruch ansteigen lassen, kennzeichnen größere "work disincentives" - was mehr Arbeitslosigkeit zur Folge hat - alle die ihn senken, weniger. Einbezogen in die Argumentation des zweiten Kapitels heißt dies, daß die Suchanstrengungen direkt (negativ) von diesem Bruch abhängig sind (steigt er, sinken die Anstrengungen). Maßnahmen, die diesen Bruch beeinflussen können, sind (damit ist natürlich nur der Einfluß durch die Arbeitslosenversicherung gemeint, also Einflüsse auf den Zähler, denn, wie ersichtlich, könnte der Nenner auch durch Veränderungen z.B. der Steuern beeinflusst werden):

- Geldleistungen (ihre Höhe)

1) Munts/Garfinkel: The Work..., a.a.O., S. 8.

2) ebenda.

3) Vgl. ebenda, S. 11.

4) ebenda, S. 12.

- Dauer des Zeitraumes in dem diese Leistungen gewährt werden
- Wartezeiten
- Gründe für die Aufgabe des Arbeitsplatzes
- Definition der zumutbaren Beschäftigung . 1)

Die ersten beiden Punkte sind evident. Je geringer der finanzielle Abstieg des Arbeitslosen (und je geringer damit die Kosten der Arbeitslosigkeit), je länger der Zeitraum in dem diese Leistungen gewährt werden, desto größere "work disincentives" werden erwartet. Dieser Kombination wird der größte Einfluß auf das Arbeitsangebotsverhalten eingeräumt. Gibt es Wartezeiten bevor man Leistungen beziehen kann, so wird kurzzeitige Arbeitslosigkeit uninteressant. Die beiden letzten Punkte sprechen sog. "administrative procedures" an, d.h. je strikter die Arbeitsämter die Arbeitslosen überwachen (sie bei ihrer Suche kontrollieren), je weiter der Begriff der "zumutbaren Beschäftigung" ausgelegt wird, desto geringer die Möglichkeiten, die Arbeitslosenversicherung auszunutzen. Diese Punkte werden im 7. Kapitel noch eingehender behandelt werden.

Mit den oben angegebenen Geldleistungen sind primär das Arbeitslosengeld gemeint. Diese Leistungen können sich aber u.U. um andere staatliche Zuwendungen wie z.B. Wohngeld, Kindergeld, und andere Sozialleistungen erhöhen. Zur Erfassung der tatsächlichen finanziellen Position des Arbeitslosen müßten diese Zahlungen ebenfalls in die Betrachtung einbezogen werden.

3.3. Work Disincentives aufgrund von Steuersparnissen

Außer durch den Ersatz eines Teils des Arbeitseinkommens (durch das Arbeitslosengeld), werden die Kosten der Arbeitslosigkeit für den Arbeitslosen weiter dadurch reduziert, daß mit Beginn der Arbeitslosigkeit keine Einkommensteuer mehr gezahlt werden muß, das Arbeitslosengeld aber steuerfrei ist. Zusätzlich reduziert

1) Vgl. Munts/Garfinkel: The Work..., a.a.O., S. 11 - 17.

sich die Einkommensteuerschuld des Arbeitslosen für das gesamte Kalenderjahr immer dann, wenn die Arbeitslosigkeit kürzer als das betreffende Kalenderjahr war.

Vor allem in der kanadischen und der US-amerikanischen Literatur wird dieser Aspekt sehr ausführlich diskutiert. Die erste wissenschaftliche Arbeit in der auf ihn hingewiesen wurde, dürfte die von Lester¹⁾ gewesen sein, doch wurde er besonders von Kelly und Feldstein herausgearbeitet. Die einkommenserhaltende Wirkung der Steuerersparnis rührt natürlich hauptsächlich vom progressiven Tarif der Einkommensteuern her. Bei höher verdienenden Arbeitslosen wird dies zu einer besseren Nettoposition führen als bei schlechter verdienenden (vorausgesetzt alle übrigen gesetzlichen Bestimmungen sind für die unterschiedlichen Einkommensgruppen gleich). Kelly schließt: "With a given rate of income maintenance, disincentive effects will increase, the higher the rate of tax earnings, for the narrower will be the differential between what a person could receive in and out of employment"²⁾.

Allerdings räumt er selbst ein, daß dieser Effekt bedeutungslos werden kann, wenn der Lebensstandard (die Einkommensgruppe) sehr niedrig ist und der Haushalt keine weiteren Quellen der Mittelbeschaffung hat. Außerdem verweist er - ähnlich wie Munts/Garfinkel³⁾ darauf, daß das hier postulierte Verhalten voraussetzt, daß der Arbeitslose über eine unglaubliche ökonomische Rationalität verfügen und über die Möglichkeiten seiner Steuerersparnisse genauestens Bescheid wissen müsse.

Gerade diese letzte Verhaltensannahme und die daraus entstehende Folge, daß die Kombination von Arbeitslosengeld und Steuerersparnissen zu Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung führen, stehen für Feldstein außer Frage⁴⁾. Seine Absicht ist, zu beweisen, daß

1) Vgl. Lester, Richard A.: The Economics of Unemployment Compensation, Princeton 1962.

2) Kelly, L.A.: Income Maintenance, Tax Savings, and the Incentive to Work, Industrial Relations Centre, Queen's University at Kingston, Ontario 1970, S. 2.

3) Vgl. ebenda, S. 3f und Munts/Garfinkel: The Work..., a.a.O., S. 17.

4) Vgl. Feldstein: Unemployment..., a.a.O.,

die Arbeitslosenquote gesenkt werden könnte, wenn man das Arbeitslosengeld besteuerte. Der "Beweis" sind Modellrechnungen für verschiedene Haushaltsgruppen des US-Bundesstaates Massachusetts. Er vergleicht anhand von Steuertabellen (der Unterstützungssatz der Arbeitslosenversicherung ist fix) die Nettoposition von Haushalten verschiedener Einkommensgruppen vor und während der Arbeitslosigkeit. Dabei ergeben sich für einige Gruppen nur geringe Einkommensdisparitäten zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen. Umgekehrt ergibt sich bei einigen Gruppen Lediger ein höheres Nettoeinkommen bei Arbeitslosigkeit als während der Berufstätigkeit.

Auf diese Berechnungen verweist nicht nur Feldstein ständig in seinen späteren Artikeln, sondern sie werden fast von jeder Arbeit, die sich mit diesem Problemkreis befaßt, in irgendeiner Form zitiert. Dabei läßt sich besonders gegen Feldsteins politischer Schlußfolgerung aufgrund dieser Rechnungen einiges einwenden.

Die erste Kritik kam von Horowitz¹⁾ der darauf hinwies, daß diese Rechnungen das Bruttoeinkommen notwendigerweise unterschätzten, da "fringe benefits", die in den USA eine ziemliche Bedeutung haben, ausgeschlossen waren. Bedeutender ist die Kritik des U.S. Unemployment Insurance Service der einwand, daß Feldstein seine Berechnungen für "atypical families in an atypical state" (einem Staat dessen Sozialleistungen zu den höchsten in den USA gehören) machte, für die überwiegende Mehrzahl der Familien in Massachusetts und anderen Staaten aber Leistungssätze gelten, die nur die Hälfte des Nettoeinkommens absicherten.²⁾ Das führt zu dem Einwand weiter, daß er selbst keine Angaben darüber macht, wieviele Personen zu den Gruppen gehören, in denen sich das Einkommen umkehrt. Doch nur bei Kenntnis deren Größenordnung könnte der Reduzierungseffekt besteuerten Arbeitslosengeldes auf die Arbeitslosenzahlen abgeschätzt werden.

- 1) Horowitz, Stanley A.: Unemployment Compensation, Adverse Incentives and Distributional Anomalies - A Comment; in: National Tax Journal, Vol. 24, 1976, S. 35 - 37.
- 2) Da ich nicht die Originalquelle hatte, ist dies nach Marston, Stephen: The Impact of Unemployment Insurance on Job Search, BPEA, No. 1, 1975, S. 17, Fußnote 11 zitiert.

Seine Kritik bleibt natürlich insoweit bestehen, als es gegen die Grundsätze der Arbeitslosenversicherung ist, daß das arbeitslose Nettoeinkommen höher ist als das aus Arbeit. Doch statt eine neue Steuer wie Feldstein sie fordert einzuführen, könnte das leichter durch Änderung der bestehenden Einkommensteuergesetze geändert werden.

4. Strukturwandlungen des Arbeitsmarktes

4.1. Arbeitslosigkeit einzelner Bevölkerungsgruppen

Ein Argument das auf den ersten Blick nichts mit den in den beiden vorhergehenden Kapiteln genannten Gründen gemein zu haben scheint, ist das der veränderten Beschäftigtenstruktur in den westlichen Industrieländern in den letzten beiden Jahrzehnten.

Für die USA konnte Wachter¹⁾ zeigen, daß ein Teil der, verglichen mit den 50iger und 60iger Jahren, höheren Arbeitslosigkeit in den 70iger Jahren auf das Anwachsen weiblicher Beschäftigter und Teenager an den Erwerbspersonen zurückzuführen ist. Denn beide Gruppen zeigen deutlich höhere Arbeitslosenquoten als die männlichen Erwerbspersonen. Ohne diese strukturellen Änderungen, so folgert Wachter, würden die heutigen Arbeitslosenquoten niedriger liegen.

Ähnlich Wandlungen beobachten Green/Cousineau für Kanada. Seit 1954 war die Zunahme der weiblichen Erwerbspersonen fast in jedem Jahr doppelt so hoch wie die der männlichen²⁾.

Dagegen läßt sich für die Bundesrepublik Deutschland ein ähnlicher Trend über die letzten zwanzig Jahre nur mit Einschränkungen nachweisen. Bedingt durch die Weltkriege war in der Bundesrepublik der Anteil der Frauen an der Wohnbevölkerung immer höher als der der Männer³⁾. Betrachtet man die Bruttozahlen, so ist ihr Anteil gesunken, leicht aber kontinuierlich von 1960 bis 1974. Allerdings sind diese Zahlen zugunsten der Männer dadurch verzerrt, weil sie auch die ausländischen Arbeitnehmer, die in der Mehrzahl männlich sind, enthalten. Anlage B 3 kann nicht für einen direkten Vergleich herangezogen werden, da dort nur ausländische Arbeitnehmer und nicht die Gesamtzahl ausländischer Bürger in der Bundesrepublik aufgeführt sind, dennoch zeigt die

1) Vgl. Wachter, Michael L.: The Demographic Impact on Unemployment: Past Experience and Outlook for the Future; in: Demographic Trends and Full Employment, Special Report No. 12 for the National Commission for Manpower Policy, Dezember 1976.

2) Vgl. Green/Cousineau: Unemployment..., a.a.O., S. 6; obwohl dieses Buch voll statistischer Übersichten zum kanadischen Arbeitsmarkt ist, fehlen eigenartigerweise nach Geschlechtern getrennte Arbeitslosenzahlen bzw. -quoten.

3) Vgl. Anlage B 1.

Tabelle, daß etwa zweieinhalbmals so viele Männer wie weibliche ausländische Arbeitnehmer beschäftigt wurden. Und in der Tat reduzieren sich mit dem Anwerbestop für ausländische Arbeitnehmer und deren verstärkter Abwanderung in ihre Heimatländer nach 1974 die Zahlen der männlichen Wohnbevölkerung stärker als die der weiblichen, mit dem Resultat, daß sich deren Relativanteil wieder erhöht hat.

Obwohl die Frauen die "absolute Mehrheit" der Wohnbevölkerung besitzen, liegen ihre Anteile an den Erwerbspersonen erheblich unter denen der Männer. Den Absolutzahlen nach machten sie im Durchschnitt ca. 37 Prozent aller Erwerbspersonen aus¹⁾. Auffallend ist die Konstanz dieser Zahlen über den Zeitraum von 1962 bis 1975. Lediglich bei den abhängigen weiblichen Erwerbspersonen zeigt sich ein Anstieg, der jedoch völlig mit dem Anwachsen weiblicher ausländischer Arbeitnehmer erklärt werden kann (vgl. Anlage B 3). Zwar erhöhen sich nach 1968 auch die Zahlen der weiblichen Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 65 Jahren, doch beträgt dieser Anstieg von 1968 (dem Minimalwert) auf 1974 (dem Maximalwert) nur 5.22 Prozent. Über die gesamte Dekade gesehen, bleiben hingegen auch diese Zahlen fast konstant²⁾.

Anlage B 4 enthält für Freunde statistischer Spielereien acht verschiedene Erwerbsquotendefinitionen für die Bundesrepublik Deutschland³⁾. Die der Männer (Spalten 2, 4, 6) zeigen alle ein tendenzielles Absinken, während die der Frauen nahezu konstant bleiben. Lediglich die Erwerbsquote der abhängigen erwerbstätigen Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren (Spalte 8) zeigt einen leichten Anstieg von 1965 36.6 Prozent auf 1976 40.4 Prozent. Woher die in der Öffentlichkeit so oft gehörte Behauptung von der verstärkten Erwerbstätigkeit von Frauen ihre Berechtigung nimmt, ist auf der Basis dieser Daten für die Bundesrepublik nicht ganz einsichtig. Zwar sind ihre Zahlen nach 1968 angestiegen, doch waren sie nach 1966 stark abgefallen und erst 1972 wurde in etwa der

1) eigene Berechnung auf Basis der Daten in Anlage B 2.

2) Anlage B 2, Spalte 6.

3) Da a priori keine Definition eine größere Berechtigung hat als die anderen, auf der anderen Seite in der Öffentlichkeit - je nachdem was "bewiesen" werden soll - verschiedene als die Erwerbsquote erscheinen, werden hier mehrere vorgestellt.

Stand von 1962 wieder erreicht. Insoweit weist dies weniger auf strukturelle Änderungen hin, sondern darauf, daß sich 1967 eine ziemlich große "Stille Reserve" gebildet hatte, die sich mit der Hochkonjunktur wieder auflöste. Um von strukturellen Änderungen zu sprechen, müßte deshalb der Betrachtungszeitraum mit angegeben werden auf den man sich bezieht.

Im Gegensatz zu diesem relativ geringen Anstieg bei der Erwerbstätigkeit steht die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei den Frauen. Tabelle 4-1 zeigt die Entwicklung der Jahresarbeitslosenquoten. 1970 überstieg die der Frauen (Spalte 4) zum erstenmal die der Männer, seitdem waren sie immer höher.

Tabelle 4-1

Jahresarbeitslosenquoten in der Bundesrepublik Deutschland in Prozent

(1) Jahr	(2) Insgesamt	(3) Männer	(4) Frauen	(5) Insgesamt	(6) Ausländische Arbeitnehmer	
					Männer	Frauen
1960	1.3	1.3	1.3			
1961	0.8	0.8	0.8			
1962	0.7	0.7	0.7			
1963	0.8	0.9	0.7			
1964	0.8	0.8	0.7			
1965	0.7	0.7	0.5			
1966	0.7	0.8	0.6			
1967	2.1	2.4	1.7			
1968	1.5	1.7	1.2	0.6	0.6	0.5
1969	0.9	0.9	0.8	0.2	0.2	0.26
1970	0.7	0.7	0.8	0.3	0.2	0.4
1971	0.8	0.7	1.1	0.6	0.38	0.98
1972	1.1	1.0	1.4	0.7	0.5	1.3
1973	1.2	1.0	1.5	0.8		
1974	2.6	2.2	3.1	2.9		
1975	4.7	4.3	5.4	6.8	6.6	9.0
1976	4.6	3.9	5.8	5.2	4.6	7.6
1977	4.5	3.7	6.0			

Quellen: Spalten 2,3, und 4 aus: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit - Jahresbericht 1977 - S. 44f;
 Spalte 5: ebenda, S. 60, Spalte 2;
 Spalten 6 und 7: eigene Berechnungen auf der Basis der Absolutzahlen in ebenda, S. 60, Spalten 3 und 4 und der Daten in Anlage B 3.
 Die Freiräume ergeben sich, weil für diese Jahre keine Daten vorhanden sind.

Noch deutlicher sind diese Unterschiede bei den ausländischen Arbeitnehmern. Aus den Spalten (5) bis (7) geht ebenfalls hervor, daß sie von der Rezession 1974 in stärkerem Maße betroffen waren als die deutschen Arbeitnehmer. Dennoch kann nicht gesagt werden, daß bei ihnen die Arbeitslosigkeit generell höher ist als bei den Deutschen, denn ihre Quoten liegen vor 1974 deutlich unter denen der deutschen Arbeitnehmer.

Nach den Absolutzahlen der Arbeitslosen¹⁾ ist die Entwicklung der letzten Jahre etwas komplizierter. Im August und September 1976 gibt es in der BRD zum erstenmal mehr arbeitslose Frauen als Männer. Dies ändert sich wieder in den Wintermonaten, wiederholt sich aber in den Sommermonaten 1977 und 1978. Der Grund dafür, daß in den Wintermonaten die Männer (immer noch) die Mehrzahl der Arbeitslosen stellen, dürfte die Saisonarbeitslosigkeit in den Außenberufen, in denen zum überwiegenden Teil Männer arbeiten, sein. Dies unberücksichtigt, muß davon ausgegangen werden, daß die Arbeitslosigkeit der Frauen das Kennzeichen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit ist.

Zur Erklärung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit bei den Frauen werden zunächst einige "statistische" Gründe genannt. Da wäre einmal der höhere Zugang an Arbeitslosigkeit verglichen mit den 60iger Jahren was Tabelle 4-2 verdeutlicht.

Tabelle 4-2

Zugänge an Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland
(Jahressummen)

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
1961	2 147 873	1 469 193	678 680
1962	1 894 379	1 333 330	561 049
1963	2 001 641	1 411 387	590 254
1964	1 578 357	1 062 440	515 917
1965	1 422 285	1 000 086	422 199
1966	1 693 880	1 210 088	483 792
1967	2 544 505	1 809 073	735 432
1968	1 789 722	1 240 140	549 582
1969	1 369 441	921 098	448 343
1970	1 295 671	832 439	463 232
1971	1 563 092	996 551	566 541

1) Keine Tabelle; vgl. ANBA, Jahresbericht 1977, S. 42f.

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
1972	1 662 387	1 056 856	605 531
1973	1 877 084	1 184 118	692 966
1974	2 795 239	1 754 813	1 040 426
1975	3 450 298	2 148 576	1 301 722
1976	3 255 536	1 938 039	1 317 497
1977	3 315 014	1 942 825	1 372 189

Quelle: ANBA - Jahresbericht 1977 , S. 90f.

Bei den Männern lagen die Zugänge 1977 gegenüber 1961 um 32.24 Prozent höher, bei den Frauen hingegen hatten sie sich um 102.18 Prozent erhöht. Und während sie bei den Männern seit 1975 (ihrem Maximalwert) wieder abfallen, steigen sie bei den Frauen weiterhin an. Dennoch liegen ihre Gesamtzahlen auch nach 1974 immer noch um ein Drittel unter denen der Männer. Wenn ihre Arbeitslosenzahlen trotzdem höher liegen, so muß bei ihnen die Dauer der Arbeitslosigkeit länger sein.

Es gibt mittlerweile mehrere Untersuchungen für die Bundesrepublik zur Dauer der Arbeitslosigkeit, von denen zwei¹⁾ auf der Basis der von der BfA durchgeführten "Strukturanalysen der Arbeitslosigkeit" die durchschnittliche Dauer berechnen, während die anderen beiden²⁾ die vollendete Dauer zu schätzen versuchten. Die in Tabelle 4-3 angegebenen Zahlen stammen aus der Arbeit von Egle die nicht nur die Dauer sondern auch die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit berechnete. Somit erhält man noch einen gewissen Hinweis auf die Häufigkeit mit der die Arbeitslosigkeit bei einzelnen Arbeitnehmern auftritt, was aus den obigen Zugangssummen nicht erkenntlich ist.

"Die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit gibt dabei an, wie viele Fälle von Arbeitslosigkeit, bezogen auf alle abhängigen Erwerbspersonen, binnen eines Jahres aufgetreten sind. Bei der Dauer der Arbeitslosigkeit handelt es sich um die in Wochen angegebene v o l l e n d e t e Dauer für alle innerhalb eines Jahres aus

-
- 1) Cramer, Ulrich/Egle, Franz: Zur durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit; in: MittAB, 9. Jg., 1976, S. 482 - 495; und: Freiburghaus, Dieter: Dynamik der Arbeitslosigkeit, Meisenheim am Glan, 1978.
 - 2) Egle, F.: Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote, Dauer der Arbeitslosigkeit und Betroffenheit von Arbeitslosigkeit; in: MittAB, 10. Jg., 1977, S. 224 - 228; und: König, Heinz: Zur Dauer der Arbeitslosigkeit: Ein Markov - Modell; in: Kyklos, Vol. 31, 1978, S. 36 - 51.

der Arbeitslosigkeit ausgeschiedenen Personen" ¹⁾).

Tabelle 4-3

Merkmale von Arbeitslosigkeit bei den Geschlechtern

Jahr	Männer			Frauen		
	Arbeits- losen- quote in Prozent	Dauer der Arb.los. (Wochen)	Betroffen- heit von Arb.los. in Prozent	Arbeits- losen- quote in Prozent	Dauer der Arb.los. (Wochen)	Betroffen- heit von Arb.los. in Prozent
Bundesrepublik Deutschland ⁺⁺						
1967	2.1	7.5	12.7	1.5	6.4	9.8
1968	2.0	9.4	10.3	1.4	9.4	8.5
1969	1.0	9.3	7.1	0.8	7.1	6.5
1970	0.7	6.8	6.0	0.7	6.2	6.1
1971	0.6	5.1	6.4	1.0	6.8	7.2
1972	1.0	6.0	7.6	1.3	8.5	7.9
1973	1.0	6.6	7.2	1.4	8.8	7.8
1974	1.8	7.6	11.0	2.6	10.1	11.5
1975	4.0	11.1	14.9	4.9	13.8	15.1
1976	4.2	14.5	13.7	5.8	18.0	15.4
USA						
1967	2.7	6.6	20.4	4.6	8.9	22.1
1968	2.6	6.5	18.3	4.3	8.8	21.8
1969	2.5	6.6	19.8	4.2	8.4	20.9
1970	4.0	8.5	25.4	5.4	10.2	24.9

⁺⁺ Die Zahlen für die Bundesrepublik beziehen sich nicht exakt auf die betreffenden Kalenderjahre, sondern auf die um jeweils ein Vierteljahr vorgeschobenen Zeiträume, deshalb stimmen die Arbeitslosenquoten hier nicht mit denen in Tab. 4-1 überein.

Quelle: Egle: Zusammenhang..., a.a.O., S. 226, Auszug aus Tab. 1.

Zum Vergleich sind auch einige Zahlen für die USA angegeben. In beiden Ländern zeigen die Frauen eine längere Dauer und (in der Mehrzahl der Fälle) eine höhere Betroffenheit. Für beide Geschlechter fällt die sehr viel höhere Betroffenheit in den USA verglichen mit der Bundesrepublik auf. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Die Angaben bezüglich der Dauer sollten aber nicht wörtlich genommen werden. Jede Schätzmethode hat ihre Schwächen, und verglichen mit der bereits erwähnten Arbeit von König ²⁾ sind die hier gemach-

1) Egle: Zusammenhang..., a.a.O., S. 226.

2) Vgl. König: Zur Dauer..., a.a.O., Tab. 5, S. 49, seine Ergebnisse sind dargestellt in Tabelle 12-2 auf Seite 179.

ten Werte zur Dauer stark überhöht. Doch ist auf der Basis beider Arbeiten festzuhalten, daß Frauen erstens länger arbeitslos sind als die Männer, und daß sich zweitens die Dauer seit 1974 gegenüber den vorhergehenden Jahren stark verlängert hat.

Längere Dauer und größere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit erklären die höheren Arbeitslosenzahlen und -quoten der Frauen in einem statistischen Sinne, doch verschiebt dies nur die Frage von der nach den höheren Zahlen und Quoten zu der, warum Frauen länger und/oder häufiger arbeitslos sind. Allein mit gestiegener Erwerbstätigkeit läßt sich das nicht erklären. Schließlich muß auch eine entsprechende Arbeitsnachfrage nach ihnen bestehen. Und wie die Daten für die Bundesrepublik zeigen, bestand in der Hochkonjunktur nach 1968 nicht nur eine große Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften, sondern zusätzlich wurden Millionen ausländischer Arbeitnehmer eingestellt, bei denen das Ansteigen der Frauen auffällt. Zwar hatten sie, wie aus Tabelle 4-1 hervorgeht, in den letzten Jahren sehr hohe gruppenspezifische Arbeitslosenquoten, doch machten sie 1975 (ihrem Maximalwert) nur 12.97 Prozent der weiblichen Arbeitslosen dieses Jahres aus. Das ist um etwa vier Prozentpunkte höher als ihr Anteil an den weiblichen abhängigen Erwerbspersonen, doch trugen die männlichen ausländischen Arbeitnehmer noch stärker zur Arbeitslosigkeit in jenem Jahr bei (14.92 Prozent während ihr Anteil an den männlichen abhängigen Erwerbspersonen nur bei etwa 8.7 Prozent lag).

Akzeptiert man Wachters Erklärung, so kann man umgekehrt fragen, wie sich die Wirtschaft in den 60iger Jahren entwickelt hätte, wäre das Arbeitsangebot auf dem Stand der 50iger oder frühen 60iger Jahre geblieben. Darüber kann man aber nur spekulieren.

Andere Erklärungen setzen an der Organisation und dem Funktionieren der Arbeitsmärkte an. Dieser Weg wird von den Strukturtheorien beschritten, deren neueste Ausprägung - die dual-labor-market theory - auch in Deutschland immer mehr in die Diskussion miteinbezogen wird. Auf Strukturargumente wird im zweiten Teil auch eingegangen werden; allerdings ist dies ein weites Gebiet, das allein genügend Material für Forschungen böte, das aber nicht Gegenstand dieser Arbeit ist.

Ein anderer Erklärungsansatz geht von der Person (hier den Frauen) und deren Verhalten im und zum Arbeitsmarkt (zum Erwerbsleben) aus. In diese Kategorie fällt der von Freiburghaus beschriebene "Hysteresis-Effekt"¹⁾ und die Erklärung des Sachverständigenrates wenn er feststellt: "Frauen wechseln häufig zwischen Ganztags- und Halbtagsstätigkeiten oder zwischen Beruf und Haushalt"²⁾. Beiden Meinungen liegt das "Alternativrollenkonzept" aus der Soziologie zugrunde; d.h. auch heute noch definieren Männer ihre gesellschaftliche Rolle nahezu ausschließlich auf den Beruf hin, während für die Frauen Rollenerwartungen und die Möglichkeit zur Rollenerfüllung auch außerhalb des Erwerbslebens bestehen.

Eine Erklärung zum Verhalten des Individuums am Arbeitsmarkt gibt auch die Suchtheorie. Nun wurde aber oben (Seite 8) gezeigt, daß diese keine Unterscheidung nach Geschlecht oder sonstigen Personenmerkmalen vornimmt; jedes Individuum ist homogen und verhält sich gemäß der gleichen Prinzipien. Es gibt deshalb auch keine ausformulierte Hypothesen bezüglich des Verhaltens von Männern und Frauen. Doch lassen sich auf der Basis ihrer Annahmen und innerhalb ihres Gedankensystems unterschiedliche Suchstrategien der Geschlechter ableiten.

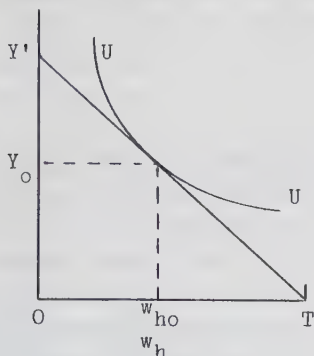
4.2. Suchstrategie des Haushalts

Wie im zweiten Kapitel dargestellt, maximiert gemäß der traditionellen Arbeitsangebotsstheorie das Individuum seinen Nutzen, indem es seine gesamte Zeit auf Arbeit und Muße aufteilt. Figur

1) Freiburghaus beschreibt diesen Effekt folgendermaßen: "Die stärkere Integration von verheirateten Frauen ins Erwerbsleben während der langen Wachstumsphase kann als mitverursacht durch den Nachfragesog am Arbeitsmarkt erklärt werden. Dies hat aber zu Veränderungen in der Situation und im Verhalten dieser Frauen geführt (Gewöhnung an Doppelseinkommen, Abbau der 'Hausfrauenidentität' etc.). Ein Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften führt deshalb nicht zu einem Rückzug der Frauenerwerbstätigkeit entlang der Funktion, die die Zunahme kennzeichnete". aus: ders.: Dynamik..., a.a.O., S. 47.

2) Sachverständigenrat: Jahresgutachten 1977/78, S. 67, Ziffer 109.

4-1 skizziert den Sachverhalt mittels der bekannten Darstellung. Auf der Abszisse ist die Arbeitszeit (w_h) abgetragen ($T = 24$ Stunden); Muße(l) ergibt sich als Residuum nach Abzug der Arbeitsstunden von der Gesamtzeit ($l = T - w_h$). Das (Arbeits-)Einkommen (Y) ist auf der Ordinate abgetragen. Würde ein Individuum



Figur 4-1

nutzenmaximierende Einheit, das Entscheidungskalkül und die Optimallage bleiben gleich. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Haushalt nur aus einer Person besteht.

Doch dürften in der Regel Haushalte aus mehreren Personen bestehen. Damit ergibt sich das Gesamtnutzenkalkül des Haushalts als Resultat verschiedener Einzelentscheidungen der Haushaltsmitglieder, wobei deren jeweilige Verhaltensweisen aber nicht voneinander unabhängig sind, sondern sich gegenseitig bedingen. Die Arbeitsentscheidung des Gesamthaushalts wird sich nicht einfach aus der Addition der Arbeitsentscheidungen der Haushaltsmitglieder ergeben, sondern die zur Erreichung des Gesamtnutzens notwendige Gesamtarbeitszeit wird i.A. unterschiedlich auf die Mitglieder aufgeteilt werden. Damit ergeben sich andere Reaktionsmöglichkeiten auf Störungen der Optimallage, als sie der Einzelhaushalt hat.

Gibt es keine Arbeitslosenversicherung, so sinkt das Einkommen des arbeitslosen Individuums (des Einpersonenhaushalts) auf Null. Dies wird durch die Arbeitslosenversicherung verhindert, die einen Teil des entgangenen Einkommens ersetzt. Dennoch wird es dem Einpersonenhaushalt kaum möglich sein, das ursprüngliche Nutzenmaximum (Y_o in Fig. 4-1) zu halten; auch nicht durch z.B. zusätzliche Ar-

keine Muße nachfragen, könnte es das Einkommen Y' erzielen. Doch wird es i.A. seinen Nutzen dadurch maximieren, indem es seine Gesamtzeit auf Arbeit und Muße aufteilt und ein entsprechend geringeres Einkommen erzielt (im Beispiel ist der Nutzen U bei dem Einkommen Y_o und der Arbeitszeit w_{ho} maximiert). Prinzipiell kann diese Argumentationsweise auch auf den Haushalt übertragen werden. Dann ist der Haushalt die

beit, da dies dem Arbeitslosen nur in begrenztem Umfange erlaubt ist. Nur durch Aufnahme einer neuen Arbeit kann das Nutzenoptimum wieder erzielt werden.

Anders die Situation im Mehrpersonenhaushalt. Unabhängig von der Existenz oder Nichtexistenz einer Arbeitslosenversicherung kann der Einkommensausfall bei einem Haushaltsmitglied dadurch kompensiert werden, daß andere Mitglieder eine Arbeit aufnehmen. Die Existenz einer Arbeitslosenversicherung ist insofern von Bedeutung, als dann das entgangene Einkommen mit geringerem Zeitaufwand (Teilzeitarbeit) ersetzt werden kann. Außerdem gibt es für die anderen Personen keine Beschränkungen bezüglich des Einkommens das verdient werden darf. Je mehr Mitglieder ein Haushalt hat, desto leichter ist es, das entgangene Einkommen durch den Arbeitseinsatz anderer Personen auszugleichen. Da traditionell Männer Haushaltsvorstände sind, ist hiernach zu erwarten, daß gerade in Zeiten wirtschaftlichen Abschwunges Frauen verstärkt in den Arbeitsmarkt drängen; und umgekehrt, daß sie sich auch schneller wieder vom Arbeitsmarkt zurückziehen. Man erwartet somit von Frauen größere Fluktuationen in und aus dem Arbeitsmarkt. Allerdings muß dahingestellt bleiben, ob der Eintritt von 28 900 Hausfrauen im September 1977 und von 21 200 im Mai 1978¹⁾, die erstmals einer Berufstätigkeit außerhalb des Haushalts nachgehen wollten, eine Bestätigung dieser These ist. Zu einer solchen Aussage müßte auch das Motiv bekannt sein.

In den vorhergehenden Kapiteln wurde den Suchkosten und der "earnings-replacement-ratio", auf der sie basieren, ein großer Einfluß auf das Arbeitsangebotsverhalten unterstellt. Beide Größen wurden dabei immer auf ein Individuum bezogen. Aus der obigen Argumentation folgt, daß für Mehrpersonenhaushalte der Einkommensausfall eines arbeitslosen Haushaltsmitgliedes u.U. gar nicht mehr ins Gewicht fällt, oder zumindest sehr leicht ersetzt werden kann. Da damit die Suchkosten sehr gering werden, ist zu vermuten, daß in solchen Haushalten das betroffene Individuum länger arbeitslos bleiben wird, als im Einpersonenhaushalt. Wegen dieser Wirkungen ist es wichtig zu wissen, welcher Haushaltstyp vorherrscht, denn bei Dominanz des Mehrverdienerhaushalts wären größere disincentives zu erwarten als umgekehrt. Leider gibt es kaum Statistiken über den Familienstand

1) ANBA, Monatsberichte, 2/78, S. 210 und 10/78, S. 5.

von Arbeitslosen. Die wenigen Angaben, die für die Bundesrepublik zur Verfügung stehen, zeigen, daß im Durchschnitt etwas weniger als fünfzig Prozent der männlichen Arbeitslosen verheiratet sind, während dieser Anteil bei den Frauen um die sechzig Prozent ausmacht. Diese Zahlen sagen aber nichts über die Gesamtzahl der Verdienere in den Haushalten aus. Derartige Angaben gibt es bisher nur für Kanada.

Tabelle 4-4

Prozentuale Verteilung von Arbeitslosen nach dem Familienstand in Kanada/ Stellung des Arbeitslosen in der Familie				
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Jahr	Haupt	Einzelsohn od. -tochter	weiteres Familienmitgl.	Nichtfamilienmitglied
1961	46	34	11	9
1962	46	34	11	9
1963	45	34	13	8
1964	43	35	14	8
1965	43	35	14	8
1966	41	37	14	8
1967	42	36	14	8
1968	40	37	14	9
1969	37	38	16	8
1970	37	39	15	10
1971	37	37	16	10
1972	35	38	16	11
1973	33	36	19	13
1974	33	38	17	12

Quelle: Green/Cousineau: Unemployment..., a.a.O., S. 28, Auszug aus Tabelle 3-1

Ob sich Spalte (3) auf Haushalte der Kinder unabhängig von dem ihrer Eltern bezieht, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Spalte (4) besteht hauptsächlich aus den Ehefrauen. Die prozentuale Veränderung von 1961 auf 1974 macht in Spalte (2) - 28.2 und in Spalte (4) + 54.5 Prozent aus. Betrachtet man neben dieser Tabelle noch die im Anhang C 2, so wird deutlich, daß heute Haushalte immer mehr damit rechnen können, auch bei Arbeitslosigkeit eines Familienmitgliedes, eine finanzielle Absicherung durch die Erwerbstätigkeit anderer Familienmitglieder zu erhalten. Auch wenn es, wie gesagt, keine vergleichbaren Statistiken für die Bundesrepublik Deutschland gibt und man vorsichtig sein sollte, Erfahrungen anderer Länder einfach zu übertragen, dürfte es eine berechnete Vermutung sein, daß auch hier die Entwicklung

in den letzten Jahren in eine ähnliche Richtung gegangen ist.

Green/Cousineau schließen aus diesen veränderten Bedingungen: "The changes in the composition of the unemployed suggest the increasingly important role of secondary workers and multi-earner families in the unemployment picture. The traditional picture of the unemployed worker as a prime aged male and the 'unemployed family' as one without any current earnings is apparently a less and less reliable picture in fact. The changing composition of the unemployed may well have important social implications for economic theory. Traditionally, economic theory has focused on the individual labour supply decision; it may now be more useful to focus on the family labour supply decision. A focus on the family rather than the individual labour supply decision increases the number of ways in which the decision-making unit can combine leisure, market work, and nonmarket work. In the multi-earner case, the concept of search unemployment appears more plausible since job search by one member does not leave the family without current income (earning) support"¹⁾.

Um auf die Erklärung der im vorigen Abschnitt aufgezeigten höheren Arbeitslosigkeit von Frauen zurückzukommen. Auf der Basis dieser Überlegungen folgt, daß besonders in Haushalten in denen nur die Ehefrau arbeitslos ist, der Anstieg im Haushaltseinkommen - wenn sie eine neue Arbeit annimmt - zu unbedeutend ist, während dem andererseits der Vorteil ihrer ganztägigen Verfügbarkeit für den Haushalt gegenübersteht. Deshalb ist es vorteilhaft, die gesamte Periode des Bezugs von Arbeitslosengeld völlig auszuschöpfen. Das hat längere Dauer von Arbeitslosigkeit zur Folge.

Auf die größere Betroffenheit stellen Grubel/Maki in ihrer Erklärung ab. Durch die Arbeitslosenversicherung ist das Arbeitsangebotsverhalten völlig geändert worden. Nicht nur in Zeiten wirtschaftlichen Abschwunges, sondern generell werden Frauen

1) Green/Cousineau: Unemployment..., a.a.O., S. 28.

und andere Haushaltsmitglieder heute berufstätig, um so einen Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben. Denn, wie in Kapitel sieben gezeigt werden wird, um einen Anspruch zu haben, muß das Individuum eine gewisse Zeit gearbeitet haben. Hat man die Mindestzeit an Arbeit erfüllt, so kann man eine Zeit lang arbeitslos bleiben und das Arbeitslosengeld beziehen. Dies führt zu der starken Fluktuation von Frauen in Berufstätigkeit und/oder Arbeitslosigkeit¹⁾.

Dieses Argument gelte nicht nur für Frauen, sondern läßt sich auch zur Erklärung der Arbeitslosigkeit in Saisonberufen verwenden. Denn für sie wird es wegen der Absicherung durch die Arbeitslosenversicherung uninteressant, außerhalb der Saison einer Arbeit nachzugehen²⁾. Dieser Aspekt wird im nächsten Abschnitt von Bedeutung sein. Abschließend zu diesem sollen noch einmal Green/Cousineau zitiert werden die das eben gesagte folgendermaßen zusammenfassen: die Arbeitslosenversicherung "has created 'synthetic' unemployment by some secondary earners who are not usually part of the labour force, but who enter long enough to qualify for unemployment insurance"³⁾.

4.3. Mobilitätshemmnisse

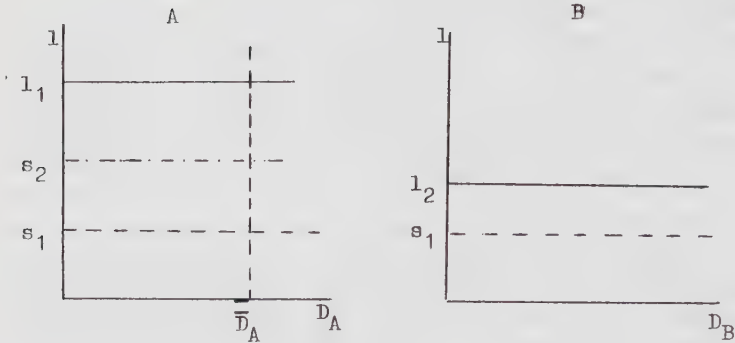
Ein weiterer Effekt der Arbeitslosenversicherung, der i. A. aber nur am Rande erwähnt wird, ist der der Behinderung branchenübergreifender Stellensuche⁴⁾. In Fig. 4-2 sind zwei Branchenarbeitsmärkte mit stark unterschiedlichen Lohnniveaus (l_1 bei A, l_2 bei B) dargestellt. In der Regel werden derartige Lohn Differenzen auf starken qualitativen Unterschieden der Arbeitskräfte beruhen, doch ist ebenfalls denkbar, daß sich bei gleichen geistigen und fachlichen Anforderungen unter-

1) Vgl. Grubel/Maki: The Effects..., a.a.O., S. 278.

2) Vgl. ebenda.

3) Green/Cousineau: Unemployment..., a.a.O., S. 31.

4) Hierzu verdanke ich Herrn Harald Enke einige Hinweise.



Figur 4-2

schiedliche Lohnhöhen aufgrund verschiedener körperlichen Belastungen ergeben. Dieser Fall sei hier herausgegriffen. Für die Berufschancen hieße dies, daß jeder Arbeitnehmer in A potentiell auch in B arbeiten könnte, ob jeder in B die Belastungen in A tragen könnte ist fraglich. Prinzipiell stehen von den Anforderungen her, jedem Arbeitnehmer in A zwei Branchen offen.

Angenommen die Nachfrage nach Arbeit in Branche A (D_A) werde auf $\bar{D}_A$ begrenzt (konjunktureller Einbruch etc.). Bei Nichtexistenz einer Arbeitslosenversicherung hätte dies für die Arbeitnehmer in A zur Folge, daß sie sich Beschäftigung in B zu dem geringeren Lohnsatz von l_2 suchen müßten (angenommen, daß dort entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten bestünden). Daran würde sich nichts ändern, wenn es eine Arbeitslosenversicherung gäbe, die aber allen Arbeitslosen nur einen einheitlichen Betrag in Höhe von s_1 zählte (ein derartiges System hat es z.B. in Großbritannien bis 1967 gegeben).

Werden hingegen Leistungen als Prozentsätze des vorhergehenden Gehalts gewährt (s_2 in A, s_1 weiterhin in B), so würde sich in B nichts ändern. Bei A hingegen ist s_2 jetzt höher als der Lohn l_2 in B. Sie wären geradezu dumm, wenn sie eine Arbeit in B annähen; in solchen Fällen wird die branchenübergreifende Mobilität der Arbeitnehmer verhindert, dafür wird Arbeitslosigkeit in A verstärkt auftreten.

Derartige Lohndifferenzen, wie hier angenommen, werden natürlich nur sehr selten für Arbeiten mit geringen Qualifikationsunterschieden anzufinden sein. Die hier angestellten Überlegungen könnten aber in Saisonberufen Bedeutung haben; A wäre in dem Fall die Tätigkeit während der Saison. Der Saisonarbeitslose, der durchaus eine Tätigkeit in B außerhalb der Saison annehmen könnte, kann gar kein Interesse an einer Tätigkeit haben, die geringer entlohnt ist, als sein Arbeitslosengeld, das sich nach seinem Spitzenlohn während der Saison richtet.

5. Kritische Bemerkungen zum ersten Teil

In diesem Teil wurden verschiedene theoretische Ansätze und Überlegungen vorgestellt, die zu der These geführt haben, daß von der Arbeitslosenversicherung Wirkungen ausgehen die bei ihrer Einrichtung nicht beabsichtigt waren. Um die unterschiedlichen Detailaspekte besser darstellen zu können, sind diese Ansätze in den vorhergehenden Kapiteln teilweise etwas künstlich getrennt worden, denn, wie zu sehen war, durchdringen und bedingen sie sich an vielen Stellen. Deshalb sollen an dieser Stelle noch einmal die Hauptgedanken, warum die Arbeitslosenversicherung eine negative Wirkung auf das Arbeitsangebotsverhalten der Arbeitnehmer haben soll, kurz aufgeführt werden.

Die Ziele der Arbeitslosengesetzgebung werden nicht bestritten, ebenso wenig die gesamtwirtschaftlichen Aspekte des deficit spending. Kritisiert wird, daß aufgrund der Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherungssysteme rationale Individuen diese ausnutzen müssen. Dies geschieht weniger in Form von Betrug und Falschaussagen (obwohl auch das vorhanden sein dürfte), sondern indirekt, indem die Arbeitnehmer häufiger und länger arbeitslos werden, weil sie ihre Suchanstrengungen nach neuer Arbeit reduziert haben. Die Haupteffekte werden dabei von der Höhe der Leistungen und der Dauer ihrer Gewährung erwartet. Wie Grubel es formulierte: "je größer das Einkommen aus Arbeitslosenunterstützung relativ zum Arbeitseinkommen ist, um so größer ist auch die Tendenz der Arbeiter, Freizeit zu genießen und höhere Anforderungen an die Arbeitsstelle betreffs Lohn, Betriebsklima usw. zu stellen. Auf diese Weise geschieht es, daß eine Anzahl von Arbeitern angibt, sie sei auf Arbeitssuche, die ohne die öffentliche Unterstützung oder Versicherung nicht ohne Stellung wäre"¹⁾. Hieraus folgt, daß die Arbeitslosigkeit nur zum Teil "echt", d.h. zyklisch bedingt, unfreiwillig ist, ein anderer Teil ist "unecht", vom Arbeitslosenversicherungssystem induziert.

1) Grubel, H.: Soziale Sicherung und Weltinflation; in: Giersch, Herbert (Hrsg.): Kieler Vorträge, Neue Folge, Bd. 78, 1974, S. 12.

Einige Autoren verweisen sehr beflissen darauf, daß das hier den Arbeitnehmern unterstellte Verhalten keineswegs deren moralische Abwertung bedeute. Als rationalen Individuen bleibt ihnen keine andere Wahl, als ein solches Verhalten zu verfolgen, wollen sie ihren Nutzen maximieren.

Natürlich haben diese Thesen auch ihre Kritiker gefunden. So geht Rothschild auf die wissenschaftstheoretischen Ursprünge der Suchtheorie zurück und weist darauf hin, daß in der neoklassischen Theorie seit nunmehr fast hundert Jahren Arbeitslosigkeit immer als freiwillig dargestellt wurde. Und das Abstellen auf Friktionen am Arbeitsmarkt, die Unterscheidung zwischen "echter" und "unechter" Arbeitslosigkeit, vereinbart diese Theorie wieder einmal mit der Realität.¹⁾ Auch wird die Rationalitätsannahme und das Nutzenmaximierungsskälkül nicht hinterfragt, obwohl deren begrenzter Erklärungswert von der Psychologie bereits in den 20iger Jahren gezeigt worden ist²⁾.

Bezüglich der Annahme des reservation wage stellt Rothschild die Gegenthese auf: "Tatsache ist jedoch, daß für die Mehrzahl der primären Arbeitnehmer die möglichst ständige Arbeit in einem zeitmässig wenig variablen Job ein vorrangiges Ziel ist. Lohnhöhe, Arbeitsbedingungen und Aufstiegsmöglichkeiten beeinflussen sicher die Auswahl eines Jobs unter den vorhandenen Möglichkeiten, aber weit weniger die Wahl zwischen Arbeit und freiwilliger Arbeitslosigkeit. Dazu kommt noch, daß angesichts der Heterogenität und der geringen Transparenz des Arbeitsmarktes bei den meisten Arbeitskräften ebenso wenig eindeutige 'notwendige' Lohnanpassungsvorstellungen existieren wie etwa eindeutige Gewinnvorstellungen bei den Unternehmern. Orientierungsgrößen sind vielmehr herrschende Geldlöhne im eigenen und in angrenzenden Wirtschaftsbereichen und ein recht unscharfes Band von erwarteten Geld- und Reallohnsteigerungen"³⁾.

1) Vgl. Rothschild, Kurt W.: Arbeitslose: Gibt's DIE?; in: Kyklos, Vol. 31, 1978, S. 23.

2) Vgl. Gäfgen, Gérard: Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung, 2. Aufl., Tübingen 1968, 1. Kapitel, S. 18 - 52.

3) Rothschild: Arbeitslose..., a.a.O., S. 25. [Unterstreichungen von mir - H.-J. G.]

Abschließend bemerkt Rothschild, daß mittels fortgeschrittener mathematischer Methoden und verfeinerter Analysen, die Suchtheorie das Problem der Arbeitslosigkeit wieder mit der Gleichgewichtstheorie in Einklang bringen konnte¹⁾.

In den vorhergehenden Kapiteln war häufig die Rede von einer Verschlechterung der Abläufe am Arbeitsmarkt aufgrund der Arbeitslosenversicherung. Dabei tauchen nur sehr selten Angaben darüber auf, worauf sich diese Verschlechterung bezieht; als häufigste These ist erkennbar, daß ein Arbeitsmarkt ohne Arbeitslosenversicherung mit geringeren Friktionen behaftet sei - der Berufs-(Stellen-)wechsel gehe schneller.

Es fällt auf, daß die Frage, inwieweit dies Bild vom Arbeitsmarkt zutreffend ist, nie gestellt wurde und wird. Ein direkter Vergleich der Auswirkungen von Arbeitslosigkeit mit und ohne eine Arbeitslosenversicherung ist in den für diese Arbeit ausgewählten Ländern nicht möglich. Denn obwohl die Sozialgesetzgebung historisch gesehen neueren Datums ist, ist sie in bezug auf die Verfügbarkeit statistischer Daten bereits zu alt. Verlässliche Angaben zum Arbeitsmarkt im Sinne ihrer statistischen Erhebung und Aufbereitung gibt es z.B. für die Bundesrepublik erst seit etwa 1951/52. Kaum anders ist die Situation in den anderen Ländern(bestenfalls gewinnt man zusätzliche Informationen bis in die 40iger Jahre). Für die Zukunft gäbe es lediglich die Möglichkeit die Nachzügler der industriellen Entwicklung an der Peripherie Europas und in der Dritten Welt zu untersuchen, doch hilft das hier nicht weiter.

Über das Funktionieren der Arbeitsmärkte vor dem ersten Weltkrieg wissen wir deshalb überhaupt nichts, während die Zwischenkriegszeit von der Depression überschattet wird. Nicht nur fehlen Statistiken, sondern auch jegliche andere (sozio-

1) Vgl. Rothschild: Arbeitslose..., a.a.O., S. 27.

logische) Beschreibungen der Situation und des Verhaltens Arbeitsloser in jener Zeit (sieht man von belletristischen Arbeiten wie den Werken von Zola, Hauptmann, Kollwitz u.a. ab). Bezeichnenderweise erfolgte erst mit Errichtung von Arbeitsmarktinstitutionen die Erstellung von Statistiken. Aber weil der "additional worker effect", der "discouraged worker effect", der "Abgang in die Stille Reserve" und andere Effekte erst Erkenntnisse der jüngeren Wirtschaftstheorie sind, heißt dies noch lange nicht, daß es sie früher nicht gegeben hätte. Man denke z.B. an die (ziemlich sichere) Erkenntnis der Wirtschaftsgeschichte über die "versteckte" Arbeitslosigkeit auf dem Lande und in den Großfamilien früherer Zeiten.

Die These, daß die damaligen Arbeitsmärkte mit weniger Friktionen behaftet gewesen seien, ist eine bloße Behauptung. Das Gegenteil kann nicht bewiesen werden, aber eben auch nicht ihre Richtigkeit.

Zum Abschluß dieses Kapitels sei noch angemerkt, inwieweit diese Thesen auf Europa und speziell auf die Bundesrepublik übertragen werden können. Denn entstanden sind sie vor dem Hintergrund der Arbeitsmärkte der USA wo "temporary layoffs" sehr viel bedeutender sind als hierzulande (wovon noch zu sprechen sein wird). Auch taucht das Stichwort von der anderen Mentalität der Amerikaner manchmal auf, die aufgrund ihrer individualistischen Einstellung sehr viel stärker zu eigenen Suchanstrengungen neigen als Europäer.

Dazu ist zweierlei zu sagen. Erstens sind die Unterschiede zwischen den hier betrachteten Ländern - bei allen Differenzen - geringer als man gemeinhin annimmt; eine Entwicklung die auch z.B. Gottfried Dietze - wenn auch in völlig anderem Zusammenhang - ebenfalls feststellt (und die er bedauert)¹⁾. Zweitens bezieht sich derjenige, der von der amerikanischen Mentalität spricht, auf die Mentalität des weißen Mittelstandes und vergißt dabei die Mentalitäten der Farbigen, der Hispano-Amerikaner, der Indianer und anderer Minderheiten die zusammen immer

1) Vgl. Dietze, Gottfried: Zur Verteidigung des Eigentums, Tübingen 1968.

hin etwa ein Fünftel der US-amerikanischen Bevölkerung ausmachen. Und die Mentalität der Weißen ist keineswegs so einheitlich, wie es so oft von Europa aus gesehen wird. In Bezug auf die Sozialgesetzgebung waren und sind auch heute noch die von Skandinavien und Deutschen geprägten Staaten New York, Wisconsin, Minnesota die Vorreiter, denen die englisch geprägten übrigen Neu-England Staaten und der Süden gegenüberstehen. Schließlich hat einer der Hauptkritiker (H. Grubel) Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern zu einem Symposium eingeladen, womit auch er zeigte, daß er die hier postulierten Effekte nicht **als** auf Nordamerika beschränkt ansieht¹⁾.

1) Die Vorträge dieses Symposiums wurden veröffentlicht in Grubel/ Walker, M.A.(Hrsg.): Unemployment Insurance - Global Evidence of its Effects on Unemployment, Vancouver 1978.

Teil II: Empirische Untersuchungen zu den postulierten Effekten

Wie bereits mehrfach gesagt, werden in dem nun folgenden Teil Versuche aufgezeigt, die Hypothesen des ersten Teils zu überprüfen und - eventuell - zu Aussagen über deren quantitatives Ausmaß zu kommen. Dies erfolgt in den nächsten vier Kapiteln mittels nicht-ökonometrischer Methoden; in ihnen wird die Bundesrepublik Deutschland im Vordergrund der Betrachtung stehen. Die danach folgenden vier Kapitel hingegen stellen ökonometrische Arbeiten vor, die zum Großteil über die Erfahrungen anderer Länder berichten.

Auf zwei wichtige Aspekte sei an dieser Stelle verwiesen. Auch wenn diese Arbeit das umgekehrte Bild gibt, weil der erste Teil summarisch die Überlegungen vieler theoretischer Arbeiten dargestellt hat, während der nun folgende die Vorgehensweise und die Ergebnisse empirischer Untersuchungen im Einzelfall beschreibt, gibt es doch sehr viel weniger empirische als theoretische Arbeiten. Dies liegt hauptsächlich, wovon im Folgenden noch mehrfach die Rede sein wird, an fehlendem Datenmaterial, was seinerseits eine Folge der hohen Kosten seiner Beschaffung ist.

Damit wird auf das zweite Problem verwiesen, daß nämlich eine der Ausgangsthesen der theoretischen Überlegungen, die "labor turnover These", nach der der Arbeitsmarkt primär durch den Arbeitsplatzwechsel gekennzeichnet sei¹⁾, letztlich nicht falsifizierbar ist. Denn in den vorhandenen Statistiken taucht der Stellenwechsel eines Arbeitnehmers nur dann auf, wenn er mit einer Periode Arbeitslosigkeit einhergeht. Doch ist die "labor turnover These" weitergehender; sie stellt auf den Arbeitsplatzwechsel generell, mit oder ohne zwischengeschalteter Arbeitslosigkeit, ab. Nun ist es in einer freieitlichen Gesellschaft unmöglich, jeden Wechsel seiner Tätigkeit vom Arbeitnehmer melden zu lassen. Ebensowenig besteht eine Meldepflicht bei Arbeitslosigkeit. Schon deshalb sind auch nur annähernd per-

1) Vgl. Seite 8.

fekte Statistiken über Bewegungen am Arbeitsmarkt nicht erstellbar. Lediglich Hinweise könnten mittels Großuntersuchungen gewonnen werden. Doch an dieser Stelle klappt eine große Forschungslücke. Vorhanden sind einige sporadische Untersuchungen die gewisse Tendenzaussagen erlauben.

Zu Anfang der 60iger Jahre wurde vom IAB für einige Jahre die Fluktuation der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik untersucht. Die folgende Übersicht zeigt die Anteile derjenigen Arbeitnehmer an den abhängigen Erwerbspersonen, die in den jeweiligen Jahren mindestens einmal das Arbeitsverhältnis geändert haben.

Fluktuationsquoten in der BRD in Prozent¹⁾

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
1959	15.8	16.3	14.9
1960	14.5	14.7	14.1
1961	11.5	11.7	11.1

Allerdings sind diese Quoten stark überhöht, da in ihnen nicht nur "echte" Arbeitsplatzwechsel (Wechsel des Arbeitgebers) eingegangen sind, sondern jegliche Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses - z.B. saisonale Arbeitslosigkeit. Dieser Grund wird besonders deutlich, wenn man die Quoten nach Berufsgruppen aufgliedert. Dann zeigt sich bei den Männern ein sehr starker Einfluß der Winterarbeitslosigkeit in den Außenberufen die mit 1959 37.6 Prozent, 1960 29.0 Prozent und 1961 23.2 Prozent²⁾ die Berufsgruppe mit den höchsten Fluktuationsquoten ist. Ähnlich bedeutsam ist der Einfluß der Saisonarbeitslosigkeit bei den Frauen bei denen die Privaten Dienstleistungen (zu denen das Hotel- und Gaststättengewerbe zählt) mit 1959 21.9 Prozent, 1960 20.4 Prozent und 1961 16.4 Prozent³⁾ die höchsten Quoten verzeichnen. Auch in einigen anderen Berufsgruppen trägt bei beiden Geschlechtern die Saisonarbeitslosigkeit überdurchschnittlich zu den in der Übersicht angegebenen Jahresdurchschnittsquoten bei, wes-

1) ANBA - Monatsberichte; 1962, S. 208.

2) ebenda, S. 209.

3) ebenda.

halb im Umkehrschluß gefolgert werden kann, daß die Fluktuation bei der auch der Arbeitgeber gewechselt wird - und das ist ja die Definition des "labor turnovers" - in den damaligen Jahren im Durchschnitt aller Arbeitnehmer unter zehn Prozent gelegen hat.

Es sei noch auf einen Nebenaspekt verwiesen. Bei den oben gemachten Angaben fällt der starke Abfall der Fluktuationsquoten in der kurzen Zeit von nur drei Jahren auf. Da dies in allen Berufsgruppen und bei beiden Geschlechtern festzustellen ist, kann es nicht mit geringeren Saisonschwankungen erklärt werden, sondern verweist vielmehr auf eine Stabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse in jenen Jahren.

Eine kürzlich durchgeführte Untersuchung, die nach dem Arbeitsplatzwechsel im Leben der Arbeitnehmer fragte, ergab, daß "19 Prozent aller Männer (Frauen 24) [...] zeitlebens bei einer Firma beschäftigt [sind] . Insgesamt haben 42 Prozent der Männer (Frauen 47) in ihrem gesamten Arbeitsleben nur zwei Betriebe kennengelernt. Berufswechsel ist noch seltener. 49 Prozent der Männer, 58 Prozent der Frauen waren stets im gleichen Beruf, einmal gewechselt haben 35 Prozent Männer und 27 Prozent Frauen" ¹⁾).

Für die USA gibt es zwei ähnliche Untersuchungen zu dem Problem. Hall hat auf der Basis der National Longitudinal Surveys of Old Men (45 - 59 Jahre) von 1962 bis 1967 die Wahrscheinlichkeit eines Stellenwechsels unter ihnen geschätzt. Im Durchschnitt erhielt er eine Wahrscheinlichkeit, daß jemand den Arbeitgeber wechselt, von vier Prozent ¹⁾. Die Aufgliederung nach Alter und Zugehörigkeit zum Unternehmen machte deutlich, daß die Wahrscheinlichkeit des Wechsels kontinuierlich abnahm je länger der Arbeitnehmer bereits bei einem Unternehmen beschäftigt war. Bei denjenigen, die 40 Jahre bei demselben Arbeitgeber gearbeitet hatten, sinkt diese Wahrscheinlichkeit auf unter ein Prozent. Obwohl Hall selbst diesen Schluß nicht zieht, wird aus seiner Arbeit ebenfalls deutlich, daß die

- 1) Hoffmann, Wolfgang: "Die unsichtbaren Ketten"; in: DIE ZEIT, 34. Jg., Nr. 45 vom 3. November 1978, S. 34.
- 2) Hall, Robert E.: Turnover in the Labor Force; in: BPEA, 1972, S. 723.

(wenigen), die wechseln, dies auch häufiger tun. Das bedeutet, daß der Kreis der "Wechsler" in Kopfgrößen noch kleiner ist, als der Durchschnitt (von vier Prozent) anzeigt.

Einschränkend muß hierzu aber gesagt werden, daß Hall nur ältere Arbeitnehmer untersucht, bei denen allgemein ein "stabiles" Arbeitsverhalten erwartet werden kann. Außerdem wurde die Studie für einen konjunkturell guten Zeitraum durchgeführt, während dem Kündigungen selten vorkamen. Doch sind gerade sie der Hauptgrund für den Arbeitsplatzwechsel. Sowenig wie es Statistiken über den gesamten Arbeitsplatzwechsel gibt, sowenig gibt es Angaben zu den Motiven für den Wechsel. Lediglich bei denjenigen, bei denen der Arbeitsplatzwechsel mit einer Periode Arbeitslosigkeit einherging, gibt es dazu Aufschlüsse.

Während der konjunkturell guten 60iger Jahre betrug der Anteil der Gekündigten an den Arbeitslosen (in den USA) immer das dreifache dessen der Selbstkürder. Während der Rezession 1970 bis 1972 stieg er auf das Fünffache¹⁾.

Die einzige Arbeit die den gesamten Arbeitsplatzwechsel erfassen wollte - die von Mattila - schätzt auf der Basis verschiedener Einzelarbeiten, daß ca. 50 bis 60 Prozent des Arbeitsplatzwechsels in den USA ohne jegliche Periode von Arbeitslosigkeit erfolgten. Nimmt man als Anhaltspunkt für die anderen 40 Prozent die offiziellen Arbeitslosenzahlen, so hieße dies, daß auch in den USA der labor turnover um die zehn Prozent aller (abhängigen) Arbeitnehmer ausmacht.²⁾

Fassen wir das Gesagte zusammen. Ausgang unserer Überlegungen war die Frage, ob der Arbeitsmarkt durch den Arbeitsplatzwechsel gekennzeichnet sei. Es ist eine Frage der persönlichen Interpretation, ob Fluktuationsquoten von zehn Prozent pro Jahr als niedrige oder hohe Größen zu werten sind. Doch ist diese Zahl stark überhöht, weil in ihr die Saisonarbeitslosigkeit enthalten ist, die in vielen Fällen keinen Wechsel des Arbeitgebers zur Folge hat. Wie stark die Saison-

1) Vgl. Mattila, J. Peter: Job Quitting and Frictional Unemployment; in: AER, Vol. 64, 1974, S. 235 ; vgl. auch Anlage C 5.

2) ebenda, S. 235.

fluktuation diese Werte (nach oben hin) verzerrt, wird in Kapitel neun noch eingehend behandelt werden. Berücksichtigen wir dies bei der Auslegung der oben gemachten Angaben, so scheint auf der Basis dieser Untersuchungen das Arbeitsplatzverhalten der Arbeitnehmer sehr stabil zu sein. Allerdings ist das vorhandene empirische Material hierzu noch mehr als dürftig. Nach diesen generellen Überlegungen nun zu den Einflüssen der Arbeitslosenversicherung auf das Arbeitsangebotsverhalten.

6. Indirekte Erfassung von Strukturänderungen am Arbeitsmarkt

6.1. Die Grundidee der Arbeitslose-Offene-Stellen-Relation

Einen indirekten Überblick über Auswirkungen von Veränderungen der Arbeitslosenversicherung auf den Arbeitsmarkt kann mit der von Dow/Dicks-Mireaux¹⁾ entwickelten Arbeitslose-Offene Stellen-Relation erhalten werden. Es ist nur ein indirekter Test, weil Veränderungen in dieser Relation nicht eindeutig Einzelursachen, im uns interessierenden Fall den Wirkungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, zugerechnet werden können, sondern er nur generelle Hinweise auf konjunkturelle oder strukturelle Wirkungen als Haupteinflüsse auf den Arbeitsmarkt gibt. Der Vorteil des Verfahrens besteht darin, daß man sehr schnell einen Überblick darüber erhält, ob die Arbeitslosigkeit eines Zeitraumes konjunkturell bedingt ist und/oder auf strukturelle Änderungen zurückgeführt werden muß.

Die Grundidee des Modells ist, daß Arbeitslosigkeit (Zahlen von Arbeitslosen) und offene Stellen nicht zufällig miteinander korrelieren, sondern daß das Eine das Inverse des Anderen ist, ein Gedanke der heute als trivial angesehen wird. In Fig. 6-1 sind die offenen Stellen (V) auf der Ordinate abgetragen und die Arbeitslosenzahlen (U) auf der Abszisse. Auf der 45-Grad Linie durch den Ursprung entsprechen sich beide Zahlen. Die RR-Hyperbeln geben die jeweiligen Relationen über die Zeiträume an. Die Konvexität dieser Hyperbeln wird ökonomisch so interpretiert, daß selbst in Zeiten der Hochkonjunktur eine gewisse Arbeitslosigkeit (aus verschiedensten Gründen) bestehen wird, und daß es umgekehrt auch zu Zeiten der stärksten Depression immer noch offene Stellen geben wird, die nicht besetzt werden können. Deshalb nähern sich die Hyperbeln den Achsen an ohne sie je zu schneiden.

1) Vgl. Dow, J.C.R./Dicks-Mireaux, L.A.: The Excess Demand for Labour: A Study of Conditions in Great Britain, 1946 - 56, in: OEP, Vol. 10, 1958, S. 1 - 33.

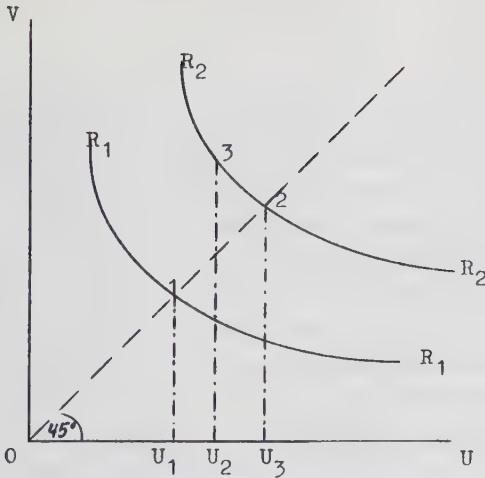


Fig. 6-1

Rein zyklisch (konjunkturell) bedingte Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt führen zu Veränderungen der Relation entlang der Hyperbel(n). Treten hingegen strukturelle Änderungen auf (oder friktionelle), so wird dies zu einer Verschiebung der Hyperbel im Raum führen (im obigen Beispiel von R_1R_1 nach R_2R_2). Einbezogen in die Argumentation des ersten Teils wäre diese Verschiebung Folge davon, daß ein "wählerischer" Arbeitsloser im Sinne der Suchtheorie statistisch bei Nichtannahme einer angebotenen Stelle nicht nur (weiterhin) in den Arbeitslosenzahlen auftaucht, sondern daß gleichzeitig eine offene Stelle unbesetzt bleibt, wodurch diese Zahlen ebenfalls erhöht sind. Im Beispiel von Fig. 6-1 hätte sich die Arbeitslosigkeit aufgrund derartiger Friktionen von U_1 auf U_3 vergrößert.

Neben diesen beiden Alternativwirkungen lassen sich noch Mischformen darstellen, indem z.B. das ursprüngliche Verhältnis (Punkt 1 in Fig. 6-1) verschoben wird, einmal aufgrund von stärkeren Friktionen (auf Punkt 2), zweitens aber auch durch zyklische Einflüsse (in diesem Fall ein Anstieg der Konjunktur) von Punkt 2 auf Punkt 3. Die endgültige Arbeitslosigkeit läge dann bei U_2 .

6.2. Die Relationen ausgewählter Länder

Figuren 6-2 bis 6-4 zeigen die Relationen für die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1960 bis 1977. Dabei bezieht sich Fig. 6-2 auf den Gesamtarbeitsmarkt, während Fig. 6-3 den Teilarbeitsmarkt für Männer und Fig. 6-4 den für Frauen darstellt. Die Basiswerte der Abbildungen stehen in Tabelle 6-1. Im Gegensatz zu den Erläuterungen des vorhergehenden Abschnitts wurden hier aber nicht die jeweiligen Originalzahlen verwendet, sondern es wurden, um Einflüsse durch Veränderungen bei den Erwerbspersonen auszuschalten, Indizes der jeweiligen Quoten gebildet. D.h.: zur Errechnung der Indizes in den Spalten (1) bis (3) der Tabelle wurden die von der BfA veröffentlichten "offiziellen" Jahresarbeitslosenquoten verwendet, während für die Spalten (4) bis (6) zunächst offene-Stellen-Quoten (Jahresdurchschnittszahlen der offenen Stellen bezogen auf abhängige Erwerbspersonen) ermittelt werden mußten. Als Basisjahr ($U = V = 100$) für die Indizes wurde jeweils 1965 genommen, da in diesem Jahr für alle drei Arbeitsmärkte die geringsten Arbeitslosenquoten verzeich-

Tabelle 6-1

Arbeitslose-offene-Stellen Relationen für die Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Index (1965 = 100) der Arbeitslosenquoten(U)			offene-Stellen-Quoten (V)		
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	Insges.	Männer	Frauen	Insges.	Männer	Frauen
1960	186	186	260	75	83	68
1961	114	114	160	82	93	70
1962	100	100	140	88	97	78
1963	114	129	140	82	95	73
1964	114	114	140	98	104	82
1965	100	100	100	100	100	100
1966	100	114	120	83	81	88
1967	300	343	340	45	42	56
1968	214	243	240	77	80	77
1969	129	129	160	128	135	114
1970	100	100	160	127	158	107
1971	114	100	220	100	119	79
1972	157	143	280	83	101	70
1973	171	143	300	85	104	63
1974	371	314	620	48	55	38
1975	671	614	1080	35	37	32
1976	657	557	1160	35	41	28
1977	643	528	1200	34	43	26

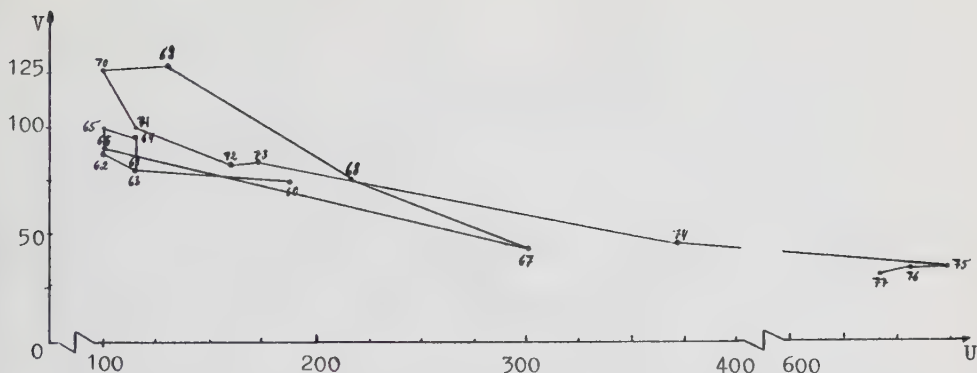


Fig. 6-2

Die Relation für den Gesamtarbeitsmarkt der Bundesrepublik

net wurden, womit dieses Jahr dem Ziel der Vollbeschäftigung am nächsten gekommen wäre. Allerdings ist diese Auswahl des Basisjahres nicht sakrosankt, sondern beruht lediglich auf Konvention. Green/Cousineau, denen die Relationen für die USA und für Kanada (Figuren 6-6 und 6-7) entnommen wurden, sind ebenfalls so verfahren. Auch orientiert sich, damit die hier ausgewählten Länder direkt vergleichbar sind, das oben beschriebene Berechnungsverfahren an der von ihnen vorgeschlagenen Methode.

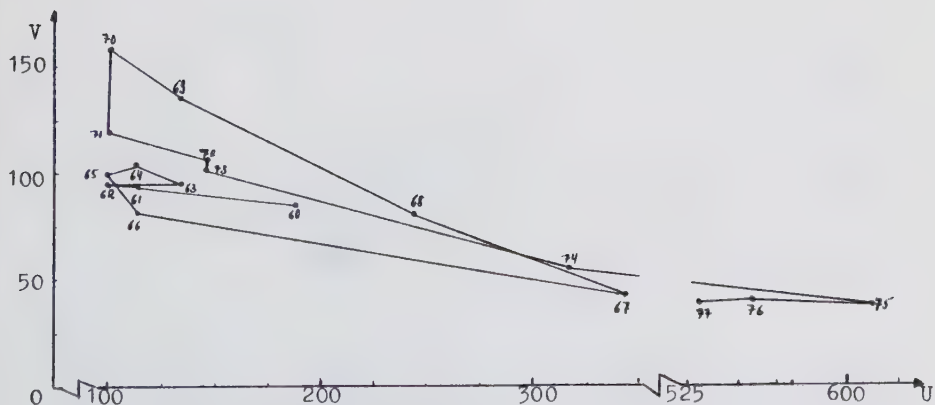


Fig. 6-3

Relation des Teilarbeitsmarktes für Männer in der Bundesrepublik

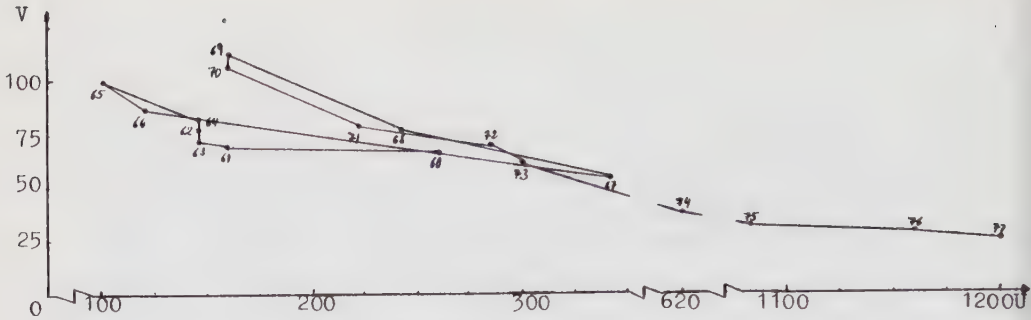


Fig. 6-4

Relation des Teilarbeitsmarktes für Frauen in der Bundesrepublik

Fig. 6-5 wurde mittels der Daten die Gujarati im Anhang zu seinem Artikel publiziert hat¹⁾ ermittelt, da er selbst mit einem Scatter-diagramm auf der Basis von Vierteljahresdaten eine etwas andere Darstellung verwendet hat.

Zur Interpretation der Schaubilder. Für die Bundesrepublik Deutschland zeigt sich in allen Abbildungen eine eindeutige Abhängigkeit von der konjunkturellen Situation; strukturelle Veränderungen z.B. aufgrund der Gesetzesänderung von 1969 (Einführung des AFG) und 1974 (Erhöhung der Leistungen) sind nicht erkennbar. Zwar hat die Hyperbel nach 1967 eine andere

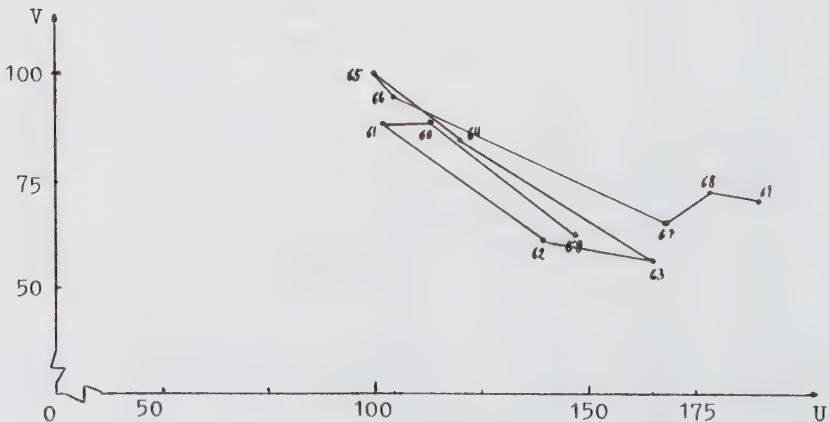


Fig. 6-5

Die Relation für Großbritannien

1) Vgl. Gujarati: The Behaviour..., a.a.O., S. 204.

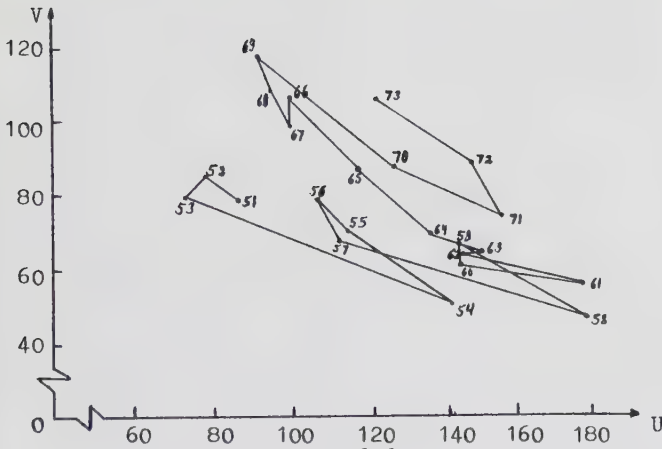


Fig. 6-6

Die Relation für die Vereinigten Staaten

(Quelle: Green/Cousineau: Unemployment..., a.a.O., S. 55)

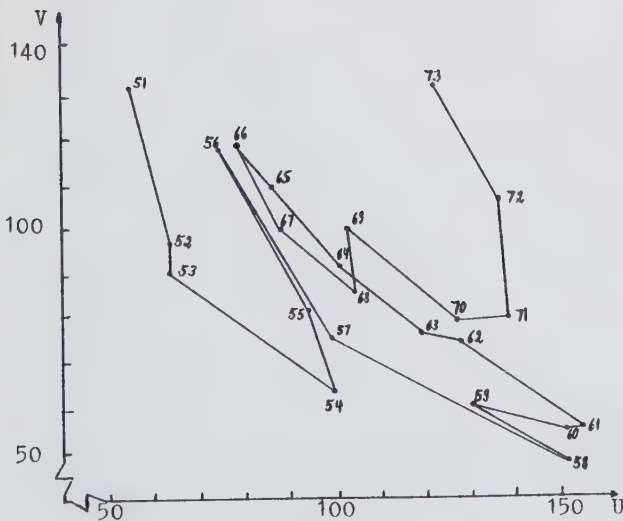


Fig. 6-7

Die Relation für Kanada

(Quelle: Green/Cousineau: Unemployment..., a.a.O., S. 51)

Steigung, doch ist dies nicht einer Verschiebung gleichzusetzen. Schwierig ist die Interpretation der Relation für die USA. Auf sie scheinen konjunkturelle und strukturelle Faktoren gleichermaßen einzuwirken, was zu einer immer weiteren Verlagerung nach rechts außen in der Zeit geführt hat.

Etwas ähnlich ist das Bild für Kanada, doch zeigt sich hier eine ziemlich deutliche Verschiebung nach rechts außen nach 1970. Dasselbe gilt für Großbritannien nach 1967. Da für die letztgenannten Länder diese Verschiebungen direkt auf bedeutende Gesetzesänderungen der Arbeitslosenversicherung (von denen später noch zu reden sein wird) folgten, schlossen sowohl Green/Cousineau als auch Gujarati, daß diese gesetzlichen Neuregelungen die Verschiebungen ursächlich bedingt haben. Spätere Kapitel werden spezielle Untersuchungen vorstellen, die zeigen, inwieweit diese Vermutungen begründet sind.

7. Work Disincentives in Arbeitslosenversicherungssystemen

Im ersten Teil wurden ohne Bezug auf ein bestimmtes Arbeitslosenversicherungssystem Möglichkeiten aufgezeigt, welche Faktoren zu einem, von der Idee der Arbeitslosenversicherung her, unerwünschtem Verhalten auf Seiten der Arbeitnehmer führen können. In diesem Kapitel wird untersucht, inwieweit einige bestehende Arbeitslosenversicherungssysteme derartige Möglichkeiten eröffnen und wenn ja, ob dies tatsächlich die oben postulierten Effekte hat. Allerdings werden die Systeme der betrachteten Länder nicht in Form einer Synopse einander gegenübergestellt. Vielmehr wird primär das Versicherungssystem der Bundesrepublik Deutschland dargestellt; auf unterschiedliche oder ähnliche Ausgestaltungen in anderen Ländern wird im jeweiligen Zusammenhang hingewiesen.

Grundlage der Arbeitslosenversicherung in der Bundesrepublik ist das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25. Juni 1969¹⁾. Danach ist die Hauptaufgabe der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) und der ihr unterstellten Arbeitsämter die Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung und, wenn nötig, die Berufsförderung und -umschulung; d.h. Maßnahmen zum Abbau von Friktionen am Arbeitsmarkt und strukturpolitische Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen stehen im Vordergrund. Nach dem Gesetzestext ist die Gewährung von Leistungen an Arbeitslose, also der Teil der im vierten Abschnitt des AFG behandelt wird und der für diese Arbeit von Interesse ist (und der auch am meisten in der Öffentlichkeit beachtet wird), von untergeordneter Bedeutung; um es in eine Kurzformel zu bringen: nach dem Selbstverständnis der BfA geht Vermittlung vor Leistung. Dies ist bereits ein deutlicher Gegensatz zu dem US-amerikanischen System. Die Arbeitsämter dort sind reine Versicherungsstellen die fast nur die Ein- und Auszahlungen verwalten. Hilfen bei der Stellensuche gibt es fast nur für den lokalen Arbeitsmarkt, während für die überregionale Vermittlung das Individuum auf private Vermittler (die ein bis zwei Monatsgehälter als Provision kassieren) und/oder seine Eigeninitiative angewiesen ist.

1) Bundesgesetzblatt Teil I, S. 562ff.

In Kapitel 3.2. wurden fünf Punkte aufgeführt von deren Ausgestaltung innerhalb eines Arbeitslosenversicherungssystems work disincentives erwartet werden. Um sie hier noch einmal aufzuführen:

- Höhe der Geldleistungen
- Dauer des Zeitraumes in dem diese Leistungen gewährt werden
- Wartezeiten
- Gründe für die Aufgabe eines Arbeitsplatzes
- .. zumutbare Beschäftigung.

Im Folgenden sollen anhand dieser Punkte die Ausgestaltungen der Versicherungssysteme untersucht werden.

7.1. Kreis der Leistungsempfänger

Da diese Arbeit nicht nur Möglichkeiten von work disincentives aufzeigen, sondern auch zu Aussagen über deren quantitatives Ausmaß kommen möchte, muß zunächst der Kreis der Personen, der derartige Möglichkeiten, hat erfaßt werden. Ebenso werden Erfolge von Gegenmaßnahmen gegen derartige disincentives durch die Zahl der Betroffenen, auf die sie sich auswirken können, begrenzt.

Es gibt kein Versicherungssystem in dem alle Arbeitslosen auch Leistungen erhielten; im Gegenteil gibt es einen recht großen Teil Arbeitsloser die auf keinerlei Leistungen Anspruch haben. In der Bundesrepublik werden die Anspruchsvoraussetzungen in den §§ 100, der den Kreis der Leistungsempfänger bestimmt, und 101, der die Kriterien für Arbeitslosigkeit angibt, geregelt¹⁾. Aus beiden ergeben sich als Leistungsvoraussetzungen, daß das Individuum erstens dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen muß, d.h. es muß ernsthaft gewillt sein eine Arbeit aufzunehmen,

1) Alle Paragraphenangaben beziehen sich im Folgenden - soweit nicht anders angegeben - auf das AFG. Die für diese Arbeit wichtigsten Paragraphen des AFG sind in der Anlage A auszugsweise zitiert.

und zweitens sind "Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung [...] in der Regel an die Beitragspflicht geknüpft"¹⁾ Wie aus § 168 ersichtlich, ist diese eng an den Erwerbsstatus des Arbeitslosen vor der Arbeitslosigkeit gekoppelt. Das Arbeitslosenversicherungssystem will den abhängigen Arbeitnehmer schützen, Selbständige sind z.B. ausgeschlossen. Somit hat ein beachtlicher Teil von Erwerbspersonen von vornherein keine Ansprüche. Doch selbst der Kreis der abhängigen Erwerbspersonen ist noch größer als der der Leistungsberechtigten. Andererseits gibt es Personen, die aufgrund gesetzlicher Ausnahmeregelungen Leistungen erhalten, ohne (entsprechend) Leistungen erbracht zu haben. Am nächsten kommen dem Kreis der Leistungsberechtigten noch die Statistiken der Beitragspflichtigen.

Seit 1960 sind die Beitragspflichtigen²⁾ um etwa sechs Millionen auf ungefähr 20 Millionen Arbeitnehmer gestiegen; ihr Anteil an der Wohnbevölkerung wuchs von 27 auf um die 33 Prozent, ebenso kontinuierlich stieg ihr Anteil an den Erwerbspersonen der in den letzten Jahren etwa drei Viertel von ihnen ausmachte. Ein Teil dieses Anstieges geht auf die Zunahme ausländischer Arbeitnehmer zurück, der größte Teil dürfte aber das Ergebnis des Rückganges Selbständiger (vor allem der Landwirte) an den Erwerbspersonen in den 60iger Jahren sein. Festzuhalten ist, daß sich die Beitragspflichtigen, und d.h. die potentiellen Leistungsempfänger, gegenüber 1960 um fast die Hälfte erhöht haben.

Nun sind aber auch diejenigen, die keinen Anspruch auf Leistungen haben, von Arbeitslosigkeit betroffen. Stimmt die Hypothese der Suchtheorie, so müßten aber Leistungsempfänger einen größeren Anteil der Arbeitslosen ausmachen, als es ihrem Anteil an den Erwerbspersonen entspricht. Tabelle 7-1 zeigt die prozentualen Anteile der durchschnittlichen jährlichen Leistungsempfänger in der Bundesrepublik Deutschland bezogen auf die jährlichen durchschnittlichen Arbeitslosenzahlen.

1) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Übersicht über die Soziale Sicherung, Stand Juni 1974, S. 209.

2) Vgl. Anlage B 5.

Tabelle 7-1

Anteil der Leistungsempfänger (Arbeitslosengeld und -hilfe)
an den Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland
Jahresdurchschnittswerte in Prozent¹⁾

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
1960	83.53	87.40	76.00
1961	78.99	82.78	71.96
1962	78.92	82.98	70.91
1963	76.60	80.13	68.27
1964	71.48	74.26	65.59
1965	73.97	78.36	62.74
1966	66.36	69.78	57.43
1967	77.48	80.00	70.69
1968	75.70	78.18	69.07
1969	74.53	77.99	66.55
1970	75.86	81.75	66.09
1971	73.40	78.60	67.18
1972	71.80	76.07	66.14
1973	64.50	67.08	61.38
1974	66.92	68.16	66.12
1975	76.04	78.57	72.55
1976	73.55	77.70	68.77
1977	69.97	74.45	65.43

Die Durchschnittswerte während dieser achtzehn Jahre betrugen bei allen Leistungsempfängern 73.9 Prozent, bei den Männern 77.5 Prozent und bei den Frauen 67.4 Prozent; d.h. das umgekehrt ein Viertel bis ein Drittel der Arbeitslosen keinerlei Leistungen erhalten hat. Der geringere Anteil der Frauen überrascht nicht, ihr Anteil dürfte auch bei den Beitragspflichtigen geringer sein (genaue Statistiken fehlen allerdings). Gründe dafür werden in den folgenden Abschnitten und Kapiteln noch mehrfach genannt werden. Auffallend, wenn auch ohne weitergehende Information nicht zu erklären, ist, daß die Anteilswerte ihre Minimalwerte mit 1966 und 1973 genau in den Jahren haben die unmittelbar einer Rezession vorausgehen.

Vergleichen wir die Anteile der Beitragspflichtigen an den Erwerbspersonen²⁾ mit den Anteilen der Leistungsempfänger an den Arbeitslosen, so scheint sich eine Bestätigung für die Hypothese der Suchtheorie für die 60iger Jahre zu ergeben. Bis ein-

1) eigene Berechnungen auf Basis der Daten in: ANBA, Arbeitsstatistik 1977 - Jahreszahlen, Seiten 42f und 242f.

2) Ohne Tabelle.

schließlich 1970 ist die Arbeitslosigkeit unter Leistungsempfängern wesentlich größer als der Anteil der Beitragspflichtigen an den Erwerbspersonen. Die Unterschiede machen zu Anfang der Dekade nahezu zwanzig Prozentpunkte aus. Ebenso deutlich wird aber, daß sich seit 1971 die Verhältnisse umgekehrt haben.

Einem solchen Vergleich liegt aber - und dies sollte beachtet werden - die Annahme zugrunde, daß sich Arbeitslosigkeit etwa gleich auf Versicherte (des Arbeitslosenversicherungssystems) und Nichtversicherte verteilt, oder genauer, daß beide Gruppen gleich von ihr betroffen sind. Dies ist eine Folge der Homogenitätsannahme der Suchtheorie (vgl. S. 8), wonach ausschließlich finanzielle Unterschiede verschiedene Verhaltensweisen nach sich ziehen. In den nächsten beiden Kapiteln wird gezeigt werden, daß Individuen keineswegs gleichmäßig von Arbeitslosigkeit betroffen werden, sondern daß bestimmte Personenmerkmale sehr viel häufiger dazu führen als andere. So räumte auch Gary Fields¹⁾, der in einer Studie für die USA festgestellt hatte, daß Leistungsbererechtigte häufiger und länger arbeitslos waren als Nichtberechtigte, ein, daß beide Gruppen derart starke demographische, soziale, bildungs- und berufsmäßige Unterschiede aufzeigten, daß ein derartiger Vergleich nichtssagend wurde.

Außerdem ist auf Basis der offiziellen Arbeitslosenquoten für die USA eine derart unterschiedliche Arbeitslosigkeit in beiden Gruppen sowieso nicht zu erkennen²⁾. Im betrachteten Zeitraum entsprachen die Quoten der versicherten Arbeitnehmer (d.h. ihr Anteil an den Arbeitslosen - Spalte (4)) ziemlich genau ihrem Anteil an den Erwerbspersonen.

Lediglich für Kanada liegen die Quoten der Versicherten im Durchschnitt um zwei Prozentpunkte über denen aller Arbeitnehmer³⁾, was z.B. von Green/Cousineau als ein Indiz für die Hypo-

1) Fields, Gary: The Direct Labor Market Effects of the U.S. Unemployment Insurance System: A Review of Recent Evidence; Dpt. of Labor, Techn. Analysis Paper No. 26, Januar 1975, S. 11.

2) Vgl. Anlage C 1, Spalten (1) bis (4).

3) Vgl. Anlage C 1, Spalten (5) bis (8).

thesen angesehen wurde.

Trotz der Vergleichsschwierigkeiten ist Tab. 7-1 aus einem anderen Grund interessant. In der BRD - wie in anderen Ländern auch - besteht keine Pflicht zur Meldung bei Arbeitslosigkeit. Zwar könnten gemäß §§ 9, 10 offene Stellen, Einstellungen und Entlassungen der Betriebe meldepflichtig gemacht werden (wovon bisher noch nie Gebrauch gemacht wurde), doch für den Arbeitslosen besteht eine Meldepflicht gemäß §§ 100 Abs. 1, 120, 132 Abs. 1 nur, um einen Leistungsanspruch geltend zu machen. Somit wäre zu erwarten, daß Nichtleistungsberechtigte eine Meldung eher unterlassen als umgekehrt¹⁾. Statistisch müßten allein deshalb die Anteile der Leistungsempfänger an den (gemeldeten) Arbeitslosen nach oben hin verzerrt sein. Trotzdem lagen aber seit 1971 ihre Anteile an den Arbeitslosen unter den entsprechenden an den Erwerbspersonen. Dies miteinbezogen, ist der Kreis der Arbeitslosen die keine Leistungen erhalten noch größer als es in der Tabelle zum Ausdruck kommt.

Betrachten wir den Kreis der Leistungsempfänger etwas genauer - untergliedert nach Leistungsart und Geschlecht - so zeigt sich beim Arbeitslosengeld ein deutliches Ansteigen des Anteils der Frauen in den letzten Jahren (was nach der Zunahme der Frauenarbeitslosigkeit auch zu erwarten war). 1977 ist ihr Anteil mit 52.4 Prozent zum erstenmal größer als der der Männer. Hingegen überwiegen mit Werten um die 75 Prozent die Männer eindeutig bei der Arbeitslosenhilfe und der Anschlußarbeitslosenhilfe. Dies ist mit ein Indiz, daß Frauen nach längerer Arbeitslosigkeit verstärkt in die Stille Reserve abgehen.

Bisher wurden nur Jahresdurchschnittswerte betrachtet. Doch ähnlich anderen wirtschaftlichen Größen, so haben auch die An-

1) Für eine eng umgrenzte Gruppe läßt sich dies auch nachweisen. So hatte sich in den letzten Jahren (1976/77) der Anteil der Fachhochschüler an den arbeitslosen Berufsanfängern stärker erhöht als der der Hochschüler, nachdem kurz vorher für Hochschüler die Möglichkeit des Bezuges von Arbeitslosenhilfe eingeschränkt worden war. Da jetzt die "Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosenhilfe von den Hochschulabsolventen in geringerem Ausmaß als von den Fachhochschulabsolventen erfüllt wird, unterbleibt sicherlich manche Arbeitslosmeldung". ANBA - Monatsbericht, 1978, S. 743.

teile der Leistungsempfänger ausgesprochene Saisonschwankungen im Laufe eines Jahres¹⁾. Die höchsten Anteile liegen jeweils im ersten Quartal, am häufigsten im März. Der Grund hierfür ist der hohe Anteil von Bauarbeitern (die nahezu allesamt Leistungsberechtigte sind) an der (Saison-)Arbeitslosigkeit in dieser Jahreszeit. Mit dem Frühjahr fallen die Werte kontinuierlich ab. Im Sommer treten die Schulabgänger, die alle noch keine Ansprüche haben (s. nächsten Abschnitt), auf den Arbeitsmarkt, was die Anteile weiter absinken läßt. Die Minimalwerte werden im September oder Oktober erreicht.

Diese Schwankungen wiederholten sich während der letzten zwanzig Jahre Jahr für Jahr mit unglaublicher Konstanz. Einzige Ausnahme ist das Jahr 1967 in dem die monatlichen Werte nur geringfügig vom Jahresdurchschnittswert abwichen. Hingegen wurde diese Saisonbewegung nach 1974 kaum beeinflußt. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß 1967 verschiedene Berufs- und Altersgruppen relativ gleichmäßig von der damaligen Rezession betroffen wurden, während die nach 1974 bestimmte Gruppen wie z.B. Jugendliche relativ stärker aus dem Arbeitsprozeß drängte.

Fazit dieses Abschnitts ist, daß in der BRD im Durchschnitt etwa ein Drittel der Arbeitslosen keinerlei Leistungen erhält. Ähnliches gilt für die USA²⁾, während in Kanada der Kreis der Leistungsberechtigten nach der Reform von 1971 nahezu 90 Prozent der Erwerbspersonen ausmacht³⁾. Wie oben erwähnt, heißt dies für die Politikberatung, daß sich politische Gegenmaßnahmen auf der Basis der im ersten Teil aufgestellten Hypothesen in der BRD nur auf 60 bis 70 Prozent der Arbeitslosen auswirken können.

1) Ohne Tabelle; vgl. ANBA - Jahresbericht 1977, S. 242f, S. 246f, S. 250f, S. 255f.

2) Vgl. Fields: The Direct..., a.a.O., S. 8.

3) Vgl. Anlage C 1, Spalte (5).

7.2. Dauer der Leistungsgewährung

Zu Beginn des vorigen Abschnitts wurde bereits angeschnitten, daß, um einen Leistungsanspruch an die Arbeitslosenversicherung zu haben, das Individuum vorher eine Leistung - konkret: Beiträge - erbracht haben muß. Dieser Grundsatz gilt für alle Versicherungssysteme. Die Äquivalenz besteht dabei nicht nur in bezug auf die Höhe der Leistungen (auf die der nächste Abschnitt eingehen wird), sondern auch in bezug auf die Dauer der Leistungsgewährung.

In der Bundesrepublik Deutschland muß der Arbeitslose zunächst die "Anwartschaftszeit" gemäß § 104 erfüllt haben, d.h. er muß innerhalb von drei Jahren vor der Arbeitslosmeldung mindestens sechs Monate "in einer die Beitragspflicht begründenden Beschäftigung" (§ 104) gearbeitet haben. Hat er länger gearbeitet und somit länger Beiträge eingezahlt, so besteht auch ein längerer Anspruch auf Arbeitslosengeld. Die genauen Relationen werden dafür durch den § 106 Abs. 1, Satz 1 bis 5 bestimmt, wonach sich folgende Gegenüberstellung ergibt:

Tabelle 7-2¹⁾

Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht nach einer beitragspflichtigen Beschäftigung von ... Wochen		für ... Tage
26		78
39		120
52		156
78		234
104		312

Die Leistungstage beziehen sich auf Werkstage; 312 Tage sind somit ein Jahr. Um diesen (vollen) Anspruch zu haben, müssen also zwei Jahre lang Beiträge eingezahlt worden sein. Diese Äquivalenz beinhaltet auch, daß der Arbeitnehmer, war er eine Zeitlang arbeitslos, zunächst wieder entsprechend lange arbeiten muß, um seine Anspruchszeiten aufzufüllen. Insofern würden Arbeitslose, die die von Grubel/Maki auf Seite 41 beschriebene Strategie häufiger Arbeitslosmeldung verfolgten, Gefahr laufen, die Anspruchsdauer schnell zu erschöpfen.

1) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Übersicht über die Soziale Sicherung, Stand 01. April 1977, S. 268.

Statistiken darüber, wie sich die Arbeitslosen auf die Gruppen verteilen, gibt es fast keine, doch ist es eine begründete Vermutung, daß die überwiegende Mehrzahl volle Ansprüche geltend machen kann. Das hängt natürlich auch vom Alter und damit von den Jahren die das Individuum bereits im Erwerbsleben steht ab, weshalb jüngere Arbeitnehmer häufig noch keine langen Anspruchszeiten erfüllt haben. Dies wird in den nächsten beiden Kapiteln noch bestätigt werden.

Die USA kennen eine ähnlich strikte Äquivalenz. Allerdings werden doppelt solange Beitragszeiten, denen dann noch kürzere Leistungszeiten, gegenüberstehen verlangt. Für den Mindestanspruch muß man 52 Wochen Beiträge erbracht haben¹⁾. Die "maximum potential duration of unemployment varies from 20 to 36 weeks, but in most states it is 26 weeks. In many cases, the maximum potential duration of benefits is not available to the unemployed worker. Only a small number of states have a potential duration of benefits that is uniform for all claimants; in most it is variable, depending on the individual worker's wage credits or weeks of employment. The various formulas generally limit the maximum total benefits to a multiple of the weekly benefit amount or to a fraction of the base period wages, whichever is less. Most states with variable durations have a maximum limit of 26 weeks"²⁾.

Für besondere Härtefälle und/oder Bundesstaaten mit überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten werden von der Bundesregierung in Washington, D.C. nach dem "Emergency Unemployment Compensation Act of 1974" für 13 Wochen und nach dem "Emergency Jobs and Unemployment Assistance Act of 1974" für weitere 26 Wochen Leistungen unter bestimmten Umständen an Arbeitslose gewährt³⁾. In jedem Fall muß ein Arbeitsloser in den USA damit rechnen, daß, je nachdem in welchem Einzelstaat er lebt⁴⁾, irgendwann zwischen

1) Vgl. Rejda: Social..., a.a.O., S. 377.

2) ebenda, S. 381.

3) Beide Gesetze sind besser bekannt unter den Namen: FSB - federal supplemental benefits und SUA - supplemental unemployment assistance.

4) Die Gesetzgebung zur Arbeitslosenversicherung ist in den USA primär Sache der einzelnen Bundesstaaten. Deren Regelungen weichen in jeder Beziehung dermaßen voneinander ab, daß man von 52 verschiedenen Versicherungssystemen sprechen kann.

dem neunten und (im allergünstigsten Fall) fünfzehnten Monat seiner Arbeitslosigkeit, ein Anspruch auf Arbeitslosengeld völlig erlischt. Die einzigen Leistungen die er danach erhalten kann, sind die im Rahmen des "welfare program", also Leistungen die der deutschen Sozialhilfe entsprechen und die sich am physischen Existenzminimum orientieren.

Einen derartigen völligen Stop von Geldleistungen gibt es in der BRD nicht. Das AFG kombiniert innerhalb der Arbeitslosenversicherung die grundsätzlichen Leistungstypen der allgemeinen Sozialpolitik. Damit ist die Unterscheidung sozialpolitischer Leistungen nach dem Versicherungs- und nach dem Versorgungsprinzip gemeint. Bei ersteren muß der Begünstigte eine Leistung erbracht haben, bevor er eine Gegenleistung beanspruchen kann (als typisches Beispiel wird i.A. die Rentenversicherung genannt), bei letzteren hingegen ist es unwichtig, ob vom Individuum eine Leistung erbracht worden ist, es interessiert lediglich, ob es einen Schaden erlitten hat und/oder ob es bedürftig ist. Diese Prinzipien finden sich auch im System der Arbeitslosenversicherung wieder.

Das oben gesagte bezog sich auf das Arbeitslosengeld gemäß §§ 100 bis 133, bei dem das Versicherungsprinzip Anwendung findet. Hierbei ist uninteressant, ob der Arbeitslose anderweitige finanzielle Absicherungen (Vermögen, usw.) hat - hat er die Anspruchszeiten erfüllt, erhält er Beiträge. Daneben gibt es die A r b e i t s l o s e n h i l f e, die in den §§ 134 ff geregelt ist und die eher dem Versorgungsprinzip zuzurechnen ist, da hier Fragen der Bedürftigkeit für die Gewährung von Leistungen eine wichtige Rolle spielen.¹⁾ Ist ein Arbeitsloser bedürftig im Sinne des Gesetzes, so kann er Arbeitslosenhilfe erhalten, ohne entsprechend Beiträge an die BfA gezahlt zu haben (§ 134, Abs. 1, Satz 2).

1) Vgl. §§ 134 Abs. 1, Satz 3, 137 und 138.

Außerdem sind im Gegensatz zum Arbeitslosengeld die Leistungen der Arbeitslosenhilfe nicht zeitlich begrenzt (soweit dem nicht die §§ 137 bis 139 entgegenstehen). Hat ein Arbeitsloser seine Ansprüche auf Arbeitslosengeld aufgebraucht, so erhält er gemäß § 134 Abs. 1, Satz 4(a) sog. "Anschlußarbeitslosenhilfe" die etwas niedriger liegt als das Arbeitslosengeld, aber eben solange gezahlt wird, wie der Arbeitslose die gesetzlichen Bestimmungen des § 134 erfüllt. In den Jahren 1968 bis 1977 haben im Durchschnitt etwa 16 Prozent der Arbeitslosengeldempfänger später diese Anschlußarbeitslosenhilfe erhalten. Dabei Männer etwa dreimal soviel wie Frauen. Als Grund hierfür wurde bereits deren höherer Abgang in die Stille Reserve genannt, der aber seinerseits die Folge davon ist, daß besonders verheiratete Frauen, soweit ihre Männer in einem Arbeitsverhältnis stehen und/oder sie andere finanzielle Absicherungen haben (sie also nicht bedürftig sind), keine Anschlußarbeitslosenhilfe erhalten. Für sie bedeutet Erschöpfung des Arbeitslosengeldes tatsächlich Erschöpfung aller Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Aus ihrem Verhalten kann umgekehrt geschlossen werden, daß sie den Arbeitsmarkt wahrscheinlich schon früher verlassen hätten, wenn ihre Leistungszeiten kürzer gewesen wären oder wenn sie, wie z.B. in Großbritannien¹⁾, keinen Leistungsanspruch gehabt hätten. Insoweit wären sie durch die finanziellen Leistungen länger im Arbeitsmarkt gehalten worden.

Abgesehen davon gibt es in der Bundesrepublik Deutschland somit keine prinzipielle (zeitliche) Begrenzung für die Gewährung von Geldleistungen. Für unsere Arbeitshypothese bedeutet dies, daß, trifft sie zu, das System der BRD von dieser Seite her größere disincentives haben müßte als das der USA, was sich in einer längeren durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit deutscher Arbeitnehmer im Vergleich mit den amerikanischen zeigen müßte. Und aus Tabelle 4-1 geht tatsächlich hervor, daß bei den Männern deutsche Arbeitnehmer zwei bis drei Wochen länger arbeitslos waren. Andererseits kehren sich die Verhältnisse bei den Frauen um, hier ist die Dauer der amerikanischen Arbeitnehmerinnen im Durchschnitt um zwei Wochen länger. Im 9. Kapitel wird noch genauer auf die Einflußfaktoren eingegangen werden, die zu diesem Bild geführt haben.

1) Unabhängig davon wie lange und wieviel sie an Beiträgen eingezahlt haben, erhalten verheiratete Frauen keine Leistungen solange der Ehepartner in einem Arbeitsverhältnis steht.

7.3. Höhe der Leistungen

Die Höhe des Arbeitslosengeldes ist in den §§ 111 und 112 geregelt, die der Arbeitslosenhilfe im § 136. Um einen wichtigen Punkt der theoretischen Diskussion im ersten Teil hier gleich zu Anfang zu beantworten: die ganze in Kapitel 3.3. diskutierte Problematik der work disincentives aufgrund von Steuerersparnissen trifft für die Bundesrepublik Deutschland nicht zu, da hier Leistungen nach dem Nettoentgelt des Arbeitslosen vor der Arbeitslosigkeit berechnet werden. Lediglich beim Lohnsteuerjahresausgleich könnten sich bei längerer Arbeitslosigkeit Rückzahlungen ergeben. Allerdings hat Kanada den Vorschlag von Kelly und Feldstein aufgegriffen und gleichzeitig mit der Reform von 1971 nicht nur die Leistungen erhöht, sondern diese mit Wirkung von Januar 1972 einer Steuer unterlegt die im Durchschnitt der Provinzen und Einkommensgruppen etwa 15 Prozent des Arbeitslosengeldes ausmacht¹⁾.

Kommen wir zu den Leistungen in der Bundesrepublik Deutschland. Gemäß den oben angegebenen Paragraphen beträgt die Nominalhöhe des Arbeitslosengeldes 68 Prozent des früheren Nettoarbeitseinkommens und 58 Prozent bei der Arbeitslosenhilfe (und der Anschlußarbeitslosenhilfe). Die genaue Höhe der Leistungen richtet sich aber "nach einer Leistungstabelle [des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung] , aus der sich entsprechend der für den Arbeitslosen geltenden Leistungsgruppe [die durch die Steuergesetze bestimmt wird] der Betrag ablesen läßt. Die in der Leistungstabelle enthaltenen Leistungssätze werden jeweils durch Rechtsverordnung für ein Kalenderjahr bestimmt"²⁾. Wie diese Leistungssätze aussehen können, sei an folgenden Beispielsrechnungen für das Jahr 1977 dargestellt ("Arbeitsentgelt" bezeichnet dabei das Bruttoeinkommen vor der Arbeitslosigkeit):

1) Maki, Dennis R.: Unemployment Benefits and the Duration of Claims in Canada; in: Applied Economics, Vol. 9, 1977, S. 228.

2) Der Bundesminister für Arbeit...: Übersicht..., Stand 01. April 1977, a.a.O., S. 270.

Tabelle 7-3¹⁾

Beispiel für die Höhe des Arbeitslosengeldes im Jahre 1977
in DM/Woche

Arbeits- entgelt	nach Leistungsgruppe				
	A	B	C	D	E
100	57,00	57,00	57,00	45,60	41,40
200	100,80	110,40	111,00	86,40	82,20
300	143,40	154,20	154,80	132,60	114,00
400	184,80	196,80	198,60	140,40	128,40
500	218,40	236,40	214,20	154,20	143,40
600	247,80	270,00	283,80	169,20	157,80
700	277,80	301,80	330,00	186,80	175,20
795	304,80	330,00	370,20	203,40	192,00

In der folgenden Tabelle sind die Relativanteile dieser Leistungen bezogen auf das Arbeitsentgelt angegeben.

Tabelle 7-4²⁾

Anteile der Leistungen am Arbeitsentgelt in Tab. 7-3 in Prozent

Arbeits- entgelt	in Leistungsgruppe				
	A	B	C	D	E
100	57.0	57.0	57.0	45.6	41.4
200	50.4	55.2	55.0	43.2	41.1
300	47.8	51.4	51.6	44.2	38.0
400	46.2	49.2	49.7	35.1	32.1
500	43.7	47.3	42.8	30.8	28.7
600	41.3	45.0	47.3	28.2	26.3
700	39.7	43.1	47.1	26.7	25.0
795	38.3	41.5	46.6	25.6	24.1

Dieselben Modellrechnungen für die Arbeitslosenhilfe:

Tabelle 7-5³⁾

Beispiel für die Höhe der Arbeitslosenhilfe im Jahre 1977
in DM/Woche

Arbeits- entgelt	nach Leistungsgruppe				
	A	B	C	D	E
100	48,60	48,60	48,60	39,00	35,40
200	85,80	94,20	94,80	73,80	70,20
300	122,40	132,00	132,00	105,60	97,20
400	157,80	168,00	169,20	120,00	109,20
500	186,00	201,60	205,80	131,40	122,40
600	211,20	229,80	242,40	144,60	135,00
700	237,00	257,40	281,40	159,00	149,40
795	259,80	281,40	316,20	173,40	163,80

1) Der Bundesminister für Arbeit....: Übersicht..., Stand April 1977, a.a.O., S. 269.

2) eigene Berechnungen auf Basis der Werte in Tab. 7-3

3) Siehe Fußnote 1.

Und auch hiervon die Relativzahlen

Tabelle 7-6¹⁾

Anteile der Leistungen in Tab. 7-5 am Arbeitsentgelt in Prozent

Arbeits- entgelt	in Leistungsgruppe				
	A	B	C	D	E
100	48.6	48.6	48.6	39.0	35.4
200	42.9	47.1	47.4	36.9	35.1
300	40.8	44.0	44.0	35.2	32.4
400	39.5	42.0	42.3	30.0	27.3
500	37.2	40.3	41.1	26.3	24.5
600	35.2	38.3	40.4	24.1	22.5
700	33.9	36.8	40.2	22.7	21.3
795	32.7	35.4	39.8	21.8	20.6

Auch wenn sich die Relativangaben auf das Bruttoeinkommen beziehen und deshalb den Abfall im Einkommen stärker erscheinen lassen, als dies dem Abfall nach dem Nettoeinkommen entspräche, so wird vor allem aus den niedrigen Werten der höheren Gruppen deutlich, daß deren Arbeitslosengeld bzw. -hilfe unter den Nominalzahlen des Gesetzestextes liegt. Um dies am extremsten Beispiel zu verdeutlichen. Wären die 20.6 Prozent in der höchsten Gruppe der Leistungsgruppe E bei der Arbeitslosenhilfe (Tab. 7-6) 58 Prozent des Nettoeinkommens, so müßte der Arbeitnehmer in dieser Gruppe ein Nettoeinkommen von 282,41 DM/Woche haben, was 35.5 Prozent des Arbeitsentgeltes von 795 DM/Woche entspricht, oder andersherum betrachtet, Steuersätze und Sozialabgaben müßten 64.5 Prozent ausmachen. Dies ist aber in dieser Einkommensgruppe nicht der Fall. Der Grund für den relativ größeren Abfall besonders der höheren Gruppen liegt vielmehr in der Erstellung der Leistungstabelle zu der Durchschnittswerte der Steuersätze und Sozialabgaben genommen werden, die zusätzlich korrigiert werden. Das kann durchaus zur Folge haben, daß ein Arbeitsloser entgegen den Wortlaut des Gesetzestextes nicht genau 68 bzw. 58 Prozent seines vormaligen Nettoeinkommens erhält, sondern eine Leistung, die in der Nähe dieser Werte liegt.

Noch größer ist der Abfall in den Einkommensgruppen die die Höchstgrenzen (1977 war es 795 DM/Woche) überschreiten. Denn die Höchstgrenzen der allgemeinen Sozialgesetzgebung gelten auch für das AFG, und der Beitragsbemessungsgrenze bei den Beiträgen entsprechen auf der Leistungsseite die Höchstbeträge des Arbeitslosengeldes bzw. der Arbeitslosenhilfe.

1) Eigene Berechnungen aufgrund der Angaben in Tab. 7-5.

Die bis jetzt besprochene Berechnung des Arbeitslosengeldes und der -hilfe erfolgt erst seit 1975. "Bis Ende 1974 betrug das Arbeitslosengeld 62,5 vH, die Arbeitslosenhilfe 52,5 vH vom letzten Nettoentgelt, weil die Abzüge vom Bruttoeinkommen für alle gleichermaßen nach den Sätzen der Steuerklasse I (Ledige) vorgenommen wurden, wodurch die Bemessungsgrundlage für die Berechnung des Arbeitslosenunterstützung vor allem bei verheirateten Arbeitnehmern mit Kindern deutlich unter das frühere Nettoeinkommen gedrückt wurde. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, gab es für Ehepartner und die Kinder sogenannte Familienzuschläge von je 12 DM wöchentlich. Dies zusammen mit der Arbeitslosenunterstützung war jedoch in der Regel weniger als 62,5 vH beziehungsweise 52,5 vH des Nettoeinkommens vor der Arbeitslosigkeit"¹⁾. Außerdem galt ein Höchstbetrag des Arbeitslosengeldes der bei "80 v.H. des Nettoentgelts eines Verheirateten mit 2 Kindern"²⁾ lag.

Tabellen 7-7 und 7-8 zeigen ebenfalls Beispielsrechnungen, diesmal für die Höhen des Hauptbetrages (Grundbetrag ohne Familienzuschläge) und für den Höchstbetrag. Die vierte Spalte enthält den Anteilswert des Hauptbetrages am Einheitslohn. Die Höchstbeträge entsprechen ziemlich genau 80 Prozent des vormaligen Nettoeinkommens weshalb ihre Anteilswerte hier nicht gesondert aufgeführt werden.

Tabelle 7-7³⁾

Beispiel für die Gewährung eines Hauptbetrages beim Arbeitslosengeld in DM/Woche

Einheitslohn	Hauptbetrag	Höchstbetrag	Anteil des Hauptbetrages am Einheitslohn in Prozent
50	27,60	35,40	55.2
100	51,00	70,80	51.0
150	72,00	106,20	51.3
200	93,60	134,40	46.8
250	114,60	162,60	45.8
300	134,40	191,40	44.8
350	153,00	219,60	43.7
400	169,80	248,40	42.5
450	186,60	276,60	41.5
500	202,80	303,60	40.5
550	218,40	330,00	39.7
585	228,60	348,00	39.0

1) Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Gutachten 1977/78, S. 66, Ziff. 107.

Tabelle 7-8¹⁾

Beispiel für die Gewährung eines Hauptbetrages bei der Arbeitslosenhilfe in DM/Woche

Einheits- lohn	Haupt- betrag	Höchst- betrag	Anteil des Hauptbetrages am Einheitslohn in Prozent
50	23,40	35,40	46.8
100	42,60	70,80	42.6
150	60,60	106,20	40.4
200	78,60	134,40	39.3
250	96,00	162,60	38.4
300	112,80	191,40	37.6
350	128,40	219,60	36.7
400	142,80	248,40	35.7
450	156,60	276,60	34.8
500	170,40	303,60	34.1
550	183,00	330,00	33.3
585	192,00	348,00	32.8

Aus diesen Modellrechnungen ist schwer zu ersehen, ob die Gesetzesänderung von 1975 tatsächlich eine bedeutsame Leistungsverbesserung mit sich brachte. Auch sind die Tabellen nur schwer miteinander vergleichbar. Stellt man die Anteile der Hauptbeträge denen der Leistungsgruppen A bis C gegenüber, so zeigen sich nach 1975 höhere Prozentsätze, in den Leistungsgruppen D und E hingegen sind die Sätze niedriger.

Über die Effektivbelastung eines Arbeitslosen sagen derartige Modellrechnungen natürlich recht wenig aus, da z.B. Transferzahlungen wie das Wohngeld unberücksichtigt bleiben. Bei einer Gruppe von Arbeitslosen - den Sozialhilfeempfängern - können diese Zusatzleistungen (das schon erwähnte Wohngeld, für Kinder in der Ausbildung BafÖG, verbilligte Karten für Kino und Theater, im Winter Beihilfen zum Kauf von Heizmaterial und zum Einkellern von Kartoffeln) bedeutsam werden. Denn bei ihnen ist die Arbeitslosenhilfe so gering (weil das Arbeitsentgelt ebenfalls entsprechend niedrig lag), daß es in der Nähe der Sozialhilfesätze liegt. Auf der ande-

von der vorhergehenden Seite:

2) Der Bundesminister für Arbeit...: Übersicht..., Stand Juni 1974, a.a.O., S. 229.

3) Die ersten drei Spalten aus ebenda, S. 228, die vierte: eigene Berechnungen auf Basis der Daten ebendort.

1) Der Bundesminister für Arbeit...: Übersicht..., Stand Juni 1974, a.a.O., S. 230; die vierte Spalte: eigene Berechnungen.

ren Seite hat dieser Personenkreis wegen schlechter Qualifikationen sehr schlechte Chancen am Arbeitsmarkt, weshalb er nur sehr niedrig bezahlte Tätigkeiten annehmen kann. U.U. sind dann die oben aufgezählten Leistungen, zu denen noch das Kindergeld kommt, dermaßen hoch, daß diese Personen ein derartiges Einkommen nur mit Mühe am Arbeitsmarkt erhalten könnten. Deshalb finden sich unter ihnen extrem langfristig Arbeitslose. Doch ist über sie recht wenig bekannt, weshalb speziellere Untersuchungen notwendig wären.

Betrachten wir noch die Verteilung der Leistungsempfänger auf die Einkommensgruppen der oben angegebenen Tabellen. Allerdings gibt es dazu nur Bestandsuntersuchungen die die Verteilungen zu bestimmten Stichtagen wiedergeben. Außerdem werden sie erst in den letzten Jahren wenigstens einmal im Jahr (Ende August) erfaßt und veröffentlicht. Für die 60iger Jahre liegen nur sporadische Angaben vor, weshalb für die Verteilung der Hauptbetragsempfänger in jener Zeit nur auf Daten aus drei Jahren (1963, 1965 und 1969) zurückgegriffen werden kann.

Über alle Jahre (sowohl beim Arbeitslosengeld als auch bei der -hilfe) findet man Frauen häufiger in niedrigeren Einkommensgruppen als die Männer. Das Ergebnis überrascht nicht, wenn es auch verwundert, daß in den 70iger Jahren die Kluft keineswegs geringer geworden ist, sondern daß die 60iger Jahre direkt fortgeschrieben werden. Konkret heißt dies, daß, vergleicht man die jeweils vier größten Gruppen (die zusammen zwischen 40 und 60 Prozent der Leistungsempfänger eines Jahres ausmachen), diese bei den Männern beim Arbeitslosengeld ziemlich genau immer die Mittelgruppen der Einheitslohntabellen bilden. Ein weiteres Drittel befindet sich in den untersten Gruppen. Hingegen lagen die vier größten Gruppen der Frauen immer in den untersten Einkommensgruppen, wobei sich in den letzten Jahren eine Spaltung ergeben hat; eine Großgruppe, die etwa neun bis zehn Prozent eines Jahrgangs ausmacht, bildet die vorletzte Einkommensgruppe (von unten), die anderen Gruppen liegen um das untere Drittel der Skala. Wahrscheinlich befinden sich in den untersten Gruppen sehr viele Teilzeitkräfte deren Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren angestiegen ist; jedenfalls könnte das die Zunahme dort erklären.

Daraus folgt, daß Frauen relativ geringere Einkommenseinbußen durch Arbeitslosigkeit haben, auf der anderen Seite bedeutet dies aber wegen des schon geringen Ausgangsniveaus ein Absinken auf Nettoeinkommen, bei denen die Unterschiede zu den Sätzen der Sozialhilfe nicht mehr groß sind.

Ähnlich ist die Situation bei der Arbeitslosenhilfe, wenn auch die Unterschiede zwischen den Geschlechtern hier etwas geringer sind. Die Frauen liegen im Durchschnitt nur eine Einkommensgruppe unter den Männern während es beim Arbeitslosengeld zwei Gruppen waren. In beiden Geschlechtern fallen erwartungsgemäß die Gruppen ab, die Hauptgruppen befinden sich durchweg etwa eine Einkommensgruppe unter denen beim Arbeitslosengeld. Auch wiederholen sich die Sprünge in den Hauptgruppen bei den Frauen.

Auffallend sind die geringen Anteile von Arbeitslosen in den Einkommensgruppen im oberen Drittel der Einheitslohntabelle. Wie oben gesehen, haben diese Gruppen den relativ größten Einkommensrückgang. Für die betroffenen Individuen wird dies natürlich schmerzhaft sein, doch bilden sie gesamtwirtschaftlich keine bedeutende Problemgruppe. Auch wenn diese Statistiken unzureichend sind, kann aus der Konstanz der Gruppenanteile in der Zeit wohl vermutet werden, daß sich einkommensmäßig die Arbeitslosigkeit in der BRD auf die mittleren und unteren Gruppen der Einheitslohntabelle konzentriert; während die Gruppen im oberen Drittel quantitativ unbedeutend sind. Abgesehen davon, daß durch die Leistungen der Arbeitslosenversicherung sowieso der größte Teil an verfügbarer Kaufkraft bei den Betroffenen ersetzt wird, relativiert unseres Erachtens diese Kumulation in den jeweiligen Gruppen die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Kaufkraftargumentes noch zusätzlich. Denn die Einkommensgruppen mit relativ hohem Abfall in Nettoeinkommen aufgrund von Arbeitslosigkeit fällt gesamtwirtschaftlich nicht ins Gewicht. Dagegen müssen die quantitativ bedeutsamen Gruppen relativ geringe Einbußen hinnehmen, was mittels Reduktion beim Sparen ausgeglichen werden könnte. Dies ist natürlich nur eine Vermutung. Doch sei darauf verwiesen, daß in Ermangelung von Statistiken hier keine Aussagen zu den finanziellen Belastungen von Haushalten getroffen werden konnten, sondern es wurde ausschließlich auf Individuen abgestellt, weshalb die Bedeutung finanzieller Belastungen schärfer erscheinen

muß, als dies in der Realität der Fall sein dürfte. Im nächsten Kapitel werden einige empirische Untersuchungen zu den Effektivbelastungen durch Arbeitslosigkeit vorgestellt werden, die darüber etwas Aufschluß geben.

Zum Abschluß sei noch kurz auf die These eingegangen, daß sich Leistungsverbesserungen direkt auf die Arbeitslosenzahlen auswirken. Derartiges wurde in Kanada nach der Reform von 1971 beobachtet, bei der die durchschnittlichen wöchentlichen Leistungen von 40,28 auf 61,79 kanadische Dollar anstiegen, also eine Erhöhung um etwa 50 Prozent¹⁾. Kurz darauf erhöhten sich die Arbeitslosenzahlen und wie erinnerlich, zeigte die Arbeitslose-offene Stellen-Relation einen shift nach 1970 (vgl. Fig. 6-7). Einen shift zeigte auch die Relation für Großbritannien (Fig. 6-5) ab 1967, nachdem dort 1965 der "Redundancy Payments Act" eingeführt worden war, der bestimmte, daß bei Kündigungen durch den Arbeitgeber dieser dem Gekündigten eine Abfindungszahlung leisten müsse (deren Höhe sich nach dem vormaligen Gehalt und der Dauer der Betriebszugehörigkeit richtet). Außerdem verbesserte nur wenig später der "National Insurance Act" von 1966 die Geldleistungen an die Arbeitslosen. Neben einer generellen Erhöhung der Leistungssätze brachte dieses Gesetz eine völlige Umstellung der Berechnungsmethode mit sich (die indirekt in Kap. 4.3. dargestellt wurde - vgl. besonders Seite 42). Vor 1966 wurde in Großbritannien an jeden Arbeitslosen - unabhängig von seinem vormaligen Gehalt - ein einheitliches Arbeitslosengeld gezahlt. Mit dieser Reform ging man auf die oben dargestellte und in anderen praktizierte Regelung über, das Arbeitslosengeld als Prozentsatz des vormaligen Arbeitseinkommens zu zahlen.

Im Gegensatz zu diesen Ländern wurden in der Bundesrepublik Deutschland Leistungen der Arbeitslosenversicherung nie derart abrupt und mit derartigen Änderungsraten verändert, sondern, wie oben beschrieben, werden sie für jedes Jahr neu festgelegt. Da-

1) Vgl. Anlage C 3.

bei ist es wegen der geringen Höhe der Veränderung wohl kaum wahrscheinlich, daß von ihr Verhaltensänderungen auf Seiten der Arbeitslosen ausgehen. Diese "gleitenden" Erhöhungen mögen aber der Grund dafür sein, daß für die BRD die Relationen in Kapitel 6 keine shifts zeigten. Und die Leistungsveränderung vom 01. Januar 1975 erfolgte gleichzeitig mit Beginn der letzten Rezession. Ob überhaupt und inwieweit sie zur Arbeitslosigkeit beigetragen hat, wird damit zu einer Glaubensfrage.

7.4. Wartezeiten

Dieser und die letzten beiden (zumutbare Beschäftigung, Gründe für die Aufgabe des Arbeitsplatzes) der im ersten Abschnitt aufgeführten Punkte werden meist unter dem Begriff "administrative Maßnahmen" zusammengefaßt. Gemäß der auf Seite 25 dargestellten Argumentation hängt ihr Einfluß auf das Arbeitsangebotsverhalten von ihrer Handhabung durch die Behörden (die Arbeitsämter) ab.

Eine Wartezeit hat es in der BRD vor Einführung des AFG gegeben. Sie betrug damals drei Werktage, d.h. für die ersten drei Werktage seiner Arbeitslosigkeit erhielt der Arbeitslose keine Leistungen. Auswirkungen auf das Arbeitsangebotsverhalten sind von einer derartigen Bestimmung wohl kaum zu erwarten; schließlich wurde sie auch mit Einführung des AFG abgeschafft. Seitdem erhält jeder Arbeitslose Leistungen vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit an.

Wartezeiten bis zu einer vollen Woche haben einige Bundesstaaten der USA. Doch sind auch bei ihnen Einflüsse auf das Arbeitsangebot nur sehr schwer nachweisbar¹⁾. Es gibt lediglich begründete Vermutungen, daß "retroactive payments" die Dauer der Arbeitslosigkeit um einige Tage verlängern. Dabei handelt es sich um Zahlungen von Arbeitslosengeld vom ersten Tage an in all den Fällen, in denen der Arbeitslose länger als die Wartezeit arbeitslos bleibt. Um dies an einem Beispiel zu illustrieren: in einigen Bundesstaaten der USA erhält der Arbeitslose der fünf Werktage arbeitslos war, am sechsten aber eine Stellung findet

1) Vgl. Munts/Garfinkel: The Work ..., a.a.O., S. 14.

und annimmt, keine Leistungen. Blicke er hingegen sechs volle Werkstage arbeitslos und nähme er die Stelle erst am siebten Tage an, so erhielte er Leistungen rückwirkend (retroactive) vom ersten Tage an. Es gibt keine Statistiken und Untersuchungen über diesen Effekt, doch liegt die Vermutung nahe, daß in einem solchen System die Versuchung groß ist, eine Woche vom Arbeitsamt bezahlten Urlaub zu nehmen (vor allem wenn man bedenkt, daß für die überwiegende Mehrheit amerikanischer Arbeitnehmer ein Anspruch auf nur zwei Wochen bezahlten Urlaubs pro Jahr besteht). Die häufige, sehr kurzfristige Arbeitslosigkeit vieler Arbeitnehmer in den USA von der noch zu sprechen sein wird könnte dadurch mit beeinflußt werden. Allerdings ist dies ein Spezialproblem dessen gesamtwirtschaftliche Auswirkungen gering sein dürften und die man deshalb nicht hochspielen sollte.

In vielen empirischen Arbeiten werden "Wartezeiten" synonym mit "Sperrzeiten" gebraucht. Das ist nur bedingt richtig. "Sperrzeiten" sind für die BRD im § 119 geregelt, der mehrere Gründe für die Verhängung einer Sperrzeit aufzählt. Grundsätzlich ist damit ein Zeitraum von in der Regel vier Wochen gemeint (in besonderen Fällen zwei - § 119 Abs. 2), in denen dem Arbeitslosen der Anspruch auf Leistungen aberkannt wird. Der Grund für den synonymen Gebrauch von "Warte-" und "Sperrzeit" liegt wohl darin, daß die meisten Sperrzeiten in der BRD und in anderen Ländern deswegen verhängt werden, weil die Betroffenen ihren Arbeitsplatz selbst gekündigt haben - die Arbeitslosigkeit ist somit nicht "unfreiwillig" (hier kommen die "Gründe für die Aufgabe des Arbeitsplatzes" in die Betrachtung hinein). Die genaue Bestimmung für diese Selbstkündiger ist § 119 Abs. 1, Satz 1. Eine Sperrzeit aus diesem Grunde wird zu Beginn der Arbeitslosigkeit verhängt, was ihr die Wirkung einer Wartezeit gibt.

Diese Art der Bestrafung von Selbstkündigern ist auch in anderen Ländern gang und gäbe, doch gibt es kein System, daß aus diesem Grunde Leistungen völlig ablehnen würde. Denn die "theory for denying benefits for a specified period is that, after a limited period, the worker's unemployment is attributable to labor-market conditions rather than to his disqualified act. Thus, he

should not be punished further by the denial of benefits beyond that period" ¹⁾).

Neben der Sperrzeit wegen Selbstkündigung kennt das AFG in § 119 Abs. 1, Satz 2 bis 4 aber noch Sperrzeiten die während der Arbeitslosigkeit, nachdem bereits Leistungen gewährt worden sind, verhängt werden. Die (politisch) wichtigste von ihnen ist die wegen Ablehnung von Arbeit (§119 Abs. 1, Satz 2). Sie wird ausgesprochen, wenn das Arbeitsamt vermutet (und beweisen kann), daß der Arbeitslose an der Aufnahme einer Arbeit gar nicht interessiert ist - dem Arbeitsmarkt somit gar nicht zur Verfügung steht - und/oder zu wählerisch in bezug auf einen Arbeitsplatz ist und Stellen ablehnt, obwohl diese seinen Fähigkeiten und in etwa auch seinem bisherigen Einkommensniveau entsprechen. Dazu gehören auch die Fälle, in denen Arbeitslose die vormals übertariflich bezahlt wurden, Stellenangebote ablehnen, in denen "nur" der Tariflohn gezahlt wird. Bei diesem Problem spielt die Frage der "zumutbaren Beschäftigung" mit hinein (§ 103), je nachdem wie weit oder wie eng sie ausgelegt wird, ist mit einem höheren Anteil von Sperrzeiten an den Arbeitslosen zu rechnen. Allerdings ist der Ermessensspielraum des Sachbearbeiters im Arbeitsamt durch die Definition im Gesetzestext und die Ausführungsbestimmungen dazu eingeengt. Die quantitative Bedeutung dieser Auslegungsmöglichkeiten wird deshalb in der Öffentlichkeit häufig überschätzt, so daß diese Bestimmung als Instrumentenvariable für politische Gegenmaßnahmen nur bedingt in Betracht kommen kann.

Schließlich kann gemäß § 119 Abs. 3 ein Arbeitsloser seinen Anspruch auf Leistungen völlig verlieren, wenn es bereits einmal eine Sperrzeit wegen Ablehnung von Arbeit erhalten hatte. Müßte aus demselben Grunde eine Sperrzeit ein zweitesmal verhängt werden, so bedeutet dies das Ende jeglicher Leistungen an ihn.

Diese beiden zuletzt aufgeführten Sperrzeitenarten sind hier am wichtigsten, weil in ihnen am ehesten ein Verhalten zum Ausdruck kommt, wie es im ersten Teil postuliert wurde. Schwer zu beurtei-

1) Rejda: Social..., a.a.O., S. 378.

len sind die Selbstkünder. Niemand kann in einer freiheitlichen Gesellschaft den freiwilligen Arbeitsplatzwechsel verbieten. Außerdem haben sie Beiträge in das System eingezahlt und haben deshalb Ansprüche auf Leistungen. Daß diese finanzielle Absicherung einige Arbeitnehmer vielleicht sorgloser macht und sie deshalb kündigen, ohne bereits Aussicht auf eine neue Anstellung zu haben, ist nicht von der Hand zu weisen. Da wir über die Motivation zum Stellenwechsel sehr wenig wissen, und da deshalb eine Unterscheidung nach "Freiwilligkeitsgraden" der Arbeitslosigkeit bei den Sperrzeiten unmöglich ist, werden bei der nun folgenden Betrachtung der quantitativen Auswirkungen dieser Sperrzeiten für die Bundesrepublik Deutschland sie alle zusammengefaßt und als "freiwillige" Arbeitslosigkeit angenommen.

Auffallend ist, daß auch die Sperrzeiten prozyklisch, ja sogar saisonal, schwanken. Im Winter liegt ihre Zahl immer höher als im Sommer. Der weitaus größte Teil der Sperrzeiten wird gegen die Selbstkünder verhängt. Er lag in fast jedem Jahr bei 80 Prozent, 1965/66 gar 90 Prozent. Dies kann als eine gewisse Bestätigung für die "labor turnover" These insofern angesehen werden, als verstärkte Friktionen am Arbeitsmarkt während der Rezession die Wahrscheinlichkeit erhöhen, nach der Kündigung keine Anschlußstelle zu finden. Denn auch wenn, was im nächsten Kapitel noch angesprochen wird, erfahrungsgemäß die Zahl der Kündigungen durch den Arbeitnehmer in der Rezession zurückgehen, so ist ihre Zahl (aus welchen Gründen auch immer) immer noch sehr hoch¹⁾.

Das prozyklische Verhalten der Sperrzeiten kommt deutlich zum Ausdruck wenn als die Bezugsgröße ihre Jahressumme genommen und den Jahressummen der Zugänge an Arbeitslosigkeit gegenübergestellt werden. Mit dem Abfallen der Arbeitslosigkeit in den frühen 60iger Jahren sinken auch die Sperrzeiten. 1967 bringt ein Ansteigen (auf 5.9 Prozent der Arbeitslosen jenen Jahres). Danach sinken sie wieder ab, um aber seit 1970 stetig anzuwachsen auf 1977 9.0 Prozent der Arbeitslosen. In Absolutzahlen sind dies 1977 291 296 Sperrzeiten; nimmt man jene deren Ansprüche gemäß § 119 Abs. 3 völlig erloschen sind hinzu, so erhöht sich diese Zahl auf 300 886.

1) Vgl. Freiburghaus: Dynamik..., a.a.O., S. 246.

Betrachten wir nur die Sperrzeiten wegen Ablehnung von Arbeit. In den 60iger Jahren machen sie weniger als ein Prozent der Arbeitslosen eines jeweiligen Jahres aus. Doch steigen sie ebenfalls in den 70iger Jahren an auf 1977 71 292 oder 2.1 Prozent der Arbeitslosen. Diejenigen, deren Leistungen völlig erlöschen und bei denen man vermuten kann, daß sie tatsächlich das Arbeitslosenversicherungssystem ausnutzen wollen, betragen 1976 5 698 und 1977 9 590 was Anteilen von 0.175 bzw. 0.289 Prozent an den Jahressummen von Arbeitslosen in diesen Jahren entspricht.¹⁾

Unterscheidet man die Sperrzeiten nach Leistungsart und Geschlecht, so haben beim Arbeitslosengeld Männer sehr viel weniger häufig Sperrzeiten wegen Ablehnung von Arbeit als die Frauen. Dieser Anteil lag bei ihnen im Durchschnitt der letzten achtzehn Jahre bei etwas über zehn Prozent, bei den Frauen war er doppelt so hoch. Das mag ein Indiz dafür sein, daß sie für den Arbeitsmarkt aufgrund familiärer Verpflichtungen unbeweglicher sind und/oder wegen dieser Verpflichtungen und der finanziellen Absicherung innerhalb des Haushalts weniger zu Zugeständnissen an die Ausgestaltung eines Arbeitsangebotes bereit sind. Sehr viel höher, nämlich zwischen 30 und 40 Prozent, liegen die Sperrzeiten wegen Ablehnung von Arbeit in beiden Geschlechtern bei der Arbeitslosenhilfe. Dies relativiert die These, daß langandauernde Arbeitslosigkeit die Arbeitslosen eher geneigt macht, (aus ihrer Sicht) schlechtere Arbeitsplätze anzunehmen, was in den nächsten beiden Kapiteln noch von anderer Seite bestätigt werden wird.

Ein besonderes Problem ist die Frage nach der Genauigkeit dieser Zahlen. Denn um eine Sperrzeit wegen Ablehnung von Arbeit verhängen zu können, muß das Arbeitsamt Hinweise darüber haben, daß der Arbeitslose offensichtlich an der Aufnahme einer Arbeit gar nicht interessiert ist. Derartige Hinweise können aber (fast) nur die Arbeitgeber nach den Vorstellungsgesprächen geben. Deren Mitarbeit ist somit unumgänglich. Doch machen die Arbeitsämter oft die Erfahrung, daß die Personalchefs auch den Weg des geringsten Widerstandes gehen und dem Arbeitsamt lediglich mitteilen, daß der Arbeitslose für den Betrieb nicht geeignet sei, schweigen sich aber über die Gründe dafür aus. Wie hoch die Dunkelziffer bei diesen

¹⁾ Alle Zahlenangaben sind eigene Berechnungen auf Basis von ANRA-Monatsberichte, entsprechende Jahrgänge.

Statistiken ist, weiß deshalb niemand.

Nehmen wir alle Sperrzeiten zusammen und betrachten das Ausmaß an - wie oben angedeutet - "freiwilliger" Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. In Anlage B 6 sind die Anteile aller Sperrzeiten an einigen Arbeitslosenzahlen angegeben. Am politisch interessantesten dürfte die dritte Spalte sein in der die Prozentpunkte angegeben sind, um die sich die jährlichen Arbeitslosenquoten in der BRD reduziert hätten, wenn alle Arbeitnehmer, gegen die in jenen Jahren eine Sperrzeit verhängt worden ist, in einem Arbeitsverhältnis gestanden hätten. Auch das oben angesprochene Problem der statistischen Erfassung der Ablehner von Arbeit kann diese Zahlen nicht wesentlich beeinflussen, da selbst eine Dunkelziffer von dem drei bis vierfachen bei diesen Zahlen ein zu geringes Gewicht bei diesen Quoten hier hat. Außerdem könnte man dann darüber diskutieren, inwieweit die Selbstkürder, die etwa 80 Prozent dieser Quote ausmachen, freiwillig arbeitslos sind und ob bei ihnen nicht Abstriche gemacht werden müßten. Für 1977 (als dem bisher höchsten Wert) hätte sich somit eine Verringerung der Jahresarbeitslosenquote um 0.1 Prozentpunkte ergeben. Es ist natürlich eine Frage der persönlichen Interpretation, inwieweit diese Zahlen (besonders in ihren Absolutgrößen) als zu hoch, oder als gerade noch erträglich angesehen werden. Uns erscheint es aber von diesen Größenordnungen her nicht als berechtigt, die Arbeitslosigkeit der Bundesrepublik Deutschland mit dem Anteil "unechter" Arbeitslosigkeit zu begründen.

7.5. Sonstige Leistungen

7.5.1. Sozialpläne

Für eine steigende Anzahl von Arbeitnehmern in der BRD werden die Leistungen der BfA durch Leistungen ihrer privaten Arbeitgeber aufgrund tariflicher Vereinbarungen ergänzt. So erhalten z.B. die Arbeitnehmer der chemischen Industrie nach sechs Jahren Betriebszugehörigkeit einen Zuschuß von ihrem Unternehmen, falls sie arbeitslos werden sollten. Die größte publizistische Wirkung solcher Leistungen dürften die Abfindungszahlungen des VW-Werkes um 1975 gehabt haben.

Welche Politik die Gewerkschaften mit diesen tariflichen Zusatzleistungen verfolgen, ist nicht ganz einsichtig. Denn gemäß den §§ 117 Abs. 2 und 138 werden derartige Leistungen voll auf das Arbeitslosengeld bzw. die -hilfe angerechnet; zusätzliches Einkommen erhält der Arbeitslose von dieser Seite im Endeffekt somit nicht.

Anders ist die Situation bei den "Sozialplänen". Ursprünglich in den 60iger Jahren im Steinkohlebergbau eingeführt, sollten sie dazu dienen, älteren Arbeitnehmern, die nahe der Altersgrenze standen und deren Arbeitsmarktchancen nahezu null sind (vgl. nächstes Kapitel), eine Überbrückungshilfe bis zum Bezug von Rente zu geben. Für sie werden die Leistungen nach einem solchen Plan nicht vom § 117 Abs. 2 erfaßt, weshalb ihr (kombiniertes) "Arbeitslosigkeitseinkommen" nur geringfügig vom vormaligen Nettoeinkommen differiert.

Dem "Gesamtsozialplan für den Steinkohlebergbau" sind Anfang der 70iger Jahre weitere Pläne für die Textilindustrie gefolgt. Seitdem wurden derartige Pläne auf andere Industriezweige ausgedehnt. Zusammen sind diese betrieblichen Sozialpläne mittlerweile sehr viel bedeutsamer (von ihrer Größenordnung her), als der ursprüngliche Plan für den Bergbau. Damit einher ging, daß zunehmend jüngere Arbeitnehmergruppen bis hinunter zu 20jährigen von ihnen abgedeckt werden. Die Auswirkungen auf die Dauer der Arbeitslosigkeit bei den Begünstigten werden im neunten Kapitel eingehend dargestellt werden.

7.5.2. Vorgezogenes Altersruhegeld

Auf diesen Aspekt wies der Sachverständigenrat hin, der vermutete, daß die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren etwas dadurch erhöht wurde, weil seit 1973 Arbeitnehmer ab dem 60ten Lebensjahr "vorgezogenes Altersruhegeld beziehen [können] , wenn sie in den anderthalb Jahren vor ihrem Antrag mindestens 52 Wochen lang arbeitslos waren. Wollen sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, kann ihnen nicht daran gelegen sein, innerhalb jener Frist eine Arbeit anzunehmen"¹⁾

1) Der Sachverständigenrat ...: Gutachten 1977/78, a.a.O., S. 67, Ziff. 109.

Ende September 1973 haben 19 000 Arbeitnehmer (das sind 8.7 Prozent der Arbeitslosen zu diesem Zeitpunkt) vorgezogene Rente beantragt bzw. erhalten. 5 100 von ihnen (oder 2.3 Prozent) wegen Berufsunfähigkeit, so daß wegen Alters etwa 14 000 übrigbleiben.¹⁾ Im Mai 1974 betrug ihre Zahl etwa 10 600 (oder 2.3 Prozent der Arbeitslosen) und im September 1974 ca. 12 000 (3.1 Prozent). Nun kann man diesen Personenkreis nicht einfach von den Arbeitslosenzahlen abziehen, da sie einmal tatsächlich arbeitslos geworden sind und zum zweiten diese Altersgruppe immer eine sehr lange Dauer von Arbeitslosigkeit hat (vgl. nächstes und das neunte Kapitel). Das Gesetz kann die Dauer bei diesem Personenkreis nur um einige zusätzliche Monate verlängert haben, es hat die Arbeitslosigkeit aber nicht bewirkt. Betrachtet man dennoch - unter dieser Einschränkung - die oben angegebenen Zahlen, so machte ihr "Beitrag" zur Arbeitslosenquote in den jeweiligen Monaten aus: September 1973 0.09 Prozentpunkte, Mai 1974 0.075 Prozentpunkte und September 1974 0.08 Prozentpunkte.

7.5.3. "Kindergeld-Arbeitslose"

Eine weitere gesetzliche Bestimmung von der ein "künstliches Aufblähen" der Arbeitslosenzahlen zu erwarten war, ist die des § 2 Abs. 4a des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG). Danach besteht für die Eltern von Jugendlichen bis zum 23. Lebensjahr, die bereits eine Schul- und/oder Berufsausbildung abgeschlossen haben, die aber aus verschiedenen Gründen noch keine Arbeit annehmen wollen (z.B. bei jungen Männern die bald zur Bundeswehr müssen), die Möglichkeit, weiterhin Kindergeld zu beziehen, wenn sich die Kinder arbeitslos melden. Diese Jugendlichen stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung und erhalten deshalb keine Leistungen, doch gehen sie in die Arbeitslosenstatistiken ein. Bei diesen "Kindergeld-Arbeitslosen" kann man ohne Vorbehalt sagen, daß sie tatsächlich "unechte" Arbeitslose sind.

Um die quantitativen Ausmaße dieser Gesetzesbestimmung zu erfassen, wurde von September 1976 bis August 1978 eine Sonderzählung

1) Diese und die folgenden Angaben stammen aus den Sonderuntersuchungen hierzu die gleichzeitig mit den Strukturanalysen der jeweiligen Monate durchgeführt wurden. Vgl. ANBA - Monatsberichte, entsprechende Jahrgänge.

bei den Arbeitsämtern durchgeführt. Die monatlichen Durchschnittswerte für das Bundesgebiet sind in Anlage B 7 angegeben. Sieht man von dem ersten Erhebungsmonat ab, so bewegen sich diese Zahlen ziemlich konstant zwischen 15 000 und 19 000 oder durchschnittlich um die 1.5 Prozent der Arbeitslosen (schließt man "Ausreißer" nach oben und unten aus der Betrachtung aus). Wie aus Spalte (5) hervorgeht, wären die monatlichen Arbeitslosenquoten der letzten beiden Jahre ohne diese gesetzliche Bestimmung um durchschnittlich 0.07 Prozentpunkte niedriger gewesen. Somit können auch die Auswirkungen dieser "unechten" Arbeitslosigkeit als nicht gerade überwältigend angesehen werden, geschweige denn, daß sie wesentliches zur Erklärung der Arbeitslosigkeit beitrügen.

7.6. Zusammenfassung

Dieses Kapitel betrachtete work disincentives unter einem institutionellen Gesichtspunkt von dem aus einige Hinweise über deren quantitatives Ausmaß für die Bundesrepublik Deutschland möglich sind. Zunächst wäre festzuhalten, daß bis zu einem Drittel der Arbeitslosen keine Ansprüche auf Leistungen haben, was den Personenkreis, bei dem sich die von der Theorie postulierten Effekte zeigen könnten, entsprechend verringert. In Kopfgrößen wären dies in den letzten Jahren bei den Monats- und Jahresdurchschnittswerten immerhin über 300 000 Personen gewesen.

Von der Dauer der Leistungsgewährung her, wäre zu vermuten, daß deutsche Arbeitslose im internationalen Vergleich länger arbeitslos bleiben. Über die finanzielle Effektivbelastung bei Arbeitslosigkeit sagen die hier vorgestellten Beispielsrechnungen zu wenig aus, als daß sie für die eine oder andere These hinzugezogen werden könnten.

Am Ende des Kapitels wurden Hinweise über "freiwillige" Arbeitslosigkeit gegeben. Sieht man von den "Kindergeld-Arbeitslosen" ab, so sind die dort gemachten Zahlenangaben keineswegs unumstößlich. Der Dunkelziffer bei den Sperrzeiten wegen Ablehnung von Arbeit steht gegenüber, daß bei den Sperrzeiten wegen Selbstkündigung die "Freiwilligkeit" der Entscheidung nicht immer eindeutig abzu-

grenzen ist (wie soll z.B. das Verhalten von Schwangeren beurteilt werden, denen, da sie aufgrund des Mutterschutzgesetzes unkündbar sind, vom Arbeitgeber, unter Hinweis auf das Arbeitslosengeld, dringend geraten wird, sie mögen doch selbst kündigen). Und um absolut genaue Angaben über den Effekt der vorgezogenen Rente zu erhalten, müßte man wissen, wie lange dieser Personenkreis sonst arbeitslos geblieben wäre. Bei den schlechten Arbeitsmarktchancen in dieser Altersgruppe ist durchaus möglich, daß einige, die jetzt den Arbeitsmarkt vorzeitig verlassen haben, ansonsten noch länger arbeitslos geblieben wären.

Was sich hier in welchem Ausmaß kompensiert, kann gar nicht eindeutig gesagt werden. Auf der anderen Seite dürfte das aber auch keine einschneidenden Änderungen mit sich bringen, denn addiert man all diese Bruttogrößen, so hätte sich im Durchschnitt ein Einfluß auf die Jahresarbeitslosenquoten von bis zu 0.25 Prozentpunkten ergeben. Wie in den vorhergehenden Abschnitten gezeigt wurde, sind dies in Absolutgrößen erhebliche Werte, die im politischen Raum als nicht mehr ertragbar angesehen werden mögen. Doch als Theorieansatz zur Erklärung von Arbeitslosigkeit erscheint dieser Aspekt doch als nachrangig - vor allem, wenn man ihn den Arbeitslosen gegenüberstellt, die arbeitslos sind aber keine Leistungen erhalten.

8. Finanzielle Belastungen und Suchverhalten von Arbeitslosen

Der Höhe des Arbeitslosengeldes und den daraus resultierenden Belastungen für den Arbeitslosen wurde im theoretischen Teil zentrale Bedeutung für das Verhalten am Arbeitsmarkt beigemessen. Die Modellrechnungen in Kapitel 7.3. haben dazu wenig Aufschluß geben können. In diesem und dem nächsten Kapitel werden die Ergebnisse von zwei Großuntersuchungen für die Bundesrepublik Deutschland zusammenfassend dargestellt werden, die zu etwas anderen Zwecken durchgeführt wurden, die aber viele Anhaltspunkte für die hier interessierende Problematik enthalten.

Bei beiden handelt es sich um Fragebogenaktionen mit denen Arbeitslose schriftlich befragt wurden. Die erste, Saterdag's Untersuchung¹⁾, wurde Anfang 1975 durchgeführt und umfaßte 507 Personen. Etwas später, im Herbst 1975, wurden im Auftrag des IAB 6063 Arbeitslose, von denen etwa 1000 unter 20 Jahren waren, befragt, "die ein Jahr zuvor (im September 1974) beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet waren"²⁾. Die letztgenannte Untersuchung ist die bisher einzige größere Verlaufsuntersuchung für die BRD mittels der viele Aspekte von Arbeitslosigkeit erfaßt wurden.

8.1. Untersuchungen zur finanziellen Situation von Arbeitslosen

An dieser Stelle sei bereits darauf hingewiesen, daß nicht eine einzige dieser oder aller anderen Arbeiten, die im Folgenden noch vorgestellt werden, genaue quantitative Angaben über die tatsächliche Belastung des jeweiligen Individuums machen kann. Denn wie bei anderen empirischen Untersuchungen zum Konsumverhalten oder zur Vermögensverteilung usw., so verweigern auch hier die Befragten entweder die Auskunft oder sie machen falsche Aussagen, wenn sie zu Angaben nach ihrem Einkommen gebeten werden. So haben von den über 6000 der zweiten Untersuchung nur 1583 Personen Angaben zum Einkommen gemacht; wie genau sie sind, weiß man natürlich nicht.

1) Vgl. Saterdag, Herrmann: Situationsmerkmale von Arbeitslosen Anfang 1975; in: MittAB, 8. Jg., 1975, S. 136 ff.

2) Brinkmann, Christian: Finanzielle und psycho-soziale Belastungen während der Arbeitslosigkeit; in: MittAB, 9. Jg., 1976, S. 397.

Dementsprechend müssen Aussagen zu den finanziellen Fragen etwas relativiert werden.

Von den Personen in Saterdags Untersuchung haben 67.3 Prozent eine Unterstützung vom Arbeitsamt erhalten. Nach Personenmerkmalen aufgeschlüsselt ergibt sich:

Tabelle 8-1¹⁾

Bezug von Arbeitslosenunterstützung in Prozent					
Männer	Frauen	Haushalts- vorstände	bis 24	25 bis 44 Jahre	über 45
74.6	59.9	72.0	57.5	66.7	77.4

Saterdag betont selbst, daß wegen der geringen Grundgesamtheit (507 Personen) die Ergebnisse nicht auf die Bundesrepublik hochgerechnet werden können. Vergleicht man dennoch diese Werte mit den Durchschnittswerten des Jahres 1975 aus Tab. 7-1 (Anteil der Leistungsempfänger insgesamt: 76.04 Prozent; Männer: 78.57 Prozent und Frauen: 68.77 Prozent), so beziehen bei beiden Geschlechtern die von ihm untersuchten Personen unterdurchschnittlich Leistungen. Dennoch ist in Tab. 8-1 erkennbar, daß Frauen weniger als Männer und jüngere deutlich weniger als ältere Leistungen beziehen.

In seiner Frage nach den finanziellen Belastungen stellt Saterdag nicht auf Individuen, sondern auf den Gesamthaushalt ab (insoweit testet er die Überlegungen des vierten Kapitels). Das wichtigste Ergebnis hieraus ist, daß, entgegen allen Erwartungen, alle Einkommensgruppen einen nahezu gleichen Abfall im Einkommen haben, nämlich um etwa 500 DM²⁾. Auf die Frage nach den finanziellen Belastungen, beurteilte die "Hälfte der Befragten und immerhin 40 % der Haushaltsvorstände [...] die finanziellen Einschränkungen eher gering"³⁾. "Demnach war für die Beurteilung der finanziellen Belastungen nicht in erster Linie wesentlich, wie groß der Einkommensverlust im Gesamthaushalt war (...), sondern auf welches Einkommensniveau der Betroffene zurückfiel"⁴⁾.

1) Saterdag: Situationsmerkmale..., a.a.O., nach Tab. 9 auf S. 141.

2) ebenda, S. 142.

3) ebenda.

4) ebenda.

Leider macht Saterdag keine Angaben zum Status der Befragten im Haushalt, denn aus seinen Tabellen geht schon hervor, daß sich Haushaltsvorstände und die Älteren mehrheitlich belastet fühlen. Er nennt mehrere Gründe für das geringe Belastungsgefühl wie Rückgriff auf Ersparnisse, Nebentätigkeiten, Scham u. dgl.. Auf der anderen Seite könnte dies aber auch als Indiz angesehen werden, daß innerhalb des Haushalts eine gute finanzielle Absicherung gegeben ist. Schwerwiegender als die finanziellen wurden von den Befragten auch die psychischen und die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit empfunden.¹⁾

Saterdag macht keine genauen Angaben zur Dauer der Arbeitslosigkeit bei den Befragten. Dieser Aspekt wird von Brinkmann miteinbezogen. 93 Prozent seiner Untersuchungspersonen haben irgendwann während des Untersuchungszeitraumes Leistungen vom Arbeitsamt erhalten (was überdurchschnittlich ist). Neben der Frage nach dem Einkommen wurde ihnen zur besseren Beurteilung ihrer Situation ein Fragekatalog vorgelegt, in dem eine Reihe konkreter Belastungen (wurden Schulden gemacht, persönliche Ausgaben eingeschränkt, usw.²⁾) aufgeführt waren. Diese Fragen wurden denn auch häufiger beantwortet als die nach Geldgrößen. Dennoch kann auf der Basis der 1583 Antworten zum Einkommen die Vermutung von Kapitel 7.3. bestätigt werden, daß in den höheren Einkommensgruppen der Abfall im Nettoeinkommen größer ist als auf 68 Prozent, während umgekehrt die sehr niedrigen Einkommensgruppen auf 73.6 abfallen³⁾.

Deutlicher und genauer als dies oben der Fall ist, kann er zeigen, daß innerhalb des Haushalts eine bessere Absicherung erfolgt, als dies bei Alleinstehenden der Fall ist. Um das wichtigste Ergebnis dieser Untersuchung zu zitieren: "Die finanzielle Belastung ist in allen aufgeführten Belastungsdimensionen

- bei Frauen niedriger als bei Männern
 - bei Verheirateten niedriger als bei Ledigen (...) und als bei
-

1) Vgl. Saterdag: Situationsmerkmale..., a.a.O., S. 142f.

2) Vgl. Brinkmann: Finanzielle ..., a.a.O., S. 399.

3) Vgl. ebenda, S. 403, Tabelle 2.

sonstigen Alleinstehenden (verwitwet, geschieden, getrennt lebend), die in fast allen angesprochenen Bereichen die vergleichsweise stärksten finanziellen Belastungen aufweisen, - bei verheirateten Frauen deren Männer erwerbstätig sind (in aller Regel Vollzeitarbeit) niedriger als bei verheirateten Männern, deren Frauen erwerbstätig sind - und zwar auch dann, wenn sich der Vergleich auf diejenigen Männer beschränkt, deren Frauen eine Vollzeitarbeit ausüben!¹⁾

Der zuletzt erwähnte Punkt verweist auf die immer noch bestehende Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, denn die "Tatsache, daß bei voller Erwerbstätigkeit beider Ehepartner die Arbeitslosigkeit des Mannes zu höheren finanziellen Belastungen führt als die Arbeitslosigkeit der Ehefrau, läßt erkennen, daß in vielen dieser Fälle dem Beruf des Mannes das größere Gewicht für die Existenzsicherung zukommt"²⁾.

Bei den Antworten zu den Belastungsarten fällt auf, daß sich alle Altersgruppen zwischen 20 und 55 Jahren ziemlich ähnlich von der Arbeitslosigkeit betroffen fühlen - jedenfalls erscheinen uns die Unterschiede als nicht allzu groß. Lediglich die über 55jährigen liegen bei nahezu allen Belastungen unter dem Durchschnitt, während sie umgekehrt auf die Frage "Kaum finanzielle Schwierigkeiten" mit 24 Prozent die häufigsten Nennungen haben³⁾.

Wird die Dauer der Arbeitslosigkeit mit in die Betrachtung einbezogen, so wird das Bild eindeutig; mit zunehmender Dauer steigen die Nennungen bei allen Belastungen, während die Nennungen zu "Kaum finanzielle Schwierigkeiten" abfallen. Dies ist insoweit einzuschränken, als die bereits zwölf Monate Arbeitslosen nicht über größere finanzielle Schwierigkeiten klagen als die kurzfristigen, hingegen wird der Abfall vom Arbeitslosengeld zur -hilfe verspürt.⁴⁾

1) Brinkmann: Finanzielle ..., a.a.O., S. 399 und 402.

2) ebenda, S. 402.

3) Vgl. ebenda, S. 400, Tabelle 1.

4) Vgl. ebenda, S. 405f.

Im Gegensatz zu den Erwachsenen klagten die Jugendlichen unter 20 Jahren sehr viel häufiger über Belastungen, und zwar sowohl bei den finanziellen als auch den sozial-psychischen Belastungsfaktoren.¹⁾ Dies obwohl die Untersuchung ebenfalls zeigte, daß jüngere Arbeitslose von Eltern und Bekannten zusätzliche Unterstützung erhalten. Jedenfalls haben 64 Prozent dies angegeben.

Doch scheint das Problem bei ihnen darin zu bestehen, daß die meisten Berufsanfänger sind und deshalb nur geringe Anspruchsdauern auf Leistungen haben. Außerdem kommen viele Jugendliche aus Familien die bereits finanziell anderweitig belastet sind, denn die Jugendlichen aus Kinderreichen und/oder Arbeiterfamilien fühlten sich als am stärksten betroffen.

An für unsere Thesen direkt greifbaren Ergebnissen zeigen diese Untersuchungen, daß die finanzielle Absicherung der Arbeitslosen durch die Arbeitslosenversicherung offenbar gewährleistet ist. Dies gilt besonders für Mehrverdienerhaushalte. Auf der anderen Seite hat die Arbeitslosigkeit für viele der untersuchten Personen erhebliche Probleme mit sich gebracht. Um aber konkretere Anhaltspunkte für unsere Thesen zu erhalten, müßte in zukünftigen Untersuchungen noch mehr Wert auf den genauen Status der befragten Person im Haushalt gelegt werden. Denn was die Ergebnisse einigermaßen deutlich zeigen, ist, daß bei Alleinstehenden der Abfall im Nettoeinkommen so groß ist, daß disincentives von dieser Seite her die Ausnahme sein dürften. Dagegen muß in den Mehrpersonenhaushalten mit Effekten wie sie im vierten Kapitel besprochen wurden gerechnet werden. Über die Größenordnung kann aber auf der Basis des vorhandenen empirischen Materials nur spekuliert werden.

1) Vgl. Schober-Gottwald, Karen: Der Weg in die Arbeitslosigkeit: Berufliche und soziale Herkunft von jugendlichen Arbeitslosen; in: MittAB, 10. Jg. , 1977, S. 143 ff.

Ganz ähnlich sind die Erkenntnisse die US-amerikanische Studien gewonnen haben¹⁾. Da auch sie Probleme mit Einkommensdaten hatten (und sich deshalb mit Durchschnittswerten behelfen), sind die Prozentangaben zum Einkommensabfall nur mit Vorsicht zu betrachten (vor allem weil in der Untersuchung von Gramlich die Daten auf niedrige Einkommensgruppen konzentriert waren). Doch kommen beide Arbeiten trotz völlig unterschiedlicher methodischer Ansätze und Daten zu dem gleichen Ergebnis, daß nämlich für verheiratete Frauen deren Männer erwerbstätig sind, eine (kurze) Periode Arbeitslosigkeit als durchaus angenehme Muße betrachtet wird. Das verlorengegangene Einkommen wird später, nach Erhalt einer neuen Anstellung durch Mehrarbeit wieder wett gemacht²⁾. Dagegen zeigen sich starke Einkommensabfälle, die auch nicht mit anderen Sozialtransfers ersetzt werden können, in Familien, in denen die Frauen das Familienoberhaupt sind - 55.5 Prozent von den untersuchten Familien mit der Frau als Familienoberhaupt sanken trotz der Gewährung von Sozialtransfers zum Arbeitslosengeld auf das physische Existenzminimum ab³⁾.

8.2. Suchverhalten

8.2.1. Häufigkeit von Arbeitslosigkeit

Für die Bundesrepublik Deutschland wurde mit den im vorigen Abschnitt erwähnten Untersuchungen auch versucht, Anhaltspunkte zum Suchverhalten und Suchergebnis der Arbeitslosen zu erhalten. Dabei wurde auch der Aspekt der Häufigkeit von Arbeitslosigkeit mit analysiert. Wie erinnerlich, schloß das zweite Kapitel mit den Hypothesen, daß das Arbeitslosengeld über größere Häufigkeit und längere Dauer von Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenzahlen (-quoten) erhöht hat. Leider muß festgestellt werden, daß diese These bezüglich der Häufigkeit weitgehend unüberprüfbar bleibt. Denn es gibt für kein Land Statistiken darüber, wie häufig

1) Vgl. Rea, Samuel A. Jr.: Unemployment and the Supply of Labor; in: JHR, Bd. 9, 1974, S. 279 - 289; und: Gramlich, Edward M: The Distributional Effects of Higher Unemployment; in: BPEA, 1974, Vol. 2, S. 293 ff.

2) Vgl. Rea: Unemployment ..., a.a.O., S. 288.

3) Gramlich: The Distributional ..., a.a.O., S. 332; aber wie gesagt sollte dieses Ergebnis nicht zu wörtlich genommen werden, da das verwendete sample sich nur auf sehr niedrige Einkommensgruppen bezog und deshalb keine Aussage für sämtliche Arbeitnehmer der USA beinhaltet.

fig Arbeitslosigkeit bei einzelnen Individuen und/oder Berufen auftritt.

Was diese empirischen Untersuchungen für die BRD zeigen können ist, daß die Häufigkeit von Arbeitslosigkeit eine wichtige Erklärung zur Betroffenheit von Arbeitslosigkeit bei bestimmten Gruppen von Erwerbspersonen gibt (insofern kommen hier Argumente der Strukturtheorien mit hinein). Denn Arbeitnehmer, die häufiger den Arbeitgeber gewechselt haben, sind unter den befragten Arbeitslosen eindeutig überrepräsentiert¹⁾. Doch kann diese Häufigkeit nur sehr schwer als "freiwillig" im Sinne der Suchtheorie interpretiert werden. Denn werden Personenmerkmale, wie z.B. das Bildungsniveau, mit betrachtet, so haben die weitaus meisten "Wechsler" keine abgeschlossene Berufsausbildung und/oder Hauptschulabschluß. Dies wird weiter dadurch bestärkt, daß, wie aus Tabelle 8-2 hervorgeht, Angestellte zwar etwa ebenso häufig wie

Tabelle 8-2²⁾

Häufigkeit des Arbeitsplatzwechsels und Arbeitslosigkeit einzelner Berufsgruppen in Prozent

	Berufliche Hilfs-, ange- lernter Arb.	Stellung der Fach-, Vor- arbeiter, Geselle	Angest. in einfacher u. mittl. Position	Angest. in gehobener und leitender Position
mehr als zwei Arbeit- geber in den letzten fünf Jahren	56.7	59.2	62.0	56.0
mehr als einmal zwischen 1965 und 1974 ar- beitslos	39.2	36.4	30.5	22.4
Selbstkunder	13.7	13.2	30.9	22.5
davon wegen:				
geplanter Ortswechsel	3.2	4.2	10.3	9.7
Gesundheit	22.6	22.5	14.8	9.7
andere Grün- de (freiwi.)	19.0	16.4	24.6	27.8

1) Vgl. Brinkmann, Chr.: Arbeitslosigkeit und Mobilität; in: MittAB, 10. Jg., 1977, S. 207.

2) Auszug aus ebenda, S. 221, Tabelle I.

Arbeiter den Arbeitsplatz gewechselt haben, doch geht dieser Wechsel sehr viel seltener mit Arbeitslosigkeit einher, wobei deren Häufigkeit mit zunehmender Qualifikation der Person stetig abnimmt.

In der letzten Zeile sind verschiedene Gründe zusammengefaßt die man als freiwillige Gründe für die Aufgabe eines Arbeitsplatzes bezeichnen könnte (ein Ortswechsel ist natürlich auch freiwillig, doch zieht das bei größeren Entfernungen zwangsläufig die Aufgabe des Arbeitsplatzes nach sich). Hiernach zeigt sich, daß nur bei den Angestellten eindeutig persönliche Gründe am häufigsten zur Selbstkündigung geführt haben, während bei den Arbeitern gesundheitliche Probleme die Hauptrolle spielen. Bezüglich der Arbeitshypothesen stehen wir damit vor einem Dilemma bei der Interpretation dieser Ergebnisse. Gemäß den Ergebnissen vorhergehender Abschnitte und Kapitel haben die niederen Einkommensgruppen einen relativ geringeren Abfall ihres Nettoeinkommens als höhere Einkommensgruppen. Doch gerade die höheren Einkommensgruppen kündigen sehr viel häufiger selbst, werden aber deutlich seltener arbeitslos. Als Zusatzinformation würde jetzt benötigt, inwieweit die Angestellten bereits neue Anstellungsverträge hatten, als sie kündigten. Auf der Basis dieser Angaben scheinen strukturelle Argumente hier eher eine Erklärung zu geben als die der Suchtheorie.

Dies wird bestärkt, wenn weitere Personenmerkmale hinzugezogen werden. So spielt das Alter der Arbeitnehmer für die Fluktuation eine große Rolle (was bereits in der Einleitung zu diesem Teil anklang¹⁾). Traditionell wechseln vor allem in Handwerksberufen Jugendliche mit Abschluß der Berufsausbildung den Arbeitgeber. An diesem Verhalten hat die Rezession der 70iger Jahre wenig geändert, mit dem Unterschied, daß jetzt viele Jugendliche nicht direkt eine neue Arbeitsstelle gefunden haben, was mit zu der Jugendarbeitslosigkeit beigetragen hat. Dieser Wechsel erfolgt natürlich weitgehend freiwillig, doch hat diese Gruppe mit der größten Fluktuationsarbeitslosigkeit die schlechteste Absicherung durch die Arbeitslosenversicherung (was der vorhergehende Abschnitt bestätigt hat). Ein weiterer Grund für diese starke

1) Vgl. Seite 51

Fluktuation mag gewesen sein, daß aufgrund mangelnder Erfahrung am Arbeitsmarkt, die Jugendlichen ihre Chancen während der Rezession überschätzt haben. Denn während ältere Arbeitnehmer aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Rezession von 1967 vorsichtiger geworden sind, und in den 70iger Jahren weniger häufig selbst gekündigt haben, war bei den Jüngeren eine derartige Verhaltensänderung nicht zu beobachten¹⁾.

Eine ähnliche Abhängigkeit der Selbstkündigung vom Alter fand auch die schon erwähnte Untersuchung von Mattila. Bei den Männern über 20 Jahren betrug der Anteil der Selbstkünder an den Jahresarbeitslosenquoten der USA zwischen 1967 und 1971 0.4 Prozentpunkte, bei den Frauen über 20 waren es um die 0.6 Prozentpunkte, dagegen bei den Teenagern 1967 1.5, 1970 1.7 und 1971 1.6 Prozentpunkte²⁾. Und die genaue Aufgliederung der Arbeitslosenquoten der USA nach den Gründen der Arbeitslosigkeit von Brinner³⁾ zeigt, ebenso wie Tabelle 8-2 für die BRD, daß die Kündigung durch den Arbeitgeber der weit überwiegende Grund für Arbeitslosigkeit ist.

Zum Abschluß seien noch zwei qualitative Gründe gegen das "Häufigkeitsargument" vorgebracht. Zunächst einmal verschlechtert häufige Arbeitslosigkeit die Chancen eines Individuums zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, weil besonders in Berufen die einige Qualifikation erfordern ein instabiles Beschäftigungsverhalten vom Arbeitgeber als nachteilig angesehen wird⁴⁾. Außerdem ist die Vermutung, daß ein noch Beschäftigter eine bessere Verhandlungsposition in Vorstellungsgesprächen hat, eher wahrscheinlich, als die umgekehrte Behauptung. Aus alldem ergibt sich, daß auch von diesem Aspekt her, der Erklärungswert der Suchtheorie sehr eingeschränkt werden muß.

1) Vgl. Saterdag: Situationsmerkmale ..., a.a.O., S. 140.

2) Mattila: Job Quitting ..., a.a.O., S. 235 oben und Fußnote 1.

3) Vgl. Anlage C 5.

4) Vgl. Fields: The Direct ..., a.a.O., S. 15.

8.2.2. Eigene Suchanstrengungen

Dies zu überprüfen ist noch **schwieriger**, als die bisher behandelten Punkte. Gemäß den theoretischen Überlegungen im zweiten Kapitel haben Arbeitslose in der Bundesrepublik kaum Suchkosten, da die Arbeitsämter unentgeltlich offene Stellen für den Arbeitslosen gemäß seiner Qualifikation auswählen und ihm anbieten. Aus ihrer Sicht erfüllt der Arbeitslose seine Suchpflicht, wenn er sich bei diesen ausgewählten Stellen vorstellt.

Nun hat es neben der Kritik an der Indikatorfunktion der Arbeitslosenzahlen in letzter Zeit auch solche an der Aussagefähigkeit der Offene-Stellen-Statistik der BfA gegeben. Unter anderem auch in jenen beiden **Artikeln**, mit denen diese Arbeit eingeleitet wurde. DIE ZEIT hatte mit ihrer Umfrage "bei 23 großen und kleineren Betrieben verschiedener Branchen und in verschiedenen Landesteilen"¹⁾ festgestellt, daß über "die Hälfte der befragten Firmen schrieb ihre unbesetzten Stellen gar nicht - oder nur teilweise - beim Arbeitsamt aus"²⁾. Dies ist eine etwas eigenartige Interpretation der Umfrage, denn von den 23 befragten Unternehmen hatten neun ihre offenen Stellen zu 100 Prozent dem Arbeitsamt gemeldet, weitere neun zu 50 Prozent und weniger und die restlichen fünf zu zwischen 80 und 100 Prozent. Dabei hatten die Großunternehmen, die mehrere tausend Stellen anboten, diese zu 100 Prozent gemeldet, während das einzige Unternehmen, das nicht ein einziges Angebot dem Arbeitsamt angezeigt hatte, lediglich vier offene Stellen in einem ganzen Kalenderjahr anzubieten hatte. Gewichtet man die Firmen mit ihren gemeldeten Angeboten, so haben die Unternehmen dieser Umfrage ihre Stellen sogar überdurchschnittlich gemeldet gehabt.

Denn es ist bekannt, daß die Offene-Stellen-Statistik mit Fehlern behaftet ist, daß aber niemand weiß, in welchem Ausmaß. Dies gilt insbesondere für "gehobene" Berufe, bei denen der Stellenmarkt über andere Träger abläuft. Wie schon einmal erwähnt, könnte gemäß den §§ 9 und 10 des AFG eine Meldepflicht einge-

1) Mayer-List: Von nichts..., a.a.O., S. 18.

2) ebenda.

führt werden, doch wurde davon bisher Abstand genommen. Deshalb sollte sich auch in der BRD der Arbeitslose Informationen über offene Stellen aus anderen Quellen beschaffen. Inwieweit die im Rahmen der oben angegebenen Untersuchungen von den Arbeitslosen gemachten Angaben hierzu mit den Tatsachen übereinstimmen, kann nicht beurteilt werden, allerdings kann man nicht ausschließen, da es den Arbeitslosen nichts "kostet" anzugeben, er habe sich auch unabhängig vom Arbeitsamt um Stellenangebote bemüht, daß die Angaben hierzu überhöht sind. Jedenfalls wird dies von 82 Prozent der befragten Erwachsenen¹⁾ und 94 Prozent der Jugendlichen unter 20 Jahren²⁾ erklärt. Mit den Erwartungen stimmt überein, daß mit der Qualifikation auch die Suchanstrengungen steigen, denn die Aufgliederung nach Berufen ergab: Hilfs-, angelernte Arbeiter: 77.5 Prozent; Fach-, Vorarbeiter, Gesellen: 82.6 Prozent; Angestellte in einfacher und mittlerer Position: 83.0 Prozent; und Angestellte in gehobener und leitender Position: 89.8 Prozent³⁾.

Bei den Quellen kommt den Stellenanzeigen in Zeitungen (63 Prozent) und den Hinweisen von Freunden und Bekannten (49 Prozent) die größte Bedeutung zu. Bei älteren Arbeitnehmern nehmen die eigenen Suchanstrengungen ab. Schwierig zu beurteilen ist, daß langfristig Arbeitslose "weniger häufig als beruflich wieder- eingegliederte Arbeitslose eigene Versuche zur Arbeitsaufnahme unternommen"⁴⁾ haben. Ist ihre lange Arbeitslosigkeit eine Folge dieser geringen Anstrengungen oder haben sie umgekehrt wegen der langen Arbeitslosigkeit resigniert? Denn die Arbeitsämter machen öfters die Erfahrung, daß sie Arbeitslose, die bereits ein halbes Jahr und länger arbeitslos sind, ab und zu "treten" müssen, damit diese nicht in völlige Lethargie verfallen. Was gesagt werden kann, ist, daß wieder "erwerbstätige Langfrist-arbeitslose [...] eigene Versuche zur Arbeitsaufnahme in überdurchschnitt-

- 1) Brinkmann, Chr.: Aus der Untersuchung des IAB über Ursachen und Auswirkungen von Arbeitslosigkeit: Strukturen und Determinanten der beruflichen Wiedereingliederung von Langfrist-arbeitslosen; in: MittAB, 11. Jg., 1978, S. 194.
- 2) Schober-Gottwald: Der Weg..., a.a.O., S. 204.
- 3) Brinkmann: Aus der ..., a.a.O., S. 194, Auszug aus Übersicht 10.
- 4) ebenda, S. 195.

lichem, aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Hausfrauen in unterdurchschnittlichen Umfang unternommen" ¹⁾ haben.

Was oben bei der Fluktuationsarbeitslosigkeit bereits indirekt anklang, spielt auch bei den Suchanstrengungen eine bedeutende Rolle, nämlich die Chance, Angebote überhaupt zu erhalten. So ist die kürzere Dauer von Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und Facharbeitern auch Folge davon, daß diese Gruppen mehr Stellenangebote haben als andere. Auf der anderen Seite erhöht ein "niedriges Ausbildungsniveau [...] nicht nur das Risiko arbeitslos zu werden, sondern verringert auch die Wahrscheinlichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden" ²⁾. Diese gegenseitige Durchdringung von Qualifikationsmerkmalen und Suchchancen hat auch zur Folge, daß besser Qualifizierte Arbeitsangebote häufiger ablehnen ³⁾. Dieses Verhalten kann natürlich durch die Absicherung der Arbeitslosenversicherung mitbedingt sein, doch ist es unmöglich, die jeweiligen Faktoren zu trennen.

Was an dieser Stelle nicht möglich ist, ist einen quantitativen Vergleich zu den Suchanstrengungen von Individuen für andere Länder zu geben. Zum einen fehlen entsprechende Statistiken. Außerdem ist es fraglich, ob Angaben der Individuen von den oben dargelegten abweichen würden, denn die Nennungen auf der vorhergehenden Seite zeigen ja eine erstaunlich große Eigenbeteiligung an der Suche, die allen theoretischen Suchkostenüberlegungen Hohn spräche.

8.3. Ergebnis der Suche

Am Ende des zweiten Kapitels wurde als dritte Hypothese der Suchtheorie postuliert, daß mit der Dauer der Arbeitslosigkeit eine bessere Stellung erreicht würde. Arbeitslosigkeit wurde dabei mit Suchzeit gleichgesetzt. War diese Hypothese eine Folge mathematischer Modellannahmen, so begründet der Sachverständigenrat

1) Brinkmann: Aus der ..., a.a.O., S. 195.

2) Saterdag: Situationsmerkmale ..., a.a.O., S. 145.

3) Vgl. Schober, Karen: Aus der Untersuchung des IAB über Ursachen und Auswirkungen der Arbeitslosigkeit - Arbeitslose Jugendliche: Belastungen und Reaktionen der Betroffenen; in: MittAB, 11. Jg., 1978, S. 204 ff.

ein derartiges Resultat mit der Suchintensität. "Für sich genommen räumt die finanzielle Besserstellung der Arbeitslosen diesen jedenfalls die Möglichkeit ein, länger mit gleicher Intensität wie früher nach einem passenden Arbeitsplatz zu suchen oder weniger intensiv und deshalb länger. Ersteres ist durchaus eine erwünschte Nebenwirkung der finanziellen Besserstellung; denn längeres intensives Suchen wird dazu führen, daß im ganzen die mit den angebotenen Arbeitsplätzen verbundenen Anforderungen besser zu den Qualifikationen derer passen, die diese Arbeitsplätze besetzen!"¹⁾ Nun ist Suchintensität kaum noch empirisch überprüfbar, deshalb helfen die Erkenntnisse des vorhergehenden Abschnitts hierzu nicht weiter. Allerdings darf aufgrund des dort gesagten bezweifelt werden, ob mit langer Dauer der Arbeitslosigkeit die Suchanstrengungen fortgeführt werden, oder ob nicht vielmehr umgekehrt mit zunehmender Dauer die Enttäuschung der Betroffenen wächst und sie schließlich in Lethargie verfallen. Gerade mit dem letzten Gesichtspunkt wird ja auch der "discouraged worker effect" begründet.

Unter, vorerst, Außerachtlassung der Dauer, hat Brinkmann bei einem Vergleich von Personen die eine Zeitlang arbeitslos gewesen waren festgestellt: "Im Durchschnitt hat sich bei ihnen das monatliche Nettoeinkommen nach der Arbeitslosigkeit um etwa 100 DM gegenüber dem Einkommen vor der Arbeitslosigkeit verringert. Einkommensverbesserungen bei niedrigem Einkommen stehen Verschlechterungen in Einkommensgruppen ab 1200 DM gegenüber"²⁾. Dieses Ergebnis muß insoweit eingeschränkt werden, als die Verbesserungen bei den unteren Einkommensgruppen ausschließlich eine Folge der zwischenzeitlich durchgeführten Kindergeld- und Steuerreform von 1974/75 waren. Damit ergibt sich ein noch stärkerer Abfall der Durchschnittsgrößen, denn die Einkommenseinbußen in den höheren Gruppen waren z.T. erheblich, was seinen Grund mit darin hatte, daß einige Fachkräfte beruflich abgestiegen sind³⁾.

Da, wie zu Eingang des Kapitels gesagt wurde, Interviewte nur

1) Sachverständigenrat Gutachten 1977/78, a.a.O., S. 67, Ziff. 108.

2) Brinkmann: Arbeitslosigkeit..., a.a.O., S. 215.

3) ebenda.

äußerst ungern Angaben zum Einkommen machen, wurden sie auch um eine "qualitative" Bewertung ihrer neuen Stelle im Vergleich mit der vor der Arbeitslosigkeit gebeten. Etwa 27 Prozent¹⁾ beklagten eine Verschlechterung. Die folgende Tabelle 8-3 stellt die Angaben zum Verdienst der Dauer der Arbeitslosigkeit gegenüber:

Tabelle 8-3²⁾

Bewertung des Verdienstes der neuen Stellung im Vergleich zu der vor der Arbeitslosigkeit (Angaben in Prozent)

	Verdienst der neuen Stelle ist niedriger	höher
Geschlecht		
männlich	42.8	28.9
weiblich	33.9	33.3
Dauer der Arbeitslosigkeit		
bis unter 1 Monat	33.7	37.6
1 bis unt. 3 Monate	34.8	32.8
3 bis unt. 6 Monate	36.2	36.2
6 bis unt. 9 Monate	40.3	26.7
9 bis unt. 12 Monate	42.5	26.8
12 bis unt. 15 Monate	42.6	23.5
über 15 Monate	40.6	38.8

Auch wenn die Unterschiede zwischen den Gruppen nicht allzu groß sind, überwiegen doch die Nennungen die einen Abstieg angeben. Insoweit widerlegen sie die Hypothesen eher, als daß sie sie

1) Eigene Berechnung nach den Angaben in Brinkmann: Arbeitslosigkeit ..., a.a.O., S. 215, Übersicht 10.

2) Auszug aus ebenda; S. 223, Tabelle III.

bestätigen.

Verblüffend bei diesen Untersuchungen war, daß die Arbeitslosen auch bei langanhaltender Arbeitslosigkeit ihren reservation wage nicht senken, woraus auch resultiert, daß die Nennungen über niedrigeren Verdienst wohl mit der Dauer abfallen, aber doch nicht so stark wie man vielleicht erwartet hätte. Ähnliches bestätigt eine Untersuchung für die USA (für die erste Hälfte der 60iger Jahre), die zu dem Ergebnis kam, daß der reservation wage mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit im Durchschnitt nur um 0.3 Prozent pro Monat gesenkt wurde¹⁾. Konzessionen machen die Arbeitslosen primär bei den qualitativen Anforderungen an den Arbeitsplatz, d.h. sie nehmen längere Wege in Kauf oder eine größere Schmutz- und Lärmbelastung. Dagegen wird ein einmal erreichtes finanzielles Niveau sozusagen verteidigt. Von den Gründen zur Ablehnung von Angeboten erfolgten denn auch etwa ein Viertel, um keinen Lohnabfall hinnehmen zu müssen.²⁾ Insofern ergibt sich eine Bestätigung für die Vermutung von Freiburghaus, daß die "bessere finanzielle Absicherung während der Arbeitslosigkeit und die höhere "Freizeitpräferenz" [dazu führen], daß längere Suchprozesse nach einem geeigneten Arbeitsplatz einer Anpassung der Erwartungen nach unten vorgezogen werden"³⁾. Damit stehen wir wieder vor dem Problem, daß wir wissen, ein Effekt existiert, aber seine quantitativen Auswirkungen sind nicht bekannt. Wobei bei diesem speziellen Problem noch die Frage hinzukommt, ob man ihn überhaupt hinreichend genau erfassen könnte, müßte doch dann die Situation bekannt sein, die ohne ihn bestünde.

8.4. Zusammenfassung

Eine eindeutige Aussage zu den Hypothesen hat dieses Kapitel

1) Kasper, Hirschel: The Asking Price of Labor and the Duration of Unemployment; in: REAS, Vol. 49, 1967, S. 165 - 172.

2) Vgl. Brinkmann: Aus der ..., a.a.O., S. 193.

3) Freiburghaus: Dynamik ..., a.a.O., S. 254.

nicht geben können. Abgesehen davon, daß das bisher vorhandene empirische Material hierzu noch weitgehend unzureichend ist, kann doch als Tenor dieses Kapitels festgestellt werden, daß die Thesen der Suchtheorie in Einzelfällen durchaus zutreffen mögen, für die überwiegende Mehrheit der Arbeitslosen aber als wenig wahrscheinlich angesehen werden müssen.

Dies wird noch durch einen Aspekt bestärkt, der in diesem Kapitel weggelassen wurde, der aber in den vorgestellten Untersuchungen eine große Bedeutung hat - der der psychisch-sozialen Belastungen. Wie erinnerlich (vgl. Seite 9), wurden diese Faktoren (da sie quantitativ kaum meßbar sind) von der Suchtheorie aus der Betrachtung ausgeklammert. Doch kamen alle diese Untersuchungen zu dem Schluß, daß die Arbeitslosen gerade diese Belastungen als sehr viel gewichtiger empfanden als die finanziellen, was auch von ausländischen Arbeiten bestätigt wird¹⁾. Dies kann natürlich auch ein Resultat davon sein, daß die materielle Absicherung der Arbeitslosen heute weitgehend gewährleistet ist. Es könnte aber auch bedeuten, daß die Suchtheorie, die nur auf den finanziellen Aspekt abstellt, den bedeutenderen per Annahme ausgeklammert hätte. Daraus folgt dann aber ein sehr eingeschränkter Erklärungswert dieser Theorie zum Verständnis der Realität - falls dies überhaupt das Ziel der Theoretiker ist.

1) Vgl. Harrison, R.: The demoralizing experience of prolonged unemployment; in: Department of Unemployment Gazette, April 1976; und: Sinfield, A.: The long-term unemployed, OECD, Paris 1968.

9. Bestimmungsgründe für die Dauer von Arbeitslosigkeit

Im vorhergehenden Kapitel wurde auf die Häufigkeit von Arbeitslosigkeit einzelner Individuen eingegangen - jedenfalls soweit Aussagen dazu möglich waren. Dieses Kapitel sucht nach Anhaltspunkten zur Dauer von Arbeitslosigkeit - also zu den ersten beiden Hypothesen von Seite neunzehn. Allerdings stehen wir auch hier vor dem Problem, daß es für die Bundesrepublik Deutschland keine individuellen Daten, die die Dauer der Arbeitslosigkeit mit den Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung kombinieren, gibt. Was vorhanden ist, sind aggregierte Daten, die bis 1964 nur sporadisch erhoben wurden. Erst seit 1966, und besonders mit Einführung der "Strukturanalysen der Arbeitslosen", gibt es einigermaßen umfangreiche Statistiken, die, da nach einem einheitlichen Schema aufgebaut, auch vergleichbar sind.

Allerdings handelt es sich dabei um Bestandsgrößen, d.h. man erhält von ihnen keine Angaben über die tatsächliche Dauer der Arbeitslosigkeit, sondern darüber, wieviele Arbeitslose am jeweiligen Stichtag der Untersuchung (Ende Mai oder Ende September) wieviele Monate arbeitslos waren. Dies hat zur Folge, was in mehreren Arbeiten nachgewiesen wurde¹⁾, daß die Berechnung der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit auf der Basis dieser Daten zu Überschätzungen führt, weil bei einer derartigen Erhebung die Langfristarbeitslosen stark überrepräsentiert sind. Denn, wie leicht ersichtlich, ist die Wahrscheinlichkeit, daß kurz- und sehr kurzfristig Arbeitslose an diesen Stichtagen erfaßt werden gering, wohingegen Langzeitarbeitslose eventuell mehrfach erfaßt werden.

Dies gilt nicht nur für die BRD. Kaitz, der sowohl Strom- als auch Bestandsgrößen zur Verfügung hatte, berechnete für die USA, daß 1969 die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit auf der Basis von Bestandsgrößen acht Wochen betrug, während die durch-

1) Vgl. Egle: Zusammenhang ..., a.a.O.; Ders.: Dauer, Häufigkeit und Abbau der Arbeitslosigkeit - Eine kombinierte Bestandsanalyse der Arbeitslosen vom Mai und September 1977; in: MittAB, 11. Jg., 1978, S. 7ff; König: Zur Dauer ..., a.a.O.; und Freiburghaus: Dynamik ..., a.a.O. .

schnittliche vollendete Dauer lediglich 4.6 Wochen, also fast die Hälfte, ausmachte¹⁾.

Gewichtiger als dieses Schätzproblem ist für uns aber, daß, wie auf der vorhergehenden Seite schon angesprochen, es keine kombinierten Erhebungen von Dauer und Leistungen gibt. Damit wird ein direkter Test der Hypothesen unmöglich. Lediglich eine Nacherhebung im November 1976 zu der im vorigen Kapitel vorgestellten Großuntersuchung des IAB vom September 1975 gibt auch hierzu einige bedeutende Hinweise.

Somit wird sich auch dieses Kapitel, wie schon das vorhergehende, damit beschränken müssen, einige Indizien für das Auftreten der postulierten Effekte und die Wahrscheinlichkeit der Hypothesen zu gewinnen. Mit Sicherheit können lediglich die Determinanten aufgezeigt werden, die alle die Dauer mit beeinflussen. Damit wird das Abstellen auf ausschließlich monetäre Faktoren in der Suchtheorie und im income-leisure-approach zwar stark relativiert, doch sagt das immer noch nichts über das quantitative Ausmaß der jeweiligen Faktoren aus - was ja angestrebt war.

9.1. Die Dauer der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Arbeitnehmergruppen

Suchen wir zunächst nach Indizien bei den Angaben über die durchschnittliche Dauer. In Anlage B 8 sind von Freiburghaus geschätzte Werte zur Dauer der Arbeitslosigkeit in einzelnen Altersgruppen der Geschlechter aufgeführt. Sie scheinen die Thesen des vierten Kapitels insoweit zu bestätigen, als seit 1968 die Dauer bei den Frauen immer länger war als bei den Männern, bei den Jüngeren, die zu einem geringeren Teil Ansprüche erworben haben als die Älteren, kürzer als bei jenen. Zur Bewertung dieser Fakten werden spätere Abschnitte Zusatzinformationen geben, die eine derart simple Interpretation nicht zulassen.

1) Vgl. Kaitz, Hyman B.: Analyzing the Length of Spells of Unemployment; in: MLR, Vol. 93, Nov. 1970, S. 11 - 20.

Greifen wir zweitens den Gedanken aus Kapitel 8.2. wieder auf, wonach die Suchkosten in der Bundesrepublik Deutschland für den Arbeitslosen sehr niedrig liegen (wenn sie nicht gleich null sind), auf der anderen Seite Leistungen aber sehr lange gewährt werden (im internationalen Vergleich). Es wurde oben schon einmal die Vermutung ausgesprochen, daß demnach die Arbeitslosigkeit in der BRD im Vergleich z.B. mit den USA wesentlich länger sein müßte¹⁾.

Einen derartigen Hinweis schien bereits Tabelle 4-3 gegeben zu haben, und es wird noch deutlicher, nimmt man Anlage C 4 hinzu. Vergleicht man die Werte dieser Anlage mit denen von Freiburgerhaus oder - noch besser - mit den "Strukturanalysen"²⁾ (ohne Tabelle) der entsprechenden Jahre, so haben die USA bei jeder Konjunkturlage sehr viel größere Gruppen kurzfristiger Arbeitslosigkeit (unter einem Monat) als die BRD, während umgekehrt hier die Arbeitslosigkeit über sechs Monate im Durchschnitt doppelt so hoch ist (anteilmäßig). Kann dies als eine Bestätigung der These angesehen werden? - Vielleicht - doch dann mit gewichtigen Einschränkungen. Denn diese extrem kurzfristige Arbeitslosigkeit der USA ist primär Folge des anderen Verhaltens der Arbeitgeber - des "temporary layoff", oder besser bekannt als "hire and fire".

Die Arbeitslosenzahlen und andere Angaben zur Arbeitslosigkeit (wie z.B. die Dauer) werden in den USA monatlich mittels des "Current Population Surveys" (CPS) erfaßt. Als arbeitslos gilt danach derjenige, der zum Zeitpunkt der Befragung in keinem Beschäftigungsverhältnis steht. Als Feldstein für den März 1974 diese Angaben stichprobenartig nach den Gründen für die Arbeitslosigkeit untersuchte, fand er heraus, daß 56.1 Prozent dieser Arbeitslosen auf temporary layoff waren, wobei die überwiegende Mehrheit von ihnen wußte, wo und wann sie wieder einer Beschäftigung nachgehen würden³⁾. Bei 44.3 Prozent betrug dieser layoff

1) Vgl. Seite 71.

2) Die Erhebungsmethode bei den Angaben von Anlage C 4 ist die gleiche wie in den Strukturanalysen, dennoch können die Werte nur tendenziell aber nicht Zahl für Zahl miteinander verglichen werden, da sie sich auf etwas unterschiedliche Zeiträume beziehen.

3) Feldstein, M.: The Importance of Temporary Layoffs: An Empirical Analysis; in: BPEA, 1975, S. 732.

keine vier Wochen, bei 68.1 Prozent keine zehn. Dies beeinflußt natürlich auch das Suchverhalten der Betroffenen. Von denjenigen Arbeitslosen, die aus anderen Gründen als einem temporary layoff arbeitslos waren, bemühten sich 81.4 Prozent um irgendeine Anstellung, von denjenigen, die zwar auf temporary layoff waren, aber nicht wußten, wann sie bei einem Arbeitgeber anfangen könnten, suchten 15.4 Prozent nach einer (zwischenzeitlichen) Arbeit. Hingegen haben von denjenigen, die bereits ihren Anstellungstermin kannten, nur 4.6 Prozent nach anderweitiger oder zwischenzeitlicher Arbeit gesucht¹⁾.

Dieser spezielle Aspekt des amerikanischen Arbeitsmarktes mag auch erklären, warum die schon einmal erwähnte Untersuchung von Rea²⁾ so eindeutige Substitutionseffekte zwischen Arbeit und Muße gefunden hatte, bzw. warum viele seiner untersuchten Personen die Arbeitslosigkeit durchaus als Muße betrachtet und das verlorengegangene Einkommen später durch Überstunden wieder ausgeglichen haben.

Für uns ergeben sich hieraus folgende Schlüsse. Wegen der unterschiedlichen Unternehmenspolitik (und gesetzlichen Möglichkeiten) erscheint es zweifelhaft einem Vergleich der Dauer zwischen beiden Ländern, wie er oben durchgeführt wurde, irgendeine Aussagekraft für oder gegen die These beizumessen. Ein anderes Problem ist, ob die amerikanischen Arbeitgeber die Politik des "hire and fire" in der heutigen politischen Umwelt noch durchführen könnten, wäre nicht ein Großteil der Arbeitnehmer während des temporary layoffs durch das Arbeitslosengeld abgesichert. Der Einfluß der Arbeitslosenversicherung erfolgt dann aber primär über das Kalkül der Arbeitgeber, während die Arbeitnehmer (in den Überlegungen des ersten Teils die ausschließlichen Akteure) darauf lediglich reagieren (indem sie z.B. durch Mehrarbeit und Ersparnisbildung den nächsten layoff antizipieren).

1) Feldstein: The Importance ..., a.a.O., S. 732.

2) Vgl. Rea: Unemployment ..., a.a.O..

9.2. Determinanten der Dauer von Arbeitslosigkeit

9.2.1. Verhaltensänderungen aufgrund finanzieller Änderungen

Ein wichtiger und - ausnahmsweise einmal - eindeutiger Hinweis für die BRD kommt von der bereits erwähnten Nacherhebung vom November 1976, mit der Erfahrungen über Langzeitarbeitslosigkeit gewonnen werden konnten. Wie im siebten Kapitel gezeigt wurde, kennt die BRD in der Regel keinen völligen Abbruch von Geldleistungen. Auf der anderen Seite hat das vorhergehende Kapitel gezeigt¹⁾, daß die Zäsur nach zwölf Monaten - der Abfall vom Arbeitslosengeld auf die -hilfe - sehr wohl gespürt wird. Nun ist die Frage interessant, ob dies Absinken der "benefit-earnings-ratio" auch zu einer Verhaltensänderung bei den Arbeitslosen führt? - Die Antwort darauf ist: ja.

"Nach gut einem Jahr Arbeitslosigkeit steigt die Wiedereingliederungsquote [in den Arbeitsprozeß] für einige Monate noch einmal an und verharnt dann auf diesem - im Vergleich zu kurzfristig Arbeitslosen allerdings niedrigeren - Niveau"²⁾. In Figur 9-1 sind Verbleibkurven von Arbeitslosen dargestellt, aus der der Anstieg beim Abgang in die Erwerbstätigkeit zwischen dem zwölften und sechzehnten Monat der Arbeitslosigkeit deutlich wird. Allerdings geht aus ihr auch hervor, "daß Abgänge in Hausfrauentätigkeit und als Rentner in starkem Ausmaß nach rd. einem Jahr Arbeitslosigkeit [ebenfalls] erfolgen. Hier schlagen sich die gesetzlichen Möglichkeiten zur Frühverrentung nach einem Jahr Arbeitslosigkeit sowie die Tatsache nieder, daß mit dem Erlöschen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld nach einem Jahr viele Frauen keine Arbeitslosenhilfe beziehen und auf eine Meldung beim Arbeitsamt verzichten"³⁾. Für die zuletzt genannte Gruppe bedeutet dies, daß sie aufgrund der Leistungen länger im Arbeitsprozeß gehalten werden - wenn auch nur in einem statistischen Sinne; bei geringerer Dauer der Leistungsgewährung wären sie wahrscheinlich schon früher in die Stille Reserve abgegangen.

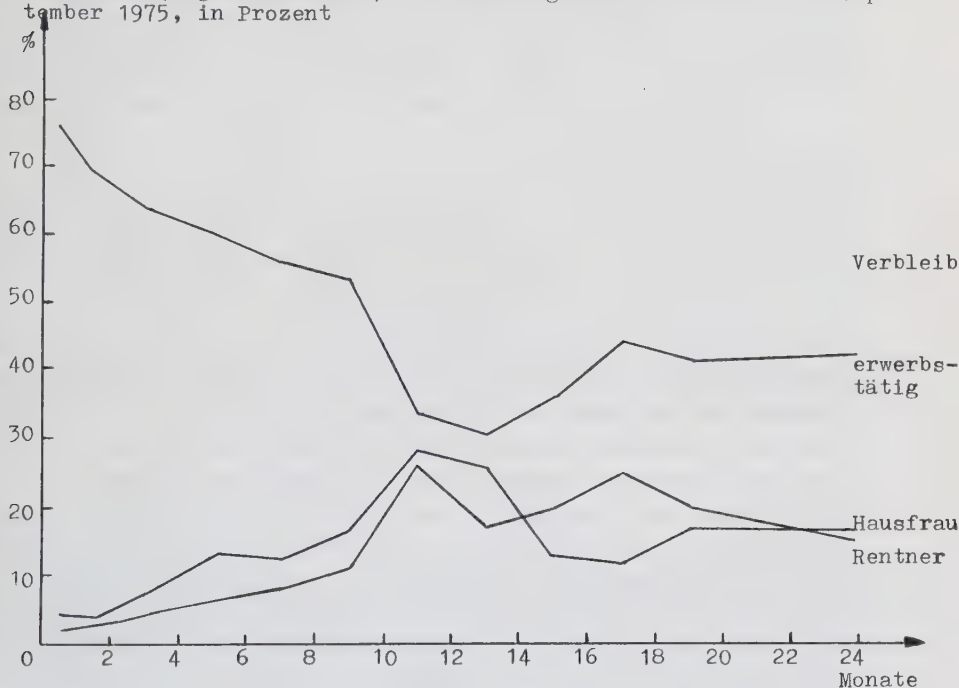
1) Vgl. Seite 93.

2) Brinkmann: Aus der ..., a.a.O., S. 180.

3) ebenda.

Figur 9-1 1)

Erwachsene deutsche Arbeitslose vom September 1974, die innerhalb eines Jahres aus der Arbeitslosigkeit ausgeschieden sind, nach Dauer der (abgeschlossenen) Arbeitslosigkeit und Verbleib im September 1975, in Prozent



Zurück zu den Abgängen in Arbeit. "Bezogen auf alle hier erfaßten Abgänge in Arbeit beträgt der Anteil der Abgänge nach 11 - 12 Monaten knapp 14% , gegenüber 10% nach 9 - 10 Monaten und jeweils unter 10% in den nachfolgenden Zwei-Monats-Zeiträumen. Hier dürften vor allem die finanziellen Zwänge eine Rolle spielen, die mit dem Übergang von Arbeitslosengeld auf Arbeitslosenhilfe (...) entstehen,

Insgesamt konzentrieren sich die Abgänge nach der Dauer der Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt des Ausscheidens auf die ersten beiden Mo-

1) Brinkmann: Aus der ..., a.a.O., S. 181, Schaubild 1.

nate und das Ende des ersten Jahres. Danach sind nur noch geringe und sich sukzessiv verringernde Abgänge aus der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, wobei sich allerdings, wie bereits erwähnt, die Wiedereingliederungsquoten nicht weiter verringern. D.h., wer nach gut einem Jahr Arbeitslosigkeit weder eine Arbeit gefunden noch in eine 'Alternativrolle' zur Erwerbstätigkeit übergewechselt ist, muß mit weiterhin langandauernder Arbeitslosigkeit und einer auf gut 40% verringerten Wiedereingliederungswahrscheinlichkeit rechnen¹⁾.

Für unsere Thesen bleibt folgendes festzuhalten. Der finanzielle Abfall von Leistungen bzw. deren Erlöschen hat deutliche Verhaltensänderungen bei den Betroffenen zur Folge. Bei Gruppen mit "Alternativrollen" zum Beruf (wie Hausfrauen und Rentner) bewirkt die Dauer der Leistungsgewährung, daß sie länger im Erwerbsleben gehalten werden, zumindest so lange wie der Leistungsanspruch besteht. Bei den anderen ist verstärkter Abgang in Erwerbstätigkeit zu beobachten. Allerdings sollten die Größenordnungen nicht außer acht gelassen werden. Die weit überwiegende Mehrzahl der Arbeitslosen ist, unabhängig von der Dauer der Leistungsgewährung, kurzfristig arbeitslos. Außerdem sind die Größen abhängig von der Zeit. Wie aus Anlage B 8 ebenfalls hervorgeht, sind Langzeitarbeitslose erst mit der letzten Rezession zu einem Problem von Bedeutung geworden. Konjunkturelle Gründe bestimmen somit primär über das Ausmaß des Auftretens eines solchen Verhaltens. Schließlich wurde auf einen neuen Aspekt verwiesen - mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit sinken die Wiedereingliederungschancen des Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Dies verweist auf weitere Faktoren die hier mit hineinspielen ohne bisher entsprechend beachtet worden zu sein.

9.2.2. Nichtmonetäre Faktoren

Das Hauptinteresse der Untersuchung galt nicht diesem einen speziellen Aspekt sondern der Analyse aller Faktoren, die zur Dauer von Arbeitslosigkeit beitragen und unter denen der finanzielle nur einer ist. Der Arbeit kommt besonderes Gewicht deshalb zu, weil

1) Brinkmann: Aus der ..., a.a.O., S. 180.

mittels einer Konstruktgruppenanalyse versucht wurde, diese Bestimmungsgründe gemäß ihrer Bedeutung für die Dauer von Arbeitslosigkeit bei Individuen zu erfassen und in eine Reihenfolge zu bringen. Was im Zusammenhang mit den psychisch-sozialen Faktoren zu Ende des vorigen Kapitels anklang, zeigt sich hier deutlich: bei jeder Fragestellung tragen finanzielle Faktoren nur nachrangig zur Erklärung bei. Wesentlicher waren andere, nichtmonetäre Größen.

Es würde zu weit gehen, jetzt ausführlich auf diese anderen Faktoren einzugehen. Dazu sei auf die Arbeit selbst verwiesen. Auf der anderen Seite war eine bedeutende Annahme der Suchtheorie, daß jedes Individuum die gleichen Suchchancen habe. Um zu zeigen, wie zweifelhaft diese Annahme ist, seien deshalb im Folgenden diese anderen Faktoren kurz angesprochen. Nicht die Überprüfung der Hypothese steht im Interesse der folgenden Seiten, sondern eine Annahmenkritik.

9.2.2.1. Art der Tätigkeit

Neben der Qualifikation des Stellenbewerbers, deren Bedeutung für die Suchchancen bereits oben erwähnt wurde¹⁾, kommt ein weiterer wichtiger Einfluß von der Art der gewünschten Tätigkeit her. Dabei spielt in bezug auf die Größenordnungen die Unterscheidung zwischen Voll- und Teilzeittätigkeit die wichtigste Rolle.

Bei den Männern ist Teilzeitbeschäftigung kaum gefragt und deshalb auch kein Problem. Ebenso suchen die meisten Frauen eine Vollzeitarbeit; allerdings sind sie zumeist jünger und unverheiratet. Doch fast die Hälfte der Frauen wünscht primär eine Teilzeitarbeit. Dafür sind aber in den letzten Jahren die Stellenangebote stark zurückgegangen. So gab es im September 1976 nur eine offene Stelle für neun Teilzeitarbeitssuchende, ähnlich war die Lage im September 1977 und im Mai 1978, während bei der Vollzeitarbeit die Verhältnisse 3.5 im September 1977 und 3.2 Arbeitslose auf eine offene Stelle im Mai 1978 betrugen²⁾.

1) Vgl. Seite 101.

2) ANBA - Monatsbericht; 1977, S. 213 ; 1978, S. 5.

Erschwerend kommt hinzu, daß von den Teilzeitsuchenden zwei Drittel ausschließlich vormittags arbeiten wollen. Da sich hierunter überdurchschnittlich viele verheiratete Frauen mit Kleinkindern befinden, ist es auch kaum möglich, hier dadurch Abhilfe zu schaffen, indem eine Vollzeit- in zwei Teilzeitstellen umgewandelt wird. Außerdem reichen auch bei den Vollzeitstellen die Angebote nicht aus. Dazu treten noch weitere Probleme, wie daß Personen die ihre Berufstätigkeit unterbrochen haben - und bei Frauen ist dies wegen der häuslichen Verpflichtungen häufig der Fall - es sehr schwer haben, während einer rezessiven Phase wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen.

9.2.2.2. Gesundheit und Alter

Neben diesem Arbeitsmarktfaktor entscheiden Personenmerkmale über die Suchchancen des Arbeitssuchenden. Dabei zeigten in der oben angeführten Untersuchung Alter und Gesundheit die jeweils stärksten Einflüsse auf die Dauer, wobei beide noch sehr stark miteinander korreliert sind.

In den 60iger Jahren waren die über 65jährigen die Problemgruppe bei der Langzeitarbeitslosigkeit. Die über zwei Jahre arbeitslosen wurden nahezu ausschließlich von ihnen gebildet. Als mit Einführung des AFG 1969 Arbeitslose über 65 Jahren keine Ansprüche auf irgendwelche Leistungen mehr hatten - an ihre Stelle trat die Rente - verschwand diese Gruppe schlagartig aus den Statistiken. Lediglich Einzelne meldeten sich noch eine zeitlang arbeitslos, höchstwahrscheinlich, um ihre Anspruchszeiten für die Rente zu füllen¹⁾. Doch nachdem diese Gruppe kein Problem mehr darstellte, wurde ihr Platz von der nächstjüngeren, den 60 bis 65jährigen eingenommen. Und mit Einführung der vorgezogenen Rente 1975 ergab sich eine weitere Verjüngung bei den Langzeitarbeitslosen. Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen sind Ältere zwar nur schwer kündbar, doch werden sie einmal arbeitslos, sind ihre Chancen, wieder in den Arbeitsprozeß einzutreten, sehr gering, was auch ausländische Erfahrungen bestätigen²⁾. Die lange Dauer

1) Vgl. ANBA - Monatsbericht; 1969, S. 938.

2) Für Schweden vgl. Barrett, Nancy Smith: The U.S. Philipps Curve and International Unemployment Rate Differentials: Comment; in: AER, Vol. 65, S. 220; für Kanada vgl. Green/Cousineau: Unemployment ..., a.a.O., S. 30 ff.

der Arbeitslosigkeit dieser Personengruppe ist damit aber Folge anderer Faktoren und nicht dessen, daß sie von allen Altersgruppen die meisten Ansprüche auf Arbeitslosengeld haben.

Dies wird bestärkt, wenn gesundheitliche Einschränkungen zum Alter treten. "Je kleiner der Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen, desto kürzer war die Dauer der Arbeitslosigkeit. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit nimmt dann der Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen merklich zu"¹⁾. Dies zeigte sich in den letzten Jahren deutlich an dem kontinuierlichen Ansteigen Schwerbehinderter an den Arbeitslosen. Ähnlich den älteren Arbeitnehmern sind sie gesetzlich gegen Kündigungen gut abgesichert. Verlieren sie aber einmal den Arbeitsplatz, so ist es äußerst schwierig, sie wieder in einer Arbeit unterzubringen²⁾.

Man könnte jetzt noch auf viele andere Sonderfaktoren wie Ehestand, Berufsanfang, u.dgl.m. eingehen, doch ist dies einmal nicht Erklärungsziel dieser Arbeit, zum anderen sind hierzu bereits genügend Untersuchungen veröffentlicht worden. Hier sollte lediglich gezeigt werden, welche Faktoren noch vor Suchkostenüberlegungen treten und die Dauer der Arbeitslosigkeit und die Wiedereingliederungschancen in den Arbeitsmarkt primär bestimmen. Zum Abschluß sei noch eine interessante Untersuchung erwähnt, die für Großbritannien ebenfalls bestätigt fand, daß die Wiedereingliederungschancen, wie oben erwähnt, mit der bisher durchgemachten Dauer der Arbeitslosigkeit absinken. Doch fand McGregor bei genauerer Analyse der jeweiligen Personenmerkmale, die ihrerseits - was oben auch indirekt anklang - ebenfalls die Wiedereingliederungschancen bestimmen, daß beide, die Dauer und die Eingliederungschancen primär von ihnen abhängig waren, die Dauer trat dann nur noch als zusätzliches Hindernis hinzu³⁾.

1) ANBA - Strukturanalyse vom September 1976, S. 14.

2) Vgl. ANBA - Monatsbericht; Januar 1979 und: Handelsblatt: "Unterbringung in Arbeit wird immer schwieriger", 34. Jg., Nr. 34 vom 16./17.02.1979.

3) Vgl. McGregor, A.: Unemployment Duration and Re-Employment; in: The Economic Journal, Vol. 88, 1978, S. 693 - 705.

9.3. Sozialpläne

In Kapitel 7.5.1. wurde auf sie bereits hingewiesen, ohne jedoch auf ihre Auswirkungen einzugehen. Da Leistungen aus einem Sozialplan nicht unter den Ruhestatbestand des § 117 Abs. 2 APG fallen, kann das kombinierte Nettoeinkommen bei Arbeitslosigkeit sehr viel höher als nach den Bestimmungen des Gesetzestextes liegen. Außerdem ergibt sich das Problem, daß vor allem ältere Arbeitnehmer die kurz vor der Rente stehen, an der Aufnahme einer Arbeit gar nicht interessiert sein werden, womit sie eigentlich dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung stehen. Gemäß unserer Thesen müßten Empfänger von Leistungen aus Sozialplänen deshalb durchschnittlich länger arbeitslos bleiben, als die übrigen Arbeitslosen.

Hierzu hat das IAB zu Anfang der 70iger Jahre einige Sondererhebungen durchgeführt, die aber nicht nach einem einheitlichen Schema aufgebaut sind, was die Vergleichbarkeit etwas erschwert. Betrachten wir zunächst die Größenordnung dieser Pläne (soweit Statistiken vorhanden sind). Am 20.02.1973 gab es 15 300 Leistungsempfänger von Sozialplänen, das waren 14 Prozent der Arbeitslosen jenes Monats. Von ihnen waren 14 300 Männer und 963 Frauen. Ein Fünftel erhielt Leistungen nach dem "Gesamtplan für den Steinkohlebergbau", d.h. schon zu dieser Zeit - frühere Angaben gibt es nicht - erhielt die Mehrzahl Leistungen aus betrieblichen Plänen.

Drei Fünftel der Männer waren über 61 Jahren, ein weiteres Drittel war 59 oder 60 Jahre alt. Lediglich 2.4 Prozent war jünger als 59 Jahre.¹⁾ Dies ändert sich mit der Rezession. Zwar bilden alte Arbeitnehmer weiterhin die überwiegende Mehrheit in beiden Geschlechtern, dennoch steigen die Anteile jüngerer auffallend, wobei sogar 20jährige miteinbezogen werden. Bei den Frauen sind die Gruppen etwas jünger; 48.1 Prozent waren zwischen 50 und 55, 11.5 Prozent zwischen 55 und 59, 19.2 Prozent 59, 5.9 Prozent 60 Jahre und 7.1 Prozent 61 und älter²⁾.

1) Eigene Berechnungen aufgrund der Daten in ANBA - Monatsbericht; 1973, S. 568.

2) ebenda, S. 569.

In der Folgezeit bezogen Ende September 1973 8 873, das sind 4.4 Prozent der damaligen Arbeitslosen, Leistungen (8 015 Männer und 858 Frauen), im Mai 1974 8 541 oder 1.8 Prozent der Arbeitslosen (7 153 Männer und 1 388 Frauen) und schließlich im September 1974 8 552 oder 1.5 Prozent der Arbeitslosen¹⁾. Auffallend ist die Konstanz der Absolutzahlen über den Zeitraum, wobei nicht abzuschätzen ist, inwieweit es sich dabei um denselben Personenkreis handelt.

Generell gilt auch hier, wie bei allen Arbeitslosen, daß mit zunehmenden Alter die Dauer der Arbeitslosigkeit ebenfalls zunimmt, und zwar dermaßen direkt, daß, gliedert man sie nach jedem einzelnen Lebensjahr auf, deutlich erkennbar wird, wie die Dauer mit jedem Jahr ansteigt. Daneben bestätigt sich für alle Altersgruppen, daß die Arbeitslosen, die Leistungen aus Sozialplänen erhalten, länger arbeitslos sind als alle Arbeitslosen der jeweiligen Altersgruppen. Es scheint, als würden die Empfänger dieser Leistungen, unabhängig vom Alter, erst einmal ihren Sozialplan aufbrauchen, bevor sie mit einer Arbeitssuche beginnen. Dies könnte noch dadurch verstärkt werden, daß der vormalige Arbeitgeber nur dann zahlt, solange der Empfänger arbeitslos bleibt. Doch ist dies nur eine Vermutung. Wichtiger dürfte bei den Alten der Rententermin bzw. die Aussicht auf Rente sein. Dabei fällt auf, daß keineswegs immer der frühestmögliche Termin zum Bezug von Altersruhegeld wahrgenommen wird. "Das dürfte damit zusammenhängen, daß der Arbeitnehmer in der Regel daran interessiert ist, über anrechnungsfähige Ausfallzeiten - als solche werden Zeiten von Arbeitslosigkeit unter bestimmten Voraussetzungen gewertet - seinen Rentenanspruch noch zu steigern, während er beim frühestmöglichen Bezug von 'vorgezogenem' Altersruhegeld mehr oder weniger große Einbußen in der Höhe seiner Rente hinnehmen muß"²⁾.

Vergleicht man die durchschnittlichen Dauern der Empfänger nach Art der Pläne, so haben die des "Gesamtplanes für den Steinkoh-

1) ANBA - Monatsbericht; entsprechende Jahrgänge.

2) ebenda; 1973, S. 568.

lebergbau" in allen Altersgruppen die jeweils längsten durchschnittlichen Dauern. Das mag z.T. daran liegen, daß in diesen Plänen anteilmäßig sehr alte stärker vertreten sind als in den betrieblichen Plänen, doch erscheint einschneidender die starke Spezialisierung des Bergbauberufes, dessen Qualifikation nur sehr schwer in anderen Berufen anzuwenden ist. Und für Umschulungsmaßnahmen ist der Personenkreis zu alt.

Generell kann festgehalten werden, daß die Bezieher von Leistungen aus Sozialplänen in allen Altersgruppen eine längere durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit aufweisen als die jeweiligen Altersgruppen der Gesamtheit der Arbeitslosen. Diese Gruppe zeigt eine sehr deutliche Bestätigung der Hypothese wobei allerdings gefragt werden kann, ob dies auf die bessere Absicherung zurückzuführen ist, oder ob hier ein psychologischer Faktor mit hineinspielt dergestalt, daß die Empfänger wissen, wie lange sie die Leistungen erhalten und sich "verpflichtet" fühlen, diesen Zeitraum auch auszuschöpfen. Mit Bezug auf die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen gilt aber was bereits in Kapitel sieben in bezug auf die Möglichkeit zur vorgezogenen Rente gesagt wurde - der Effekt ist minimal. Man betrachte nur noch einmal die Absolutzahlen dieses Personenkreises.

9.4. Arbeitslosigkeit ausländischer Arbeitnehmer

Ein weiterer Aspekt, dem Einfluß auf die Arbeitslosenzahlen der BRD über die jeweils längere Dauer der Arbeitslosigkeit bei den Individuen zugerechnet wird, ist der, daß ausländische Arbeitnehmer, die vor Ablauf ihrer Arbeitserlaubnis arbeitslos werden, statt direkt in ihre Heimatländer abzugehen, hier erst ihre Ansprüche auf Arbeitslosengeld erschöpfen.

In Tabelle 4-1 auf Seite 31 wurde gezeigt, daß ausländische Arbeitnehmer in den letzten Jahren deutlich höhere Arbeitslosenquoten hatten, als ihre deutschen Kollegen. Seit September 1973 wird in den "Strukturanalysen" die Dauer ausländischer Arbeitnehmer gesondert aufgeführt, womit ein direkter Vergleich mit den Deutschen möglich ist.

Hiernach zeigt sich, daß zu jeder Zeit ausländische Arbeitnehmer deutlich kürzer arbeitslos waren als ihre deutschen Kollegen. In den letzten drei Jahren haben sich die Zahlen etwas angeglichen, doch sind Unterschiede immer noch erkennbar. Besonders bei den Langzeitarbeitslosen über sechs Monate und noch viel stärker bei denen über ein Jahr haben Ausländer sehr viel geringere Anteile als Deutsche. Allerdings muß hier offen bleiben, inwieweit der Weggang in ihre Heimatländer bzw. der starke Abgang in die inländische Stille Reserve (nach Berechnungen des IAB etwa 180 000 Personen¹⁾) diese Zahlen "künstlich" verkürzt hat. Was gesagt werden kann ist lediglich, daß Frauen größere Anteile an den Langzeitarbeitslosen haben als die Männer. Neben schlechteren Chancen am Arbeitsmarkt könnte dies mit darauf zurückzuführen sein, daß die Männer nach Ausschöpfen ihrer Leistungen abwandern, während die Frauen, die ganz überwiegend verheiratet sind, womit für sie die Arbeitserlaubnis ihrer Männer gilt, auch ohne Leistungsanspruch beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet bleiben, da das für sie, stärker noch als für Deutsche, die einzige Chance ist, wieder eine Arbeit zu erhalten.

Auf der Basis dieser Zahlen ist aber keine Aussage zu der oben aufgestellten These möglich - andere Statistiken die darüber Aufschluß geben könnten existieren nicht. Doch schaut man auf die Größenordnung der ausländischen Arbeitslosigkeit bezogen auf die Gesamtarbeitslosigkeit in der BRD, so kann auch von dieser Seite ein Einfluß auf die Arbeitslosenzahlen nur marginal sein.

9.5. Zusammenfassung

Die zu testende Hypothese, ob die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu längerer Arbeitslosigkeitsdauer führen, konnte mit dem empirischen Material nicht überprüft werden, sieht man von Be-

1) IAB-Kurzbericht zur Stillen Reserve vom 09.09.1977, unveröffentlicht, S. 4.

stätigungen für zwei spezielle Aspekte ab. Erstens verändert der Abfall in den Leistungen nach zwölf Monaten das Verhalten der **Arbeitslosen**. Zweitens haben Empfänger von Leistungen nach Sozialplänen eine deutlich längere Dauer der Arbeitslosigkeit als die entsprechenden Gruppen bei der Gesamtheit der **Arbeitslosen**.

Auf der anderen Seite wurden Faktoren aufgezählt, die die Suchchancen eines Individuums am Arbeitsmarkt entscheidend beeinflussen, wobei diese Merkmale bei den Arbeitslosen kombiniert auftreten, was es erschwert, ihren jeweiligen Beitrag zur Dauer zu ermitteln. Der Versuch von Brinkmann, dies über eine Kontrastgruppenanalyse zu erreichen, gab finanziellen Faktoren einen untergeordneten Einfluß. Wegen der Art der Fragestellung ist aber unklar, ob sie tatsächlich derart nebensächlich sind, oder ob dies lediglich Ausdruck der guten finanziellen Absicherung ist, was das Gewicht der anderen Faktoren zwangsläufig ansteigen läßt. Denn die obige Verhaltensänderung scheint zu zeigen, daß bei (nachteiligen) Änderungen im monetären Bereich von ihm sehr schnell Reaktionen ausgehen.

Schließlich ergab sich als weitere sichere Erkenntnis, daß durch die Leistungen Arbeitslose länger unter den Erwerbspersonen bleiben, als dies ohne sie wohl der Fall wäre.

10. Ökonometrische Querschnittsanalysen

In den nächsten vier Kapiteln werden Untersuchungen vorgestellt, die mittels ökonometrischer Testverfahren versucht haben, die Hypothesen des ersten Teils zu überprüfen, und natürlich deren quantitatives Ausmaß zu bestimmen. Bedingt durch die große Anzahl ausländischer Arbeiten, denen nur wenige ähnliche Studien für die Bundesrepublik Deutschland gegenüberstehen, wird im Folgenden sehr viel stärker als dies bisher der Fall war über die Erfahrungen der übrigen drei Länder die für diese Arbeit ausgesucht wurden (USA, Kanada, Großbritannien) berichtet.

10.1. Methodische Grundlagen der Querschnittsanalysen

Abgesehen von einer Studie für Großbritannien beziehen sich alle Tests, die in diesem Kapitel behandelt werden, auf die USA. Der Grund hierfür liegt primär darin, daß die amerikanischen Wissenschaftler keine ihren europäischen Kollegen vergleichbaren Probleme der Datengewinnung haben. Wie im nächsten Kapitel gezeigt werden wird, wichen deshalb die meisten Arbeiten auf weniger geeignete Zeitreihenanalysen aus. Doch die hier behandelten mikroökonomischen Querschnittsanalysen sind die Methode mit der die Arbeitshypothesen adäquat, und d.h. mit der besten Aussagekraft der Ergebnisse, getestet werden könnten.

Wie in den vorhergehenden Kapiteln gezeigt wurde, gehen eine Reihe von Arbeitsmarktfaktoren und Personenmerkmalen in die Entscheidung eines Individuums ein bzw. bestimmen sie zum Großteil. Ebenso wurde mehrfach deutlich, daß mit den obigen Methoden die dort angesprochenen Faktoren zwar einzeln dargestellt werden konnten, doch da sie kombiniert auftreten, war es unmöglich zu sagen, welcher Faktor unter welchen Umständen den größten Erklärungswert besitzt. Im Gegensatz dazu ist es ziemlich gleichgültig, wieviele Merkmale in eine ökonometrische Testgleichung einbezogen werden, solange sich nur logisch ein Einfluß auf die zu erklärende Variable begründen läßt.

Die Testgleichungen der folgenden Arbeiten haben die denkbar einfachste (ökonometrische) Struktur, weshalb wir uns im Folgenden

das Eingehen auf schätztechnische Details ersparen können. Die Schätzgleichungen haben im Prinzip die Form:

$$DA = a_0 + a_1 UB + a_i \bar{X}_i + e_j$$

wobei DA : Dauer der Arbeitslosigkeit;

UB : Leistungen der Arbeitslosenversicherung repräsentiert durch die "benefit-earnings-ratio" von Seite 24;

$\bar{X}_i$: Vektor mit weiteren erklärenden Variablen ($i = 2, \dots, n$);

e_j : Störglieder ($j = 1, \dots, n$) .

Das Hauptinteresse gilt natürlich der UB-Variablen. Gemäß der Theorie müßte das Vorzeichen ihres Koeffizienten positiv sein. Die anderen Variablen, denen ein großer Einfluß auf die Dauer eingeräumt wird, wurden in den vorhergehenden Kapiteln bereits weitgehend erläutert. Es sind :

- Geschlecht
- (Rasse - in den USA bedeutsam; bei einem Test für die BRD könnte hier vielleicht eine Dummy-Variable für Gastarbeiter stehen)
- Alter
- Gesundheit
- Schul-/Berufsausbildung
- Ehestand/ abhängige Familienangehörige
- Berufs-/Industriestruktur
- Jahre im Arbeitsmarkt (Berufserfahrung)
- örtliche Arbeitslosenquote
- Häufigkeit von Arbeitslosigkeit der untersuchten Person.

Nach den Ausführungen der vorhergehenden Kapitel ist ein ausführliches Eingehen auf die Bedeutung der einzelnen Variablen hier wohl nicht mehr nötig. Von Alter, Gesundheit, Häufigkeit von Arbeitslosigkeit wird ein positiver (die Dauer verlängernder) Einfluß auf die abhängige Variable erwartet, ebenso bei Geschlecht: weiblich und Ehestand: verheiratete Frau. Mit der örtlichen Arbeitslosenquote sollen die Chancen des Individuums auf dem lokalen Arbeitsmarkt erfaßt werden (man könnte stattdessen "Zahl der offenen Stellen" nehmen, doch gibt es derartige Statistiken in den USA nicht); von dieser Variablen wird ebenfalls ein verlängernder Effekt erwartet. Da diese Variable auch von der unabhän-

gigen beeinflußt wird (genau dies ist ja die erste These von Seite neunzehn, daß über verlängerte Dauer die Arbeitslosenzahlen bzw. -quoten erhöht werden), somit ein interdependentes System vorliegt, ist es ein beliebter Einwand gegen Arbeiten die nur OLS verwendet haben, daß sie mit 2SLS hätten schätzen müssen. Es kann hier für alle zu diesem Thema gemachten Arbeiten vorweggenommen werden (auch für die des nächsten Kapitels) daß sich bei den Arbeiten die beide Verfahren angewandt haben, der schätztechnische Mehraufwand für 2SLS in keinem Fall gelohnt hat. Die danach erhaltenen Ergebniss wichen nur minimal von den mit OLS geschätzten Koeffizienten ab. Manchmal wurde lediglich ein besseres Signifikanzniveau erzielt, aber meist nicht einmal das. Dies obwohl die verwendeten samples recht groß waren (die kleinsten hatten etwa 200 Daten, die größten z.T. über 2000). Von daher hätte man erwarten können, daß der Schätzbias bei 2SLS verschwunden wäre.

Noch stärker auf den lokalen (regionalen) Arbeitsmarkt stellt die "Berufs-/Industriestrukturvariable" ab. Bei Strukturkrisen in einer Branche und/oder Region wird sie ebenfalls einen starken positiven Einfluß auf die Dauer ausüben.

Dieser Katalog ließe sich mühelos erweitern (und einige Arbeiten beziehen zusätzlich noch private Vermögenswerte u.dgl. m. ein). Doch hängt die Zahl der tatsächlich einbezogenen Variablen natürlich auch von dem vorhandenen Datenmaterial ab. Damit sind wir bereits bei der ersten wichtigen Einschränkung. Schon mit den oben aufgeführten Variablen ließe sich ein idealer Test durchführen, der so von keiner Arbeit bestritten werden konnte. Im Gegenteil mußten manchmal sehr bedeutende Variablen fallengelassen werden, womit natürlich der Aussagewert der jeweiligen Arbeit entsprechend eingeschränkt wird.

10.2. Daten

Oben wurde gesagt, daß die amerikanischen Wissenschaftler keine vergleichbaren Datenprobleme haben wie z.B. ihre deutschen Kollegen. Der Grund dafür ist die fast ausschließliche Ausrichtung

der amerikanischen Wirtschaftswissenschaft auf die Ökonometrie als empirischer Methode. Dies bedingte den Aufbau von Datenbanken (Mikrofiles), die ihrerseits die ökonometrische Ausrichtung erst ermöglichten. Seit Anfang der 60iger Jahre wurden in mehreren großangelegten (und entsprechend teuren) Befragungsaktionen US-Bürger fast aller Bundesstaaten und Bevölkerungsschichten zu verschiedenen Aspekten des Lebens befragt. Die so gewonnenen Daten wurden auf Datenträgern gespeichert, und jedem Rechenzentrum einer Universität liegt je eine Kopie vor. Die bekanntesten dieser samples, die auch von den folgenden Arten schwergewichtig verwendet wurden, sind die Parnes und Michigan Data, der Current Population Survey und, für Untersuchungen zum Arbeitsmarkt besonders wichtig, die National Longitudinal Surveys. Die letzteren sind Verlaufsuntersuchungen in denen mehrere tausend Personen (meist in Alterskohorten) über mehrere Jahre - i.A. fünf - beobachtet werden. Neben diesen bundesweit ausgerichteten samples haben noch viele Einzelstaaten und mehrere Großstädte ähnliche Datenbanken für ihr jeweiliges Staats- oder Stadtgebiet aufgebaut. Jeder Forscher kann jederzeit auf diese Daten zurückgreifen, Teile entnehmen und/oder verschiedene samples mischen, je nachdem wie er vorgehen will.

In der Bundesrepublik Deutschland hingegen gibt es derartige Mikrofiles (noch) nicht; und sieht man von der Erhebung des IAB, auf der die vorhergehenden beiden Kapiteln basierten, ab, auch keine Verlaufsuntersuchungen. Es war auch im Rahmen dieser Arbeit geplant, eine ähnliche Querschnittsanalyse für die BRD durchzuführen. Abgesehen davon, daß es keine Mikrofiles gibt, war entscheidender dafür, daß dieser Plan fallen gelassen werden mußte, einmal, daß nicht alle der oben aufgezählten Merkmale von den Arbeitsämtern erhoben werden (bei der Arbeitslosmeldung wird jede Person um bestimmte persönliche Angaben gebeten, die dem Vermittler das Suchen adäquater Stellen erleichtern sollen). Zweitens fehlen wegen der Trennung von Vermittlung- und Leistungsabteilung Angaben zu den Leistungen an den jeweiligen Arbeitslosen. Schließlich verbietet das Datenschutzgesetz den Arbeitsämtern, Angaben über Arbeitslose selbst für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung zu stellen. Erhältlich sind lediglich aggregierte Daten, benötigt werden aber individuelle.

Allerdings sind auch die Daten für die USA keineswegs unangreifbar - und insoweit muß das oben gesagte stark eingeschränkt werden. Ihre "unbegrenzten Möglichkeiten" haben die amerikanischen Wissenschaftler zur Bequemlichkeit verleitet. Weil die oben erwähnten samples in der Universität vorhanden sind, werden sie natürlich primär verwendet. Doch wurden sie für völlig andere Zwecke, hauptsächlich zur Untersuchung des Konsumverhaltens, erhoben. Eine Folge davon ist, daß die Arbeitslosenquote von sample zu sample unterschiedlich definiert ist. Doch wie in der BRD fehlt auch hier die Variable deren Einfluß sie alle testen wollen, die Leistungen bzw. die benefit - earnings-ratio. An ihrer Stelle werden irgendwelche Durchschnittswerte eingesetzt, die nach den Prozentsätzen wie sie in den Gesetzestexten angegeben sind, gebildet werden. Doch wie andere Untersuchungen, wie z.B. die von Gramlich,¹⁾ gezeigt haben, sagen derartige Durchschnittswerte überhaupt nichts über die Effektivbelastung der Betroffenen aus. Die National Unemployment Commission hat kürzlich auf der Basis einer Primärerhebung zu diesem Problem verschiedene benefit-earnings-ratios errechnet. Je nachdem ob Steuerersparnisse (vgl. Kapitel 3.3.), sonstige Leistungen der Arbeitsgebers (fringe benefits) und andere Sozialtransfers einbezogen wurden, ergaben sich völlig unterschiedliche Werte für die Effektivbelastung. Danach ergab sich für eine Untergruppe des samples, die nach dem Gesetzestext 50 Prozent des Bruttolohnes als Arbeitslosengeld erhalten sollte, daß das Nettoeinkommen bei den Arbeitslosen von unter 40 Prozent des vormaligen Nettoeinkommens (bei 15 Prozent der Untergruppe) bis zu 76 Prozent schwankte²⁾.

Damit wird deutlich, daß diese bisher durchgeführten Untersuchungen nicht das testen, was sie zu testen vorgeben, nämlich die individuelle Angebotselastizität in bezug auf das Arbeitslosengeld. Natürlich erhalten sie auch mit den verwandten Durchschnittswerten eine Korrelation, doch in bezug auf die wissenschaftlichen und politischen Schlüsse die auf der Basis dieser

1) Vgl. Gramlich: The Distributional ..., a.a.O..

2) National Unemployment Commission: A Study of Recipients of Federal Supplemental Benefits and Special Unemployment Assistance", noch unveröff. Studie vom Januar 1979, S. 150f.

gezogen werden sollen (und die von den Autoren gezogen werden), werden wir auch am Ende des Kapitels vor dem gleichen Erkenntnisstand stehen wie vorher - daß es noch keine gesicherten Erkenntnisse gibt. Insofern wäre hier das Schlußwort vorweggenommen. Trotzdem soll jetzt auf die Ergebnisse der Arbeiten eingegangen werden.

10.3. Tests zum Einfluß des Arbeitslosengeldes auf die Dauer der Arbeitslosigkeit

10.3.1. Tests für die USA

Die meisten Arbeiten testen diese Hypothese. Der erste Versuch dazu geht in die frühen 60iger Jahre zurück; es war die Dissertation von Lininger, die damals so gut wie gar nicht beachtet wurde, und die auch heute weitgehend vergessen ist. Deshalb wird zumeist der Artikel von Chapin als erste Arbeit hierzu erwähnt. Abweichend von der im ersten Abschnitt aufgezeigten Testgleichung, benutzte er folgende drei Testvariablen: die Arbeitslosenquote der versicherten Arbeitnehmer, die benefit-earnings-ratio und die Höchstdauer der Gewährung von Leistungen¹⁾. Seine Daten stammten aus den Jahren 1962 bis 1967, und er testete die Gleichung Jahr für Jahr. Der Einfluß der benefit-earnings-ratio erwies sich als äußerst schwach und war außerdem nur für 1963 bei fünf Prozent signifikant. Den größten Einfluß erhielt er von der Variablen, die die Höchstdauer der Leistungsgewährung erfaßte.

Betrachten wir die Ergebnisse anderer Arbeiten, die in etwa das oben vorgestellte Testmodell verwendet haben. Eigenartigerweise erhält Hills²⁾, der die für dieses Problem schlechtesten Daten hatte, mit einen der höchsten Werte. Nach ihm verlängert das Arbeitslosengeld die Dauer der Arbeitslosigkeit um volle sechs Wochen. Nur scheinbar geringer ist der Wert von Classen - mit jeden zehn Dollars Leistungen verlängere sich die Dauer um eine

1) Chapin: Unemployment ..., a.a.O..

2) Hills: Unemployment ..., a.a.O., S. 123.

Woche¹⁾. Das bedeutet, daß bei Durchschnittsleistungen von \$ 110 für Männer und \$ 80 für Frauen im Jahre 1975²⁾, sich damals auch entsprechend lange Durchschnittswerte bei der Dauer der Arbeitslosigkeit gezeigt haben müßten; sie selbst hat dies nicht nachgeprüft, doch erinnert man sich der Untersuchung von Feldstein zu den temporary layoffs und der daraus resultierenden extrem kurzen Arbeitslosigkeit in den USA, so scheint der Wert doch ziemlich hoch. Dies wird bestärkt durch die Untersuchung von Ehrenberg/Oaxaca, die mit die besten Daten zur Verfügung hatten, und die im Rahmen ihres Tests zum Suchergebnis (Kap. 10.4.) auch den Einfluß auf die Dauer mit abgeschätzt haben. Sie erhalten, daß in der Gruppe der 45 - 59jährigen Männer die Leistungen die Dauer um eine Woche verlängern, in allen anderen Alters- und Geschlechtsgruppen war es weniger als eine Woche³⁾.

Wegen der im vorigen Abschnitt besprochenen Datenprobleme sollten diese Werte sowie so nicht wörtlich genommen werden. Aussagekräftiger sind wahrscheinlich die Unterschiede zwischen verschiedenen demographischen Gruppen, die die Schätzungen aufzeigten. So faßt Hills folgendes Ergebnis zusammen: "Blacks showed three weeks more unemployment when compared to whites in the sample, and high school graduates showed approximately two weeks less unemployment than these who had less than a high school education. Married men showed significantly less unemployment than non-married men, and students showed less than non-students. [...] For each percentage point increase in the local rate of unemployment, an individual's duration of unemployment for the three year period was prolonged by eight-tenths of a week, and for each week of unemployment experienced in 1965, about three-tenth of a week more unemployment was experienced from 1966 - 1968"⁴⁾.

-
- 1) Classen, Kathleen P.: The Effect of Unemployment Insurance on the Duration of Unemployment and Subsequent Earnings; in: ILRR, Vol. 30, 1977, S. 442.
 - 2) Nach National Unemployment Commission: A Study ..., a.a.O., S. 161.
 - 3) Ehrenberg, Ronald G./Oaxaca, Ronald L.: Do benefits cause unemployed to hold out for better jobs?; in: MLR, Vol. 99, März 1976, S. 38.
 - 4) Hills: Unemployment ..., a.a.O., S. 126.

Ähnlich Holen: "... males had shorter unemployment duration than females; each year of age was associated with some additional unemployment; and nonwhite had longer durations [than white] . Higher previous earnings and greater earnings stability were associated with shorter duration; claimants with more education generally had shorter spells; and higher unemployment rates led to longer durations"¹⁾.

Diese beiden Zitate bestätigen nicht nur die Erwartungen des ersten Abschnitts bezüglich dieser Faktoren, sondern sie zeigen für die USA dieselben Einflüsse auf die Dauer wie die, die im vorhergehenden Kapitel für die BRD aufgezeigt wurden. Außerdem waren ihre Koeffizienten z.T. erheblich höher als der für die Leistungen.

Eine Arbeit die völlig aus diesem Rahmen fällt ist die von Burgess/Kingston. Sie versuchten nicht, einen Wert für den einen oder anderen Faktor zu erhalten, sondern sie führten einen Hypothesentest durch, wobei sie die oben aufgestellte Arbeitshypothese umkehrten. Ihre Hypothese lautet also: Das Arbeitslosengeld hat keinen Einfluß auf die Dauer der Arbeitslosigkeit. Ihr sample wurde Daten aus vier Großstädten entnommen und in fünf Einkommens-, Alters- und Geschlechtsgruppen unterteilt. Verglichen wurde dann das Verhalten (die Dauer) von Leistungsempfängern mit denen die keine Ansprüche hatten. Bis auf die Gruppe verheirateter weißer Frauen konnten sie ihre Hypothese nicht widerlegen, woraus im Umkehrschluß folgt, daß die Leistungen der Arbeitslosenversicherung nur in dieser einen Gruppe einen nennenswerten Einfluß ausüben, was eine weitere Bestätigung für die Thesen des vierten Kapitels wäre.²⁾

1) Holen, Arlene: Effects of Unemployment Insurance Entitlement on Duration and Job Search Outcome; in: ILRR, Vol. 30, 1977, S. 448.

2) Burgess, Paul L./Kingston, Jerry L.: Unemployment Insurance and Unemployment Duration; in: Quarterly Review of Economics and Business, Vol 15, 1975, S. 76.

10.3.2. Auswirkungen von Zusatzleistungen

In der schon erwähnten Studie der National Unemployment Commission wurde auch ein Spezialaspekt getestet, nämlich wie sich die Zusatzleistungen von FSB und SUA auf die Dauer auswirken¹⁾. Daß die Dauer bei Empfängern solcher Leistungen länger sein würde als die bei der Gesamtheit der Arbeitslosen war zu erwarten, sind doch unter ihnen Ältere, Frauen und Behinderte überrepräsentiert. Entsprechend zeigten diese Personenmerkmale die größten Einflüsse auf die Dauer.

Die Commission hatte speziell für diese Untersuchung Primärstatistiken über die Empfänger solcher Leistungen erhoben (dies sind im Moment noch die einzigen Primärdaten für die USA zu diesem Problem), doch hat sie wiederum keine Angaben über Personen, die derartige Leistungen nicht erhalten. Ein Vergleich von Empfängern dieser Sonderleistungen mit den anderen Arbeitslosen war somit nicht möglich. Statt dessen wurden vier Testgruppen (aus dem sample) gebildet, die sich nach Personenmerkmalen und den erhaltenen Leistungen stark unterschieden. Für jede Gruppe wurde dann der Einfluß der Leistungsvariablen auf die Dauer getrennt geschätzt.

Für keine der vier Testgruppen ergab sich ein statistisch signifikanter Einfluß der Leistungen auf die Dauer, allerdings waren die Ergebnisse für die Gruppe mit den höchsten Leistungen am besten, wenn auch der Koeffizient sehr gering war. Die besten Ergebnisse mit den höchsten Koeffizienten zeigte in allen Gruppen die Variable des regionalen Arbeitsmarktes²⁾. Insofern bestätigen diese Ergebnisse eine ältere Arbeit von Parsons, nach der die Arbeitsmarktsituation entscheidender auf das Verhalten der Individuen einwirkt als finanzielle Erwägungen³⁾.

1) Vgl. Kapitel 7.2., Seite 69f.

2) National ... : A Study ..., a.a.O., S. 166 ff.

3) Vgl. Parsons, Donald O.: Quit Rates Over Time: A Search and Information Approach; in: AER, Vol. 63, 1973, S. 400.

10.3.3. Verkürzung der Dauer mittels administrativer Maßnahmen

Diese Tests stellen nicht auf Geldleistungen **ab**, sondern untersuchen die Auswirkungen der "administrativen Maßnahmen" von Seite 25. Wie erinnerlich, wurde dort behauptet, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit z.B. dadurch verkürzt werden könnte, wenn der Begriff der "zumutbaren Beschäftigung" enger ausgelegt würde und man demzufolge mehr Arbeitslosen die Leistungen aberkenne.

Holen/Horowitz haben in drei Arbeiten versucht, derartige Effekte zu testen¹⁾. Da die ersten beiden einige Probleme der Variablenspezifikation und Multikollinearität aufwiesen, wird hier nur das letzte Testmodell von 1977 besprochen. Ihre Daten kommen hauptsächlich aus Pennsylvania für die frühen 70iger Jahre. Da während des Untersuchungszeitraumes die Gesetze dort nicht geändert wurden, deren Auswirkungen somit nicht beobachtet werden konnten, führen die Autoren eine Art Pseudosimulation durch. Ihr Modell besteht aus zwei Gleichungen, die die Bestimmungsgründe für Arbeitslosigkeit erfassen sollen:²⁾

$$(1) \quad U = a_0 + a_1 P_s + a_2 P_n + a_3 \bar{X}$$

mit U : Arbeitslosenquote,

P_s : durchschnittliche Leistungen für Personen die aktiv nach Arbeit suchen ($s = \text{searcher}$),

P_n : durchschnittliche Leistungen für diejenigen die nicht aktiv nach Arbeit suchen ($n = \text{nonsearcher}$),

$\bar{X}$: Vektor mit Personenmerkmalen.

$$(2) \quad l = b_0 + b_1 \bar{Z} + b_2 P_n$$

mit l : Erwerbspersonen (labor force)

P_n : wie oben

$\bar{Z}$: Vektor wie $\bar{X}$ mit zusätzlichen Angaben zur Altersgliederung der Erwerbspersonen.

1) Holen, A./ Horowitz, S.: The Effect of Unemployment Laws and Administration on Unemployment Rates; Dpt. of Labor, Techn. Analysis Paper No. 7, August 1973; dies.: The Effect of Unemployment Insurance and Eligibility Enforcement on Unemployment; in: Journal of Law and Economics, Vol. 12, 1974.

2) Horowitz : A Model of Unemployment Insurance and the Work Test; in: ILRR, Vol. 30, 1977, S. 464.

Da man unmöglich abgrenzen kann, wer zu P_S und wer zu P_n gehört, werden beide geschätzt, wobei Horowitz annimmt, daß sie durch folgende Gleichungen repräsentiert werden können:

$$P_S = CqpB \quad \text{wobei}$$

- C : Anteil der Leistungsempfänger an allen Erwerbspersonen,
- q : Anteil der Leistungsempfänger unter den Arbeitslosen,
- p : Anteil der Leistungsempfänger unter den Arbeitslosen die ihre Anspruchszeiten noch nicht ausgeschöpft haben,
- B : durchschnittliche Leistungen.

$$P_n = P_S \times w \quad \text{wobei}$$

w ist: "the fraction of beneficiaries who are denied benefits for being unavailable to work or for refusing suitable work"¹⁾.

Der Autor nimmt an, daß jede Veränderung bei den Leistungen bzw. den administrativen Maßnahmen, sowohl die Arbeitslosenquote, als auch die Erwerbspersonen (1) beeinflussen wird. In einem ersten Schritt wird das Modell (mit OLS und 2SLS) geschätzt. Anschließend werden einzelne Koeffizienten konstant gehalten, und die Gleichungen für verschiedene Kombinationen von Arbeitslosenquoten, Zusammensetzung der Erwerbspersonen und - sein Hauptklärungsziel - für verschiedene Größen von w durchgerechnet. Als Hauptergebnis erhält er, daß eine Erhöhung bei der Ablehnung von Leistungen um fünf Prozent die Arbeitslosenquote um 0.6 Prozentpunkte verringert hätte.

Mit der Verschärfung administrativer Maßnahmen befaßte sich auch die National Unemployment Commission.²⁾ Ihr ging es um die Frage, abzuschätzen, wie sich der Kreis der Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld veränderte, wenn die Anspruchszeiten zum Bezug von Leistungen erhöht würden.

1) Horowitz: A Model ..., a.a.O., S. 463.

2) National ...: A Study ..., a.a.O., S. 189 ff.

Wir haben in vorhergehenden Kapiteln gesehen, daß jüngere Arbeitnehmer kürzere Anspruchszeiten haben als ältere. Demzufolge kann das Ergebnis dieser Simulation nicht überraschen, daß nämlich bei einer solchen Maßnahme unter den Leistungsempfängern nur die übrig blieben, die zu den besser abgesicherten gehören. Die Problemgruppen wie Jüngere und vor allem die, die aufgrund instabiler Beschäftigungsverhältnisse schon jetzt zu den untersten Gruppen beim Leistungsbezug gehören, fielen dann völlig durch das Netz der Sozialen Sicherung.¹⁾

10.3.4. Eine Studie für Großbritannien

Wie oben beschrieben wurde²⁾, wurde 1965/66 das Arbeitslosenversicherungssystem in Großbritannien völlig umgestellt, worauf sich u.a. die Arbeitslose-offene Stellen-Relation (Fig. 6-5) völlig geändert hat. Ob und in welchem Ausmaß diese Gesetzesänderungen Veränderungen am Arbeitsmarkt bewirkt haben, versuchen McKay/Reid³⁾ herauszufinden, wobei es ihnen zusätzlich darum geht, den Einfluß des Redundancy Payment Acts und den des National Insurance Acts getrennt zu ermitteln.

Für einige ältere Arbeiten zu ähnlichen Fragen haben die Autoren 876 Beschäftigte (658 Männer und 218 Frauen) von 23 "engineering plants" (nach der Beispielsaufzählung die sie geben dürften dies "Metallverarbeitende Betriebe" sein) mit einer Zufallsauswahl befragt, wobei aber nach der beruflichen Qualifikation der Personen und der Größe der Betriebe gewichtet wurde. Die Erhebung war im interessierenden Zeitraum, also von 1966 bis 1968, erfolgt. Diese Daten nehmen die Autoren auch für diese Untersuchung.

Eine Aufstellung der Interviewten nach der Dauer der Arbeitslosigkeit ergibt, daß 31.2 Prozent der Männer und 25.4 Prozent der Frauen unter einer Woche arbeitslos waren, weitere 14.1 Prozent der Männer und 19.4 Prozent der Frauen waren bis zu einem Monat ohne

1) National ...: A Study ..., a.a.O., S. 198.

2) Vgl. Seite

3) McKay, D.I./ Reid, G.L.: Redundancy, Unemployment and Manpower Policy; in: The Economic Journal, Vol. 82, 1972.

Arbeit. Am anderen Ende der Skala waren 2.9 Prozent der Männer und 0.9 Prozent der Frauen über ein Jahr arbeitslos¹⁾.

Für die weitere Untersuchung werden nur noch (613) Männer betrachtet, da die meisten Frauen verheiratet sind und deshalb keine Ansprüche auf Geldleistungen haben, womit sie für dieses Problem ohne Interesse sind. Schwierigkeiten für die Analyse ergeben sich daraus, daß in dem betrachteten Zeitraum nicht nur Gesetze geändert wurden, sondern daß sich allgemein die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt so stark verändert haben, daß es schwer ist, die relevanten Faktoren herauszuarbeiten (im nächsten Kapitel - 11.2. - wird ein Interpretationsstreit über die Bedeutung der einzelnen Faktoren dargestellt werden).

Die Autoren versuchen dem Rechnung zu tragen, indem neben der Arbeitslosenquote der Region (die Firmen befanden sich in den West Midlands) als weitere unabhängige Variablen solche, mit denen die Lage auf dem Arbeitsmarkt dargestellt werden soll, einbezogen werden (Anzahl offener Stellen; "Index der Übernachtfrage nach Arbeit": Arbeitslosenzahlen - offene Stellen dividiert durch die Arbeitslosenzahlen mal hundert).

Zur Erklärung der Job Search Strategie werden folgende drei unabhängigen Variablen gebildet:

- a) eine Intensitätsvariable (Anzahl der Arbeitgeber bei denen der Arbeitslose während einer Woche vorgesprochen hat),
- b) Zeitpunkt des Beginns der Suche - nach Aussprechen der Kündigung oder erst nach Beginn der Arbeitslosigkeit (Dummy - Var.),
- c) Verhalten des Arbeitslosen bezüglich der neuen Tätigkeit - sie unterscheiden zwischen "stickers", die nur eine Arbeit annehmen die ihrer alten Tätigkeit entspricht, und "snatchers" die fast jedes Angebot akzeptieren; dabei wird angenommen, daß "snatchers" kürzere Dauer von Arbeitslosigkeit haben.

Der schwächste Punkt auch dieser Arbeit ist die Leistungsvariable (in ihrem Fall: zwei). Während zur Redundancy Pay noch Angaben vorhanden waren, machten auch hier die Befragten keine Aussagen

1) Nach McKay/Reid: Redundancy ..., a.a.O., S. 1257, Table I.

über ihr Gehalt bzw. ihre Geldleistungen. Stattdessen wurde ein "level of benefits" eingesetzt. Ausgehend von dem Gesetzestext, wonach für sechs Monate Leistungen in Höhe von 85 Prozent des durchschnittlichen Arbeitseinkommens vor der Arbeitslosigkeit gewährt werden, nehmen die Autoren zur Berechnung des "levels" das durchschnittliche Wochenarbeitseinkommen der Arbeitnehmer dieses Industriezweiges. Doch ist dies eben keine Gegenüberstellung von Leistungen und Arbeitslosigkeitsdauer. Zusätzlich wurden noch Variablen über Personenmerkmale einbezogen, so daß das gesamte Testmodell zwölf unabhängige Variablen enthält.

Die Schätzung ergab ein R^2 von 0.2452, was für eine Querschnittsanalyse zu diesem Thema ein ziemlich hoher Wert ist. Das statistisch beste Ergebnis (Signifikanz von ein Prozent), das auch den größten Koeffizienten erzielte, ergab sich beim Alter. Von allen Variablen erklärt sie auch am meisten die Varianz. Noch interessanter ist aber, daß die Bedeutung dieses Merkmals nicht kontinuierlich mit den Jahren der Person ansteigt, sondern daß sich sog. "thresholds" bei 30 und bei 55 Jahren ergeben. Derartige Sprünge lassen sich auch für die BRD nachweisen.

Erstaunlicherweise zeigen die Variablen, die den Arbeitsmarkt erklären sollen, kaum Einfluß auf die Dauer. Dagegen ergibt sich für die Job Search Strategie das theoretisch erwartete Bild; vor allem der Beginn der Suche (ob vor oder nach Eintritt der Arbeitslosigkeit) entscheidet stark über die Dauer¹⁾.

Die beiden Leistungsvariablen ergeben einen Wert von 0.42 beim Arbeitslosengeld (der bei 5 Prozent signifikant war), und einen von 0.005 bei der Redundancy Pay, der dazu noch unsignifikant war.²⁾ Bezüglich der Dauer bedeutet dies, daß, wird die Leistung um ein £ erhöht, verlängert sich die Arbeitslosigkeit um eine halbe Woche, und ebenso bei der Redundancy Pay, wenn diese um £ 100 erhöht wird.

1) McKay/Reid: Redundancy ..., a.a.O., S. 1266.

2) ebenda, S. 1264.

Die Autoren schließen, daß die Redundancy Payments, wenn überhaupt, nur einen minimalen Effekt ausüben; dagegen dürften die Leistungen des National Insurance Act sehr wohl das Verhalten der Arbeitnehmer beeinflußt haben. Dies werde noch dadurch bestärkt, daß der von Gujarati beobachtete shift (Fig. 6-5) nur bei den Männern auftrat, doch waren gerade sie diejenigen, die diese Leistungen erhielten. Lediglich die Größenordnung des Effekts muß auch hier kritisch betrachtet werden, da wie gesagt keine Primärdaten für die Leistungsvariable vorhanden waren.

10.4. Effektivität der Suche

In Kapitel 8.3. wurden Ergebnisse zu dieser dritten Hypothese von Seite 19 für die BRD vorgestellt. Im Folgenden werden Untersuchungen hierzu für die USA vorgestellt. Da sie mit den in Abschnitt 10.3.1. besprochenen weitgehend identisch sind, gilt das oben zu den Datenproblemen und den daraus folgenden Ergebnissen gesagte auch hier. Vorher sei aber noch einmal kritisch auf die Annahmen, die dieser Hypothese zugrunde liegen, eingegangen.

Daß das Suchergebnis immer positiv sein müsse, wird außer wegen der mathematischen Modellannahmen auch aus dem Grunde postuliert, daß "one of the traditional arguments in support of UI [unemployment insurance] is that by allowing recipients to search longer for a better job, UI can contribute in the long run to a better match between jobs and job seekers, thereby reducing voluntary quits and fringes below the level that would otherwise have been obtained. Thus UI, though it may lengthen the duration of unemployment, may as well contribute to reducing the incidence of unemployment by its impact on job turnover"¹⁾.

Wie schon auf Seite 18 anklang, scheint der Widerspruch, der hieraus für die Gesamtargumentation folgt, dabei völlig außer acht zu bleiben. Denn auf der einen Seite wurde behauptet, daß aufgrund der Arbeitslosenversicherung Arbeitnehmer häufiger ar-

1) Green/Cousineau: Unemployment ..., a.a.O., S. 10.

beitslos werden (Kapitel vier), hier hingegen wird derselben Arbeitslosenversicherung ein Beitrag zur Arbeitsplatzstabilisierung zugesprochen. Die Argumentation dreht sich noch weiter im Kreise, wenn die Höhe der Leistungen miteinbezogen wird. Die These lautet, daß "the change in weekly earnings prior to and following a period of unemployment is also a positive function of the UI benefit amount and/or the maximum potential duration since a prolonged duration of unemployment allows an individual to invest more time in search, the productivity of which can be measured by the change in weekly earnings"¹⁾. Dies heißt also, daß, je höher das Arbeitslosengeld, desto länger die Dauer der Arbeitslosigkeit, was wiederum zu höherem Einkommen führen wird. Damit werden die Gehälter nach der Arbeitslosigkeit zu einem "index for the productivity gains that might be attributable to job search"²⁾. Man könnte hierauf zynisch antworten, daß damit das spätere Einkommen ein Zeichen dafür ist, ob man auch lange genug arbeitslos war, doch abgesehen davon, daß die effektivste Suche wohl diejenige wäre, die eine höher bezahlte Stellung ohne jede Arbeitslosigkeit findet, hatte Kapitel 9.2. gezeigt, daß mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit die Wiedereingliederungschancen in den Arbeitsmarkt ständig abfallen.

Das im ersten Abschnitt besprochene Testmodell wird auch hier weitgehend verwendet; als neue abhängige Variable wird jetzt meist die Differenz der (Durchschnitts-)einkommen vor und nach der Arbeitslosigkeit genommen. Hills erhält keine eindeutigen Ergebnisse³⁾, ebenso Classen⁴⁾. Ein zusätzliches Problem mit den Daten besteht darin, wie die Abgänge aus dem Arbeitsmarkt (discouraged worker) zu bewerten sind. Im Allgemeinen werden sie dann völlig aus dem sample gelassen, was z.B. bei Holen (die Daten aus fünf Großstädten genommen hatte) zur Folge hat, daß 41 Prozent ihres samples aus Seattle wegfielen. Ohne die Daten zu kennen, ist es schwer zu beurteilen, inwieweit das Ergebnis

-
- 1) Burgess, P./Kingston, J.: The Impact of Unemployment Benefits on Reemployment Success; in: ILRR, Vol. 30, 1976, S. 25.
 - 2) Katz/Hight: Overview to the ILRR Symposium on the Effects of Unemployment Insurance; in: ILRR, Vol. 30, 1977, S. 432.
 - 3) Vgl. Hills: Unemployment ..., a.a.O., S. 177 ff.
 - 4) Classen: The Effect ..., a.a.O., S. 438.

allein hierdurch vorherbestimmt wurde, jedenfalls erhält sie ein positives Ergebnis (und somit eine Bestätigung für die Hypothese)¹⁾.

Burgess/Kingston haben ebenfalls ihr sample beschnitten, sie aber zur anderen Seite - alle Einkommensgruppen, die in der Nähe der Einkommenshöchstgrenze für Leistungen lagen, wurden ausgeschlossen. Ihre Arbeit ist weniger ein Test als eine Experimentalstudie. Zunächst beobachten sie bei ihrer Testgruppe (die Personen stammen aus vier Großstädten) für die Jahre 1969 und 1970, daß bei einer durchschnittlichen Dauer von 11.5 Wochen Arbeitslosigkeit deren Einkommen um 31 Prozent abfiel (das wäre eine Widerlegung der Hypothese). Sie spielen dann durch (wie wird nicht gesagt), wie sich das Einkommen veränderte, wenn die Arbeitslosen höhere Leistungen über eine längere Dauer erhielten und kommen zu dem Ergebnis, daß im letzteren Fall länger und besser gesucht würde, was schließlich zu besseren Stellen führe²⁾.

Das auf Seite 12 angesprochene Problem, inwieweit man hier auf den nominalen oder realen reservation wage abstellen müsse, bleibt in allen Arbeiten außer Betracht. Es ist einfach zu schwer, die vorhandenen Daten auch noch dahingehend zu korrigieren. Ehrenberg/Oaxaca haben lediglich versucht, an die Nettoeinkommensposition dadurch näher heranzukommen, daß sie auch Steuersätze in ihre Testgleichung einbezogen. Allerdings konnten sie in Ermangelung individueller Daten nur Durchschnittswerte nehmen, die sich als nicht allzu gut erwiesen und die in der endgültigen Testgleichung fallengelassen wurden. Sie haben aus den National Longitudinal Surveys von 1966 bis 1971 Daten für die Jahre 1966 und 1967 ausgewählt und in vier Gruppen untergliedert (Männer 45 bis 59 Jahre; Frauen 30 bis 44 Jahre; junge Männer und junge Frauen im Alter von 14 bis 24 Jahren). Ihre Testgleichung hatte die Form:

1) Hoken: Effects ..., a.a.O., S. 449.

2) Burgess/Kingston: The Impact ..., a.a.O., S. 31.

$$\ln(w_{67}/w_{66}) = a_0 + a_1 F + a_j \bar{X}_j^{1)}$$

mit w : Einkommen (Lohn)

F : Leistungen (Arbeitslosengeld - benefit-earnings-ratio)

$\bar{X}_j$: Vektor mit Personenmerkmalen (in den auch die Dauer der Arbeitslosigkeit eingeht).

Sie erhalten als Ergebnis: "The presence of benefits raised the percentage wage gains above what they would be in the absence of benefits by 9 percentage points and 3 percentage points for older males and females 30 - 44, respectively"²⁾. Für die beiden Gruppen junger Leute konnten sie keine derartigen Effekte aufzeigen³⁾. Die Rechtfertigung für diese Interpretation sehen die Autoren darin, daß diejenigen, deren Einkommen angestiegen ist, auch den Arbeitgeber gewechselt haben. Zusätzlich verzeichnete eben diese Gruppe eine längere Dauer der Arbeitslosigkeit als die übrigen Beobachtungen in dem sample. Somit scheint diese Gruppe (älterer Arbeitnehmer) genau das Verhalten verfolgt zu haben, das postuliert wurde: aufgrund der Absicherung durch die Arbeitslosenversicherung (relativ) lange arbeitslos zu bleiben, und die Zeit für die Suche nach einer neuen Anstellung zu verwenden.

Am Ende dieses Abschnitts steht man wohl ähnlich verblüfft da wie F. Welch, als er fragte: "What about effects of weekly benefits on subsequent earnings? Ehrenberg-Oaxaca say: 'Yes, the effect for older men is high;' 'Yes, for women;' 'Maybe, for young men,' and 'Probably not for young women'. Burgess-Kingston say 'Yes, an extraordinarily large earnings drop is partially averted by increased benefits.' Holen says, 'Yes, in five cities, either taken together or viewed one-at-a-time.' Finally, Classen says, 'Probably not.'"⁴⁾.

1) Vgl. Ehrenberg, R./Oaxaca, R.: Unemployment Insurance, Duration of Unemployment and Subsequent Wage Gain; in: AER, Vol. 66, 1976, S. 757.

2) Dies.: Do benefits ..., a.a.O., S. 38.

3) Dies.: Unemployment ..., a.a.O., S. 761 und 764.

4) Welch, Finis: What have we learned from empirical Studies of Unemployment Insurance; in: ILRR, Vol. 30, 1977, S. 461.

10.5. Abschließende Beurteilung

Unter methodologischen Gesichtspunkten sind ökonometrische Querschnittsanalysen am besten geeignet, die Arbeitshypothesen aus dem ersten Teil zu überprüfen. Sieht man aber von der National Unemployment Commission ab, so haben alle hier aufgeführten Arbeiten darunter gelitten, daß sie keine Primärdaten, insbesondere über Leistungen, hatten, um das Problem korrekt testen zu können. Letztendlich bedeutet dies, daß trotz dieser vielen Studien für den US-amerikanischen Arbeitsmarkt genausowenig gesicherte Erkenntnisse vorliegen, wie für die Bundesrepublik Deutschland. Dies ist erkannt; und um hier Abhilfe zu schaffen, wurde im letzten Jahr unter der Bezeichnung "Current Wage and Benefit History" für nahezu alle Bundesstaaten der USA ein großes Befragungsprogramm begonnen, mit dem Mikrofiles speziell für den Arbeitsmarkt erstellt werden sollen. Es kann also gehofft werden, daß in absehbarer Zukunft zumindest für die USA genauere Aussagen möglich sein werden.

11. Ökonometrische Zeitreihenanalysen

11.1. Grundprobleme

Wegen der zu Anfang des vorhergehenden Kapitels erwähnten Datenprobleme, sind die meisten der ökonometrischen Arbeiten zu diesem Thema Zeitreihenanalysen, die auf leichter erhältlichen aggregierten (makroökonomischen) Daten basieren. Damit fallen aber sämtliche qualitativen Unterschiede der Individuen (Persönlichkeitsmerkmale) weg, und natürlich erst recht die Geldleistungen an den jeweiligen Arbeitslosen. Als Werte für die Leistungsvariable werden entweder die Angaben im Gesetzestext verwendet, oder die durchschnittlichen wöchentlichen/monatlichen Auszahlungen der Arbeitslosenversicherung. Zwischen ihnen und - als abhängiger Variable - den wöchentlichen/monatlichen Arbeitslosenzahlen bzw. -quoten wird eine Korrelation geprüft. D.h. auch, daß jetzt nicht mehr getestet wird, ob der Einfluß der Leistungen über längere Dauer oder größere Häufigkeit der Arbeitslosigkeit erfolgt ist, sondern es kann nur noch geprüft werden, ob überhaupt ein (statistisch signifikanter) positiver Einfluß von den Leistungen ausgeht.

Wegen der makroökonomischen Ausrichtung dieser Tests sind Größen wie die konjunkturelle Entwicklung und die Saisonschwankungen weitere wichtige unabhängige Variablen. Allerdings unterdrücken viele Arbeiten die Saisonkomponente, indem sie zu Jahresdaten übergehen - was auch den netten Nebeneffekt hat, daß sich dann allgemein bessere Anpassungen der Schätzgleichungen ergeben.

Erinnern wir uns der Bedeutung der qualitativen Unterschiede eines Individuums für seine Chancen am Arbeitsmarkt, wie es in den Kapiteln acht und neun dargestellt wurde, so ist die Gefahr bei diesen Verfahren hier groß, daß sie zwar irgendeine Korrelation erhalten die vielleicht auch den theoretischen Erwartungen in etwa entspricht, daß aber die entscheidenden Einflüsse, die zu den Arbeitslosenzahlen geführt haben, in den Testgleichungen gar nicht enthalten sind. Deshalb betrachten die Autoren der folgenden Studien mit Vorliebe Zeiträume, in denen große Gesetzesänderungen erfolgt sind, so daß man annehmen kann, daß von ihnen derart große Wirkungen ausgehen, die auch zu Veränderungen makroöko-

nomischer Größen führen. Die Figuren 6-5 und 6-7 haben für Großbritannien und für Kanada Veränderungen am Arbeitsmarkt nach bedeutenden Gesetzesänderungen gezeigt. Auf derartige Änderungen richten die Studien ihr Augenmerk. Dabei gehen sie folgendermaßen vor. Im ersten Schritt wird die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Abhängigkeit von konjunkturellen und Leistungsfaktoren (Entwicklung des Arbeitslosengeldes) bis zur Gesetzesänderung geschätzt. Auf der Basis dieser Werte wird eine Trendextrapolation vorgenommen, die die Entwicklung anzeigt, wie sie unter den alten Bedingungen verlaufen wäre. Die Ergebnisse dieses Trends werden dann mit den tatsächlich eingetretenen verglichen.

Wie aus Kapitel sechs ebenfalls hervorging, waren für die Bundesrepublik Deutschland und die USA ähnliche shifts nicht zu beobachten gewesen. Wie spätere Abschnitte zeigen werden, funktioniert für diese Länder die oben beschriebene Testmethode entsprechend schlecht. Auch diese Arbeiten verwenden einander sehr ähnliche Testmodelle weshalb nicht bei jeder Arbeit die Testgleichung dargestellt wird. Zumeist beschränken wir uns auf das Aufzeigen der Unterschiede. Die Studien werden nach Ländern geordnet vorgestellt.

11.2. Studien für Großbritannien

11.2.1. Gujarati

Das oben beschriebene Testverfahren wurde zuerst von Gujarati angewendet. Wie schon mehrfach erwähnt wurde, hatte er beobachtet, daß der shift der Hyperbel in Fig. 6-5 nach rechts außen direkt - nämlich im dritten Quartal 1966 - den Gesetzesänderungen von 1965/66 folgte, weshalb er hier eine kausale Beziehung vermutete.

Im ersten Schritt schätzt er die Entwicklung der Arbeitslosigkeit mittels saisonal bereinigter Vierteljahresdaten von 1958,IV bis 1966,III. Die Testgleichung lautet:

$$\ln u_t = a_0 + a_1 \ln(v_t) + a_2 t \quad 1)$$

mit

u = Arbeitslosenquote

1) Vgl. Gujarati: The Behaviour..., a.a.O., S. 198.

v = Anzahl der offenen Stellen

t = timetrend (zur Erfassung der zeitlichen Entwicklung)

Um Einflüsse aufgrund der Entwicklung der Erwerbspersonen auszuschalten, gehen die Variablen nicht direkt in die Gleichung ein, sondern werden gebildet aus:

$$u = (wu/wp) \times 100$$

$$v = (av/wp) \times 100$$

wobei wu = Gesamtzahl der Arbeitslosen

wp = saisonal bereinigte Anzahl der Erwerbspersonen

av = saisonal bereinigte vierteljährliche Anzahl offener Stellen.

Die Trendvariable (t) war statistisch unsignifikant und hatte einen sehr geringen Koeffizienten. Dagegen waren die Koeffizienten für die anderen beiden Variablen bei fünf Prozent signifikant, auch erhält er ein hohes R^2 (0.9307). Erstaunlicherweise veröffentlicht Gujarati, entgegen den üblichen Gepflogenheiten, keinen Durbin-Watson-Wert. Wahrscheinlich wird er gewußt haben warum, denn als Foster die Testgleichung mit denselben Daten nachschätzte, ergab sich ein Wert von 0.755¹⁾ - Gujarati hat also Probleme mit Autokorrelation.

Allerdings sollte man das nicht zu hoch bewerten, denn Gujarati schätzt mit den offiziellen Bestandszahlen die vom Department of Labour erhoben wurden. Doch haben andere ökonometrische Studien zum Arbeitsmarkt gezeigt (auch für die BRD), daß bei den Arbeitsmarktstatistiken (Arbeitslosenzahlen, offene Stellen, usw.) aufgrund der Art ihrer Erhebung eine gewisse Autokorrelation erwartet werden muß.

Der zweite Schritt, die Entwicklung mit den erhaltenen Werten zu prognostizieren und dann mit der tatsächlich eingetretenen zu vergleichen, ergibt enorme Abweichungen - die tatsächliche Entwicklung nach der Gesetzesänderung erbrachte sehr viel höhere Arbeitslosenzahlen als nach dem alten Trend zu erwarten gewesen wäre. Und zwar wurden die Abweichungen immer größer, bis sie im

1) Foster, J.I.: The Behaviour of Unemployment and Unfilled Vacancies: Great Britain, 1958 - 71 - A Comment; in: The Economic Journal, Vol. 83, 1973, S. 193.

vierten Quartal 1968 ein Maximum erreichen und sich fortan auf diesem höheren Niveau stabilisieren. In einem letzten Schritt schlägt er deshalb vor, die tatsächlich eingetretenen Arbeitslosenquoten um diesen, sich nicht mehr verändernden Abweichungswert, zu korrigieren, d.h. zu dividieren. Die danach noch bestehende Differenz zwischen den prognostoziierten und den "korrigierten" realen Werten ist seiner Meinung nach direkt auf die Veränderungen in der Sozialen Sicherung zurückzuführen. In Prozentpunkten ausgedrückt heißt dies, daß zwischen 1967 bis 1970 die Arbeitslosenquote in Großbritannien als direkte Folge der Gesetzesänderung um 0.2 bis 0.7 Prozentpunkte gestiegen ist, was einem Anwachsen um bis zu 50 Prozent entspricht¹⁾.

11.2.2. Maki/Spindler

Diese Arbeit untersucht denselben Sachverhalt mit einem Testmodell dessen Grundstruktur von Grubel und seinem Team für Kanada entwickelt worden war (worauf wir in 11.3. noch eingehen werden). Ausgang dieser Gruppe von Arbeiten ist die Gleichung:

$$(1) \quad U = f(CU, SU, FU, IU)$$

d.h. die Arbeitslosigkeit(U) setzt sich zusammen aus einer zyklischen(CU), saisonalen(SU), einer friktionellen Komponente (FU) und der vom Arbeitslosenversicherungssystem induzierten Arbeitslosigkeit(IU). Hierauf aufbauend wird ein zweistufiges Testmodell durchgeschätzt, das die Form hat:²⁾

$$(2) \quad UR = f(\text{cyclical variation, structural variation, seasonal variation, benefit-income-ratio})$$

wobei UR die Arbeitslosenquote bezeichnet, und

$$(3) \quad \text{ben/inc} = g(UR, \text{ChangeVar}, RPI, O/PE)$$

mit ben/inc : benefit-income-ratio

ChangeVar : Dummy-Variable zur Erfassung der politischen Präferenzen (s.u.)

1) Vgl. Gujarati: The Behaviour ..., a.a.O., S. 202.

2) Vgl. Maki, Dennis/Spindler, Z.A.: The Effect of Unemployment Compensation on the Rate of Unemployment in Great Britain; in: OEP, Vol. 27, 1975, S. 443.

RPI : retail price Index
O/PE : output per person employed.

Im Gegensatz zu Gujarati haben sie also eine Leistungsvariable (ben/inc) einbezogen. Die ChangeVar soll Einflüsse aus dem politischen Sektor auffangen, d.h. in ihr werden die von Zeit zu Zeit erfolgenden Leistungserhöhungen des Arbeitslosengeldes eingegeben. Mit der Variablen "structural variation" ist ein Index der Entwicklung der Erwerbstätigkeit gemeint, um auch Einflüsse von dieser Seite zu erfassen.

Geschätzt wurde mit 2SLS eine Zeitreihe mit Vierteljahresdaten von 1952 bis 1972. Eine Nachschätzung mit OLS zeigte kaum Unterschiede. RPI und O/PE waren nicht signifikant und wurden später weggelassen, dagegen waren die übrigen Ergebnisse recht gut. Für ben/inc erhielten sie einen Koeffizienten von 1.197 der bei fünf Prozent signifikant war. Da verheiratete Frauen keine Ansprüche auf Leistungen haben, wurde die Gleichung noch einmal nur für die Männer geschätzt, was einen Wert für ben/inc von 1.303 ergab. "At the mean of Ben/Inc this elasticity is equal to 0.62 and 0.68 for the over-all and male unemployment rates, respectively"¹⁾.

Bei dem nachfolgenden Vergleich der prognostizierten mit den tatsächlichen Werten erhalten sie, daß von 1967 bis 1972 die Arbeitslosenquoten um 33 bis 54 Prozent höher lagen, als es nach der Entwicklung von 1960 bis 1965 zu erwarten gewesen wäre.²⁾ Ihre Ergebnisse liegen damit erstaunlich nahe den Werten die Gujarati erhalten hatte. Ähnlich McKay/Reid (vgl. 10.3.4.) trennen sie noch die Effekte der beiden Gesetzesänderungen und erhalten ebenfalls einen größeren Einfluß vom National Insurance Act als von den Redundancy Payments.

1) Maki/Spindler: The Effect ..., a.a.O., S. 448.

2) Vgl. ebenda, S. 450.

11.2.3. Taylor

Gujarati und Maki/Spindler führten die beobachtete Veränderung der Arbeitslosenquoten nach 1967 auf Veränderungen der Arbeitsangebotsseite zurück. Diese und die nächste Studie hingegen begründen dies mit Änderungen bei der Nachfrage nach Arbeit.

Taylors Hypothese lautet, daß der beobachtete Anstieg der Arbeitslosigkeit eine Folge des "shake out of hoarded labour"¹⁾ ist. Seiner Meinung nach sind die Statistiken der Arbeitslosenzahlen und der offenen Stellen, die in den vorhergehenden Arbeiten verwendet wurden, irreführend, weil in ihnen "labour hoarding" keine Berücksichtigung findet²⁾. Zunächst zur Erläuterung dieses Begriffs.

"Labour hoarding occurs when employed labour is not fully utilized"³⁾; d.h. wenn nicht genügend Aufträge vorhanden sind, kann ein Unternehmen seinen Output einmal dadurch reduzieren, daß es Arbeitnehmer entläßt. Dies ist heute aufgrund gesetzlicher Regelungen und der Firmenpolitik vieler Unternehmen (Erhaltung eines Stamms erfahrener Mitarbeiter) kurzfristig nur schwer möglich. Bleibt als zweite Möglichkeit die Senkung der Produktivität, indem weniger Stunden pro Woche gearbeitet wird (Abbau von Überstunden, Einführung von Kurzarbeit, usw.). Obwohl dann ebenfalls eine Unterauslastung der Kapazitäten vorliegt, zeigt sich das nicht offen auf dem Arbeitsmarkt in Form von Arbeitslosen, sondern kann nur indirekt über die Produktivitätsstatistiken ermittelt werden.

Die zuletzt dargelegte Unternehmenspolitik sieht er als für ein Land wie Großbritannien typisch an. Seine These lautet nun, daß die Arbeitgeber nach 1967 von dieser Politik abgegangen sind und jetzt Produktionssenkungen tatsächlich mittels Entlassungen herbeigeführt haben, was zu einem plötzlichen Anstieg der Ar-

1) Taylor, Jim: The Behaviour of Unemployment and Unfilled Vacancies: Great Britain, 1958-71, An Alternative View; in: The Economic Journal, Vol. 82, 1972, S. 1352.

2) ebenda, S. 1353f.

3) ebenda, S. 1354.

beitslosenzahlen geführt habe.

Um das Ausmaß von "labour hoarding" für die Vergangenheit zu erfassen, schätzt er mittels der von Klein und Okun vorgeschlagenen "peak-to-peak" Methode den potentiellen Output über die Gleichung

$$U_d = (1 - \frac{Q/N}{Q/N'}) \times 100 \quad 1)$$

wobei U_d : Rate des labour hoarding

Q/N : Output pro Arbeitnehmer

Q/N' : potentieller Output bei vollem Einsatz aller Arbeitnehmer.

Seine Daten stammen von 16 Industriegruppen vom ersten Quartal 1953 bis zum zweiten 1971. Mit ihnen kann er nachweisen, daß nach 1966 die Rate des "labour hoarding" extrem und sehr schnell zurückgeht; m.a.W.: trotz Einführung der Redundancy Payments, die eine Politik des "hire and fire" für die Unternehmen verteuert, versuchen diese nicht mehr wie früher, ihre Arbeitskräfte über einen saisonalen und/oder konjunkturellen Abschwung zu halten, sondern sie entlassen jetzt verstärkt. Auf der anderen Seite kann von diesen gesetzlichen Auflagen der Effekt ausgegangen sein, daß die Unternehmen jetzt vorsichtiger in der Einstellungspolitik geworden sind, denn obwohl in der Folgezeit der Output wieder steigt, führte das nicht zu einer entsprechenden Entlastung des Arbeitsmarktes, sondern er wurde ausschließlich durch eine Steigerung der Produktivität erzielt.

Insofern wäre dies dann doch ein Effekt der seinen Ausgang in der Gesetzesänderung hätte. Taylor zeigt lediglich eine andere Wirkungskette als die obigen Arbeiten auf - die Hauptreaktion kommt jetzt von der Arbeitgeberseite. Taylor selbst weicht hier aus; die Verhaltensänderung der Unternehmer verfolgt er nicht weiter sondern erklärt in einem Satz, sie sei wohl Folge außenwirtschaftlicher Änderungen, ohne anzugeben worin die bestünden²⁾.

1) Vgl. Taylor: The Behaviour ..., a.a.O., S. 1355.

2) Vgl. ebenda, S. 1363.

Abschließend diskutiert er noch die politischen Auswirkungen die sich aus der unterschiedlichen Sichtweise des Problems ergeben. Deuten die Angebotsanalysen die Veränderungen richtig, so muß in der Zukunft immer mit höheren Arbeitslosenquoten gerechnet werden. Die einzige politische Instrumentenvariable wäre die Kürzung bzw. völlige Streichung des Arbeitslosengeldes. Liegt er hingegen mit seiner These richtig, so bliebe durchaus Spielraum, um mittels der Fiskalpolitik auf die aggregierte Nachfrage einzuwirken.

11.2.4. Knight/Wilson

Die Autoren greifen die These des "labour hoarding" von Taylor auf, versuchen sie aber mittels einer anderen Gleichung zu überprüfen. Statt mit dem potentiellen Output arbeiten sie mit einer kurzfristigen Beschäftigungsgleichung die in den 60iger Jahren von Ball/St. Cyr speziell für Großbritannien entwickelt worden war. Ihre Überlegung ist, daß, wenn der beobachtete shift auf einen "shake out of hoarded labour" zurückzuführen ist, sich dies auch in einem "significant structural break in the short-run employment function"¹⁾ zeigen müßte.

Die Funktion lautet:

$$\ln E_t = a_0 + a_1 \ln Q_t + a_2 \ln E_{t-1} + a_3 T + \sum_{i=2}^4 a_{4i} D_i + e$$

mit E_t : total labour input

Q_t : Output

T : Time

D_i : Saisondummies

e : Störglied

Die abhängige Variable wird einmal in "manhours" und ein zweitesmal als "Kopfzahl der Beschäftigten" spezifiziert. Die Gleichung wird durch einige lag-Komponenten, deren Gewichte geschätzt werden, weiter verfeinert. Ein Chow-Test soll den Nachweis erbringen, ob ein Strukturbruch vorliegt oder nicht. Auch

1) Knight, K.G./Wilson, R.A.: Labour hoarding, employment and unemployment in British manufacturing industry; in: Applied Economics, Bd. 6, 1974, S. 305.

sie verwenden Vierteljahresdaten der verarbeitenden Industrie vom ersten Quartal 1959 bis zum zweiten 1972.

Nicht nur können sie einen Strukturbruch Ende 1966 nachweisen, sondern sie stellen bei genauerer Untersuchung fest, daß der Aufschwung zum Ende der Dekade überwiegend mit Überstunden durchgeführt wurde, wobei Männer (die dazu eher bereit sind als Frauen) weniger stark entlassen wurden, bzw. eher eingestellt wurden als die Frauen.

Was im Zusammenhang mit Taylors Artikel gesagt wurde, bestätigen sie dahingehend, daß die Redundancy Payments das Gegenteil von dem erreicht haben, was sie bewirken sollten. Entlassungen werden nicht erschwert, hingegen zögern die Unternehmer bei Neueinstellungen, damit sie zukünftig nicht bei Entlassungen von diesen Zusatzkosten getroffen werden. Insofern hätte dies Gesetz die friktionelle Arbeitslosigkeit **erhöht**, wenn auch über die Nachfrage- statt über die Angebotsseite. Zu der Arbeit von Maki/Spindler steht diese Untersuchung insoweit im Widerspruch, als Knight/Wilson behaupten, daß die Frauen (obwohl sie keine Leistungen erhalten) den größten Teil der Arbeitslosigkeit ausmachen, während Maki/Spindler und auch McKay/Reid davon **gesprochen haben, daß die Arbeitslosigkeit nach 1967 von den Männern bewirkt sei. Wer von ihnen Recht hat kann nicht ohne weiteres gesagt werden. Auskunft darüber gibt auch die nächste Arbeit nicht.**

11.2.5. Cubbin/Foley

Zwar sieht sich diese Untersuchung als eine übergreifende Analyse an, die beide Seiten des Arbeitsmarktes nicht isoliert, sondern im Zusammenhang betrachten will, doch beließen es die Autoren bei dieser Absichtserklärung und geben im Grunde genommen nur einen weiteren Test zur Angebotsseite. Dabei gehen sie nicht von einer eigenen Arbeitshypothese aus, sondern von einer Kritik an der von Maki/Spindler verwendeten Testgleichung. Insbesondere stört sie, daß jene zwar die Einflüsse von Leistungen überprüfen, nicht aber "the possible income effects of income

changes. This is a surprising omission since over the period they consider (1948-72) there was a substantial rise in real incomes in Britain, and the rigorous price-theoretic grounds on which their analysis seems to be based would suggest this as an important effect in determining the supply of work"¹⁾.

Diese Effekte messen sie mit einer Permanent Income Variablen in die das Arbeitseinkommen aus drei Perioden (Kalenderjahren) eingeht und durch die Zahl der Erwerbspersonen dividiert wird. Diese Variable und die benefit-income-ratio repräsentieren die Angebotsseite. Ihren Anspruch, beide Seiten des Arbeitsmarktes berücksichtigt zu haben, begründen sie damit, daß sie als weitere unabhängige Variable die Anzahl der offenen Stellen einführen, Ihr Testmodell hat dann die Form:²⁾

$$(1) \text{ Dauer der Arb.los.} = a_0 + a_1 \text{ offene Stellen} + a_2 \text{ benefit-income-ratio} + a_3 \text{ Permanent Income}$$

$$(2) \ln \text{Arb.losenquote} = \text{dieselben Variablen wie unter (1)}$$

Für die Schätzung verwenden sie Jahresdaten von 1949 bis 1972, wobei für die Dauer (Gleichung (1)) die durchschnittliche Dauer in Wochen aus den jeweiligen Jahren genommen wird. In der ersten Gleichung erhalten sie für die benefit-income-ratio ein negatives Vorzeichen, dagegen ein positives in der zweiten. Zusätzlich zu diesen Schätzungen untersuchen sie mit einem Chow-Test, ob 1966/67 ein Strukturbruch erfolgte (was sie bestätigt finden), und führen mehrere "prediction tests" durch, indem sie die durchschnittliche Dauer und die Arbeitslosigkeit unter "Eglossung einer oder zwei Variablen bestimmen und dann mit den tatsächlichen Werten vergleichen"³⁾. Sie erhalten in der Mehrzahl der Fälle, daß die Abweichungen der prognostizierten von den realen Werten dann am geringsten sind, "when permanent income is included as a variable and the benefit/income ratio is excluded"⁴⁾.

1) Cubbin, J.S./Foley, K.: The Extent of Benefit-Induced Unemployment in Great Britain: Some New Evidence; in: OEP, Vol. 29, 1977, S. 130.

2) Vgl. ebenda, S. 133.

3) Vgl. ebenda, S. 135.

4) ebenda, S. 134.

Auf der Basis dieser Ergebnisse schließen sie: "These empirical results lead us strongly to the conclusion that, even if you believe that the changes in the relationship between vacancies and the level and the duration of unemployment were caused entirely by reductions in the supply of labour, increases in unemployment benefits played a negligible or even negative role. Income effects of income changes are capable of explaining much of the apparent shift in the relationship"¹⁾.

11.3. Studien für Kanada

11.3.1. Die Ansätze von Grubel und seinem Team

Zur Erklärung des beobachteten shifts nach 1971 hatte es bereits vor ihnen einige theoretische Überlegungen²⁾ gegeben, doch war ihr Artikel die erste empirische Arbeit für Kanada. Da das von ihnen vorgeschlagene Testmodell für mehrere Schätzungen verwendet wurde, sei es hier etwas ausführlicher dargestellt. Ausgang ist der von der Suchtheorie postulierte Sachverhalt, daß:

$$(1) \quad IU = f(R, C)$$

$$\text{mit } R' > 0 \quad \text{und} \quad C' < 0$$

wobei IU die durch das Arbeitslosenversicherungssystem induzierte Arbeitslosigkeit bezeichnet, R die benefit-earnings-ratio, die sich ergibt aus $R = UCB/ANW$ (unemployment compensation benefits : average weekly wages) und C die "time costs of job search and documentation"³⁾. Wie im Zusammenhang mit der Arbeit von Maki/Spindler bereits erwähnt, ist IU aber nur eine Komponente der Arbeitslosigkeit. Zusammen mit den anderen Einflüssen lautet die Grundgleichung:

$$(2) \quad U = f(SU, CU, TU, IU)$$

mit U = Arbeitslosenzahlen bzw. -quoten, SU = strukturelle, CU = konjunkturelle, TU = saisonale Arbeitslosigkeit und IU wie oben. Die Basisannahme für das Modell ist, daß "through time, structural unemployment is a constant that changes only slowly, cyclical

1) Cubbin/Foley: The Extent ..., a.a.O., S. 137.

2) Vgl. Green, Christopher: The Impact on Unemployment Insurance on the Unemployment Rate, Juni 1973 (mimeo).

3) Grubel/Maki: The Effects ..., a.a.O., S. 283.

unemployment is functionally related to an index of economic instability such as the growth rate of GNP, [...] , and induced unemployment is an increasing function of the ratio of unemployment benefits to income [...] and a decreasing function of the cost of waiting and job search documentation" ¹⁾. Je nachdem ob Quartals- oder Jahresdaten verwendet werden, wird die Saisonkomponente (TU) einbezogen oder weggelassen.

Die eigentliche Schätzgleichung bekommt dann die Form:

$$(3) \ln U = a_0 + a_1 R + a_2 \text{INEL} + a_3 \text{PCGNP} + a_4 \text{PCGNP}_{-1} + a_5 \text{PCVO}$$

U und R wurden oben bereits erläutert; die anderen Variablen sind: INEL soll ein Maß für die Striktheit administrativer Maßnahmen sein, als Werte werden hier die "percentage of new and renewal claims for unemployment benefits" ²⁾ eingesetzt. Da von einer strengeren Auslegung der Gesetze erwartet wird, daß sich INEL erhöht, die Zahl der Leistungsempfänger somit geringer ist, wird von ihr ein negativer Einfluß auf die Arbeitslosigkeit erwartet. PCGNP und PCGNP₋₁ geben die Entwicklung der Volkswirtschaft wider, wobei PCGNP die deflationierten Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts ist und PCGNP₋₁ die der Vorperiode. Von beiden Variablen werden ebenfalls negative Einflüsse erwartet. PCVO gibt die Entwicklung der potentiellen Leistungsempfänger (Beitragspflichtigen) wieder und wird als deren Anteil an allen Erwerbspersonen (in Prozent) eingegeben. Die Unterstellung eines log-linearen Zusammenhangs hat sich mehrfach gegenüber einem einfach linearen Zusammenhang als überlegen erwiesen, vor allem dann, wenn für U Arbeitslosenquoten verwendet werden.

Einziges qualitatives Merkmal ist die Unterscheidung nach Geschlecht. Sie erfolgt, indem die Gleichung entweder für die Geschlechter getrennt geschätzt wird, oder indem unterschiedliche Erwerbsquoten für Männer und Frauen als zusätzliche Variablen einbezogen werden.

Im Modell ergeben sich mehrere Interdependenzen. Da R ein Durch-

1) Grubel/Maki/Sax: Real and ..., a.a.O., S. 181.

2) ebenda, S. 184.

schnittswert ist (monatliche/jährliche Zahlungen von Arbeitslosengeld dividiert durch die Anzahl der Leistungsempfänger), wird seine Höhe von der Zahl der Arbeitslosen mit beeinflußt. Wird zusätzlich als abhängige Variable die Arbeitslosenquote verwendet (was meist der Fall ist), so stehen die abhängigen Erwerbspersonen sowohl im Nenner dieser Variablen, als auch auf der rechten Seite der Gleichung in dem der PCOV-Variablen. Die Schätzung erfolgt deshalb zweistufig, wobei neben der Hauptgleichung (3) folgende Nebengleichungen mit getestet werden:

$$(4) \quad R = b_0 + b_1 U + b_2 O/MH + b_3 \text{MaxBen}$$

mit den zusätzlichen Variablen: O/MH = output per manhour
 MaxBen = Leistungshöchstgrenze

$$(5) \quad \text{FLFPR} = c_0 + c_1 U + c_2 \text{AWW}_{-1} + c_3 F$$

$$(6) \quad \text{MLFPR} = d_0 + d_1 U + d_2 \text{AWW}_{-1} + d_3 M^1)$$

Gleichungen (5) und (6) (FLFPR: Erwerbsbeteiligung der Frauen; MLFPR: Erwerbsbeteiligung der Männer; F und M: weibliche und männliche Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter) ersetzen in manchen Tests PCOV, um so Einflüsse von Beschäftigungsänderungen bei den Geschlechtern genauer zu erfassen.

Geschätzt wurde mit Jahresdaten von 1953 bis 1972 und mit 2SLS. Eine Nachschätzung mit OLS zeigte auch hier so gut wie keine Unterschiede. Das kann natürlich einmal an der sehr geringen Anzahl von Daten liegen. Es kann aber auch bedeuten, und darauf werden wir weiter unten im Zusammenhang mit der BRD zurückkommen, daß sich hinter diesen aggregierten Daten mehr Interdependenzen verbergen, als oben angenommen wurde.

Im statistischen Sinne sind die Schätzergebnisse perfekt - und zwar in jeder Hinsicht. Danach ergibt sich eine Elastizität der Arbeitslosenquote in bezug auf das Arbeitslosengeld für Kanada in diesem Zeitraum von $0.69^{2)}$. Nach der Ent -

1) Grubel/Maki/Sax: Real and ..., a.a.O., S. 183.

2) ebenda, S. 187.

wicklung bis 1970 hätte die Arbeitslosenquote nur 5.5 Prozent statt der tatsächlich eingetretenen 6.3 Prozent sein dürfen. Die 0.8 Prozentpunkte Unterschied sind aber nicht die induzierte Arbeitslosigkeit, sondern die, durch die Gesetzgebung von 1971 bewirkte, induzierte Veränderung der induzierten Arbeitslosigkeit. Denn gemäß der Suchtheorie erfolgt ein Einfluß vom Arbeitslosenversicherungssystem zu jeder Zeit, er bestand also auch schon vor der Gesetzesänderung von 1971 (was seinen Ausdruck in Gleichung (2) findet); die Gesetzesänderung hat diesen Einfluß nur zusätzlich vergrößert.

Zur Berechnung der induzierten Arbeitslosigkeit beschreiten die Autoren folgenden Weg. 1955/56 hatte Kanada eine Arbeitslosenquote von 3.8 Prozent. Diese Quote wird u.a. vom Economic Council of Canada verwendet, um das potentielle Bruttosozialprodukt zu schätzen (in diesem Jahr war wohl der volkswirtschaftliche Zielkatalog einigermaßen gut erfüllt). Die Autoren nehmen deshalb die Daten dieser beiden Jahre (den Durchschnittswert) und prognostizieren die Entwicklung bis 1972. Unter den Bedingungen der Jahre 1955/56 hätte die Arbeitslosenquote 1972 um 1.4 Prozentpunkte niedriger liegen müssen, woraus Grubel et.al. schließen, daß die induzierte Arbeitslosigkeit in Kanada 22 Prozent der gesamten Arbeitslosigkeit beträgt¹⁾.

11.3.2. Green/Cousineau

Dies ist die umfangreichste Einzelstudie die zu dem Thema für ein Land durchgeführt wurde. Ihr Ziel war hochgesteckt, denn sie wollten auch auf der Basis aggregierter Daten die Einzelwirkungen der Arbeitslosenversicherung abschätzen. Der erste Effekt, den sie als den "direkten Effekt" bezeichnen, wurde im zweiten Kapitel beschrieben - die Erhöhung der Arbeitslosenzahlen über größere Häufigkeit und/oder längere Dauer der Arbeitslosigkeit. Der zweite, der "indirekte Effekt", wurde zu Ende des vierten Kapitels erwähnt - daß die Arbeitslosenversicherung Individuen, die sonst erwerbslos geblieben wären, veranlaßt, auf

1) Grubel/Maki/Sax: Real and ..., a.a.O., S. 188.

dem Arbeitsmarkt aufzutreten bzw., daß sie länger im Arbeitsmarkt bleiben, statt in die Stille Reserve abzugehen, was sie mit "unemployment-insurance-induced-unemployment" bezeichnen. Dieser zweite Effekt ist selbst mit mikroökonomischen Daten kaum zu ermitteln, müßte man doch dazu die Motivation der Individuen kennen. Doch meinen sie, was zu Anfang des vierten Kapitels auf Seite 29 anklang, daß sich hierzu Hinweise auch auf makroökonomischer Basis finden lassen müßten. Denn, ist die Hypothese korrekt, so müßte die Arbeitslosigkeit auch von Abweichungen des Bruttosozialprodukts und der Erwerbspersonen von deren jeweiligen Langzeittrends beeinflußt sein. Deshalb schätzen sie zunächst die langfristige Entwicklung dieser Größen und stellen fest (was mittels verschiedener Tests auch nach anderen Seiten hin abgesichert wird), daß nach 1971 sowohl die Arbeitslosenzahlen als auch die Erwerbspersonen von ihren Trends abweichen, wobei es für diesen Bruch keine konjunkturellen, außenwirtschaftliche oder sonstige Erklärungen gibt. Im einzelnen ergibt sich: "In the five years preceding 1973, the labour force growth rate hovered around 3 per cent. [Fortan im Original gesperrt gedruckt] Had the labour force growth in 1973 been 3 per cent, the drop in the rate of unemployment would have been much larger than the .7 percentage point it actually fell (from 6.3 per cent in 1972 to 5.6 per cent in 1973)"¹⁾. In Kopfgrößen hieß dies, daß die Erwerbspersonen 1972 um 13 000 und 1973 um 129 000 Personen von ihrem Trend abgewichen sind.

Zur Messung des direkten Effekts verwenden sie zwei Testmodelle. Zunächst verwenden sie eine Testgleichung die der von Grubel und seinem Team sehr nahe kommt.²⁾ Unter jeweils ceteris paribus Bedingungen der anderen Variablen prognostizieren sie die Entwicklung wenn die Leistungen um bestimmte Beträge erhöht werden, bzw. die Wartezeiten vergrößert oder mehr Anträge auf Arbeitslosengeld abgelehnt werden. Danach erhalten sie eine Elastizität der Arbeitslosigkeit in bezug auf die Leistungen von 0.56 , was bedeutet hätte, daß bei einer einprozentigen Erhöhung

1) Green/Cousineau: Unemployment ..., a.a.O., S. 6.

2) Vgl. ebenda, S. 80 ff.

des Arbeitslosengeldes 2 300 Arbeitslose mehr zu erwarten sind, bzw., bei einer einprozentigen Erhöhung der Ablehnungen würde die Arbeitslosigkeit um 43 000 Personen abnehmen. Bezogen auf die tatsächlichen Leistungsveränderungen in Kanada von 1971 wären 1972 130 000 Arbeitslose mehr als 1971 zu erwarten gewesen. Die tatsächliche Entwicklung blieb aber weit hinter dieser prognostizierten zurück¹⁾.

Interessanter und aufwendiger ist ihr zweites Testverfahren. Ausgang ist folgende Identitätsgleichung:²⁾

$$R \equiv E - \alpha(1 - R)\beta = \frac{E - \alpha\beta}{(1 - \alpha\beta)}$$

wobei R : Arbeitslosenquote beim Fehlen einer Arbeitslosenversicherung,

E : tatsächlich eingetretene Arbeitslosenquote,

α, β : Elastizitätskoeffizienten, wobei

α : Prozentsatz von Erwerbspersonen, die aufgrund des Arbeitslosengeldes es vorziehen, (eine Periode) Arbeitslosigkeit zu wählen (dieser Koeffizient stellt also auf die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit ab),

β : die durchschnittlich (wegen der Existenz einer Arbeitslosenversicherung) erfahrene Dauer der Arbeitslosigkeit in Wochen dividiert durch 52 Wochen.

α wird dabei als abhängig von den Arbeitsmarktbedingungen, saisonalen Faktoren, administrativen Maßnahmen und moralischen Hemmnissen auf Seiten der Individuen angesehen, während auf β nur die Höhe des Arbeitslosengeldes einen Einfluß haben soll.

Wie ersichtlich, ist in die Definition der Koeffizienten wieder die Motivation der Individuen eingegangen. Die Autoren müssen sich

1) Vgl. Green/Cousineau: Unemployment ..., a.a.O., S. 89.

2) Dazu daß dies eine Identität ist vgl. ebenda: S. 15 und die dort gemachten Verweise.

somit nach Hilfsgrößen umsehen, die ein solches Verhalten repräsentieren. Dabei bleiben auch sie an Größen hängen, die in Kapitel sieben schon einmal in bezug auf ihre Indikatorfunktion in dieser Hinsicht abgeklopft wurden. Als wichtigste Hilfsgröße für α werden die Sperrzeiten wegen Selbstkündigung genommen. Da diese Zahlen nach 1971 ebenfalls erheblich angestiegen sind, kann man ihnen noch zugestehen, ein Ausdruck dafür zu sein, daß die neuen gesetzlichen Möglichkeiten die Individuen eher bereit gemacht haben, das Risiko von Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen. Sie nehmen mehrere (intuitive) Bereinigungen an den Realwerten vor und kommen zu dem Schluß, daß sich α von 1971 auf 1973 um 48 bis 60 Prozent geändert hat¹⁾.

Noch größere Probleme wirft die Ermittlung von β auf, denn nicht nach der beobachteten durchschnittlichen Dauer ist gefragt, sondern nach der Veränderung in der Dauer als Folge der stark verbesserten Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung - also nach der Arbeitsangebotselastizität in bezug auf das Arbeitslosengeld bzw. nach der Veränderung dieser Elastizität.

Die ökonomische Theorie hat zwar eine ausgefeilte (preistheoretische) Arbeitsangebotstheorie formuliert, doch ist es bis heute noch nicht gelungen, derartige Elastizitäten wenigstens in bezug auf Lohnänderungen zu bestimmen. Einzige Ausnahme ist das New-Jersey-Income-Maintenance-Experiment (meist unter dem Schlagwort "negative-income-tax" bekannt), in dem Randgruppen des US-amerikanischen Arbeitsmarktes über drei Jahre beobachtet wurden (wobei sich die Personen darüber im Klaren waren, daß sie an einem zeitlich befristeten Experiment teilnahmen, was z.T. auf ihr Verhalten eingewirkt hat) und als dessen Ergebnis auch Elastizitätskoeffizienten des Arbeitsangebots ermittelt wurden. Da dieses Experiment sehr viel Geld gekostet hat, und da Forschung nur in den Naturwissenschaften teuer sein darf, ist es bisher einzig geblieben - Green/Cousineau konnten auf ähnliches Material für Kanada nicht zurückgreifen. Sie behelfen sich, indem sie einige Koeffizienten aus eben diesem Experiment auswählten. Das ist natürlich äußerst problematisch; denn, auch

1) Vgl. Green/Cousineau: Unemployment ..., a.a.O., S. 99.

wenn sie die Koeffizienten der Weißen genommen haben, so handelt es sich doch um Werte extrem niedriger Einkommensgruppen aus einem regional eng umgrenzten Industriegebiet mit speziellen Strukturproblemen (der Raum um Newark) deren Übertragbarkeit auf kanadische Arbeitslose mit großer Skepsis begegnet werden muß.

Ihr letzter Schritt ist denn auch weniger eine Schätzung als eine Computersimulation. Die "empirischen" Werte aus New Jersey werden für verschiedene Werte von α in obiger Gleichung durchgespielt; bei den erhaltenen Ergebnissen werden jeweils die Extremwerte ausgeschlossen. Durch Vergleich dieser Werte mit tatsächlich beobachteten Veränderungen der Arbeitszeit nach Lohnänderungen versuchen sie, Anhaltspunkte für die Arbeitsangebotselastizität zu erhalten. Sie testen das Modell für verschiedene Haushalte mit arbeitslosen Familienmitgliedern für einige Jahre vor der Gesetzesänderung und für 1972 und 1973 durch. Aus den verschiedenen Simulationen und dem Abwägen der Wahrscheinlichkeit der Ergebnisse schätzen sie, daß 1.1 Prozentpunkte der Arbeitslosenquote von 1972/73 auf die Gesetzesänderung zurückzuführen sind.¹⁾

11.3.3. Einwirkungen auf die Dauer

Diese Arbeit von Maki fällt aus dem Rahmen der anderen Zeitreihenanalysen insofern, als sie nicht die Auswirkungen der Leistungen auf die Gesamtarbeitslosigkeit untersucht, sondern "this paper presents the results of investigating the relationship between the average duration of unemployment insurance claims and the benefit-wage-ratio"²⁾.

Die Daten stammen von monatlichen Zeitreihen aus zehn kanadischen Provinzen von Dezember 1962 bis Oktober 1974. Die abhängige Variable (average duration) wird, zur besseren statistischen Anwendung, in vier Kategorien untergliedert die folgenden Mittelwerte der Dauer haben: 2.5, 9, 20, 35 Wochen. Diese

1) Green/Cousineau: Unemployment ..., a.a.O., S. 110.

2) Maki, D.: Unemployment ..., a.a.O., S. 228.

Mittelwerte wurden ihrerseits geschätzt. Da nicht für jede Provinz Angaben zu jeder Variablen vorhanden waren, werden mehrfach Werte angenommen, in der Hoffnung, daß sie den tatsächlichen nahekomen. Als zyklische Komponente verwendet er einen zwölf-Monats-employment-index der die Veränderung gegenüber dem jeweiligen Monat des Vorjahres angibt. Zur Darstellung verzögerter Einflüsse verwendet er für diese und für eine "disqualification"-Variable (die der INEL-Variable im Modell von Grubel et.al. entspricht) einen Almon-Lag. Hinzu kommt noch die Leistungsvariable mit den durchschnittlichen Zahlungen in den einzelnen Provinzen.

Die Ergebnisse sind bei fünf Prozent signifikant und haben die erwarteten Vorzeichen. Neben Anzeichen von Multikollinearität wird die Beurteilung dadurch erschwert, daß die Ergebnisse zwischen den einzelnen Provinzen sehr stark schwanken - wobei der Autor keine Angaben zu etwaigen Gründen macht. Nach diesem Vor-test unterteilt er den Schätzzeitraum in einen ersten bis zur Gesetzesänderung von 1971, und in einen zweiten von Januar 1972 bis Oktober 1974. Dazwischen hat er, sozusagen als Anpassungszeitraum, ein Jahr freigelassen. Als Durchschnittswert der Dauer über alle zehn Provinzen erhält er für die erste Periode 10.95 Wochen, für die zweite hingegen 14.88 Wochen¹⁾. Die Elastizität der Dauer in bezug auf die Leistungen ist aber etwas geringer als diese Differenz. 51 Prozent der Differenz bzw. 2 Wochen führt er auf die Gesetzesänderung von 1971 zurück, wobei auch diese Werte zwischen den Provinzen sehr stark schwanken (er erhält Elastizitätskoeffizienten von - 0.86 bis + 3.66)²⁾.

11.4. Studien für die USA

11.4.1. Grubel/Maki

Das oben beschriebene Testmodell für Kanada haben Grubel/Maki

1) Maki: Unemployment ..., a.a.O., S. 233.

2) ebenda, S. 234.

auch auf die USA für die Jahre 1951 bis 1972 angewandt. Zusätzlich zu der Zeitreihenanalyse haben sie mit einer leicht variierten Gleichung einen Querschnittstest über 48 Bundesstaaten für die Jahre 1970/71 durchgeführt. Im Gegensatz zu den mikroökonomischen Querschnittsanalysen des 10. Kapitels basiert diese Gleichung aber ebenfalls auf makroökonomischen Daten.

Wie erinnerlich, hat es in den USA keine ähnlich radikale Gesetzesänderung wie in Kanada gegeben. Ein Vergleich zweier verschiedener Zeiträume wie er für Großbritannien und Kanada mehrfach durchgeführt wurde, scheidet deshalb hier aus. Stattdessen schätzen sie zunächst die Anpassung ihres Modells (aus Kap. 11.3.1.) mit Jahresdaten über den gesamten Zeitraum für den Arbeitsmarkt der USA. Verblüffend an allen Arbeiten von Grubel - und so auch hier - sind seine hervorragenden Ergebnisse. Alle Variablen haben die erwünschten Vorzeichen und sind signifikant.

Danach wird die Entwicklung für 1972 prognostiziert, wie sie eingetreten wäre, wenn die Leistungen, die Sperrzeiten(INEL) und die potentiellen Leistungsempfänger(PCOV) auf dem Stand von 1955 geblieben wären. Danach hätte statt der 3.5 Prozent die Arbeitslosenquote der Leistungsempfänger nur 2.5 Prozent betragen, was eine Reduktion der Gesamtarbeitslosigkeit von 5.6 Prozent auf 5.0 Prozent bedeutet hätte¹⁾.

Für die Querschnittsanalyse wurden zu den oben angegebenen als weitere unabhängige Variablen Erwerbsbeteiligungen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen (Landwirtschaft, Verarbeiten des Gewerbe, Transport) in Prozent aller Erwerbspersonen eingeführt. Die Schätzung erbrachte hier insofern eine Überraschung, als nach ihr die Elastizität der Arbeitslosenquote in bezug auf die Leistungen nur 0.9 betrug, statt der 6.0 die sich nach der Zeitreihenanalyse ergeben hatte.²⁾ Die Autoren erklä-

1) Vgl. Grubel/Maki: The Effects ..., a.a.O., S. 291.

2) Vgl. ebenda, S. 293.

ren die Diskrepanz mit Veränderungen in der gesamten Einstellung zu sozialpolitischen Maßnahmen die, ohne in der Gleichung entsprechend berücksichtigt worden zu sein, stärker in die Zeit- als in die Querschnittsanalyse eingegangen sind und den Koeffizienten dort stark erhöht haben. Deshalb dürfte der Koeffizient der Querschnittsanalyse den direkten Effekt des Arbeitslosengeldes besser wiedergeben.

11.4.2. Einfluß auf Saisonarbeitslosigkeit

Obwohl Chiswick seine Studie nur für einen eng umgrenzten und zahlenmäßig kleinen Personenkreis durchführte (den Saisonarbeitern in der Landwirtschaft der USA), kommt dieser Arbeit mehr Gewicht als allen anderen Zeitreihenanalysen zu, weil er untersuchen konnte, wie sich die Einführung eines Arbeitslosenversicherungssystems bei einer Berufsgruppe auswirkt, die bisher derart nicht abgesichert war.

Bis 1974 hatte es für die Landarbeiter in den USA - mit Ausnahme von Hawaii und Minnesota - keine Arbeitslosenversicherung gegeben. Dies änderte sich mit Erlaß des Emergency Jobs and Unemployment Assistance Act vom 31.12.1974 der bestimmte, daß fortan Special Unemployment Assistance (SUA) an diese Berufsgruppe bei Arbeitslosigkeit gewährt wird. Da SUA dieselben Leistungen wie die staatlichen Unemployment Compensation Gesetze gewährt, bedeutete dies für viele Landarbeiter - besonders für die der niedrigsten Lohngruppen wie für die Frauen - , daß sie jetzt in der Zwischensaison um die 70 Prozent ihrer Saisonlöhne (Nettolöhne) als Arbeitslosengeld erhalten.

In Kapitel vier ist vermutet worden, daß bei Saisonarbeitern mit hoher Arbeitslosigkeit während der Zwischensaison zu rechnen ist, da "unemployment compensation benefits based on wage rates during the on-season may well approach or exceed the worker's productivity or wage during the off-season in that job or elsewhere, thereby discouraging off-season work"¹⁾.

1) Chiswick, Barry R.: The Effect of Unemployment Compensation on a Seasonal Industry: Agriculture; in: JPE, Vol. 84, 1976, S. 591.

Chiswick folgt bei der Überprüfung dem Standardschema dieser Arbeiten. "The hypotheses are tested by comparing the observed seasonally adjusted unemployment rate and level of employment with values that we predict would have existed in the absence of the introduction of SUA in January 1975".¹⁾ Ein Vergleich der beiden Trends ergibt für die Zwischensaison nach der Gesetzesänderung einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um zwei Prozentpunkte (bei der Arbeitslosenquote dieser Berufsgruppe) bzw., umgekehrt, die Beschäftigung in Nebentätigkeiten in den ländlichen Regionen sinkt in dieser Zeit um 5.5 Prozent, was einem Rückgang von 70 000 Beschäftigten entspricht.

Das Ergebnis kann nicht überraschen, denn im Gegensatz zu den Arbeitslosenversicherungen der Einzelstaaten, die ihre Gelder aus den Beiträgen von Arbeitgebern und -nehmern beziehen, wird SUA aus dem allgemeinen Steueraufkommen der Bundesregierung finanziert. Die Gewährung von Arbeitslosengeld hat deshalb auch nicht nur bei den Arbeitnehmern zu Verhaltensänderungen geführt, sondern auch bei ihren Arbeitgebern. Vorher haben die Farmer sich aus moralischen (man mag auch sagen paternalistischen) Gründen verpflichtet gefühlt, ihren Arbeitern mit Nebentätigkeiten auch außerhalb der Saison zu kleineren Einkünften zu verhelfen. Das bedeutete für sie natürlich Kosten, die sie jetzt, da sie nicht das geringste zur Finanzierung des Programms beitragen müssen, auf den Steuerzahler abwälzen können (eine neue Form der Bauernsubventionierung). Deshalb waren sie auch besonders rührig, ihre Mitarbeiter auf die neuen gesetzlichen Möglichkeiten aufmerksam zu machen. Von hierher läßt sich auch die Vermutung von Feldstein bestätigen, daß bei temporary layoffs beide Seiten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) übereinkommen, sich die Arbeitslosigkeit vom Versicherungssystem bezahlen zu lassen, statt auch nur zeitweilig Tätigkeiten anzunehmen.

1) Chiswick: The Effect ..., a.a.O., S. 595.

11.5. Studien für die Bundesrepublik Deutschland

11.5.1. Der Test mit Jahresdaten von König/Franz

Für die Bundesrepublik Deutschland wurde der erste derartige Test von König/Franz durchgeführt.¹⁾ Sie haben das in Kapitel 11.3.1. von Grubel und seinem Team entwickelte Modell mit leichten Veränderungen auf die BRD übertragen und mit Jahresdaten geschätzt, wobei sie eine Reihe von Spezifikationen vorgenommen haben auf die hier aber nicht eingegangen werden soll. Wesentlich für uns ist, daß sie den betrachteten Zeitraum von 1950 bis 1975 einmal insgesamt durchgetestet haben (in Tab. 11-1 die Gleichungen (a)) und dann in zwei Unterperioden ((b) : 1950 bis 1960 und (c): 1960 bis 1975) trennten (diese Trennung wurde nachträglich durch die Ergebnisse bestätigt, die für die jeweiligen Zeiträume stark voneinander abwichen). Jeder dieser Zeiträume wurde dann noch einmal für alle Arbeitslosen und für Männer und Frauen geschätzt. Auch haben sie sowohl 2SLS als auch OLS angewendet - mit minimalen Unterschieden bei den Ergebnissen. Tabelle 11-1 führt deshalb auch nur die Ergebnisse auf die mit 2SLS erzielt wurden. Für die Leistungsvariable (UCB/AWWCE) wurde das von der BfA veröffentlichte durchschnittlich gezahlte Arbeitslosengeld genommen - Arbeitslosenhilfeempfänger sind somit nicht berücksichtigt.

Was sofort ins Auge springt ist, daß dieses Testmodell, das bei Grubel so hervorragende Werte ergab, für die Bundesrepublik Deutschland keine gute Anpassung zeigt. Das Vorzeichen der wichtigsten Variablen - der Leistungsvariable - ist nicht stabil; doch gilt das für jede der einbezogenen Variablen mit Ausnahme der PCOV. Daß bei ihr das Vorzeichen konstant negativ ist, hat insofern Bedeutung, als es nach der Theorie positiv sein müßte - wie Anlage B 5 gezeigt hat, sind die Beitragspflichtigen kontinuierlich angestiegen, allerdings hatte bereits Tabelle 7-1 gezeigt, daß trotz des Anstieges der potentiellen Leistungsempfänger deren Anteil an den Arbeitslosen gefallen ist - insofern bestätigen diese Koeffizienten diesen Sachverhalt.

1) Vgl. König, Heinz/Franz, Wolfgang: Unemployment Compensation and the Rate of Unemployment in the Federal Republic of Germany; in: Grubel/Walker (Hrsg.): Unemployment ..., a.a.O., S. 236 - 266.

Tabelle 11-1

Testergebnisse des Jahresmodells für die Bundesrepublik Deutschland ¹⁾

Unabhängige Variablen							$\bar{R}^2$
Konst.	UCB/AWWCE	INEL	PCGNP	PCGNP ₋₁	PCOV	DW	
Alle Arbeitslosen							
(a) 20.450	-0.082 (0.6)	0.456 (3.1)	-0.097 (1.6)	-0.057 (0.8)	-0.213 (1.7)	0.594	0.532
(b) 18.446	-0.082 (1.1)	-0.165 (0.8)	-0.032 (0.4)	0.015 (0.2)	-0.194 (2.2)	1.413	0.667
(c) 14.663	0.77 (3.8)	0.118 (1.4)	-0.000 (0.002)	-0.082 (3.2)	-0.691 (3.8)	1.817	0.906
Männer							
(a) 32.458	-0.117 (0.9)	0.45 (3.6)	-0.121 (2.3)	-0.098 (1.7)	-0.344 (1.9)	1.444	0.643
(b) 24.874	-0.079 (1.0)	-0.14 (0.7)	-0.01 (0.1)	0.017 (0.2)	-0.282 (2.6)	1.115	0.664
(c) 34.667	0.487 (2.3)	0.199 (1.9)	-0.044 (1.1)	-0.093 (2.6)	-0.765 (2.8)	1.251	0.822
Frauen							
(a) 11.440	0.074 (0.6)	0.311 (2.2)	-0.164 (1.0)	0.002 (0.03)	-0.203 (2.7)	0.459	0.439
(b) 16.181	-0.12 (1.3)	-0.009 (0.06)	-0.077 (1.0)	-0.026 (0.3)	-0.138 (2.0)	1.204	0.596
(c) -8.694	0.72 (2.1)	0.068 (0.5)	-0.005 (0.1)	-0.051 (0.9)	-0.355 (1.7)	0.761	0.761

 (a) : 1950 - 1975; (b) : 1950 - 1960; (c) : 1960 - 1975
 Die Werte in Klammern sind die t-Statistiken.

Ihre abhängige Variable war der Logarithmus der Jahresarbeitslosenquote. Sie interpretieren die Ergebnisse wie folgt: "For the first

 1) Vgl. König/Franz: Unemployment ..., a.a.O., Auszug aus den Tabellen auf S. 239 - 241.

subperiod correlation coefficients are rather low and the regression parameter for the benefit ratio has a wrong sign and/or is statistically insignificant. In our opinion, people have been primarily interested in gaining (or regaining compared with pre-war conditions) a higher standard of living in terms of consumption goods and therefore attribute a very low utility to leisure. For the second subperiod, regression coefficients show the expected sign for the benefit ratio and a wrong sign for INEL. They are for the former, at least in the two-stage version, statistically significant, although the magnitude of the parameter seems to be completely implausible! The mean elasticity of the rate of unemployment with respect to the benefit ratio amounts to 0.365, implying that an increase of one percentage point would raise unemployment by 150,000 Persons. Thus, a seven percentage point decrease in the benefit ratio - still within the variability of this variable during the sample period - would suffice for the re-employment of 1 million unemployed persons in 1975: a hardly believable result¹⁾.

11.5.2. Ein Test mit Vierteljahresdaten

Obwohl König/Franz keine guten (im Sinne der Theorie) Ergebnisse erhalten haben, wurde von uns versucht, das Modell mit veränderten Variablen und mit Vierteljahresdaten vom ersten Quartal 1961 bis zum ersten Quartal 1978 neu zu schätzen. Der Grund für die zeitliche Begrenzung ist, daß für einige von uns verwendete Variablen zum Arbeitsmarkt Daten erst seit Anfang 1961 erhoben werden. Die Gleichung wurde für Männer und Frauen getrennt geschätzt.

Als abhängige Variable wurden vier Varianten versucht. Einmal die Absolutzahlen der Arbeitslosen; die Ergebnisse waren in jeder Hinsicht dermaßen ungenügend, daß sie in Tabelle 11-2 nicht aufgeführt wurden. Besser war die Anpassung beim Logarithmus der Absolutzahlen (Gleichungen (b) in Tab. 11-2). Kaum Unterschiede in der Anpassung zeigte hingegen der Übergang von den Arbeitslosenquoten (a) zu deren Logarithmus (c).

1) König/Franz: Unemployment ..., a.a.O., S. 242 f.

Obwohl die Daten für alle anderen Variablen (die Angaben stammen aus ANBA - Monatsberichte) von der BfA monatlich erfaßt werden, konnte nicht tiefer als auf das Vierteljahr heruntergegangen werden, weil für die Darstellung der konjunkturellen Einflüsse (BSP) die Ursprungswerte des Bruttosozialprodukts genommen wurden, die vom DIW nur für Vierteljahreszeiträume berechnet werden¹⁾. Es wurde angenommen, daß die Arbeitslosigkeit von der konjunkturellen Entwicklung der zwei Vorperioden mit beeinflußt wird. Dazu wurde ein zwei-Perioden-geometrischer-Lag gebildet (BSP_{-1} , BSP_{-2}), als dessen Gewichte jeweils die Hälfte der vorhergehenden Periode genommen wurde. Diese Lag-Struktur erwies sich aber nicht als besonders geeignet, denn wie aus Tabelle 11-2 ersichtlich, sind entweder die Vorzeichen nicht stabil (für alle drei Variablen müßten sie negativ sein), oder die Koeffizienten sind unsignifikant. Allerdings waren auch in dem Modell von König/Franz die Koeffizienten der entsprechenden Variablen ($PCGNP$, $PCGNP_{-1}$) nicht immer wunschgemäß, weshalb vermutet werden kann, daß dies seine Ursache in den Daten und weniger in der Art der Lag-Struktur hat.

Die SPZ-Variable entspricht der INEL in den vorhergehenden Modellen. Von der ZAOS-Variable wurde erhofft, daß mit ihr stärker die Bedingungen des Arbeitsmarktes erfaßt würden, als dies bei den vorhergehenden Modellen der Fall war. Die Variable ergibt sich als Differenz aus den Zugängen an Arbeitslosen abzüglich der Zugänge an offenen Stellen. Steigt diese Differenz an, so wäre ebenfalls ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu erwarten gewesen. Doch wie die Tabelle zeigt, sind auch die Einflüsse dieser Variablen bei den Männern nicht eindeutig, wohl aber bei den Frauen. So wie generell zu sehen ist, daß sich für sie bessere (im statistischen Sinne) Ergebnisse ergaben.

Außer mit der ZAOS-Variablen ist ebenfalls versucht worden, die Bedingungen am Arbeitsmarkt mit einer Variablen, die die Vermittlungen der Arbeitsämter wiedergibt, zu erfassen (diese Variable wurde in einigen Tests anstelle von ZAOS versucht). Theoretisch

1) Für BSP und die Lag-Komponenten wurden die Veränderungsraten im BSP errechnet auf Basis der Daten in: DIW: Lange Reihen der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik Deutschland; Ursprungswerte I/1960 bis I/1978 in Preisen von 1970.

hätte man davon eine gute Indikatorfunktion für den Arbeitsmarkt erwarten sollen, die sich auch in den Arbeitslosenzahlen niederschlägt, aber die Werte für diese Variable waren derart schlecht, daß sie in die Tabelle erst gar nicht aufgenommen wurden. Dies ist insofern eigenartig, als, wie erinnerlich, McKay/Reid (Kap. 10.3.4.) ebenfalls mit Variablen des Arbeitsmarktes, von denen man einen gewichtigeren Einfluß auf die Arbeitslosigkeit erwartet hätte als von den Einkommensvariablen u.dgl., die schlechtesten Ergebnisse erhalten haben.

Generell wurden für die Schätzung Quartalsenddaten verwendet. Daraus ergibt sich natürlich eine etwas schlechtere Anpassung (wie ein kurzer Nachtest zeigte, hätte das Bild in der Tabelle sehr leicht "verschönert" werden können, wenn Quartalsdurchschnittswerte verwendet worden wären - das R^2 wäre sofort auf Werte um 0.4 gesprungen). Dies wurde unterlassen, um nicht noch mehr Probleme mit Interdependenzen zu bekommen. Denn die Verwendung von Durchschnittszahlungen der Arbeitslosenversicherung als Leistungsvariable (BW) birgt mehr Probleme in sich, als die vorhergehenden Arbeiten aufgezeigt haben. Die von der BfA in den Monatsberichten (ANBA) veröffentlichten, und auch für diesen Test verwendeten, Angaben über das durchschnittlich geleistete Arbeitslosengeld, die -hilfe und die Anschlußhilfe sind ein Durchschnitt über alle Berufsgruppen und über Männer und Frauen. Wie aber in Kapitel sieben gezeigt wurde, haben Frauen überwiegend geringere Einkommen als Männer was auch geringere Leistungen nach sich zieht. Auf der anderen Seite hat, wie im vierten Kapitel beschrieben, die Arbeitslosigkeit im Sommer in den letzten Jahren wegen der erhöhten Frauenarbeitslosigkeit im Vergleich zu früheren Jahren stark zugenommen. Dagegen sinken die Werte der Durchschnittsleistungen gegenüber dem Winter und dem Frühjahr (in denen der Anteil der Männer unter den Arbeitslosen immer noch die größere Bedeutung hat) stark ab, jedenfalls stärker als nach dem saisonbedingten Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu erwarten gewesen wäre. Das bedeutet für die dem Modell unterliegenden Interdependenzen, daß nicht allein die Absoluthöhe der Arbeitslosen auf die Durchschnittsleistungen einwirken - was in einem vorhergehenden Abschnitt schon angesprochen wurde -, sondern entscheidender ist deren Zusammensetzung nach Beruf, Alter und Geschlecht. Doch dies kann kaum im

Tabelle 11-2

Testergebnisse des Vierteljahresmodells für die Bundesrepublik Deutschland

Unabhängige Variablen

Konst. BW BSP BSP₋₁ BSP₋₂ SPZ ZAOS

Männer

(a) 0.242 0.1485 0.7153 -0.4884 -0.225 -0.1248 -0.138
 (0.012)⁺⁺ (0.284)⁺⁺ (0.455) (1.068) (0.004)⁺⁺ (0.000)⁺⁺
 $R^2 = 0.0685$ DW = 1.919

(b) 0.192 0.1866 0.1534 0.1534 0.211 0.2212 0.2023
 (0.001)⁺⁺ (0.027)⁺⁺ (0.039)⁺⁺ (0.103)⁺ (0.000)⁺⁺ (0.000)⁺⁺
 $R^2 = 0.145$ DW = 0.644

(c) 0.125 -0.3394 -0.5926 0.625 -0.124 0.8321 -0.5841
 (0.002)⁺⁺ (0.047)⁺⁺ (0.069)⁺⁺ (0.178) (0.016)⁺⁺ (0.00)⁺⁺
 $R^2 = 0.08$ DW = 1.8028

Frauen

(a) 0.155 -0.978 -0.153 -0.113 0.855 -0.452 0.959
 (0.031)⁺⁺ (0.762) (1.065) (2.959) (0.001)⁺⁺ (0.001)⁺⁺
 $R^2 = 0.18$ DW = 2.15695

(b) 0.448 -0.22 -0.111 -0.936 -0.329 0.5582 0.5224
 (0.003)⁺⁺ (0.06)⁺⁺ (0.08)⁺⁺ (0.23) (0.008)⁺⁺ (0.00)⁺⁺
 $R^2 = 0.14$ DW = 1.624

(c) 0.122 0.919 0.152 -0.2153 -0.160 0.2184 0.331
 (0.002)⁺⁺ (0.055)⁺⁺ (0.077)⁺⁺ (0.213) (0.008)⁺⁺ (0.000)⁺⁺
 $R^2 = 0.14$ DW = 2.1533

(d) 0.131 0.8479 -0.811 -0.385 -0.826 -0.3158 0.2184
 (0.007)⁺⁺ (0.019)⁺⁺ (0.026)⁺⁺ (0.077)⁺⁺ (0.001)⁺⁺ (0.001)⁺⁺
 $R^2 = 0.103$ DW = 1.3358

++ : bei 1 Prozent signifikant

+ : bei 5 Prozent signifikant

Rahmen eines Zeitreihenmodells korrigiert werden; auch ist keine Antwort darauf möglich, ob die Durchschnittswertbildung über ein Quartal oder gar ein Kalenderjahr hier Korrekturen schafft, oder ob sie noch weitere Probleme hinzufügt. Im Gegensatz zu König/Franz vermuten wir, daß dies der Hauptgrund für die schlechte Anpassung des Modells ist (allerdings sei darauf verwiesen, daß diese Interdependenzprobleme auch für die Arbeiten von Grubel bestehen, nur daß sie dort, weil das Modell statistisch "funktionierte", beiseite geschoben wurden. Vielleicht wurden diese Probleme dort auch deshalb nicht sichtbar, weil die abrupten und starken Gesetzesänderungen derartige Verhaltensänderungen nach sich gezogen haben, daß die oben angesprochenen Interdependenzen an Gewicht verloren haben und sich deshalb eindeutige Korrelationen ergaben).

In den vorhergehenden Arbeiten wurden die Durchschnittsleistungen mit allen Arbeitslosen korreliert. Da aber nicht alle Arbeitslose Leistungen erhalten, erhoffte man sich eine Korrektur durch die Einbeziehung der PCOV-Variablen. Hier hingegen wurde eine Korrektur dadurch versucht, daß die (von der BfA veröffentlichten) Durchschnittsleistungen des Arbeitslosengeldes, der -hilfe und der Anschlußhilfe mit den jeweiligen Anteilen der Empfänger dieser Leistungen an allen Arbeitslosen gewichtet wurden. Diese gewogenen Durchschnittswerte für die drei Leistungstypen wurden addiert und gingen als Werte der BW-Variablen in die Schätzung ein. Damit wurden die Arbeitslosen, die keine Leistungen erhalten, zwar direkt berücksichtigt, ob aber diese Korrektur einige der Interdependenzen verringert hat, wagen wir nicht zu behaupten.

Da ausnahmslos in allen vorgestellten Arbeiten der schätztechnische Mehraufwand für 2SLS kaum eine Veränderung der Ergebnisse erbrachte, und da die Interdependenzen in dem Modell nicht eindeutig bestimmbar sind, wurden die Gleichungen in der Tabelle 11-2 nur mit OLS abgeschätzt.

Zum Schluß noch ein Wort zur Gleichung (d). Wie erkennbar ist dies die allerbeste Schätzung (im Sinne der Theorie); sämtliche Koeffizienten haben die "richtigen" Vorzeichen und sind hochsignifikant. Die Gleichung bezieht sich auf alle Arbeitslosen (Männer und Frauen zusammen); abhängige Variable ist der Logarithmus

der Arbeitslosenquote. Rechnet man den für BW erhaltenen Koeffizienten um (elasticity at the point of means), so würde die gesamte Wohnbevölkerung der BRD es aufgrund der Leistungen der Arbeitslosenversicherung verziehen, Muße zu genießen - oder andersherum: kein Mensch würde arbeiten.

11.6. Zusammenfassung

Wägt man die methodologischen Schwierigkeiten, die mit der Zeitreihenanalyse als Testverfahren für dieses Problem verbunden sind, und die Ergebnisse der Studien gegeneinander ab, so scheint, daß die plötzlichen und starken Veränderungen der Gesetzgebung in Großbritannien und in Kanada Einflüsse auf die Erwartungen und Verhaltensweisen der Arbeitnehmer hatten. Dieser Eindruck wird weiter dadurch bestärkt, daß für die Bundesrepublik Deutschland, wo Veränderungen immer einem "evolutionären Anpassungspfad" folgten, dieselben Testverfahren versagten.

Gewissermaßen im Umkehrschluß wird dies auch von den Arbeiten von Taylor und Knight/Wilson bestätigt. Denn, entgegen ihrer Absicht, liefern sie Nachweise insofern, als sie wohl andere Effekte aufzeigen, doch ist deren Ursache dieselbe Gesetzesänderung. Im übrigen kommt hier von der empirischen Seite ein Hinweis, daß das ausschließliche Abstellen der Theorie auf die Arbeitnehmer nur die eine Seite ist. Auch wenn ihre Auswirkungen anders gelagert sein mögen, die gesetzlichen Bestimmungen und Auflagen der Arbeitslosenversicherung fließen auch in das Verhalten der Arbeitgeber ein. Die Studie von Chiswick führt dies an einem Extremfall deutlich vor.

Eine echte Gegenthese liefern nur Cubbin/Foley. Hier erklärte eine, wie uns scheint, mehr zufällig gebildete denn logisch zwingende Einkommensvariable, den postulierten Zusammenhang am besten. Inwieweit dies eine Zufallskorrelation ist, oder ob dies auf weitere Probleme verweist, kann nicht ohne weiteres beantwortet werden.

Bezüglich der geschätzten Werte bleibt aber ein gewisses Unbehagen. Vor allem für Kanada und für die BRD lagen die ermittelten Koeffizienten dermaßen hoch, daß danach die Leistungen der Arbeitslosenversicherung sehr viel größere Auswirkungen gehabt haben müßten, als dies in der Realität zu beobachten war. Die Haupterklärung hierfür könnte in der Struktur der Zeitreihenmodelle liegen. Denn während, wie im achten und neunten Kapitel ausgeführt wurde, die Arbeitslosigkeit von sehr vielen Faktoren gleichzeitig beeinflußt wird, können diese Modelle nur eine Korrelation zwischen ihr und bestenfalls vier oder fünf Variablen herstellen. Deshalb erscheint es uns eine begründete Vermutung, daß die betreffenden Variablen hier mehr an sich reißen, als ihnen an Bedeutung in der Realität zukommt. Dies sollte die Autoren aber eigentlich zu etwas mehr Vorsicht bei der Interpretation ihrer Ergebnisse veranlassen als dies geschehen ist; zumal wenn die Folgerungen derart hochpolitisch sind wie bei diesem Thema.

12. Schätzung der erwarteten Dauer

Das Untersuchungsziel der Arbeiten dieses Kapitels klang bereits mehrfach in früheren Kapiteln an. Sollten Leistungen der Arbeitslosenversicherung die Dauer der Arbeitslosigkeit verlängern, so müßte die durchschnittliche Dauer der versicherten Arbeitnehmer länger sein als die der nicht versicherten. Dies ist der Ausgang der folgenden beiden Arbeiten, die je für die USA und für die BRD die (erwartete) durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in den beiden Gruppen geschätzt und miteinander verglichen haben. Daneben tritt als zweites Ziel, die Verweildauer von Arbeitslosen zu bestimmen, also wie lange ein Individuum im Durchschnitt arbeitslos sein wird, wenn es zu einem bestimmten Zeitpunkt arbeitslos geworden ist, bzw. umgekehrt, welche Abgangschancen aus der Arbeitslosigkeit für das Individuum bestehen, je nachdem welche bisherige Dauer von Arbeitslosigkeit es bereits erfahren hat.

In Kapitel 9.2.1. wurde auf der Basis individueller Daten die Wiedereingliederungsquote berechnet. Da derart mikroökonomische Statistiken - wenn überhaupt - nur in geringem Umfang vorhanden sind, geht es diesen beiden Arbeiten auch darum nachzuweisen, daß derselbe Sachverhalt auch mittels aggregierter Statistiken erfaßt werden kann. In Anlage B 8 sind die Ergebnisse von Freiburghaus wiedergegeben, der ähnlich Schätzungen anhand von Lagerhaltungsmodellen durchgeführt hat. Im Gegensatz dazu benutzen diese beiden Arbeiten ökonometrische Verfahren.

12.1. Das Schätzmodell für die USA von Marston

12.1.1. Schätzung der erwarteten Dauer

Marston schätzt die Dauer der Arbeitslosigkeit für einen eng umgrenzten Wirtschaftsraum (Detroit) für das Jahr 1969 (ein Jahr mit Hochkonjunktur). Der Grund für diese Auswahl ist lediglich die Verfügbarkeit der Daten; er selbst kontrolliert nicht, ob sich aus den speziellen Problemen dieser Region (fast nur Automobilindustrie) Folgerungen für die Interpretation der Ergebnisse ergeben. Die wichtigste Annahme dieses Modells ist die, daß alle Arbeitslosen die gleichen Wiedereingliederungs-

chancen in den Arbeitsmarkt haben. Nach dem was hierüber in früheren Kapiteln gesagt wurde, ist dies eine ziemlich heroische Annahme, die insoweit gerechtfertigt werden kann, daß er die durchschnittliche Dauer aller Individuen schätzen will; im übrigen wird diese Annahme im nächsten Abschnitt fallengelassen. Zusätzlich folge die Wahrscheinlichkeit des Abganges in Arbeit einer Gamma-Verteilung. Diese Annahme steht mit den Erfahrungen der Realität in Einklang, wonach zu Beginn der Arbeitslosigkeit die Abgangswahrscheinlichkeit sehr hoch ist und mit der Zeit stetig abfällt. Die Wahrscheinlichkeitsdichte ist somit gegeben durch:

$$dG(p) = \frac{a^b p^{b-1} e^{-ap}}{\Gamma(b)}$$

mit
$$\Gamma(b) = \int_0^{\infty} x^{b-1} e^{-x} dx$$

Die erwartete Dauer der Arbeitslosigkeit ergibt sich dann aus:

$$ED = \frac{a}{b-1}$$

wobei a und b aus den Daten geschätzt werden. Die Schätzung selbst erfolgte mittels der Maximum-Likelihood-Methode für Versicherte und Nichtversicherte getrennt. In Tabelle 12-1 sind die Ergebnisse dieser Schätzung für verschiedene Altersgruppen in den Geschlechtern aufgeführt. Im Durchschnitt aller Gruppen erhält er, daß die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit unter den Versicherten 5.62 Wochen beträgt, hingegen nur 5.00 Wochen bei der Gesamtheit der Arbeitslosen¹⁾. Auf der anderen Seite geht aus der Tabelle ebenfalls hervor, daß die Frauen im Durchschnitt nicht länger arbeitslos sind

1) Marston: The Impact ..., a.a.O., S. 25.

Tabelle 12-1 ¹⁾

Die erwartete Dauer der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Gruppen für die Region um Detroit im Jahre 1969 in Wochen

Altersgruppen (Jahre)	Alle Arbeitslosen	Leistungs- empfänger	Nicht Leistungs- empfänger
Männer			
16 - 24	3.90	4.92	3.74
25 - 34	4.91	5.01	3.81
35 - 44	5.52	5.71	4.34
45 - 54	7.39	7.72	5.87
55 - 64	6.93	7.44	5.66
über 65	7.41	7.86	5.98
Frauen			
16 - 24	3.85	4.92	3.74
25 - 34	3.84	4.55	3.46
35 - 44	4.37	5.13	3.90
45 - 54	4.73	5.32	4.05
55 - 64	6.48	7.43	5.65
über 65	6.85	7.68	5.84

als die Männer, was im Widerspruch zu den Annahmen des vierten Kapitels aber auch anderer empirischer Arbeiten steht. Dagegen stimmt mit den Erwartungen überein, daß mit zunehmenden Alter in jeder Gruppe die Dauer zunimmt.

12.1.2. Schätzung der Abgangswahrscheinlichkeit aus der Arbeitslosigkeit

Die Annahme konstanter Wiedereingliederungschancen wird in dem nun folgenden Testmodell aufgegeben und stattdessen als von der bisher erfahrenen Dauer von Arbeitslosigkeit abhängig angesehen. Erklärungsziel ist jetzt nicht mehr die Schätzung der Dauer, sondern die der Abgangswahrscheinlichkeit aus der Arbeitslosigkeit.

1) Nach Marston: The Impact ..., a.a.O., S. 30.

Sei S_{t-1} die Zahl der Arbeitslosen, die eine Woche vor dem Zeitpunkt t arbeitslos geworden sind, und sei $r_{t,1}$ die Wahrscheinlichkeit, zum Zeitpunkt t eine Woche arbeitslos gewesen zu sein, so ergibt sich die Zahl derjenigen, die eine Woche arbeitslos bleiben werden, als

$$U_{t,1} = r_{t,1} S_{t-1}$$

Die Anzahl nach j -Wochen ist dann

$$U_{t,j} = \left(\prod_{m=0}^{j-1} r_{t-m,j-m} \right) S_{t-j}$$

$$\therefore r_{t-j,0} = 1 \quad j = 1, 2, \dots, t$$

Die Abgangswahrscheinlichkeit aus der Arbeitslosigkeit ergibt sich dann als Korrelat hierzu. Dieses Grundmodell wird jetzt für folgende Fälle durchgeschätzt, wobei die Daten diesmal aus Pennsylvania für die Jahre 1966/67 kommen.

Da in den USA Leistungen zumeist nur bis 26 Wochen gewährt werden, berechnet Marston zunächst nur die Wahrscheinlichkeiten bis zu 26 Wochen:

$$U_t = \sum_{j=0}^{26} \left(\prod_{m=0}^{j-1} r_{t-m,j-m} \right) S_{t-j}$$

Und zwar berechnet er die Abgangswahrscheinlichkeiten getrennt für Leistungsempfänger (deren Anteil an allen Arbeitslosen er vor der Klammer in der obigen Gleichung eingibt) und für alle Arbeitslosen. Im nächsten Schritt wird das Modell um mehrere Wochen ausgedehnt, um das Verhalten der Arbeitslosen zu beobachten, deren Leistungen mit der 26ten Woche abgelaufen sind.

Um die Ergebnisse der einzelnen Schätzungen hier zusammen widerzugeben:¹⁾ Zu Beginn der Arbeitslosigkeit ist die Abgangswahrscheinlichkeit sehr hoch, 60 Prozent der Arbeitslosen sind nach einer Woche wieder im Arbeitsprozeß, nach zehn Wochen sind es 90 Prozent. Danach **flacht** die Kurve ab und verändert sich bis zur 26ten Woche kaum noch; d.h.: etwa 10 Prozent der Personen

1) Vgl. Marston: The Impact ..., a.o.O., S. 38.

des sample bleiben bis zum Erlöschen ihrer Leistungsansprüche arbeitslos. Von ihnen gehen nach dem Aufhören der Zahlungen 13.4 Prozent ab, allerdings nur 6.9 Prozent in Arbeit, die anderen 6.5 Prozent verlassen den Arbeitsmarkt völlig. Umgekehrt heißt dies, daß trotz des Wegfalls von Leistungen 86.6 Prozent derjenigen, die bereits 26 Wochen ohne Arbeit sind, auch weiterhin arbeitslos bleiben. Unterschiede im Verhalten von Leistungsempfängern und anderen Arbeitslosen stellt er nur insoweit fest, als die Leistungen Personen länger im Arbeitsmarkt halten, während sie sonst früher in die Stille Reserve abgegangen wären.¹⁾

Leider ist der von Marston betrachtete Zeitraum sehr kurz, weshalb man die Ergebnisse schlecht mit den Untersuchungen des IAB, die im achten und neunten Kapitel behandelt wurden, vergleichen kann. Das Hauptergebnis dieser Arbeit dürfte sein, daß sie weitere Bestätigungen dafür gibt, daß erstens die überwiegende Mehrzahl der Arbeitslosen (wenn vom Stellenangebot her die Chancen gut sind) sehr kurzfristig arbeitslos ist, und daß zweitens die Wiedereingliederungschancen mit der Dauer der Arbeitslosigkeit sehr stark absinken.

12.2. Das Markov-Modell von König

Die Grundüberlegungen und das Grundmodell von König für die Bundesrepublik Deutschland sind denen von Marston sehr ähnlich. Doch ergeben sich einige Abweichungen weshalb es von Beginn an dargestellt werden soll.

Mit $w_{t,j}$ sei die Wahrscheinlichkeit eines Individuums, das j Perioden arbeitslos war, bezeichnet, zum Zeitpunkt t eine weitere Periode arbeitslos zu bleiben. $w_{t,1}$ wäre somit jemand, der zum Zeitpunkt t eine Periode, $w_{t,2}$ jemand der zu diesem Zeitpunkt bereits zwei Perioden arbeitslos gewesen wäre. Bezeichnet man mit Z_{t-j} den während der Periode $t-j$ erfolgten Zugang an Arbeitslosen, so läßt sich der zu Beginn der Periode

1) Vgl. Marston: The Impact ..., a.a.O., S. 35.

t noch vorhandene Bestand an Arbeitslosen die bereits j Perioden arbeitslos waren ($U_{t,j}$) schreiben als

$$(1) \quad U_{t,j} = w_{t,j} w_{t-1,j-1} w_{t-2,j-2} \cdots w_{t-j+1,1} Z_{t-j} \quad 1)$$

$$= \left(\prod_{r=0}^j w_{t-j,j-r} \right) Z_{t-j}$$

mit $w_{t-j,0} = 1 \quad t = 1, 2, \dots, T \quad j = 1, 2, \dots$

"Der Gesamtbestand an Arbeitslosen zu Beginn der Periode t ist dann gegeben mit" 2)

$$(2) \quad U_t : \sum_{j=1}^{\infty} U_{t,j} = \sum_{j=1}^{\infty} \left(\prod_{r=0}^j w_{t-j,j-r} \right) Z_{t-j} \cdot$$

Es wird angenommen, daß "die Übergangswahrscheinlichkeiten [in eine weitere Periode Arbeitslosigkeit] von der bisherigen Dauer der Arbeitslosigkeit abhängig sind und konjunkturrellen Einflüssen unterliegen" 3). Um das darzustellen und zu testen, wird folgende logistische Funktion verwendet

$$(3) \quad w_{t,j} = [1 + \exp(a_0 + a_1 j + a_2 x_{t-1} + a_3 y_t)]^{-1}$$

in der x_{t-1} die Relation von offenen Stellen zur Zahl der Arbeitslosen der Periode t-1 bezeichnet und $y_t = (U_{t-1} - U_{t-2})$ dividiert durch U_{t-2} . Beide Variablen sollen die Arbeitsmarktsituation und ihre Veränderung zwischen zwei Perioden darstellen.

Für den ersten Test (zu den Wiedereingliederungschancen von Arbeitslosen) lauten die zu testenden Hypothesen:

1) König: Zur Dauer ..., a.a.O., S. 40.

2) ebenda.

3) ebenda.

1. mit zunehmender bisheriger Dauer der Arbeitslosigkeit wächst die Übergangswahrscheinlichkeit; d.h., daß umgekehrt die Wiedereingliederungschancen in den Arbeitsmarkt sinken; und
2. $a_2 > 0$ und $a_3 < 0$; d.h.: die "Zunahme der Zahl der offenen Stellen sollte *ceteris paribus* die Chance auf einen Arbeitsplatz erhöhen, das heisst also die Übergangswahrscheinlichkeit, eine weitere Periode arbeitslos zu bleiben, reduzieren; eine in der Vorperiode zu verzeichnende Zunahme der Arbeitslosigkeit sollte den umgekehrten Effekt besitzen"¹⁾.

Gleichung (3) wird in Gleichung (2) eingesetzt. Die Schätzung der Parameter erfolgt mittels des Marquardt-Verfahrens (nicht-lineare Schätzung) für Männer und Frauen getrennt. Die erste Hypothese hat die statistisch besser abgesicherten Ergebnisse. Danach ergibt ein Vergleich der Übergangswahrscheinlichkeiten von September 1971 mit September 1976: "Während - grob gesprochen - im September 1971 nur 40 % Arbeitslose mit einer bisherigen Dauer der Arbeitslosigkeit von weniger als einem Monat mit einem weiteren Monat Arbeitslosigkeit rechnen mußten, erhöht sich dies auf knapp 60 im September 1976. Hoch deutlicher tritt dieser konjunkturelle Effekt in den entsprechenden Funktionsverläufen für die arbeitslosen Frauen hervor. Darüberhinaus verdeutlicht die im Vergleich zu den Männern kleinere Übergangswahrscheinlichkeit $w_{t,1}$ eine zwar 'leichtere' Vermittelbarkeit von Frauen, die weniger als einen Monat arbeitslos sind. Der steilere Funktionsverlauf zeigt aber auch, dass bei längerer Arbeitslosigkeit die personelle Immobilität, bei verheirateten Frauen durch Familie und Arbeitsplatz und -ort des Ehemannes bedingt, anscheinend eine dominierende Rolle spielt"²⁾. Zusätzlich zu früher gesagtem, weist diese Arbeit somit noch auf konjunkturellen Einflüsse auf die Wiedereingliederungschancen hin.

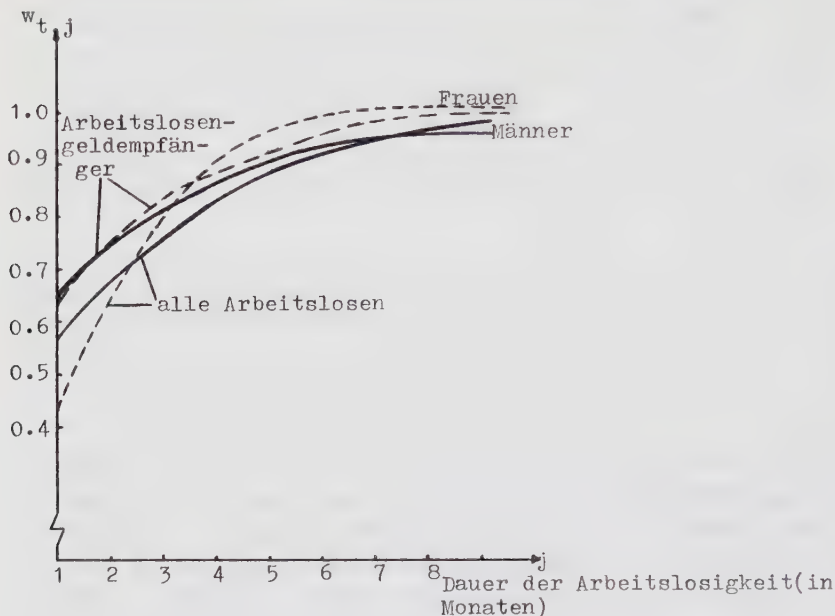
In seinem zweiten Test untersucht König (mit demselben Grundmodell), ob das Arbeitslosengeld die Dauer der Arbeitslosig-

1) König: Zur Dauer ..., a.a.O., S. 40.

2) ebenda, S. 42 f.

Figur 12-1 1)

Übergangswahrscheinlichkeiten für arbeitslosengeldbe-
ziehende Arbeitslose und Arbeitslose insgesamt



keit verlängert. Er schätzt getrennt nach Leistungsempfängern und nach allen Arbeitslosen und nach Männern und Frauen. Verwendet werden saisonbereinigte Monatsdaten von 1971 bis 1976. Einige Variablen des Modells werden leicht variiert. Als neue abhängige Variable (anstelle von U_t) nimmt er jetzt die "Bestände an Leistungsfällen für das Arbeitslosengeld" (da diese Daten zur Monatsmitte erhoben werden, interpoliert er sie auf das Monatsende); und anstelle von Z (Zugang an Arbeitslosen) wird jetzt die "Anzahl der bewilligten Monatsanträge" genommen (hier liegt die Gefahr von Verzerrungen der Ergebnisse, da diese Bewilligungen bis zu drei Wochen dauern können).

Tabelle 12-2 zeigt die Ergebnisse der Schätzung die bei fünf Prozent signifikant waren. Zusätzlich sind in Figur 12-1 die

1) König: Zur Dauer ..., a.a.O., S. 48.

Tabelle 12-2 ¹⁾

Durchschnittliche vollendete Dauer der Arbeitslosigkeit in der BRD (in Monaten für Quartalsdurchschnitte)

Zeitpunkt	Arbeitslose insgesamt		Empfänger von Arbeitslosengeld	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1971,I	0.96	1.43	1.99	2.98
II	1.14	1.57	2.29	3.16
III	1.26	1.75	2.54	3.35
IV	1.46	1.92	2.76	3.53
1972,I	1.68	2.06	2.94	3.63
II	1.77	2.19	2.86	3.73
III	1.87	2.30	2.99	3.80
IV	1.76	2.34	2.85	3.83
1973,I	1.52	2.30	2.46	3.72
II	1.48	2.32	2.60	3.75
III	1.47	2.39	2.64	3.89
IV	1.60	2.57	2.83	4.15
1974,I	2.15	3.08	3.46	4.75
II	2.48	3.50	3.61	5.11
III	2.86	3.88	3.84	5.38
IV	3.28	4.22	4.25	5.63
1975,I	3.41	4.29	4.36	5.66
II	3.65	4.40	4.45	5.72
III	3.70	4.50	4.35	5.76
IV	3.58	4.50	4.09	5.68
1976,I	3.47	4.52	3.85	5.59
II	3.35	4.53	3.67	5.55
III	3.28	4.53	3.62	5.54
IV	3.25	4.58	3.60	5.56

Übergangswahrscheinlichkeiten der vier Gruppen dargestellt. Aus Tabelle 12-2 geht deutlich hervor, daß die Empfänger von Arbeitslosengeld eine längere Arbeitslosigkeitsdauer haben als die Gesamtheit aller Arbeitslosen. Ebenso sind Frauen länger arbeitslos als die Männer. Außerdem findet die verschlechterte konjunkturelle Lage nach 1974 ihren sofortigen Niederschlag in der Verlängerung der Dauer. Dennoch ergeben sich Fragen, ob die Tabelle als Nachweis für die Thesen gewertet werden kann. Nimmt man Figur 12-1 hinzu, so zeigt sich für kürzere Perioden, daß die Übergangswahrscheinlichkeit bei den Arbeitslosengeldempfängern größer ist, als bei allen Arbeitslosen. Dies braucht aber kein Beweis für die Thesen sein. Denn wie oben mehrfach gezeigt wurde, haben jüngere Arbeitnehmer,

1) König: Zur Dauer ..., a.a.O., S. 49

die zudem häufig keine Leistungen erhalten, im Durchschnitt **eine** sehr viel kürzere Arbeitslosigkeit als Ältere. Außerdem fällt auf, daß mit "zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit [...] die Übergangswahrscheinlichkeit in beiden Fällen **bei-** nahe identisch bzw. bei dem Arbeitslosengeldempfänger **kleiner**"¹⁾ ist; m.a.W.: zu beobachten ist genau das Umgekehrte als zu erwarten gewesen wäre. Bei Frauen tritt diese Umkehrung schon nach 3.5 Monaten ein, bei den Männern erst nach 6.5 Monaten. Dennoch sieht König dies als Beweis für die Suchtheorie an; er interpretiert die Ergebnisse so, "dass die 'reservation wage rate' um so höher ist, je höher die Arbeitslosenunterstützung ist"²⁾. Dies ist nun wirklich eine unzulässige Folgerung. Denn zur Höhe des Arbeitslosengeldes wurde in dem Testmodell überhaupt keine Angabe gemacht. Auf der anderen Seite scheinen die schlechten Wiedereingliederungschancen der Langzeitarbeitslosen, und die gerade keine Leistungen beziehen, **darauf hinzuweisen**, daß bei ihnen **qualitative** Faktoren der Grund für die beobachtete Dauer sind.

1) König: Zur Dauer ..., a.a.O., S. 48.

2) ebenda.

13. Makroökonomische Modelle

13.1. Das erweiterte Arbeitsmarktmodell von Franz

Sieht man von einem Simulationsmodell von Rea¹⁾ ab, so sind die Versuche von König/Franz bisher einzig, die postulierten Effekte mittels makroökonomischer Modelle zu erfassen. Die Grundstruktur der Modelle hat Franz in seiner Dissertation niedergelegt²⁾. Zur Überprüfung einiger Thesen des hier interessierenden Problems wurde das dort entwickelte Modell erweitert bzw. leicht variiert.

Die schlechten Testergebnisse ihrer Schätzgleichung in Kapitel 11.5.1. erklären sie u.a. damit, daß die offiziellen Arbeitslosenquoten der BRD wegen der Abgänge in die Stille Reserve und des verstärkten Abwanderns ausländischer Arbeitnehmer in deren Heimatländer die tatsächliche Arbeitslosigkeit nicht richtig widergebe³⁾. Sie schlagen deshalb vor "to capture these effects more adequately [...to construct] a time series of unemployment measured in potential working hours"⁴⁾. Die Arbeitslosigkeit selbst wird dann definiert als "the difference between potential labor supply and actual labor demand, both measured in hours"⁵⁾.

Zunächst müssen das Arbeitsangebot und die Arbeitsnachfrage bestimmt werden. Das Arbeitsangebot setzt sich zusammen aus der Anzahl der arbeitenden Personen multipliziert mit ihren Arbeitsstunden. Wieviel Arbeitsstunden aber tatsächlich geleistet werden, hängt von der Arbeitsnachfrage ab; die Stunden repräsen-

1) Vgl. Rea, Samuel A. Jr.: Unemployment and Labor Supply: a Simulation of the 1971 Unemployment Act; in: CJE, Vol. X, 1977, S. 263 - 278.

2) Vgl. Franz, Wolfgang: Ein makroökonomisches Vierteljahresmodell des Arbeitsmarktes der Bundesrepublik Deutschland 1960 - 1971; Diss. Mannheim 1974.

3) So unbestritten dies ist, sehen wir nicht den Zusammenhang dieser Überlegungen mit den Thesen der Suchtheorie. Deren Kritik ist ja gerade, daß durch das Arbeitslosengeld mehr Personen im Arbeitsmarkt gehalten werden, statt in die Stille Reserve abzugehen.

4) König/Franz: Unemployment ..., a.a.O., S. 244.

5) ebenda, S. 248.

tieren die Nachfrage. Demzufolge wird das Arbeitsangebot im Modell in Personen, die Arbeitsnachfrage aber in Stunden gemessen.

Da sie auf Potentialfaktoren abstellen, müssen sie zunächst das Erwerbspersonenpotential abschätzen. Dies besteht aus vier Gruppen

$$EP = EP^I + EP^A$$

$$\text{wobei} \quad EP^I = EP_M^I + EP_F^I \quad \text{ist}$$

I steht für Inländer, A für Ausländer, M für Männer und F für Frauen. Die Ausländer bleiben bei den folgenden Überlegungen außer Betracht. Die (inländische) Erwerbsquote der Männer läßt sich schreiben als

$$EQ_M^I = \frac{EP_M^I}{BEV_M^I}$$

mit BEV_M^I als der inländischen männlichen Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. Analog ist die Erwerbsquote für die Frauen definiert.

Das Arbeitsangebot hängt von einer Reihe von Faktoren ab, so daß sich die Erwerbsquote ergibt als:

$$(EQ_j^I) = a_0 + a_1 \left[(1-T)^w j/p \right] - a_2 UR + (EQ_j^I)_{t-1} + S_1 + S_2 + S_3$$

mit $j = M, F$

T = Einkommensteuersatz

w = Bruttostundenlohn

p = Preisindex der Lebenshaltung

UR = offizielle Arbeitslosenquote plus zusätzlich (über die normale Rückwanderung hinausgehende) abgewanderte ausländische Arbeitnehmer

$S_{1,2,3}$ = Saisondummies

Die potentielle Erwerbsquote $(EQ_j^I)^+$ ergibt sich, wenn $UR = 0$ gesetzt wird. Sie wird mit der Wohnbevölkerung multipliziert und man erhält das potentielle Arbeitsangebot

$$(EP_j^I)^+ = (EQ_j^I)^+ \times BEV_j^I$$

Die potentielle Arbeitsnachfrage (also die potentielle wöchentliche Arbeitszeit) wird mittels eines Modells optimaler Faktornachfrage wie es von Nadiri/Rosen **entwickelt** wurde ermittelt. Zunächst kann, wie das Erwerbspersonenpotential, die Nachfrage in Einzelkomponenten zerlegt werden.

$$N_j^H = N_j^P \times H_j$$

N^P = Nachfrage nach Personen

H = wöchentliche Arbeitszeit

wobei
$$N^P = ET_j + ST_j$$

mit ET = Erwerbstätige

ST = offene Stellen

Die Nachfrage nach Arbeit gemessen in Stunden ist somit

$$N_j^H = (ET_j + ST_j) \times H_j$$

Als Arbeitsnachfragefunktion ergibt sich schließlich

$$\ln(N_j^H) = b_0 + S_1 + S_2 + S_3 + \ln(w_j)_t + \ln(UC)_t + \ln(CU)_t + \ln(N_j^H)_{t-1}$$

mit den neuen Variablen

UC = user costs of capital (wird mittels einer weiteren Formel berechnet die hier aus Platzgründen aber nicht angegeben wird)

CU = Kapazitätsauslastung - berechnet aus $\bar{Y}_t^a / \bar{Y}_t^P$ = tatsächlicher dividiert durch potentiellen Output (gleitende Durchschnitte über vier Perioden).

Es wird angenommen, daß die Technologie der Volkswirtschaft durch eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion wiedergegeben werde, die Kapitalstockanpassung dem Koyck-Typ folge und daß das Verhalten durch Kostenminimierung gekennzeichnet sei.

Der Test der Hypothese, daß die Leistungen der Arbeitslosenversicherung die Arbeitslosigkeit erhöhen, kommt über folgende Gleichung in das Modell:

$$\ln(U) = \text{UCB/AWU} + (\text{ST/ET}) + (\text{CU}) + (w_j/p) + \text{UC} + \text{INEL} + \text{PCOV} \\ + S_1 + S_2 + S_3$$

mit U als "korrigierter" Arbeitslosenquote und UCB/AWU als Leistungsvariable. Alle anderen Variablen wie oben (INEL und PCOV sind dieselben wie in Kapitel 11.5.1.). Die Gleichung wurde mit Vierteljahresdaten von 1960,I bis 1975,IV geschätzt. Für die Leistungsvariable ergibt sich ein positiver Koeffizient, die Elastizität der Arbeitslosigkeit (wie sie sie definiert haben) in bezug auf die Leistungen beträgt danach 0.046; d.h. bei einer Leistungserhöhung um 100 DM steigt die Arbeitslosenquote um 4.6 Prozent, ein Ergebnis das die Autoren als realistisch ansehen. Betrachten wir ihre Arbeitslosenquote, die man auch folgendermaßen schreiben kann

$$U = 1 - \frac{ET_j H_j}{EP_j^+ H_j^+}$$

so muß, wenn U ansteigt, der Bruch auf der rechten Seite kleiner werden. Da der Nenner (in ihm steht das Erwerbspotential) über kurze Zeiträume in etwa konstant ist, kann sich nur der Zähler verändern - er muß kleiner werden. Sieht man davon ab, daß ein Sinken von ET durch ein Ansteigen der Arbeitsstunden wieder ausgeglichen werden könnte, bleibt die Frage, warum Ende der 60iger Jahre trotz Anstiegs der Leistungen die Erwerbstätigkeit ebenfalls angestiegen ist. Außerdem bleibt unsere Frage von Seite Fußnote 3 unbeantwortet, was der Zusammenhang zwischen Leistungserhöhungen und dem discouraged worker effect ist. Fazit: dieses Modell hat eine Korrelation ergeben die auf den ersten Blick auch als mit der Theorie vereinbar scheint. Doch ist nicht klar, was der logische Bezug zwischen den Größen ist. Die Autoren haben selbst die Aussagekraft ihres Modells eingeschränkt, allerdings nur wegen der Modellstruktur - Einbezug der Variablen CU und UC.

13.2. Simulationsmodell

Auf dieses Modell sei mehr verwiesen als es hier im Detail dargestellt. Es ist in seinen Grundstrukturen mit dem oben vorgestellten weitgehend identisch (auch wird wieder eine "korrigierte" Arbeits-

losenquote verwendet); im ersten Teil werden einige der oben vorgeführten Gleichungen verfeinert und neu geschätzt, doch für die Simulationen wird wieder auf einfachere Modellstrukturen zurückgegriffen.¹⁾

Es werden zwei Politiken für die BRD untersucht. Ausgang ist in beiden Fällen eine zehnprozentige Senkung des Arbeitslosengeldes. Das dadurch eingesparte Geld wird im ersten Fall von der BfA an die Beitragszahler zurückgezahlt - in Form geringerer Beiträge für sie in der Zukunft - bei der zweiten Politik hingegen werden Prämien an ausländische Arbeitnehmer gezahlt, um sie so zur vorzeitigen freiwilligen Rückkehr in ihre Heimatländer zu bewegen und damit den deutschen Arbeitsmarkt zu entlasten.

Um den zuletzt genannten Aspekt im Modell erfassen zu können, mußte zunächst das Arbeitsangebot genauer als oben in seine Komponenten zerlegt werden, d.h., daß jetzt explizit nach inländischen und ausländischen Erwerbspersonen unterschieden wird

$$EP = EP^I + EP^A$$

wobei
$$EP^A = EP^{EG} + EP^{NEG}$$

es wird also nach Arbeitnehmern aus EG und aus nicht-EG Staaten unterschieden. Für diese Unterscheidung sind andere Verhaltensweisen maßgebend; für die Arbeitnehmer aus EG-Staaten (EP^{EG}) kann angenommen werden, daß ihr Arbeitsangebot wie das der Deutschen vom realen Nettolohn und der Arbeitslosenquote abhängig ist. Dagegen unterliegt das Arbeitsangebot von Arbeitnehmern aus nicht-EG-Staaten exogenen, institutionellen Einflüssen, da die Arbeitserlaubnis für sie von politischen Stellen erteilt wird.

Eine weitere Veränderung zu dem Modell des vorhergehenden Abschnitts ist, daß jetzt die Kosten des Faktors Arbeit aufgespalten werden in Lohnkosten (Lohnhöhe) und in die Beiträge zur Sozialen Sicherung.

1) Vgl. Franz, W.: Unemployment Insurance, International Factor Mobility, Ant the Labor Market: The German Case; Discussion Paper No. 84, Mannheim 1977.

Bei der ersten Simulation (*Senkung der Beiträge*) wird angenommen, daß die BfA den Haushaltsüberschuß erst am Ende des Jahres feststellt, weshalb sie die Politik erst mit einer Einperiodenverzögerung einleiten kann. Die Höhe des Überschusses ergibt sich nach

$$\underbrace{\Delta(\text{UNT} \times \text{U})}_{\text{Überschuß}}_{t-1} = \Delta[(t_1 + t_2)] \underbrace{(w \times \text{ET} \times \text{H})}_{\text{Bruttoarbeitseinkommen}}_{t-1}$$

UNT sind die Leistungen der Arbeitslosenversicherung; U die Arbeitslosenquote; t_1, t_2 die jeweiligen Versicherungsbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Da die Beiträge gleich hoch sind, kann ihre Veränderung leicht dadurch ermittelt werden, indem die linke Seite der Gleichung durch den zweiten Klammerausdruck auf der rechten Seite dividiert wird. Wesentlich in Hinblick auf das Ergebnis ist noch, daß U sich endogen ändert, es wird also innerhalb des Modells erklärt.

Die Simulationen wurden mit Vierteljahresdaten für den Zeitraum 1974,I bis 1975,IV durchgeführt. Aufgrund des reduzierten Arbeitslosengeldes sinkt im ersten Quartal die Arbeitslosenquote um 60 000 Personen, dennoch hat diese Politik im Endeffekt höhere Arbeitslosigkeit deshalb zur Folge, weil der Kaufkraftausfall aufgrund der Senkung des Arbeitslosengeldes nicht durch Nachfrage von anderer Seite ausgeglichen werden kann. Denn wohl sinken wegen der Reduktion der Beiträge die Lohnkosten für die Arbeitgeber, doch **folgt hieraus keine derartige Nachfrageausdehnung nach Arbeit**, daß der ursprüngliche Kaufkraftverlust des Arbeitslosengeldes ausgeglichen würde.

Bei der zweiten Simulation werden wie gesagt Prämien verschiedener Höhe (DM 10 000, 30 000) an ausländische Arbeitnehmer gezahlt, damit die vorzeitig aus der BRD abwandern. Hier ergibt sich ein noch größerer Reduzierungseffekt bei der Arbeitslosigkeit als oben. Schon nach kurzer Zeit wäre sie um 240 000 Personen gesunken, die kumulative Remigration bis Ende 1975 hätte 400 000 Personen betragen. Diese Werte ergaben sich bereits bei 10 000 DM. Um so erstaunlicher, daß sie sich bei den drei- bis viermal so hohen Prämien nicht mehr veränderten. Damit

ergeben sich natürlich Fragen nach dem Realitätsbezug des Modells. Denn es muß als sehr unwahrscheinlich erscheinen, daß der "Schwelleneffekt" an dem solche Leistungen derartige Auswirkungen zeigen, dermaßen niedrig liegt. Vor allem, wenn man bedenkt, daß 900 000 "Gastarbeiter", d.h. fast die Hälfte der ausländischen Arbeitnehmer, schon seit über zehn Jahren in der Bundesrepublik Deutschland leben¹⁾, und daß auf der anderen Seite in ihren Heimatländern mit großer Wahrscheinlichkeit Arbeitslosigkeit auf sie wartet .

1) Vgl. die Artikel "Kollegen" in DIE ZEIT, 34. Jg., Nr. 8 vom 16.02.1979, S. 18; und: "Deutliche Anzeichen eines Trends zur Seßhaftigkeit" in "Handelsblatt", 34. Jg., Nr. 49 vom 9./10. 03.1979, S. 4.

Teil III: Abschließende Betrachtung

Es ist fast schon Konvention wissenschaftlicher Arbeiten, mit der Bemerkung zu schließen, die Arbeit sei nicht als abschließende Untersuchung zu werten, sondern solle zu weiterer Forschung anregen. Ohne ebenfalls in dieses Stereotyp zu verfallen, muß hier zugegeben werden, daß die einzigen Aussagen die wir mit Sicherheit treffen können im Aufzeigen von Forschungslücken bestehen. Somit kann lediglich eine Art Zwischenbilanz zum gegenwärtigen Kenntnisstand auf diesem Gebiet gezogen werden.

Und das, obwohl es rein zahlenmäßig betrachtet, bereits eine Vielzahl empirischer Studien gibt. Doch mußten gegen sie viele Einwände methodologischer Art als auch gegen die häufig ungeeignete Datenbasis gemacht werden, so daß sich auf ihrer Basis Aussagen nur mit Vorsicht treffen lassen. Dies ist weniger ein Einwand gegen die Arbeiten, als an der Art in der die Ergebnisse z.T. interpretiert werden (und worauf wir verzichtet haben, es oben im Text darzustellen).

Nun ist es von vornherein unmöglich, die aufgestellten Hypothesen mit absoluter Genauigkeit zu überprüfen - dazu müßte die Motivation des Verhaltens bei jedem einzelnen Individuum bekannt sein. Eine Feststellung die ebenso richtig ist wie trivial. Andererseits ist dies natürlich insoweit von Bedeutung, als damit eine eindeutige Aussage für oder gegen die Kritiker illusorisch wird. Jeder hat Recht - bis zu einem gewissen Grade; doch bis genau zu welchem Grade? - Können auf der Basis der vielen Einzelergebnisse zumindest Tendaussagen bzw. Aussagen die eine hohe Wahrscheinlichkeit für ihre Richtigkeit haben getroffen werden? - Fassen wir die wesentlichsten Ergebnisse zusammen.

Zunächst erscheint es uns eine berechnigte Vermutung, daß das Ziel der finanziellen Absicherung der Arbeitslosen heute - zumindest für die Bundesrepublik Deutschland - weitgehend gewährleistet ist. Dabei erscheint sie bei Alleinstehenden als noch nicht so hoch zu sein, daß von ihr allein disincentives to work zu erwarten wären. Dies mag hingegen für den Haushalt zutreffen.

Auch wenn es hierzu noch sehr viel eingehenderer Forschung bedarf, so scheint das vorhandene Material die Vermutung von Green/Cousineau zu bestätigen, daß das Bild vom arbeitslosen Familienoberhaupt, durch dessen Arbeitslosigkeit die ganze Familie in Not gerissen wird, heute nur noch bedingt richtig ist. Vielmehr wäre wegen der Zunahme von Mehrverdienerhaushalten für viele Arbeitslose auch ohne Arbeitslosenversicherung die physische Existenz gesichert. Sozial-psychologische Faktoren werden bei dieser Argumentation völlig außer acht gelassen. Auf der anderen Seite ist nicht völlig von der Hand zu weisen, daß ihre Bedeutung erst aufgrund der weitgehenden finanziellen Absicherung gewachsen ist.

Ohne Zweifel hat sich daraus ein Einfluß auf das Verhalten der Arbeitnehmer ergeben - zunächst in Form größerer Sorglosigkeit gegenüber der Arbeitslosigkeit. In der Untersuchung von McKay/Reid wurde eine Vermutung von Munts/Garfinkel¹⁾ voll bestätigt; daß die Arbeitnehmer, obwohl sie von ihrer Kündigung seit langem wissen, erst dann mit der Suche nach einer neuen Arbeit beginnen, wenn ihr altes Arbeitsverhältnis geendet hat. Dieselben Erfahrungen machen die Arbeitsämter in der BRD immer wieder mit den Angestellten. Das mutet schon wie Ironie an, wurde doch die Kündigungsfrist für diese Gruppe von Arbeitnehmern nicht zuletzt aus dem Grunde eingeführt, damit sie sich vor Ablauf ihres Arbeitsverhältnisses schon nach einer neuen Anstellung umsehen können.

Ein weiterer, sicher nachweisbarer Effekt war, daß Arbeitslose solange arbeitslos gemeldet bleiben, solange ihre Ansprüche dauern. Dieser "Induzierungseffekt" der Arbeitslosenversicherung ist in der Rezession größer als in der Hochkonjunktur, da es dann genügend Arbeitsangebote gibt, so daß die meisten Arbeitnehmer bereits nach relativ kurzer Dauer wieder in einem Arbeitsverhältnis stehen. Daraus folgt aber auch, daß diese Effekte keineswegs wie oben immer behauptet wurde zeitunabhängig seien, bzw. ausschließliche Folge der Existenz einer Arbeitslosenversicherung. In erster Linie sind vielmehr andere, konjunkturelle Faktoren verantwortlich. Erst wenn durch sie die Dauer der Arbeitslosigkeit für viele Arbeitnehmer in die Nähe ihrer jeweiligen Anspruchsgrenzen kommt, tritt dieser Ef-

1) Vgl. Munts/Garfinkel: The Work ..., a.a.O., S. 8.

fekt hinzu und gewinnt an Bedeutung.

Eine weitere Folge der finanziellen Sicherheit ist mit großer Wahrscheinlichkeit auch, daß die Arbeitslosen ihre Wünsche an einen Arbeitsplatz in bezug auf die Arbeitszeit und die finanzielle Ausstattung nur sehr zögernd veränderten Bedingungen anpassen. Daraus ergaben sich u.a. sehr schwierig zu interpretierende Ergebnisse bezüglich des Sucherfolges. Außerdem muß zu dieser Feststellung ein Zusatz für eine große Problemgruppe der Arbeitslosen in der BRD in den letzten Jahren gemacht werden; denn für verheiratete Frauen ist zumeist Flexibilität in bezug auf die Arbeitszeit wegen der familiären Verpflichtungen unmöglich. Daran dürfte die Existenz oder Nichtexistenz einer Arbeitslosenversicherung nichts wesentliches ändern.

Schließlich wäre da die publizistisch äußerst brisante Frage nach dem Mißbrauch von Leistungen. Hier gilt nach wie vor die Feststellung von Gerhard Ahl: "Daß in diesem Freiheitsraum [in einer freiheitlichen Gesellschaft kann niemand zur Annahme einer Tätigkeit gezwungen werden] die Möglichkeit des Mißbrauchs sozialer Leistungen liegt, ist unbestritten, berechtigt aber keineswegs dazu, alle Arbeitslosen über einen Kamm zu scheren und die Arbeitsämter möglicherweise als Komplizen schwarzer Schafe darzustellen"¹⁾. Denn es sollte klar sein, daß jedes Gesetz Möglichkeiten zu seiner Umgehung bzw. seines Mißbrauchs in sich birgt. Und geht es z.B. um die Einkommensteuer, so wird das von vielen Bürgern sogar als Sport wenn nicht als Notwendigkeit angesehen. Die quantitativen Ausmaße des Mißbrauchs hier sind gewaltig; in der BRD wird etwa ein Viertel des Bruttosozialprodukts nicht den Finanzämtern gemeldet, in Frankreich und Italien ist es jeweils über die Hälfte. Verglichen mit diesen Milliardenbeträgen wäre der Betrug beim Arbeitslosengeld vernachlässigbar - wenn hier nicht eine andere emotionale und moralische Reizschwelle bestünde.

Um das Ausmaß dieses Mißbrauchs zu erfassen, bedienten wir uns der Sperrzeiten wegen Ablehnung von Arbeit als Indikator. Selbst wenn wegen der aufgezeigten institutionellen Probleme die Dunkelziffer

1) Ahl, Gerhard: "Ach, wie so trügerisch"; in: DIE ZEIT, 33. Jg., Nr. 1 vom 30.12.1977, S. 14.

dabei mit vier- bis fünfhundert Prozent angenommen wird, liegt ihr "Beitrag" zur Arbeitslosigkeit unter 0.1 Prozentpunkte der Arbeitslosenquote in der BRD. Trotzdem mögen, wie oben schon einmal angedeutet, die hinter diesen Anteilen stehenden Absolutzahlen von vielen als viel zu hoch und als unakzeptabel angesehen werden. Außerdem mag man über stärkere Kontrollen hierzu auch deshalb nachdenken, weil, was in der Feststellung von Ahl anklang, durch sie wegen ihrer publizistischen Wirkung das gesamte System in Mißkredit gebracht wird.

Wir haben eine Reihe von Beobachtungen aufgezählt, bei denen sich gewisse Bestätigungen für die Hypothesen ergaben. Doch um die Bedeutung der Suchtheorie als Beitrag zur Erklärung von Arbeitslosigkeit beurteilen zu können, müssen wir um das quantitative Ausmaß dieser Effekte wissen. Dazu glauben wir auf der Basis der Ergebnisse folgende Aussagen treffen zu können.

Zunächst ist der Erklärungswert sehr zeitabhängig. Werden große Gesetzesänderungen vorgenommen, so kann dies, wie die Beispiele Großbritanniens und Kanadas zeigen, sehr schnell Verhaltensänderungen bei den Arbeitnehmern auslösen, die eventuell bedenkliche Größenordnungen annehmen. Doch auch die Arbeitgeber bleiben - und dies ist wohl eines der wichtigsten Ergebnisse - je nach den gesetzlichen Bestimmungen keineswegs unberührt. Gibt es derartig umwälzende Gesetzesänderungen nicht, so gewinnen die meisten der postulierten Effekte erst in der Rezession an Bedeutung, wenn den Arbeitnehmern nicht mehr genügend attraktive Arbeitsangebote gemacht werden können und die Dauer der Arbeitslosigkeit jetzt allgemein länger wird. Doch wie bedeutend sind sie?

In allen Fällen, in denen wir recht eindeutige Bestätigungen für die Hypothesen bekommen haben (z.B. Leistungen nach Sozialplänen usw.), handelte es sich nicht um Effekte bei allen Arbeitslosen, sondern um solche bei recht eng umgrenzten Gruppen die, bezogen auf alle Arbeitslosen, überhaupt nicht ins Gewicht fallen. Die rein verbale Darstellung der gesetzlichen Möglichkeiten für diese Gruppen hat sehr viel mehr erwarten lassen, als nachher zahlenmäßig festzustellen war. Bei sehr weiter Auslegung des Begriffs "freiwilliger Arbeitslosigkeit" haben wir für die Jahre

1976/77, in denen sich die bisher höchsten Werte ergeben haben, eine Größenordnung von maximal 0.25 Prozentpunkten der Arbeitslosenquote ermittelt.

Von allen im ersten Teil postulierten Effekten dürfte der der verlängerten Dauer die größte Bedeutung haben. Leider sind die bisherigen Untersuchungen zur Dauer der Arbeitslosigkeit bei Leistungsempfängern und bei den übrigen Arbeitslosen mit so vielen Unzulänglichkeiten behaftet - hauptsächlich in Hinblick auf die Zusammensetzung der jeweiligen Gruppen - daß es eine Glaubensfrage ist, ob man die Ergebnisse als Bestätigung der Thesen ansieht, oder ob man sie einfach ignoriert.

Sicher ist nur der bereits oben angesprochene Effekt, daß Arbeitslose bis zum Auslaufen ihrer Ansprüche arbeitslos gemeldet bleiben - vor allem solche mit Alternativrollen zum Beruf. Auch haben wir oben schon einmal darauf hingewiesen, daß, um die Größenordnung dieses Effekts anzugeben, man wissen müßte, wie lange die Dauer sonst gewesen wäre. Und gerade bei den Abgängen in Rente ist nicht auszuschließen, daß einige ohne diese Möglichkeit noch länger arbeitslos gemeldet wären.

Wir haben zwei Untersuchungen vorgestellt, die derartige Effekte erfaßt haben. Bei Marston, dessen sample während einer Hochkonjunktur erhoben wurde, waren sie verschwindend gering. Bei Brinkmann, dessen Daten vom Höhepunkt der Rezession in der BRD stammen (1975), betrug diese Gruppe 30 Prozent des ursprünglichen samples (faßt man sämtliche Abgänge in Hausfrauentätigkeit und in Rente zwischen dem neunten und vierzehnten Monat zusammen). Dennoch können wir diese Werte nicht direkt übernehmen, da es sich dabei nicht um eine Zufallsauswahl unter Arbeitslosen handelte, sondern Auswahlkriterium war, daß die Arbeitslosen ein Jahr vor dem Stichtag der Untersuchung bei den Arbeitsämtern arbeitslos gemeldet waren. Langzeitarbeitslose sind in diesem sample überdurchschnittlich enthalten.

Dennoch mag uns dieser Prozentsatz als Anhaltspunkt für eine sehr gewagte, oder um es beim Namen zu nennen: spekulative, Rechnung dienen. Die wichtigsten Gruppen, bei denen dieser Effekt erwartet werden kann, sind die mit Alternativrollen zur Berufsrolle, also

Männer im rentenfähigen Alter und verheiratete Frauen. Nehmen wir aus den Strukturanalysen die Zahlen dieser Gruppen und nehmen wir an, daß 30 Prozent der bis zu ein Jahr arbeitslosen aus diesem Grunde noch arbeitslos gemeldet sind, so ergibt sich daraus ein Wert der seit Beginn der Rezession ziemlich konstant bei 0.2 Prozentpunkten der Arbeitslosenquote lag.

Nun wird diese Zahl kaum dem tatsächlichen Wert entsprechen. Doch ist sie nicht völlig aus der Luft gegriffen. Was sie angibt, ist der Maximalwert den dieser spezielle Effekt annehmen kann.

Damit hätten wir zwei Werte gefunden, die mit vielen wenn und aber versehen als Höchstgrenze für die Effekte der Suchtheorie (und des income-leisure-approach) 0.5 Prozentpunkte der Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik Deutschland vermuten lassen. Dieser Wert dürfte während konjunkturell guter Zeiten noch stark abfallen. Auch auf die Gefahr hin, daß wir uns wiederholen; dieser Wert ist mit sehr viel Vorsicht zu betrachten. Dennoch kann in Hinblick auf ihn und die Ergebnisse der gesamten Arbeit abschließend geurteilt werden, daß der Beitrag der hier behandelten Theorieansätze zur Erklärung der Arbeitslosigkeit hinter konjunkturellen und strukturellen Erklärungen (Segmentierungstheorien) anzusiedeln ist.

A N L A G E N

Anlage A

Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25. Juni 1969
in der Fassung vom 18.12.1975

Auszug aus dem vierten Abschnitt

§ 100

- (1) Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer arbeitslos ist, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht, die Anwartschaftszeit erfüllt, sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet und Arbeitslosengeld beantragt hat.
- (2) Wer das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet, hat vom Beginn des folgenden Monats an keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.

§ 101

- (1) Arbeitslos im Sinne dieses Gesetzes ist ein Arbeitnehmer, der vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht oder nur eine geringfügige Beschäftigung ausübt. Der Arbeitnehmer ist jedoch nicht arbeitslos, wenn er
 1. eine Tätigkeit als mithelfender Familienangehöriger oder Selbständiger ausübt, die die Grenze des § 102 überschreitet, oder
 2. mehrere geringfügige Beschäftigungen oder Tätigkeiten entsprechenden Umfangs ausübt, die zusammen die Grenze des § 102 überschreiten.

(§ 102 Geringfügige Beschäftigung - bis zu 20 Wochenstunden)

§ 103

- (1) Der Arbeitsvermittlung steht zur Verfügung, wer
 1. eine zumutbare Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes ausüben kann und darf sowie
 2. bereit ist, jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen, die er ausüben kann.

Nummer 1 gilt nicht hinsichtlich der Arbeitszeit; Lage und Verteilung der Arbeitszeit müssen jedoch den Bedingungen entsprechen, zu denen Beschäftigungen der in Betracht kommenden Art und Dauer üblicherweise ausgeübt werden. ...

- (1a) Bei der Beurteilung der Zumutbarkeit sind die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes, die Interessen der Gesamtheit der Beitragszahler und die des Arbeitslosen zu berücksichtigen. Beschäftigungen sind nicht allein deshalb unzumutbar, weil
 1. sie nicht der bisherigen beruflichen Tätigkeit des Arbeitslosen entsprechen,
 2. der Beschäftigungsort vom Wohnort des Arbeitslosen weiter entfernt ist als der bisherige Beschäftigungsort oder
 3. die Arbeitsbedingungen ungünstiger sind als bei der bisherigen Beschäftigung, insbesondere lediglich der tarifliche Arbeitslohn gezahlt wird oder im Vergleich zur früheren Beschäftigung über tarifliche Zuschläge oder sonstige Vergünstigungen entfallen.

.....

Anlage A

§ 104

- (1) Die Anwartschaftszeit hat erfüllt, wer in der Rahmenfrist sechsundzwanzig Wochen oder sechs Monate in einer die Beitragspflicht begründenden Beschäftigung (§ 168) gestanden hat. Zeiten, für die kein Arbeitsentgelt gezahlt wird, unterbrechen eine die Beitragspflicht begründende Beschäftigung nur dann, wenn sie jeweils drei Wochen überschreiten. Zeiten einer Beschäftigung, die vor dem Tage liegen, an dem der Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe nach § 119 Abs. 3 erloschen ist, dienen nicht zur Erfüllung der Anwartschaftszeit.
- (2) Die Rahmenfrist geht dem ersten Tage der Arbeitslosigkeit unmittelbar voraus, an dem die sonstigen Voraussetzungen für den Anspruch auf Arbeitslosengeld erfüllt sind oder nach § 105 als erfüllt gelten.
- (3) Die Rahmenfrist beträgt drei Jahre; sie reicht nicht in eine vorangegangene Rahmenfrist hinein, in der der Arbeitslose eine Anwartschaftszeit erfüllt hatte.

§ 106

- (1) Die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld richtet sich nach der Dauer der die Beitragspflicht begründenden Beschäftigung innerhalb der Rahmenfrist; ...
Beschäftigungszeiten von insgesamt mindestens
 1. sechsundzwanzig Wochen (sechs Monate) begründen eine Anspruchsdauer von achtundsiebzig Tagen,
 2. neununddreißig Wochen (neun Monaten) begründen eine Anspruchsdauer von hundertzwanzig Tagen,
 3. zweiundfünfzig Wochen (zwölf Monaten) begründen eine Anspruchsdauer von hundertsechsundfünfzig Tagen,
 4. achtundsiebzig Wochen (achtzehn Monate) begründen eine Anspruchsdauer von zweihundertvierunddreißig Tagen,
 5. hundertvier Wochen (vierundzwanzig Monate) begründen eine Anspruchsdauer von dreihundertzweölf Tagen.
- (2) Wenn seit der Entstehung des vorigen Anspruchs noch nicht drei Jahre verstrichen sind, so ist die Dauer des neuen Anspruchs mindestens so lang wie die restliche Dauer des vorigen Anspruchs.

§ 110

Die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld mindert sich um

1. Tage, für die der Anspruch auf Arbeitslosengeld erfüllt worden ist; dabei gilt der Anspruch auf Arbeitslosengeld für so viele Tage als nicht erfüllt, als das wöchentliche Arbeitslosengeld nach der auf Grund des § 111 Abs. 2 erlassenen Rechtsverordnung durch Anrechnung von Nebenverdienst nach § 115 um volle Sechstel gemindert ist,
2. Tage, für die dem Arbeitslosen nach § 120 oder § 121 das Arbeitslosengeld versagt worden ist,
3. die Tage der Arbeitslosigkeit bis zur erneuten Arbeitslosmeldung, wenn der Arbeitslose den Bezug von Arbeitslosengeld unterbricht, ohne daß die Arbeitslosigkeit beendet ist; das gilt nicht, wenn der Arbeitslose den Bezug von Arbeitslosengeld aus einem wichtigen Grunde unterbricht.

Anlage A

§ 111

- (1) Das Arbeitslosengeld beträgt 68 vom Hundert des um die gesetzlichen Abzüge, die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallen, verminderten Arbeitsentgelts (§ 112).
- (2) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung bestimmt die Leistungssätze jeweils für ein Kalenderjahr durch Rechtsverordnung. Dabei hat er zugrunde zu legen:
 1. als Lohnsteuer
 - a) die Steuer nach der Steuertabelle für die Lohnsteuerklasse I (Leistungsgruppe A) ...
 - b) die Steuer nach der Lohnsteuertabelle für die Lohnsteuerklasse II mit einem Kind (Leistungsgruppe B) ...
 - c) die Steuer nach der Lohnsteuertabelle für die Lohnsteuerklasse III ohne Kind (Leistungsgruppe C) ...
 - d) die Steuer nach der Lohnsteuertabelle für die Lohnsteuerklasse V (Leistungsgruppe D) ...
 - e) die Steuer nach der Lohnsteuertabelle für die Lohnsteuerklasse VI (Leistungsgruppe E) ...
 2. bis 5. (alle anderen Abzüge wie Kirchensteuer, Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung) ...

§ 112

- (1) gestrichen
- (2) Arbeitsentgelt im Sinne des § 111 Abs. 1 ist das im Bemessungszeitraum in der Arbeitsstunde durchschnittlich erzielte Arbeitsentgelt, vervielfacht mit der Zahl der Arbeitsstunden, die sich als Durchschnitt der tariflichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit der Beschäftigungsverhältnisse im Bemessungszeitraum ergibt. Arbeitsentgelt, das nach Monaten bemessen ist, gilt als in der Zahl von Arbeitsstunden erzielt, die sich ergibt, wenn die Zahl der vereinbarten regelmäßigen wöchentlichen Arbeitsstunden mit dreizehn vervielfacht und durch drei geteilt wird. Einmalige Zuwendungen bleiben außer Betracht.
- (3) Bemessungszeitraum sind die letzten, am Tage des Ausscheidens des Arbeitnehmers aus dem Beschäftigungsverhältnis abgerechneten, insgesamt zwanzig Tage mit Anspruch auf Arbeitsentgelt umfassenden Lohnberechnungszeiträume der letzten die Beitragspflicht begründenden Beschäftigung vor der Entstehung des Anspruchs. ...

§ 115

(Soweit das Nettoeinkommen aus irgendeiner Tätigkeit DM 15 in der Woche übersteigt, wird es auf das Arbeitslosengeld angerechnet).

§ 117

- (1) Der Anspruch auf Arbeitslosengeld ruht in der Zeit, für die der Arbeitslose Arbeitsentgelt erhält oder zu beanspruchen hat.
- (2) Hat der Arbeitslose wegen der Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine Abfindung, Entschädigung oder ähnliche Leistung erhalten oder zu beanspruchen und ist das Arbeitsverhältnis durch Aufhebungsvertrag, Vergleich oder nach einer vom Arbeitgeber ausgesprochenen unbegründeten außerordentlichen Kündigung durch Urteil (...) beendet worden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld in der Zeit von der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Anlage A

an bis zu dem Tage, an dem das Arbeitsverhältnis geendet hätte, wenn es im Zeitpunkt des Abschlusses des Aufhebungsvertrages, des Vergleichs oder der unbegründeten außerordentlichen Kündigung rechtswirksam ordentlich gekündigt worden wäre. ...

- (3) Die Zeit, in der ein Anspruch auf Arbeitslosengeld ruht, umfaßt höchstens zwölf Monate.

....

§ 118

- (1) Der Anspruch auf Arbeitslosengeld ruht während der Zeit, für die dem Arbeitslosen ein Anspruch auf eine der folgenden Leistungen zuerkannt ist:
1. Unterhaltsgeld
 2. Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Übergangsgeld nach diesem oder einem anderen Gesetz oder Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz,
 3. Rente wegen Erwerbsunfähigkeit aus einer der gesetzlichen Rentenversicherungen,
 4. Altersruhegeld aus der Rentenversicherung der Arbeiter oder der Rentenversicherung der Angestellten, Knappschaftsruhegeld oder Knappschaftsausgleichsleistung aus der knappschaftlichen Rentenversicherung oder ähnliche Bezüge öffentlicher Art für die Zeit vor Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres des Arbeitslosen.

....

§ 119

- (1) Hat der Arbeitslose
1. das Arbeitsverhältnis gelöst oder durch ein vertragswidriges Verhalten Anlaß für die Kündigung des Arbeitgebers gegeben und hat er dadurch vorsätzlich oder grobfahrlässig die Arbeitslosigkeit herbeigeführt, oder
 2. trotz Belehrung über die Rechtsfolgen eine vom Arbeitsamt angebotene Arbeit nicht angenommen oder nicht angetreten oder
 3. sich trotz Belehrung über die Rechtsfolgen geweigert, an einer Maßnahme zur beruflichen Ausbildung, an einer notwendigen Maßnahme zur beruflichen Fortbildung oder Umschulung, für die das Arbeitsamt eine Förderung der Teilnahme nach den Vorschriften dieses Gesetzes über die Förderung der beruflichen Bildung zugesagt hat, oder an einer Maßnahme zur beruflichen Rehabilitation, während der er Übergangsgeld nach diesem oder einem anderen Gesetz zu beanspruchen hätte, teilzunehmen,
 4. die Teilnahme an einer der in Nummer 3 genannten Maßnahmen abgebrochen,
- ohne für sein Verhalten einen wichtigen Grund zu haben, so tritt eine Sperrzeit von vier Wochen ein; Die Sperrzeit beginnt mit dem Tage nach dem Ereignis, das die Sperrzeit begründet, oder, wenn dieser Tag in eine Sperrzeit fällt, mit dem Ende dieser Sperrzeit. Während der Sperrzeit ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld.
- (2) Würde eine Sperrzeit von vier Wochen für den Arbeitslosen nach den für den Eintritt der Sperrzeit maßgebenden Tatsachen eine besondere Härte bedeuten, so umfaßt die Sperrzeit zwei Wochen.
- (3) Hat der Arbeitslose nach der Entstehung des Anspruchs bereits einmal Anlaß für den Eintritt einer Sperrzeit von vier Wochen

Anlage A

gegeben und hat der Arbeitslose hierüber einen schriftlichen Bescheid erhalten, so erlischt, wenn der Arbeitslose erneut Anlaß für den Eintritt einer Sperrzeit von vier Wochen gibt, der ihm noch zustehende Anspruch auf Arbeitslosengeld.

§ 120

Das Arbeitslosengeld ist für sechs Wochentage zu versagen, wenn der Arbeitslose einer Aufforderung des Arbeitsamtes, sich beim Arbeitsamt zu melden (§ 132), trotz Belehrung über die Rechtsfolgen ohne wichtigen Grund nicht nachkommt.

§ 132

- (1) Der Arbeitslose hat sich während der Zeit, für die er Anspruch auf Arbeitslosengeld erhebt, beim Arbeitsamt zu melden, wenn das Arbeitsamt ihn dazu auffordert; das Arbeitsamt kann auch anordnen, daß sich der Arbeitslose vorübergehend regelmäßig meldet, wenn der begründete Verdacht besteht, daß der Arbeitslose eine unselbständige oder selbständige Tätigkeit ausübt, die er dem Arbeitsamt nicht angezeigt hat.

....

§ 134

- (1) Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hat, wer
1. arbeitslos ist, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht, sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet und Arbeitslosenhilfe beantragt hat,
 2. keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, weil er die Anwartschaftszeit (§ 104) nicht erfüllt,
 3. bedürftig ist und
 4. innerhalb eines Jahres vor der Arbeitslosmeldung, die dem Antrag auf Arbeitslosenhilfe vorausgeht,
 - a) Arbeitslosengeld bezogen hat, ohne daß der Anspruch nach § 119 Abs. 3 erloschen ist, oder
 - b)

§ 136

- (1) Die Arbeitslosenhilfe beträgt 58 vom Hundert des um die gesetzlichen Abzüge, die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallen, verminderten Arbeitsentgelts (...).
- (s. § 112)

§ 137

- (1) Der Arbeitslose ist bedürftig im Sinne des § 134 Abs. 1 Nr. 3, soweit er seinen Lebensunterhalt und den seiner Angehörigen, für die ein Anspruch auf Familienzuschlag besteht, nicht auf andere Weise als durch Arbeitslosenhilfe bestreitet oder bestreiten kann und das Einkommen, das nach § 138 zu berücksichtigen ist, die Arbeitslosenhilfe nach § 136 nicht erreicht.
- (2) Der Arbeitslose ist nicht bedürftig im Sinne des § 134 Abs. 1 Nr. 3, solange mit Rücksicht auf sein Vermögen, das Vermögen seines im gemeinsamen Haushalt lebenden Ehegatten oder das Vermögen seiner im gemeinsamen Haushalt lebenden leiblichen Eltern oder Kinder die Gewährung von Arbeitslosenhilfe offenbar nicht gerechtfertigt ist.

....

Anlage A

§ 138

- (1) Im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung sind als Einkommen zu berücksichtigen:
1. Einkommen des Arbeitslosen einschließlich der Leistungen, die er von Dritten erhält oder beanspruchen kann, soweit es nicht nach § 115 anzurechnen ist;
 2. Einkommen des mit dem Arbeitslosen im gemeinsamen Haushalt lebenden Ehegatten, soweit es 75 Deutsche Mark in der Woche übersteigt;
 3. Einkommen der mit dem Arbeitslosen im gemeinsamen Haushalt lebenden leiblichen Eltern und Kinder, soweit es 75 Deutsche Mark übersteigt, zu einem Viertel.
- Die Beträge von 75 Deutsche Mark erhöhen sich um 35 Deutsche Mark für jede Person, die der Angehörige auf Grund einer rechtlichen oder sittlichen Pflicht überwiegend unterhält; hierbei wird der Arbeitslose nicht mitgerechnet.

....

§ 139

Erfüllen Ehegatten, die im gemeinsamen Haushalt leben, zugleich die Voraussetzungen des Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe, so wird Arbeitslosenhilfe nur dem Ehegatten gewährt, der von beiden Ehegatten als anspruchsberechtigt bestimmt worden ist. Solange die Ehegatten diese Bestimmung nicht getroffen haben, wird die Arbeitslosenhilfe dem Ehegatten gewährt, dem der höhere Betrag zusteht.

§ 168

- (1) Beitragspflichtig sind Personen, die als Arbeiter oder Angestellte gegen Entgelt oder zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt sind (Arbeitnehmer), ...

....

Anlage B 1

Entwicklung der Wohnbevölkerung der Bundesrepublik
Deutschland

Jahresdurchschnittszahlen in 1000

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
1960	55 433	25 670	29 459
1961	56 175	26 413	29 762
1962	56 938	26 858	30 080
1963	57 587	27 226	30 362
1964	58 266	27 595	30 671
1965	59 012	28 032	30 980
1966	59 638	28 368	31 270
1967	59 873	28 413	31 460
1968	60 184	28 558	31 627
1969	60 848	28 966	31 883
1970	60 651	28 867	31 784
1971	61 302	29 265	32 038
1972	61 672	29 468	32 204
1973	61 976	29 646	32 330
1974	62 054	29 669	32 385
1975	61 829	29 499	32 330
1976	61 531	29 316	32 215
1977	61 400	29 243	32 157

Quelle: Statistische Jahrbücher

Anlage B 2

Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland
Jahresdurchschnittswerte in 1000

Jahr 1	Männer			Frauen		
	2 alle	3 im Al- ter von 15-65 J.	4 abh. erw.	5 alle	6 im Alter von 15-65J.	7 abh. erw.
1961			13 775			6 955
1962	16 968	16 285	13 970	9 877	9 486	7 062
1963	17 035	16 355	14 102	9 895	9 520	7 159
1964	17 083	16 400	14 228	9 839	9 475	7 256
1965	17 190	16 500	14 405	9 844	9 470	7 353
1966	17 217	16 541	14 449	9 745	9 374	7 316
1967	16 902	16 244	13 964	9 508	9 140	7 090
1968	16 791	16 149	14 030	9 500	9 132	7 153
1969	16 958	16 315	14 382	9 577	9 208	7 370
1970	17 179	16 558	14 691	9 638	9 312	7 555
1971	17 233	16 651	14 758	9 677	9 364	7 656
1972	17 182	16 632	14 722	9 719	9 424	7 713
1973	17 128	16 592	14 699	9 858	9 554	7 865
1974	16 913	16 438	14 350	9 885	9 609	7 802
1975	16 580	16 207	13 769	9 818	9 578	7 617
1976			13 695			7 602

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:
Arbeits- und Sozialstatistik
Hauptergebnisse 1977
Spalten 2, 3, 5, 6 von Seite 26/7
Spalten 4 und 7 von Seite 32

Anlage B 3

Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik
Deutschland

Jahresdurchschnittswerte

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
1962	629 022	514 731	114 291
1963	773 164	+	+
1964	902 459	+	+
1965	1 118 616	+	+
1966	1 243 961	+	+
1967	1 013 862	717 208	296 654
1968	1 018 859	714 209	304 650
1969	1 365 635	958 918	406 717
1970	1 806 805	1 278 033	528 772
1971	2 128 407	1 517 420	610 987
1972	2 284 502	1 611 984	672 518
1973	2 425 000 ⁺⁺	+	+
1974	2 323 000 ⁺⁺	+	+
1975	2 060 507	1 409 628	650 879
1976	1 917 141	1 315 219	601 920

+ keine Angaben vorhanden

Quellen: ++ Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1977/78,
S. 236, Tab. 12, Spalte 4.

alle anderen Daten aus:

Ämtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit,
Arbeitsstatistik 1977 - Jahreszahlen, S. 14f.

Anlage B 4

Erwerbsquoten in der Bundesrepublik Deutschland (in Prozent)

Jahr	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
1961						52.2	23.4	
1962				91.1	47.2	52.0	23.5	
1963				90.9	47.4	51.8	23.6	
1964				90.6	47.2	51.6	23.7	
1965	46.1	61.9	31.9	90.4	47.1	51.4	23.8	36.6
1966	45.6	61.4	31.3	90.3	46.7	50.9	23.5	36.1
1967	44.5	60.3	30.4	89.5	45.7	49.1	22.7	36.3
1968	44.2	59.7	30.3	89.4	45.8	49.1	22.8	37.2
1969	44.2	59.5	30.3	89.3	46.1	49.7	23.3	38.0
1970	44.2	59.5	30.3	89.2	46.5	50.9	23.8	38.5
1971	43.9	58.9	30.2	88.3	46.6	50.4	23.9	38.8
1972	43.6	58.3	30.2	87.3	46.7	49.95	23.9	39.5
1973	43.5	57.8	30.5	86.1	47.2	49.6	24.3	39.7
1974	43.2	57.0	30.5	84.9	47.4	48.3	24.1	39.8
1975	42.7	56.2	30.4	83.8	47.3	46.96	23.6	40.0
1976	40.8	53.9	28.8			46.8	23.7	40.4

Spalte (1): Erwerbsquote (Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung) aller Beschäftigten

" (2): Erwerbsquote der Männer

" (3): " " Frauen

" (4): Männliche Erwerbsquote der Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 65 Jahren an Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren

" (5): wie (4) für die Frauen

" (6): männliche abhängige Erwerbstätige an Wohnbev.

" (7): weibliche " " " "

" (8): " " " " im Alter von 15 bis 65 Jahren an Wohnbev. im Alter von 15 bis 65 Jah.

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1977
Spalten 1,2,3 von S. 12, Ziff. 201; Sp. 4 von S. 26; Sp. 5 von S. 27; Spalten 6 und 7 von S. 32.

Spalte 9: Amtl. Nachr. der BfA, Monatsberichte, Heft 10/78, S. 36, Tabelle 25, Spalte 6.

Anlage B 5

Beitragspflichtige Arbeitnehmer nach dem AFG¹⁾

Datum	Anzahl in 1000
01.03.1960	14 628.4
01.10.1960	15 600.3
01.03.1961	15 251.3
01.10.1961	15 830.4
01.03.1962	15 456.8
01.10.1962	16 112.7
01.03.1963	15 793.7
01.10.1963	16 091.0
01.04.1964	15 926.3
01.10.1964	16 182.0
01.04.1965	15 929.0
01.10.1965	16 940.6
01.04.1966	16 720.2
01.10.1966	16 952.3
01.04.1967	16 447.3
01.10.1967	16 580.6
01.04.1968	16 469.1
01.10.1968	17 075.6
01.04.1969	16 991.7
01.10.1969	18 617.3
01.04.1970	19 080.8
01.10.1970	20 135.3
01.04.1971	19 748.9
01.10.1971	20 472.4
01.04.1972	20 221.8
01.10.1972	20 549.0
01.04.1973	20 560.0
01.10.1973	20 943.4
01.04.1974	20 568.9
01.10.1974	20 597.1
01.04.1975	19 841.6
01.10.1975	20 138.8
01.04.1976	19 618.0
01.10.1976	20 121.1
01.04.1977	19 747.9
01.10.1977	20 192.3
01.04.1978	19 918.0

1) Bis 1969 Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung

Quelle: ANBA - Monatsberichte (entsprechende Jahrgänge).

Anlage B 6

Sperrzeiten in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Anteil der jahres- durchschnittlichen Sperrzeiten an den jahresdurchschnitt- lichen Arbeitslo- senzahlen in %	Anteil der Jah- ressummen von Sperrzeiten an den Jahressum- men der Zugänge von Arbeitslo- sen in %	Anteil der jahresdurch- schnittlichen Sperrzeiten an den abhängigen Erwerbspersonen in %
1960	2.5	-	0.030
1961	2.2	2.2	0.018
1962	1.9	1.8	0.013
1963	1.6	1.8	0.001
1964	1.5	1.9	0.012
1965	1.4	1.7	0.010
1966	2.0	2.3	0.014
1967	2.7	5.9	0.057
1968	2.1	4.5	0.031
1969	1.7	2.7	0.016
1970	1.3	0.8	0.009
1971	1.7	2.4	0.014
1972	1.8	3.2	0.014
1973	1.8	3.1	0.023
1974	2.0	5.2	0.054
1975	1.8	6.9	0.053
1976	2.1	8.2	0.086
1977	2.4	9.0	0.109

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der entsprechenden Angaben
in ANBA - Jahresbericht 1977.

Anlage B 7

Arbeitslose vom 19. bis 23. Lebensjahr für die nach § 2 Abs. 4a BKGG Anspruch auf Kindergeld besteht ("Kindergeld-Arbeitslose") (Monatsdurchschnittszahlen)

Datum	(1) Männer und Frauen	(2) Männer	(3) Frauen	(4) Anteil von (1) an der Arb.los. zahl dieses Monats in Pro- zent	(5) Anteil von (1) an den abh. Erwerbspers. dieses Monats in Prozent
Sept. '76	5 016	2 177	2 839	0.6	0.020
Okt. "	10 869	4 703	6 166	1.2	0.047
Nov. "	12 386	5 309	7 077	1.3	0.050
Dez. "	13 538	5 813	7 725	1.2	0.060
Jan. '77	14 737	6 397	8 340	1.2	0.060
Feb. "	15 175	6 732	8 443	1.3	0.070
März "	14 391	6 218	8 173	1.3	0.060
April "	13 150	5 588	7 562	1.3	0.060
Mai "	12 055	5 074	6 981	1.3	0.050
Juni "	13 962	5 919	8 043	1.5	0.060
Juli "	18 565	7 853	10 712	1.9	0.080
Aug. "	20 498	8 754	11 744	2.1	0.090
Sept. "	19 557	8 329	11 228	2.1	0.090
Okt. "	17 817	7 388	10 429	1.8	0.080
Nov. "	16 340	6 598	9 742	1.6	0.070
Dez. "	15 724	6 445	9 279	1.4	0.070
Jan. '78	16 582	6 880	9 702	1.4	0.077
Feb. "	16 392	6 925	9 467	1.3	0.076
März "	15 452	6 487	8 965	1.4	0.072
April "	19 981	5 824	8 157	1.99	0.090
Mai "	12 537	5 157	7 380	1.37	0.059
Juni "	14 013	5 718	8 295	1.6	0.065
Juli "	18 753	7 868	10 885	2.0	0.087
Aug. "	21 347	8 933	12 414	2.3	0.099

Quelle: Spalten (1) bis (3) : IAB

Spalten (4) und (5) : eigene Berechnungen

Anlage B 8

Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland nach Altersgruppen in Monaten

Zeitpunkt	unter 25 Jahre	Altersgruppen			alle Alters- gruppen zus.
		25 bis 45 Jahre	45 bis 55 Jahre	über 55 Jahre	
Männer					
Sept. '66	0.77	1.26	2.14	3.50	1.88
Sept. '67	1.09	1.57	2.36	3.76	2.16
Sept. '68	0.71	1.04	1.52	2.93	1.42
Sept. '69	0.65	0.96	1.37	2.74	1.25
Sept. '70	0.70	1.06	1.60	3.11	1.32
Sept. '71	0.81	1.28	2.12	4.61	1.61
Sept. '72	0.96	1.47	2.63	5.15	1.81
Sept. '73	1.32	2.03	3.58	5.41	2.20
Sept. '74	2.28	3.23	5.05	7.17	3.31
Sept. '75	2.46	3.43	4.94	7.17	3.44
Mai '76	2.12	3.14	4.60	7.09	3.10
'77	2.08	3.04	4.53	6.81	3.00
Frauen					
Sept. '66	1.15	1.76	2.00	2.92	1.76
Sept. '67	1.39	2.08	2.37	3.17	2.06
Sept. '68	1.25	1.58	1.74	2.52	1.61
Sept. '69	1.22	1.59	1.71	2.63	1.59
Sept. '70	1.32	1.94	2.16	3.17	1.85
Sept. '71	1.49	2.23	2.77	4.07	2.16
Sept. '72	1.68	2.44	3.20	4.72	2.40
Sept. '73	2.17	3.27	4.26	5.86	3.11
Sept. '74	3.11	4.78	6.15	7.71	4.42
Sept. '75	3.34	5.09	6.37	8.36	4.66
Mai '76	3.20	4.93	6.22	8.69	4.48
'77	3.19	4.89	6.22	8.71	4.44

Quelle: Freiburgerhaus: Dynamik ..., a.a.O., Auszug aus den Tabellen im Anhang, S. 285 - 309; für 1977 ist kein Monat angegeben.

Anlage C 1

Arbeitslosenquoten der USA und Kanadas

Jahr	USA				Kanada			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
1959	.64	4.4	5.5	.80	.66	9.4	6.0	1.57
1960	.64	4.8	5.5	.87	.65	10.4	7.0	1.49
1961	.63	5.6	6.7	.84	.63	10.2	7.1	1.44
1962	.65	4.4	5.5	.80	.61	8.4	5.9	1.42
1963	.65	4.3	5.7	.75	.62	7.8	5.5	1.42
1964	.65	3.8	5.2	.73	.62	6.5	4.7	1.38
1965	.67	3.0	4.5	.67	.65	5.4	3.9	1.38
1966	.69	2.3	3.8	.61	.61	5.3	3.6	1.47
1967	.70	2.5	3.8	.61	.62	5.6	4.1	1.37
1968	.70	2.2	3.6	.61	.65	6.1	4.8	1.27
1969	.69	2.1	3.5	.60	.68	5.6	4.7	1.19
1970	.69	3.4	4.9	.69	.68	6.8	5.9	1.15
1971	.68	4.1	5.9	.69	.66	8.2	6.4	1.28
1972	.75	3.5	5.6	.63	.88	7.5	6.3	1.19
1973	.78	2.7	4.9	.55	.89	6.9	5.6	1.23
1974	.79	3.5	5.6	.63				
1975	.77	6.0	8.5	.71				
1976		4.5	7.7	.58				

Erläuterungen: Spalten (1) und (5): Anteil der (von der Arbeitslosenvers.) versicherten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen

Spalten (2) und (6): Arbeitslosenquoten der versicherten Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Spalten (3) und (7): Arbeitslosenquote aller Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)

Spalten (4) und (8): (2):(3) bzw. (6):(7)

Quellen: für die USA: Economic Report of the President, Washington, D.C., Gov. Printing Office, 1977;
Spalte (2) und Spalte (3): Tabellen B-31 bzw. B-29; Spalte (1): eig. Berechnungen auf der Basis der Absolutzahlen in denselben Tabellen.

für Kanada : Green/Cousineau: Unemployment..., a.a.O., Auszug aus Table 3-4, S. 34.

Anlage C 2

Prozentuale Verteilung der Haushalte mit Arbeitslosen nach der Anzahl arbeitender Haushaltsmitglieder in Kanada (Jahresdurchschnittswerte)

Jahr	Alle Haushalte mit zeitweiliger Arbeitslosigkeit	Keine Person im Haushalt erwerbstätig	Eine Person im Haushalt erwerbstätig	Zwei oder mehr Personen im Haushalt erwerbstätig
1961	100	45	34	21
1962	100	45	34	21
1963	100	44	34	23 ⁺
1964	100	40	35	25
1965	100	39	35	25 ⁺
1966	100	38	36	25 ⁺
1967	100	37	37	25 ⁺
1968	100	37	37	26
1969	100	35	38	27
1970	100	36	40	25 ⁺
1971	100	36	39	25
1972	100	35	41	25 ⁺
1973	100	31	43	26
1974	100	33	41	25 ⁺

Prozentuale
Veränderung

1961 - 74	- 26.7	+ 20.6	+ 19.0
-----------	--------	--------	--------

Quelle: Green/Cousineau: Unemployment..., a.a.O., S. 29, Tabelle 3-2

+ ob hier Rundungsfehler vorliegen ist in der Quelle nicht angegeben

Anlage C 3

Anteil der in der Arbeitslosenversicherung Versicherten an den Erwerbspersonen und die durchschnittlichen wöchentlichen Geldleistungen an Arbeitslose in Kanada

Jahr	Versicherte Erwerbspersonen/ alle Erwerbspersonen(in Prozent)	Durchschnittliche wöchentliche Leistungen in Dollars
1960	65	20.59
1966	61	24.29
1968 ⁺	65	26.58
1969	68	31.95
1970	68	35.03
1971	66	40.28
1972 ⁺⁺	88	61.79
1973	89	68.51
1974	89	74.89

+ UI Act amendment von 1968

++ Neues Gesetz vom Juli 1971

Quelle: Green/Cousineau: Unemployment..., a.a.O., S. 4, Auszug aus Tabelle 1-1.

Anlage C 4

Dauer der Arbeitslosigkeit in den USA

(saisonal bereinigte Jahresdurchschnittswerte in Prozent)

Jahr	Anteil der Arbeitslosen die bis zu ... Wochen arbeitslos waren an allen Arbeitslosen			
	unter 5 Wochen	5 bis 14 Wochen	15 bis 26 Wochen	über 27 Wochen
1960	44.6	30.5	13.0	11.9
1961	38.3	29.2	15.4	17.0
1962	42.5	28.9	13.7	14.9
1963	43.0	30.2	13.1	13.7
1964	44.8	29.5	13.0	12.7
1965	48.4	29.2	12.0	10.4
1966	54.7	27.1	10.0	8.2
1967	54.9	30.0	9.1	6.0
1968	56.6	28.6	9.1	5.7
1969	57.5	29.2	8.5	6.8
1970	52.3	31.5	10.4	5.8
1971	44.7	31.6	13.3	10.4
1972	45.9	30.1	12.3	11.7
1973	51.0	30.1	11.0	7.9
1974	50.6	31.0	11.1	7.3
1975	37.0	31.3	16.5	15.2
1976	38.3	29.6	13.8	18.3

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Absolutzahlen in:
Economic Report of the President, a.a.O., Tab. B-30,
S. 222.

Anlage C 5

Gründe für Arbeitslosigkeit in den USA

(Aufgliederung der offiziellen Jahresarbeitslosenquoten der USA nach den einzelnen Gründen)

Jahr	Jahres- arbeits- losenquo- te	Gekündigt	Selbstkün- der	Wiederein- tritt in Arbeits- markt	Neueintritt in Arbeits- markt
16 Jahre und älter					
1967	3.9	1.6	0.6	1.2	0.5
1968	3.6	1.3	0.5	1.2	0.5
1969	3.5	1.2	0.5	1.2	0.5
1970	4.9	2.2	0.7	1.5	0.6
1971	5.9	2.8	0.7	1.7	0.8
1972	5.6	2.4	0.7	1.7	0.8
1973	4.9	1.9	0.8	1.5	0.7
Männer über 20 Jahren					
1967	2.3	1.5	0.4	0.4	0.1
1968	2.2	1.3	0.4	0.4	unter 0.05
1969	2.1	1.2	0.4	0.5	0.1
1970	3.5	2.2	0.4	0.5	0.1
1971	4.4	2.9	0.5	0.9	0.1
1972	4.0	2.5	0.5	0.9	0.1
1973	3.2	1.9	0.5	0.7	0.1

Quelle: Brinner, Roger E.: The Death of the Philipps-Curve Re-considered; in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 91, 1977, S. 396, Table I.

L i t t e r a t u r v e r z e i c h n i s

I. Gesetzestexte, Kommentare, Nachschlagewerke

Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA),
Monatsberichte, Jahrgänge seit 1960.

Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeits-
statistik 1977 - Jahreszahlen.

Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni 1969 in der Fassung vom
18. Dezember 1975.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Übersicht
über die Soziale Sicherung, Stand Juni 1974.

Ders.: Übersicht über die Soziale Sicherung, Stand April 1977.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Lange Rei-
hen der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Ge-
samtrechnung für die Bundesrepublik Deutschland,
I/1960 bis I/1978.

Economic Report of the President, Government Printing Office,
Washington, D.C., 1977.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaft-
lichen Entwicklung: Jahresgutachten 1977/78.

II. Bücher, Dissertationen, Zeitschriften

Barrett, Nancy Smith: The U.S. Philipps Curve and International
Unemployment Rate Differentials: Comment; in: AER,
Vol. 65, 1975.

Barron, John M.: Search in the Labor Market and the Duration of
Unemployment: Some Empirical Evidence; in: AER, Vol.
65, 1975.

Bolle, Michael (Hrsg.): Arbeitsmarkttheorie und Arbeitsmarktpo-
litik, Opladen 1976.

- Brinkmann, Christian: Finanzielle und psycho-soziale Belastungen während der Arbeitslosigkeit; in: MittAB, 9. Jg., 1976.
- Ders.: Arbeitslosigkeit und Mobilität; in: MittAB, 10. Jg., 1977.
- Ders.: Aus der Untersuchung des IAB über Ursachen und Auswirkungen von Arbeitslosigkeit: Strukturen und Determinanten der beruflichen Wiedereingliederung von Langfristarbeitslosen; in: MittAB, 11. Jg., 1978.
- Brinner, Roger E.: The Death of the Philipps-Curve Reconsidered; in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 91, 1977.
- Bundesanstalt für Arbeit (J. Kühl, A.G. Paul, D. Blunk): Überlegungen II zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik, Nürnberg 1978.
- Burdett, Kenneth: A Theory of Employee Job Search and Quit Rates; in: AER, Vol. 68, 1978.
- Burgess, Paul I./Kingston, Jerry L.: Unemployment Insurance and Unemployment Duration; in: Quarterly Review of Economics and Business, Vol. 15, 1975.
- Dieselb.: The Impact of Unemployment Benefits on Reemployment Success; in: IJRR, Vol. 30, 1976.
- Chapin, Gene: Unemployment Insurance, Job Search, and the Demand for Leisure; in: Western Economic Journal, Vol. 9, 1971.
- Chiswick, Barry R.: The Effect of Unemployment Compensation on a Seasonal Industry; in: JPE, Vol. 84, 1976.
- Classen, Kathleen P.: The Effect of Unemployment Insurance on the Duration of Unemployment and Subsequent Earnings; in: IJRR, Vol. 30, 1977.
- Cramer, Ulrich/Egle, Franz: Zur durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit; in: MittAB, 9. Jg., 1976.
- Cubbin, J.S./Foley, K.: The Extent of Benefit-Induced Unemployment in Great Britain: Some New Evidence; in: OEP, Vol. 29, 1977.

- Dietze, Gottfried: Zur Verteidigung des Eigentums, Tübingen 1978.
- Dow, J.C.R./Dicks-Mireaux, L.A.: The Excess Demand of Labour: A Study of Conditions in Great Britain, 1946 - 56; in: OEP, Vol. 10, 1958.
- Egle, Franz: Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote, Dauer der Arbeitslosigkeit und Betroffenheit von Arbeitslosigkeit; in: MittAB, 10. Jg., 1977.
- Ders.: Dauer, Häufigkeit und Abbau der Arbeitslosigkeit - Eine kombinierte Bestandsanalyse der Arbeitslosen von Mai und September 1977; in: MittAB, 11. Jg. 1978.
- Ehrenberg, Ronald G./Oaxaca, Ronald L.: Unemployment Insurance, Duration of Unemployment and Subsequent Wage Gain; in: AER, Vol. 66, 1976.
- Dies.: Do benefits cause unemployed to hold out for better jobs?; in: MLR, Vol. 99, 1976.
- Feldstein, Martin: Unemployment Compensation: Adverse Incentives and Distributional Anomalies; in: National Tax Journal, Vol. 27, 1974.
- Ders.: The Importance of Temporary Layoffs: An Empirical Analysis; in: BPEA, 1975.
- Fields, Gary: The Direct Labor Market Effects of the U.S. Unemployment Insurance System: A Review of Recent Evidence; Department of Labor, Technical Analysis Paper No. 26, Office of the Assistant Secretary for Policy, Evaluation and Research, Januar 1975.
- Foster, J.I.: The Behaviour of Unemployment and Unfilled Vacancies: Great Britain 1958 - 71 - A Comment; in: The Economic Journal, Vol. 83, 1973.
- Franz, Wolfgang: Ein makroökonomisches Vierteljahresmodell des Arbeitsmarktes für die Bundesrepublik Deutschland 1960 - 1971, Dissertation Mannheim 1974.
- Ders.: Unemployment Insurance, International Factor Mobility, And the Labor Market: The German Case; Discussion Paper No. 84, Mannheim 1977.

- Freiburghaus, Dieter: Zentrale Kontroversen der neuen Arbeitsmarkttheorie; in: Bolle (Hrsg.): Arbeitsmarkttheorie ..., a.a.O..
- Ders.: Dynamik der Arbeitslosigkeit, Meisenheim am Glan, 1978.
- Friedman, Milton: Essays in Positive Economics, Chicago/London 1953.
- Gäfgen, Gérard: Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung, 2. Aufl., Tübingen 1968.
- Gramlich, Edward M.: The Distributional Effects of Higher Unemployment; in: BPEA, 1974.
- Green, Christopher: The Impact of Unemployment Insurance on the Unemployment Rate, McGill University - Canada, Juni 1973 (mimeo).
- Green, Chr./Cousineau, Jean-Michel: Unemployment in Canada: The Impact of Unemployment Insurance, Ministry of Supply and Services, Ottawa 1976.
- Grubel, Herbert: Soziale Sicherung und Weltinflation; in: Giersch Herbert (Hrsg.): Kießer Vorträge, Neue Folge, Bd. 78, 1974.
- Grubel, H./Maki, Dennis/Sax, Shelley: Real and insurance-induced unemployment in Canada; in: CJE, Vol. 8, 1975.
- Grubel, H./Maki, D.: The Effects of Unemployment Benefits on U.S. Unemployment Rates; in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 112, 1976.
- Grubel, H./Walker, M.A. (Hrsg.): Unemployment Insurance - Global Evidence on its Effects on Unemployment, Vancouver 1978.
- Gujarati, Damodar: The Behaviour of Unemployment and Unfilled Vacancies: Great Britain 1958 - 1971; in: The Economic Journal, Vol. 82, 1972.
- Hall, Robert E.: Turnover in the Labor Force; BPEA, 1972.
- Harrison, R.: The demoralizing experience of prolonged unemployment; in: Dpt. of Unemployment Gazette, London, April 1976.
- Hills, Stephen Moore: Unemployment Insurance, Job Search and the Duration of Unemployment; unveröff. Diss., University of Wisconsin, Madison 1975.

- Holen, Arlene: Effects of Unemployment Insurance Entitlement on Duration and Job Search Outcome; in: ILRR, Vol. 30, 1977.
- Holen, A./Horowitz, Stanley A.: The Effect of Unemployment Insurance and Eligibility Enforcement on Unemployment; in: Journal of Law and Economics, Vol. 12, 1974.
- Dies.: The Effect of Unemployment Laws and Administration on Unemployment Rates; Dept. of Labor, Techn. Anal. Pap. No. 7, August 1973.
- Horowitz, S.: Unemployment Compensation, Adverse Incentives and Distributional Anomalies - A Comment; in: National Tax Journal, Vol. 24, 1976.
- Ders.: A Model of Unemployment Insurance and the Work Test; in: ILRR, Vol. 30, 1977.
- IAB - Kurzbericht zur Stillen Reserve vom 9.9.1977, Nürnberg, unveröffentlicht.
- Kaitz, Hyman B.: Analyzing the Length of Spells of Unemployment; in: MIR, Vol. 93, 1970.
- Katz/Hight: Overview to the ILRR Symposium on the Effects of Unemployment Insurance; in: ILRR, Vol. 30, 1977.
- Kaspar, Hirschel: The Asking Price of Labor and the Duration of Unemployment; in: REAS, Vol. 49, 1967.
- Kelly, L.A.: Income Maintenance, Tax Savings, and the Incentive to Work; Industrial Relations Centre, Queen's University at Kingston, Ontario 1970.
- Knight, K.G./Wilson, R.A.: Labour Hoarding, Employment and Unemployment in British manufacturing industry; in: Applied Economics, Bd. 6, 1974.
- Komisar, J.B.: Unemployment Compensation and the Rate of Unemployment; unveröff. Dissertation der Columbia University, New York 1968.
- König, Heinz: Zur Dauer der Arbeitslosigkeit: Ein Markov-Modell; in: Hyklos, Vol. 31, 1978.
- König, H./Franz, W.: Unemployment Compensation and the Rate of Unemployment in the Federal Republic of Germany; in: Grubel/Walker (Hrsg.): Unemployment ..., a.a.O..

- Lester, Richard: The Economics of Unemployment Compensation, Princeton 1962.
- Liniger, Charles A. Jr.: Unemployment Benefits and Duration: A Study of the Effect of Weekly Unemployment Benefits on the Duration of Unemployment, Institute for Social Research, University of Michigan, Juni 1963.
- Lippman, Stephen L./McCall, John: The Economics of Job Search: A Survey; in: Economic Inquiry, Vol. 14, 1976.
- Maki, D.: Unemployment Benefits and the Duration of Claims in Canada; in: Applied Economics, Vol. 9, 1977.
- Maki, D./Spindler, Z.A.: The Effect of Unemployment Compensation on the Rate of Unemployment in Great Britain; in: OEP, N.S. 27, 1975.
- Mattila, J. Peter: Job Quitting and Frictional Unemployment; in: AER, Vol. 64, 1974.
- Marston, Stephen: The Impact of Unemployment Insurance and Job Search; in: BPEA, 1975.
- McGregor, A.: Unemployment Duration and Re- Employment; in: The Economic Journal, Vol. 88, 1978.
- McKay, D.I./Reid, G.L.: Redundancy, Unemployment and Manpower Policy; in: The Economic Journal, Vol. 82, 1972.
- Munts, Raymond/Garfinkel, Irving: The Work Disincentive Effects of Unemployment Insurance; Upjohn Institute, September 1974.
- National Unemployment Commission: A Study of Recipients of Federal Supplemental Benefits and Special Unemployment Assistance; unveröff. Studie vom Januar 1979, Arlington, VA.
- Parsons, Donald O.: Quit Rates Over Time: A Search and Information Approach; in: AER, Vol. 63, 1973.
- Pfriem, Hanns: Gesamtwirtschaftliche Aspekte bei der Reform der Arbeitslosenversicherung; in: WSI-Mitteilungen, 29. Jg., 1976.
- Rea, Samuel A. Jr.: Unemployment and the Supply of Labor; in: JHR, Bd. 9, 1974.
- Ders.: Unemployment and Labor Supply: a Simulation of the 1971 Unemployment Act; in: CJE, Vol. X, 1977.

- Rejda, George E.: Social Insurance and Economic Security, Englewood Cliffs, N.J., 1976.
- Rothschild, Kurt W.: Arbeitslose: Gibt's DIE? ; in: Kyklos, Vol. 31, 1978.
- Saterdag, Herrmann: Situationsmerkmale von Arbeitslosen Anfang 1975; in: MittAB, 8. Jg., 1975.
- Schmidt, R.M.: The Theory of Search and the Duration of Unemployment; The Graduate School of Management, University of Rochester, Working Paper Series, No. 7317, 1973.
- Schober, Karen: Aus der Untersuchung des IAB über Ursachen und Auswirkungen der Arbeitslosigkeit - Arbeitslose Jugendliche: Belastungen und Reaktionen der Betroffenen; in: MittAB, 11. Jg. 1978.
- Schober-Gottwald, K.: Der Weg in die Arbeitslosigkeit: Berufliche und soziale Herkunft von jugendlichen Arbeitslosen; in: MittAB, 10. Jg., 1977.
- Sinfield, A.: The long-term unemployed, OECD, Paris 1968.
- Taylor, Jim: The Behaviour of Unemployment and Unfilled Vacancies Great Britain, 1958 - 71; An Alternative View; in: The Economic Journal, Vol. 82, 1972.
- Wachter, Michael L.: The Demographic Impact on Unemployment: Past Experience and Outlook for the Future; in: Demographic Trends and Full Employment, Special Report No. 12 for the National Commission for Manpower Policy, Dezember 1976.
- Welch, Finis: What have we learned from empirical Studies on Unemployment Insurance?; in: ILRR, Vol. 30, 1977.

III. Zeitungsartikel

- Ahl, Gerhard: "Ach, wie so trügerisch"; in: DIE ZEIT, 33. Jg., Nr. 1 vom 30.12.1977, S. 14.
- "Die schicken uns nur Schrott"; in: Wirtschaftswoche, 31. Jg., Nr. 32 vom 29.07.1977.

- "Deutliche Anzeichen eines Trends zur Seßhaftigkeit"; in:
Handelsblatt, 34. Jg., Nr. 49 vom 9./10.03.1979, S. 4.
- "Kollegen"; in: DIE ZEIT, 34. Jg. Nr. 8 vom 16.02.1979, S. 18.
- Mayer-List, Irenen: "Von nichts kommt nichts"; in: DIE ZEIT,
33. Jg., Nr. 27 vom 30. Juni 1978.
- "Unterbringung in Arbeit wird immer schwieriger"; 34. Jg., Nr.
34 vom 16./17.02.1979.

E i d e s s t a t t l i c h e E r k l ä r u n g

Hiermit erkläre ich, daß ich die Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten Schriften entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit hat in dieser oder anderer Form noch keiner anderen Hochschule als Dissertation vorgelegen.

L E B E N S L A U F

Ich, Hans-Joachim Gersmann, wurde am 10. März 1951 als erstes Kind der Eheleute Elli und Heinrich Gersmann in Lüneburg (Niedersachsen) geboren. 1953 zogen wir um nach Witten (Ruhr), wo ich im April 1958 eingeschult wurde. Nach einem erneuten Umzug nach Porz am Rhein (heute ein Vorort von Köln) wechselte ich dort im April 1962 auf das "Stadtgymnasium Porz" an dem ich im Mai 1971 das Abitur ablegte.

Nach dem Wehrdienst immatrikulierte ich mich am 10. April 1973 für das Fach Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn. Doch wechselte ich bereits zum Wintersemester 1973/74 zur Universität Köln an der ich im Mai 1977 das Studium als Diplom-Volkswirt abschloß.

Danach studierte ich als Fulbright-Stipendiat für zwei Semester an der University of Wisconsin - Madison in den USA wo ich mich auf Arbeitsmarktkonomie spezialisierte. Seit Oktober 1978 bin ich zum Promotionsstudium an der Universität Freiburg eingeschrieben.

REPORT

This report was prepared for the purpose of providing information regarding the results of the investigation conducted during the period from January 1, 1944, to December 31, 1944. The investigation was conducted by the Research Department of the Federal Bureau of Investigation, United States Department of Justice.

The investigation was conducted in accordance with the instructions of the Director of the Federal Bureau of Investigation, who has authorized the Research Department to conduct such investigations as may be deemed necessary for the purpose of obtaining information regarding the activities of the various groups and individuals mentioned in the report.

The results of the investigation are set forth in the following sections: I. Summary of the Investigation; II. Description of the Groups and Individuals; III. Description of the Activities; IV. Description of the Results of the Investigation; V. Description of the Recommendations.

The results of the investigation are set forth in the following sections: I. Summary of the Investigation; II. Description of the Groups and Individuals; III. Description of the Activities; IV. Description of the Results of the Investigation; V. Description of the Recommendations.

